

1. EINLEITUNG

Auch am Beginn des 21. Jahrhunderts bestehen in vielen europäischen und manchen außereuropäischen Staaten und Gesellschaften negative Erfahrungen, Feindbilder und „Altlasten“ aus dem Zweiten Weltkrieg fort, die Unsicherheiten und mangelndes Vertrauen in die gemeinsame und universelle Geltung der Menschenrechte und moralischen Werte fort dauern lassen. Dies ist angesichts der singulären Koinzidenz von weltweiter Kriegsführung, vielfachem Völkermord, totalitärer Verfolgung, organisierter Zerstörung und bürokratisierter Vertreibung zwischen 1938 und 1948 nicht weiter verwunderlich. Umfang und Ausmaß der Kriegsschrecken, des Terrors und der Brutalitäten überstiegen alles, was sich der Mensch im Zusammenhang mit der Entfesselung der niedrigsten menschlichen Instinkte sowie der zivilisatorischen und moralischen Destruktion überhaupt hatte vorstellen können. Siebzig Jahre nach Beginn des Zweiten Weltkrieges sind uns die Wirkungen und Folgen jener geschichtsmächtigen Epoche noch immer gegenwärtig. Die Vergangenheit kehrt daher nicht einfach als ein Jubiläum des Gedenkens zurück, sondern vor allem als ein Kapitel der Historie, das noch nicht abgeschlossen ist, das uns weiterhin bewegt und bedrängt. Freilich, was von der Vergangenheit zu bewältigen wäre, liegt im Heute – „eine Welt zu bestellen, in der die politischen und moralischen Katastrophen, wie sie im Zweiten Weltkrieg kulminierten, nicht mehr möglich würden“. Dies setzt jedoch nicht nur eine intellektuelle Aufklärung über Ursachen und Wirkungen voraus, sondern auch das vorurteilslose Herangehen an die ganze Geschichte.¹

Zwischen 1938 und 1948 kulminierte auch die deutsch-österreichisch-slawische Konfliktgeschichte in Ostmitteleuropa, die wesentlich durch nationalsozialistische Aggression und Besatzungspolitik sowie durch Unterwerfung, Kollaboration, Widerstand und Vergeltung im tschechoslowakischen und jugoslawischen Bereich gekennzeichnet war. (An der in denselben Kontext gehörenden deutsch-polnischen Konfliktgeschichte waren zwar ebenfalls viele Österreicher beteiligt, freilich in erster Linie aktiv am „Besatzungskomplex“ und kaum passiv am „Vertreibungskomplex“.²) Von der Bevölkerung der Tschechoslowakei im Jahre 1938 – etwa 15 Millionen Tschechen, Deutsche, Slowaken, Magyaren, Rusini, Juden und Polen – verloren an die 600.000 ihr Leben, von der Bevölke-

¹ Martin MEYER, Weltkrieg und Geschichte. Mai 1945 – ein Ende mit Folgen, in: Neue Zürcher Zeitung, 30. April 2005, 45; Reinhart KOSELLECK, Differenzen aushalten und die Toten betrauern. Der Mai 1945 zwischen Erinnerung und Geschichte, in: NZZ, 14./15. Mai 2005, 47; vgl. Gerhard WEINBERG, A World at Arms: A Global History of World War II (Cambridge 2005); Tony JUDT, Postwar. A History of Europe since 1945 (London 2005); Mark MAZOWER, Hitler's Empire. How the Nazis Ruled Europe (New York 2008).

² Vgl. Martin BROZAT, Nationalsozialistische Polenpolitik 1939-1945 (Stuttgart 1961); Czesław MADAJCZYK, Die Okkupationspolitik Nazideutschlands in Polen, 1939-1945 (Berlin 1987); Włodzimierz BORODZIEJ – Artur HAJNICZ (Hg.), Kompleks wypędzenia (Kraków 1998); Włodzimierz BORODZIEJ – Hans LEMBERG (Hgg.), „Unsere Heimat ist uns ein fremdes Land geworden...“ Die Deutschen östlich von Oder und Neiße 1945-1950. Dokumente aus polnischen Archiven, 4 Bde. (Marburg 2000-2004).

rung Jugoslawiens im Jahre 1941 – knapp 16 Millionen Serben, Kroaten, Slowenen, bosnisch-herzegowinische Muslime, Makedonier, Montenegriner, Albaner, Deutsche, Magyaren, Rumänen, Bulgaren, Türken, Juden, Roma, Slowaken, Tschechen, Rusini, Ukrainer, Russen und Italiener – etwa 1,2 Millionen. Natürlich waren Deutsche (und Österreicher) nicht in gleicher Weise Opfer wie die von Deutschen unterworfenen Nachbarn, die zu politischen Feinden deklarierten Bürger oder gar die zur Vernichtung preis gegebenen Völker, im Besonderen die Juden. Auch die Opfer, die die Sudeten- und Karpatendeutschen ebenso wie die Donauschwaben, Untersteirer und Gottscheer erbrachten, waren vorerst aktive Opfer, erbracht für das „Großdeutsche Reich“, und nicht passiv erlittene Opfer, wie Hitler-Deutschland sie anderen auferlegte und zumutete. Das Leid, das die NS-Herrschaft in diesen Jahren Menschen unterschiedlichen nationalen oder konfessionellen Bekenntnisses antat, „setzte eine verhängnisvolle Logik der Vergeltung in Bewegung, nach der eine Gewalttat den Opfern die vermeintliche Legitimation zur Begehung einer neuen im Zeichen der Rache bot, solange die gerade herrschende Staatsmacht nicht fähig oder willens war, der Selbstjustiz oder Gewaltanwendung durch öffentliche Organe Einhalt zu gebieten“ (Adrian von Arburg). Am Ende dieses Katastrophenjahrzehnts im südöstlichen Mitteleuropa stand die totale Trennung zwischen Deutschen und Österreichern einerseits, Tschechen, Slowaken, Slowenen, Kroaten und Serben andererseits. Niemals vorher in einer über tausendjährigen Beziehungsgeschichte zwischen den Bevölkerungen an Elbe, Moldau, Oder, March, Donau, Mur, Drau und Save hatte es einen vergleichbaren Tiefpunkt gegeben.³

Zur ostmitteleuropäischen Konfliktgeschichte gehört auch das völlig unterschiedliche Schicksal von Vertriebenen aus derselben Stadt, wie es der 1928 geborene Direktor des Archivs der Prager Karls-Universität, Jan Havránek, selbst Sohn eines tschechischen Vaters und einer jüdischen Mutter, bei einer öster-

³ Elizabeth WISKEMANN, *Czechs and Germans. A Study of the Struggle in the Historic Provinces of Bohemia and Moravia* (London – New York – Toronto 1938); Detlef BRANDES, *Die Tschechen unter deutschem Protektorat*, 2 Bde. (München 1969 und 1975); Ferdinand SEIBT, *Deutschland und die Tschechen. Geschichte einer Nachbarschaft in der Mitte Europas* (München 1993); Monika GLETTNER, L'ubomír LIPTÁK und Alena MIŠKOVA (Hgg.), *Geteilt, besetzt, beherrscht. Die Tschechoslowakei 1938-1945: Reichsgau Sudetenland, Protektorat Böhmen und Mähren, Slowakei* (Essen 2004); Jan KRÉN, *Dvě století střední Evropy* (Praha 2005); Jan GEBHART – Jan KUKLÍK, *Velké dějiny země koruny české, sv. XV.a 1938-1945* (Praha – Litomyšl 2006), sv. XV.b 1938-1945 (Praha – Litomyšl 2007); Adrian von ARBURG, *Das Katastrophenjahrzehnt 1938-1948 im Spiegel der historischen Forschung*, in: *Tragická místa paměti*, 62; Hans-Ulrich WEHLER, *Nationalitätenpolitik in Jugoslawien. Die deutsche Minderheit 1918-1978* (Göttingen 1980); Dušan NEČÁK (Hg.), *„Nemci“ na Slovenském 1941-1955* (Ljubljana 1998); Arnold SUPPAN (Hg.), *Zwischen Adria und Karawanken* (Deutsche Geschichte im Osten Europas 7, Berlin 2002); Tamara GRIESSER-PEČAR, *Das zerrissene Volk. Slowenien 1941-1946. Okkupation, Kollaboration, Bürgerkrieg, Revolution* (Wien – Köln – Graz 2003); Holm SUNDHAUSSEN, *Geschichte Serbiens 19.-21. Jahrhundert* (Wien – Köln – Weimar 2007); Peter ŠTIH – Vasko SIMONITI – Peter VODOPIVEC, *Slowenische Geschichte. Gesellschaft – Politik – Kultur* (Graz 2008).

reichisch-tschechisch-slowakischen Historikerkonferenz im Juni 1994 so eindrucksvoll schilderte:

„In Prag lebten in den dreißiger Jahren 50.000 Personen, die deutsch sprachen und Träger eines kulturellen Lebens waren, welches mit seiner Breitenwirkung einer Stadt von einer halben Million Einwohnern entsprach und mit seiner Tiefe zu den ersten in Europa gehörte. Fast alle diese Menschen gingen, sofern sie nicht rechtzeitig geflüchtet waren, nach und nach fort, entwürdigenden Zuständen entgegen, welche für die Erstbetroffenen Jahre und für die Zweitbetroffenen Monate gedauert haben. Sie stiegen mit einem kleinen Koffer und einem Schandmal auf ihrem Rock in die Züge ein, zu den Transporten, die seit dem Jahr 1939 so sehr das Bild von Mittel- und Osteuropa mitgeprägt haben. Der Weg der Zweiten endete nach dem Übertritt der bayerischen oder sächsischen Grenze in Armut, in der sie allein auf ihre Hände und ihren Kopf angewiesen waren. Der Weg der Ersten führte fast immer über Theresienstadt in die Gaskammern nach Auschwitz.“⁴

Die seit den 1990er Jahren aktualisierten politischen, rechtlichen und geschichtswissenschaftlichen Diskussionen um die jugoslawischen „AVNOJ-Beschlüsse“ und die tschechoslowakischen „Beneš-Dekrete“ wurden vielfach kaum vor dem Hintergrund der Gesamtdimension von Konfliktgeschichte, Krieg, Besatzungsherrschaft, Kriegsverbrechen und Vergeltung geführt. Daher zieht diese Arbeit neun Entwicklungsstränge zusammen:

- 1) die Verdichtung einer deutsch-österreichisch-tschechoslowakischen bzw. deutsch-österreichisch-jugoslawischen Konfliktgeschichte seit dem Ersten Weltkrieg;
- 2) die vielfach negativen Konsequenzen aus der Zerschlagung des sich gut ergänzenden Wirtschafts-, Sozial- und Rechtsraums Österreich-Ungarn mit dem Hochschlagen des ökonomischen Nationalismus und der Wehrlosigkeit der Nationalstaaten gegenüber der Weltwirtschaftskrise und den wechselnden Einflussnahmen der Großmächte;
- 3) die vor allem wehrwirtschaftlich und rassenideologisch begründete Expansionspolitik Adolf Hitlers, die auch die deutschen Minderheiten in Ostmitteleuropa lediglich als Objekte seiner imperialen Politik betrachtete;
- 4) die Gewalteskalation der NS-Besatzungsherrschaft in der Tschechoslowakei und Jugoslawien bis hin zur totalen Ausgrenzung zwischen Deutschen und Tschechen einerseits, sowie zwischen Deutschen und Serben bzw. Slowenen andererseits;

⁴ Jan HAVRÁNEK, Das tragische Jahrzehnt in Mitteleuropa, in: Richard G. Plaschka, Horst Haselsteiner, Arnold Suppan und Anna M. Drabek (Hgg.), Nationale Frage und Vertreibung in der Tschechoslowakei und Ungarn 1938-1948 (Wien 1997) XIII-XVII. Jans Vater wurde 1941 als Gymnasialprofessor aus dem Staatsdienst entlassen und überlebte im Protektorat mit Privatunterricht. Die Geschwister von Jans Mutter überlebten jedoch nicht. Jans Tante, die Gymnasialprofessorin Emilie Bondy, musste 1941 mit einem der ersten Transporte Prag in Richtung Łódź verlassen, Jans Onkel, der Rechtsanwalt Karel Bondy, wurde schon im März 1939 kurzzeitig verhaftet, ging in den Widerstand, geriet in die Fänge der Gestapo und wurde am 21. Jänner 1945 im Zuchthaus Brandenburg hingerichtet.

- 5) die Kooperation und Kollaboration im politischen, militärischen, wirtschaftlichen, sozialen und polizeilichen Bereich im Protektorat Böhmen und Mähren, in der Slowakei, in Kroatien, in Serbien und in Slowenien;
- 6) die politischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und militärischen Widerstandsaktionen in der besetzten Tschechoslowakei und im besetzten Jugoslawien einschließlich der Unterstützung seitens der Alliierten;
- 7) die tschechoslowakischen und jugoslawischen Rache-, Vergeltungs- und Vertreibungsaktionen gegenüber den Sudeten- und Karpatendeutschen, Donauschwaben sowie deutschen Untersteirern, Laibachern und Gottscheern;
- 8) die militärischen, politischen, rechtlichen, wirtschaftlichen und sozialen Verfolgungsmaßnahmen, die unter den Chiffren „AVNOJ-Beschlüsse“ und „Beneš-Dekrete“ figurieren;
- 9) die unterschiedlichen Positionen und Argumentationen zu Eroberungskrieg, Besatzungsherrschaft, Widerstand, Kooperation und Kollaboration im geschichtswissenschaftlichen, politischen sowie völker- und staatsrechtlichen Erinnerungs-Diskurs der Gegenwart.

Darüber hinaus werden allgemeine, in der Geschichte der Menschheit immer wieder neu zu beantwortende sozialpsychologische Fragen anhand von konkreten Beispielen zu beantworten versucht:

- a) Unter welchen Bedingungen schlagen jahrhundertelange oder zumindest jahrzehntelange friedliche nachbarschaftliche Beziehungen in gegenseitige feindliche Haltungen um, die bis zu Vertreibung und Vernichtung führen können?
- b) Welche Interessen und Haltungen führen zur Gewaltanwendung? Welche institutionellen Strukturen begünstigen Gewalt? Welche Rolle spielt die *initiative from below*?
- c) Weshalb ordnen politische, militärische und wirtschaftliche Eliten Gewaltaktionen an, die Eroberung, Unterwerfung und Ausbeutung fremder Gebiete und Völker beinhalten? Weshalb geben sie verbrecherische Befehle, die zu flächendeckender Zerstörung von Städten und Landschaften sowie zu massenhafter Vernichtung der Bewohner führen?
- d) Weshalb misshandeln und töten Soldaten und Polizisten unter Missachtung jedes Kriegsrechts unbewaffnete Gefangene und Zivilisten, im Besonderen auch Kinder, Frauen und alte Leute? Welche Gewaltmethoden werden angewendet? Gibt es hierfür Begründungen jenseits des oft vorgeschobenen „Befehlsnotstandes“?
- e) Welche Rolle spielen öffentliche Beteiligung, Zustimmung oder Ablehnung? Gibt es gegnerische und widerständige Haltungen von sozialen und kulturellen Eliten auf der Seite des Aggressors?
- f) Unter welchen Bedingungen sind unterworfenen und ausgebeuteten Völkern bereit, von passiven Resistenzhaltungen zu aktiven Widerstandshandlungen überzugehen?
- g) Was veranlasst Stadt- und Landbewohner, ihre Nachbarn eigenhändig aus ihren Wohnungen und Häusern zu treiben und sie von ihren Höfen zu verjagen?

- h) Was veranlasst bisher unbescholtene Bürger, auf Immobilien und bewegliche Güter des Nachbarn gewaltsam zuzugreifen und sich diese ohne Entschädigung anzueignen?⁵

An allen dramatischen Entwicklungen vor, im und nach dem Zweiten Weltkrieg waren auch ehemalige Österreicher – also österreichische Staatsangehörige bis 1938⁶ – zum Teil maßgeblich beteiligt, und zwar sowohl als Täter als auch als Opfer: an nationalpolitischen Auseinandersetzungen in der Habsburgermonarchie vor, im und nach dem Ersten Weltkrieg; an Entlassungen als Staatsangestellte, Bodenreformen und Nostrifizierungen in den Nachfolgestaaten; an der militärischen, politischen und wirtschaftlichen Eroberung der Tschechoslowakei und Jugoslawiens; an der NS-Besatzungsherrschaft in der geteilten Tschechoslowakei und im aufgelösten Jugoslawien; an Flucht, Vertreibung und Zwangsaussiedlung aus der Tschechoslowakei und Jugoslawien, die auch deutsche „Alt-Österreicher“ (= österreichische Staatsbürger vor 1938) betrafen; an der Aufnahme von geflüchteten und vertriebenen „Volksdeutschen“; schließlich an den Konsequenzen aus den „AVNOJ-Beschlüssen“ und den „Beneš-Dekreten“, die in den bilateralen Verhandlungen zwischen Wien und Prag bzw. Wien, Belgrad, Agram und Laibach eine wichtige Rolle spielten und in Detailfragen noch immer spielen.

Kontroverse Fragestellungen und gegensätzliche Perspektiven

Zum aktuellen Stand der internationalen Historiographie ist nach wie vor Norman Davies zuzustimmen: „Certainly, as far as the war in Europe is concerned, no historian to date has managed to reconcile the contradictory perspectives that exist.“ Jede Nation hatte ihre eigenen Erfahrungen, jede Nation hatte eigene Perzeptionen der Ereignisse, jede Nation entwickelte ihre Legenden und Mythen. Erst in jüngster Zeit wird nicht nur die Intensität von Schlachten verglichen, sondern auch die Brutalität von Besatzungsregimen, nicht nur die Zahl der gefallenen oder vermissten Soldaten, sondern auch die der zivilen Opfer von Massakern, Konzentrationslagern und Vertreibungen. So gehörten etwa Polen, Belgien, Nordfrankreich, die westliche Sowjetunion (Ukraine, Belarus’, Baltikum), Jugoslawien, Italien (ab Juli 1943) und Ungarn (ab September 1944) zu den europäischen Hauptkriegszonen, nicht aber die Tschechoslowakei, die Niederlande, Dänemark und Bulgarien. So erschossen Wehrmacht und SS bereits während des Krieges in Polen an die 60.000 polnische Zivi-

⁵ Vgl. Christian GERLACH and Nicolas WERTH, *State Violence – Violent Societies?*, in: Michael Geyer – Sheila Fitzpatrick (eds.), *Beyond Totalitarianism. Stalinism and Nazism Compared* (Cambridge – New York 2009) 133-179, hier 138.

⁶ Die Mehrzahl der Österreicher – nicht zuletzt viele Intellektuelle – betrachtete sich bis 1938 wohl eher als österreichische Deutsche. Die freiwillige oder erzwungene Beteiligung von slowenischen, kroatischen, ungarischen, tschechischen und slowakischen Österreichern ist noch nicht näher untersucht, ergibt sich aber teilweise aus der Einziehung zur Wehrmacht, zur SS, zum Arbeitsdienst, zur HJ oder zum BDM. – SUPPAN, *Volksgruppen*, 77f., 115-122, 168-175.

listen, während 4500 Angehörige der deutschen Minderheit von Polen exekutiert wurden. So ließ die deutsche Besatzungsmacht im November 1939 die Universitäten in Krakau und Warschau, Prag und Brünn schließen, während die italienische Besatzungsmacht im April 1941 die slowenische Universität in Laibach offen hielt. Massenerschießungen der SS gab es 1939/40 vorerst nur gegen polnische Intellektuelle, erst nach dem Attentat auf Heydrich Ende Mai 1942 auch gegen tschechische Intellektuelle. Im Frühjahr 1940 erschoss der NKVD in Katyń, Kozel'sk, Ostaszków und Starobielsk nahezu 26.000 polnische Offiziere, Polizisten, Gendarmen, Politiker, Beamte, Priester, Grundbesitzer und Fabrikanten. Zwischen Juni 1941 und Mai 1942 erschossen die vier SS-Einsatzgruppen in der Ukraine, in Belarus' und im Baltikum über eine Million Zivilisten, vornehmlich Juden, aber auch sowjetische Kommissare und kommunistische Funktionäre. Zwischen Oktober und Dezember 1941 erschoss die Wehrmacht in serbischen Städten (wie Kragujevac und Kraljevo) und Dörfern über 15.000 Zivilisten (Serben, Juden und Roma) als Geiseln; im Herbst 1944 erschossen serbische Partisanen in der Vojvodina über 7000 Donauschwaben. Zwischen Frühjahr 1941 und Herbst 1944 brachten kroatische *Ustaše* weit über 100.000 Serben um, im Mai und Juni 1945 erschossen jugoslawische Partisanen über 50.000 *Ustaše* und *Domobranci* sowie 14.000 slowenische *Domobranci*. Die internationale Historiographie beschäftigt sich zwar ausführlich mit den bewaffneten Widerstandsbewegungen in Polen (*Armia Krajowa*), Belarus' (sowjetische Partisanen), Serbien/Montenegro/Bosnien-Herzegowina (*Četnici* bzw. jugoslawische Partisanen) und Frankreich (*Resistance*), aber kaum mit denen in Slowenien (*Osvobodilna fronta*) und in der Slowakei. Dies vermittelt nicht zuletzt das äußerst informative *Oxford Companion to the Second World War* aus dem Jahre 1995.⁷

Immer noch werden unterschiedliche ethische Bewertungsmaßstäbe an die "Gewinner" und "Verlierer" des Krieges angelegt, noch werden auch die vier Hauptanklagepunkte vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg – Verbrechen der Ausarbeitung oder Ausführung eines gemeinsamen Planes für einen Angriff auf das Ausland, Verbrechen gegen den Frieden, Kriegsverbrechen,

⁷ The Oxford Companion to the Second World War, ed. by Ian Dear et M. R. D. Foot (Oxford – New York 1995); Stéphane COURTOIS, Nicolas WERTH, Jean-Louis PANNÉ, Andrzej PACZKOWSKI, Karel BARTOSEK, Jean-Louis MARGOLIN, *Le livre noir du communisme. Crimes, terreur et répression* (Paris 1997), dt. *Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror* (München – Zürich 5. Aufl. 1998) 233-235; MAZOWER, *Hitler's Empire*, 68, 75, 90, 96-101.

Vgl. Norman DAVIES, *Europe at War 1939-1945. No Simple Victory* (London 2006) 1-16. Davies nennt "Ten Forms of Selectivity": political propaganda, personal prejudices, parochial perspectives, stereotypes, statistics, special-interest groups, the procedures of professional historians, Victors' History, History of the Defeated, moral selectivity. Noch im Mai 2008 wies ein Moskauer Gericht die Forderung von Nachkommen der Katyń-Opfer zurück, die entsprechenden offiziellen Dokumente zu deklassifizieren und eine rechtliche Rehabilitierung der Opfer durchzuführen. Als die Nachkommen ankündigten, vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg zu gehen, entschied ein russischer Appellationsgerichtshof, die Klage abzuhandeln. – *The Economist*, June 21st, 2008, 47.

Verbrechen gegen die Humanität – beinahe ausschließlich gegenüber deutschen und japanischen (teilweise auch gegenüber italienischen, ungarischen, rumänischen, bulgarischen, kroatischen, slowakischen und finnischen) Politikern, Militärs, Polizisten und Wirtschaftsführern erhoben. Moralische Urteile können aber nur bestehen, wenn die ethischen Standards einheitlich sind. Daher ist festzuhalten, wer wem den Krieg erklärt hat, welches Land in einem anderen Land – mit oder ohne Kriegserklärung – einmarschiert ist, welche Verbrechen von den Okkupationsmächten zu Land, aus der Luft oder zur See begangen wurden, wer die Haager und die Genfer Konventionen im Bezug auf Kriegsgefangene, Zivilisten und Geiseln gebrochen hat. Selbstverständlich gelten diese Maßstäbe auch für die Widerstandsbewegungen und „Partisanen“ aller ideologischen Herkunft.⁸ Einheitliche Beurteilungsstandards müssen für alle Kriegshandlungen, Misshandlungen von Kriegsgefangenen, Flüchtlingen und Nicht-Kombattanten, Raub, Vergewaltigung und Mord, Massendeportationen, Massenvertreibungen und Massenmord gelten. Mit Recht wird die *Shoah*, die „Endlösung der Judenfrage“ seitens der Nationalsozialisten, an die Spitze der Völkermorde und der Verbrechen gegen die Humanität gestellt. Aber die NS-Konzentrations- und Vernichtungslager sollen die stalinistischen GULAG, die genozidalen Deportationen der Tschetschenen, Inguschen und Krimtataren, die alliierten Terrorangriffe aus der Luft gegen offene Städte und die Massenvertreibungen und Massenmorde bei und nach Kriegsende unter dem Vorwand einer Kollektivschuld nicht vergessen lassen.⁹

Auch zwischen der großen Mehrheit der Deutschen und Österreicher einerseits sowie den meisten ostmitteleuropäischen Völkern – vor allem den Polen, Tschechen, Juden, Slowenen und Serben – andererseits bestehen bis heute Trennlinien in den Erinnerungen an das Jahrzehnt der Aggressionen, Annexionen, Gebietsaufteilungen, Unterwerfungen, Versklavungen, politischen, rassischen und sozialen Verfolgungen, wirtschaftlichen Ausbeutungen sowie der Deportationen, Vertreibungen und Genozide. In jedem Land, das zum Objekt einer nationalsozialisti-

⁸ Vgl. Michael MARTENS, Meyers Krieg. Im März 1943 wurde in Griechenland ein Wehrmachtssoldat von Partisanen verschleppt. Ein Vierteljahrhundert lang hat sein Sohn ihn gesucht. Dann kam er ihm auf die Spur, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16. August 2008, 3.

⁹ DAVIES, *Europe at War*, 63-71; vgl. Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Gerichtshof, Nürnberg, 14. November 1945 – 1. Oktober 1946, 23 Bde. (Nürnberg 1947); Eugen KOGON, *Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager* (München 1974); Nicholas TOLSTOY, *The Monster and the Massacres* (London 1986); Robert CONQUEST, *The Great Terror: A Reassessment* (London 1992); Alfred de ZAYAS, *The German Expellees: victims in war and peace* (Basingstoke 1993); Drago JANČAR, Vasko SIMONITI, Janez SUHADOLC (eds.), *The dark side of the moon. a short history of the totalitarianism in slovenia 1945-1990* (Ljubljana 1998); Norman M. NAIMARK, *Fires of Hatred. Ethnic Cleansing in Twentieth-Century Europe* (Cambridge, Mass. – London 2001); Katherine R. JOLLUCK, *Exile and Identity. Polish Women in the Soviet Union during World War II* (Pittsburgh 2002); Ivo BANAC (ed.), *The Diary of Georgi Dimitrov 1933-1939* (New Haven & London 2003); Jörg BABEROWSKI, *Verbrannte Erde. Stalins Herrschaft der Gewalt* (München 2012); Ray M. DOUGLAS, „Ordnungsgemäße Überführung“. Die Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg (München 2012).

schen Aggression geworden war, in jeder nationalen Gesellschaft, die durch einen von Erniedrigung und Terror gekennzeichneten Zeitabschnitt hindurchgeschritten war, stellten sich daher sofort bei Kriegsende Fragen von Schuld und Sühne sowie Strafzumessung für Verbrechen und Verrat.¹⁰ – Auch die Verbrechen des kroatischen *Ustaša*-Regimes gegenüber Serben, Juden und Roma wurden bereits unmittelbar nach 1945 erörtert, ebenso die Beteiligung der slowakischen Führung an der *Shoah*, die Vernichtung der Juden im rumänischen Okkupationsgebiet Transnistrien und im bereits von deutschen Truppen besetzten Ungarn. Die Erinnerungen daran sind aber auch heute noch gespalten.¹¹

Vergleichbare Verbrechen der Sowjetmacht gegenüber Polen, Finnen, Kareliern, Esten, Letten, Litauern, Weißrussen, Ukrainern, Moldauern, Juden, Wolgadeutschen, Krimtataren, Tschetschenen und Inguschen sowie „Abrechnungen“ der polnischen, tschechischen, slowakischen, ukrainischen, ungarischen, rumänischen, bulgarischen, serbischen, montenegrinischen, albanischen, slowenischen und kroatischen Kommunisten mit ihren „bürgerlichen“ Gegnern blieben freilich für Jahrzehnte (meist bis 1989) außerhalb der öffentlichen Diskussion.¹² Alain Besançon nahm 1997 in einer aufsehenerregenden Diskussion in der Pariser Vierteljahresschrift *Commentaire* zur Vergleichbarkeit der Verbrechen von Nationalsozialismus und Kommunismus Stellung und postulierte: „Ja, beide sind gleich kriminell.“ Freilich wies er auch auf ihre unterschiedlichen ideologischen Wurzeln hin und auf die zum Großteil unterschiedlichen Subjekte ihrer Verbrechen (hie Rassen, dort Klassen). Und Hans Mommsen hielt fest: „Die prinzipielle Vergleichbarkeit beider Regime liegt in den furchtbaren Auswirkungen unbegrenzter Machtausübung, in der Gewissenlosigkeit, mit der reale und eingebildete Gegner rücksichtslos verfolgt wurden, sowie in der Allmacht von Terrorapparaten, die an keinerlei überlieferte Rechtsnormen gebunden waren.“ Schon Albert Camus, der Autor von *L'Homme Révolté* (1951), meinte zu Recht: Wenn die „Mittel“ der Despoten identische Wirkungen haben, dann darf der Unterschied ihrer „Ziele“ uns nicht verführen, in unserer Beurteilung die einen den anderen vorzuziehen.

¹⁰ Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941-1945, hg. vom Hamburger Institut für Sozialforschung (Hamburg 2002); Dieter POHL, Verfolgung und Massenmord in der NS-Zeit 1933-1945 (Darmstadt 2003).

¹¹ HILBERG, *Destruction*, 453-473, 485-509; vgl. Walter BRANDMÜLLER, Holocaust in der Slowakei und katholische Kirche (Neustadt an der Aisch 2003); Daniel URSPRUNG, Rumäniens verdrängter Holocaust, in: NZZ, 10. August 2011, 4. So urteilte etwa der ungarische Literatur-Nobelpreisträger Imre Kertész: „In Ungarn sieht man den Holocaust gar nicht als zivilisatorisches Trauma – man könnte sagen, dass es gar keinen Holocaust im historischen oder moralischen Selbstbewusstsein dieses Landes gibt.“ – Stefan TROEBST, Holodomor oder Holocaust?, in: FAZ, 4. Juli 2005, 8.

¹² Im Jahre 2010 legte eine 2002 eingesetzte russisch-polnische Historikerkommission ihren Schlussbericht vor: Anatolij V. TORKUNOV – Adam ROTFELD (Red.), *Belye pjatna – černye pjatna. Složnye voprosy v rossijsko-poľskich otnošenijach* (Moskva 2010); Adam ROTFELD – Anatolij W. TORKUNOW (Red.), *Białe plamy – czarne plamy. Sprawy trudne w polsko-rosyjskich stosunkach 1918-2008* (Warszawa 2010).

Aber freilich ist mit Charles S. Maier zu fragen: „But comparison for what end?“ – „to remove the emotional or moral burden of singularity and uniqueness“? Dies hält Maier mit Recht für problematisch. Dennoch versucht er die mörderischen Konzepte und Vorgangsweisen zusammenzufassen:

„Ideologues conjure up a monstrous conspiracy and insist that some groups partake of lesser degree of humanity; ambitious administrators define target categories and compete for jurisdiction; different officials pass sentences or create administrative authorities; others arrest, some load onto trains, others unload, some guard, others herd people to the killing ground or into the gas chambers; still others shake cyanide crystals into the vents.“¹³

Robert Conquest, Richard J. Evans, Stéphane Courtois, Eric D. Weitz, Paul Hollander¹⁴ und eine Reihe weiterer Historiker versuchten diesen Vergleich zwischen den Verbrechen des Stalinismus und des Nationalsozialismus. Bereits Conquest verglich die ukrainische Hungersnot mit dem KZ Bergen-Belsen, aber Evans hob hervor: „Es gab kein sowjetisches Treblinka, ausschließlich erbaut, um Menschen bei ihrer Ankunft zu ermorden.“ Für Courtois „gleich“ jedoch der Tod eines ukrainischen Kulakenkinds dem Tod eines jüdischen Kindes im Warschauer Ghetto. Hollander ordnete zwar sowohl stalinistische als auch nationalsozialistische Massenmorde unter dem Begriff „Genozid“ ein, war aber nicht bereit, ihnen „moralische Äquivalenz“ zuzugestehen. Den anspruchsvollsten Vergleich zwischen Stalinismus und Nationalsozialismus unternahm ein Historiker der University of Chicago, Michael Geyer und Sheila Fitzpatrick. Auf vier Tagungen zwischen 2002 und 2005 versammelten sie eine Reihe von Experten zur sowjetischen und deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts, wie Jörg Baberowski, Christopher R. Browning, Anselm Doering-Manteuffel, Peter Fritzsche, Christian Gerlach, Hans Mommsen, Karl Schlögel und Nicolas Werth, mit denen sie die

¹³ Alain BESANÇON, *Kommunismus: Gedenken und Vergessen – oder: Das Große Schweigen*, in: *Europäische Rundschau* 27/1 (Wien 1999) 5-12; MAIER, *Past*, 69-74; Jörg BABEROWSKI – Anselm DOERING-MANTEUFFEL, *Ordnung durch Terror. Gewaltexzesse und Vernichtung im nationalsozialistischen und im stalinistischen Imperium* (Bonn 2006) 13f. Die Parlamentarische Versammlung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit (OSZE) stellte in einer am 3. Juli 2009 in Wilna (Vilnius) gefassten Resolution die Rolle Nazideutschlands und der Sowjetunion beim Ausbruch des Zweiten Weltkrieges auf eine Stufe. Außerdem forderte sie, den 23. August zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus und Stalinismus auszurufen. – NZZ, 4./5. Juli 2009, 3. Stefan Troebst verwies auf die unterschiedlichen Erinnerungen an den Hitler-Stalin-Pakt in Westeuropa, Westmitteleuropa, Ostmitteleuropa und Osteuropa. Vgl. Stefan TROEBST, *Umkämpfte Erinnerungsorte*, in: *Die Presse am Sonntag*, 30. August 2009, 46f.; vgl. Wolfgang MUELLER, *Stalinismus und europäisches Gedächtnis*, in: *Transit* 38 (Wien 2009) 96-109.

¹⁴ Robert CONQUEST, *Ernte des Todes. Stalins Holocaust in der Ukraine 1929-1933* (München 1988); Richard J. EVANS, *Im Schatten Hitlers? Historikerstreit und Vergangenheitsbewältigung in der Bundesrepublik* (Frankfurt am Main 1991) 132; COURTOIS, *Schwarzbuch*, 21; Eric D. WEITZ, *A Century of Genocide. Utopias of Race and Nation* (Princeton 2003); Paul HOLLANDER (ed.), *From the Gulag to the Killing Fields. Personal Accounts of Political Violence and Repression in Communist States* (Wilmington DE. 2006) xx-xxiv.

beiden Gewaltsysteme nach den Themenfeldern Governance, Violence, Socialization und Entanglements untersuchten. In ihrer Einleitung sind sich Geyer und Fitzpatrick durchaus der Probleme des Systemvergleichs und der gegensätzlichen Positionen in der bisherigen historischen, politikwissenschaftlichen, sozialwissenschaftlichen, philosophischen und anthropologischen Fachliteratur bewusst, heben aber mit Recht hervor:

„Whatever else may be said about Nazi Germany and the Stalinist Soviet Union, they were two immensely powerful, threatening, and contagious dictatorships that for a long moment in a short century threatened to turn the world upside down. [...] These two regimes may be the grand losers of twentieth century history, but they exerted tremendous power over the century nonetheless – and continue to do so long after their defeat and collapse, respectively.“¹⁵

Timothy Snyder konstatiert in seinem neuesten Buch *Bloodlands*, dass „in the middle of Europe in the middle of the twentieth century, the Nazi and Soviet regimes murdered some fourteen million people. The place where all of the victims died, the bloodlands, extends from central Poland to western Russia, through Ukraine, Belarus, and the Baltic States.“ Opfer seien überwiegend Juden, Weißrussen, Ukrainer, Polen, Russen und Balten gewesen, und zwar „victims of murderous policy rather than casualties of war“, denn: „Not a single one of the fourteen million murdered was a soldier on active duty. Most were women, children, and the aged; none were bearing weapons.“ Freilich: „Stalin killed his own citizens no less efficiently than Hitler killed the citizens of other countries.“ Zweifellos gab es in den *Bloodlands* Überlagerungen und Interaktionen des stalinistischen und des nationalsozialistischen Terrors – etwa in der mörderischen Politik der beiden Totalitarismen gegenüber Polen oder im Partisanenkrieg in Weißrussland –, dennoch bleibt bei Snyder die Frage offen, ob die Gleichzeitigkeit und eine gewisse Gleichförmigkeit der nationalsozialistischen und der stalinistischen Massenmorde den Systemvergleich erzwingen.¹⁶

¹⁵ Michael GEYER – Sheila FITZPATRICK (eds.), *Beyond Totalitarianism. Stalinism and Nazism Compared* (Cambridge – New York 2009) 9. Die beiden Herausgeber fassen u. a. zusammen, dass der „Raum“ für beide Regime sehr viel bedeutete, dass sich beide Regime genau beobachteten, dabei freilich zu Fehlurteilen kamen (vor allem das NS-Regime), dass der Stalinismus – trotz des Terrors – das staatliche Regime eher stabilisierte, während der Nationalsozialismus den Staat und das politische System revolutionierte, dass die sowjetische wie die nationalsozialistische Bürokratie ihrem „Führer“ entgegenarbeitete, dass das stalinistische Gulag-System und der NS-Holocaust unzweifelhafte Beiträge zum Völkermord darstellten, wobei der sowjetische Terror mehr nach innen, der NS-Terror mehr nach außen gerichtet war, schließlich dass der deutsch-sowjetische Krieg „the pivotal war of twentieth-century Europe“ darstellte und dass er ein Kampf auf Leben und Tod war, „a total war“.

¹⁶ Timothy SNYDER, *Bloodlands: Europe between Stalin and Hitler* (London 2010); *Bloodlands: Europa zwischen Hitler und Stalin* (München 2011); vgl. die Kritik von Richard J. EVANS in *London Review of Books*, November 2010; vgl. auch den Cartoon über den Hitler-Stalin Pakt von David Low in: *The Evening Standard*, September 20, 1939. Hitler grüßt Stalin: „The scum of the earth, I believe?“; Stalin grüßt Hitler: „The bloody assassin of the workers, I presume?“

Norman M. Naimark konzentrierte sich in seinem neuesten Buch vor allem auf die Massenverbrechen Stalins, erweiterte gedanklich – durchaus in der Intention des polnisch-jüdischen Völkerrechtlers Raphael Lemkin – die internationale Genozid-Konvention von 1948 und brachte den Vergleich mit Hitler auf den Punkt:

„Aus mehreren Gründen sollte der Holocaust als der allerschlimmste Fall von Genozid in der Neuzeit angesehen werden. Trotzdem gibt es zu viele Übereinstimmungen zwischen Stalin und Hitler sowie zwischen Nationalsozialismus und Stalinismus, als dass sie ignoriert werden können. [...] Beide opferten das Leben von Menschen im Namen einer grundlegend umgestaltenden utopischen Gesellschaftsvision. Beide zerstörten ihre Länder und Gesellschaften und verantworteten den Tod einer ungeheuren Menge von Menschen innerhalb und außerhalb ihrer Staaten. Beide waren – letzten Endes – Völkermörder.“¹⁷

Die auflagenstärkste Prager Zeitung *Mladá fronta DNES* veröffentlichte in ihrer Pfingstnummer 2008 einen bemerkenswerten Kommentar zur Sowjetunion und dem Kriegsende 1945, der in dieser Art noch kaum in tschechischer Sprache zu lesen war:

„[...] Das Ende des Zweiten Weltkrieges war für unseren Teil Europas kein Sieg der Freiheit über den Nationalsozialismus der Deutschen, sondern leider der Sieg einer unmenschlichen Utopie über eine andere. Das russische Imperium hat (unter dem Namen Sowjetunion) Nazideutschland vernichtend geschlagen und die Hälfte Europas auf weitere 40 Jahre besetzt. Es wäre ein großer Fehler, dies als Befreiung zu bezeichnen. Welche der beiden Utopien, Nationalsozialismus oder Kommunismus, grausamer war, lässt sich schwer abwägen.“¹⁸

Wie die bahnbrechenden Arbeiten von Eugen Kogon, Alan Bullock, Hannah Arendt, Karl Dietrich Bracher, Robert L. Koehl, Raul Hilberg, Helmut Krausnick, Martin Broszat, Andreas Hillgruber, Klaus Hildebrand, Eberhard Jäckel, Peter Hüttenberger, Marlis G. Steinert, Joachim Fest, Hans-Ulrich Wehler, Hans Mommsen, Gerhard L. Weinberg, Michael H. Kater, Hans-Ulrich Thamer, Ruth-Bettina Birn, Jürgen W. Falter, George L. Mosse, Wolfgang Schieder, Ludolf Herbst, Dan Diner, Wolfgang Benz, Heinrich-August Winkler, Bernd Wegner, Ian Kershaw, Harold James, Gerald M. Feldman, Omer Bartov, Richard J. Evans, Michael Burleigh, Christopher R. Browning, Saul Friedländer, Richard J. Overy, Ulrich Herbert, Jürgen Förster, Wolfram Wette, Rolf-Dieter Müller, Hans Umbreit, Norbert Frei, Götz Aly, Rüdiger Overmans, Michael Wildt, Mark Mazower, Peter Fritzsche, Gustavo Corni, Peter Longerich, Dieter Pohl, Bernd Chiari, Christian Gerlach, Christian Streit, Adam Tooze, Harald Welzer, Michael Geyer und Martin Cüppers – und vieler anderer – deutlich unter Beweis stellen¹⁹, hat die deutsche und

¹⁷ Norman M. NAIMARK, *Stalin und der Genozid* (Berlin 2010) 140; vgl. die eher kritische Rezension von Jürgen Zarusky in *sehepunkte* 11 (2011) Nr. 5 [15.05.2011], URL: <http://www.sehepunkte.de/2011/05/19029.html>. Auch Boris BARTH, *Genozid. Völkermord im 20. Jahrhundert. Geschichte, Theorien, Kontroversen* (München 2006) 25-27, sieht sachliche Gründe, die gegen eine weite Genozid-Definition unter Einbeziehung politischer Gruppen sprechen.

¹⁸ *Mladá fronta DNES*, Mai 2008, deutsche Übersetzung in: FAZ, 13. Mai 2008, 2.

¹⁹ Die Titel ihrer wichtigsten Arbeiten finden sich in der Bibliographie.

die internationale Historiographie den Aufstieg, die Machtausübung und den Fall Hitlers, des Nationalsozialismus und des Dritten Reiches ausführlichst analysiert und tieferschürfend gedeutet, so dass die Epoche zwischen 1930 und 1945 als die bestbearbeitete der gesamten deutschen Geschichte gelten kann. Dazu trug wesentlich die relativ frühe Veröffentlichung der „Akten zur deutschen auswärtigen Politik“ von 1918 bis 1945 bei, die auf die bei Kriegsende den Westalliierten in die Hände gefallen Bestände des Auswärtigen Amtes zurückgreifen konnte.²⁰

Dies lässt sich allerdings nicht im gleichen Maß für die nationalsozialistische Ost- und Südosteuropa-Politik feststellen, die bisher nur partielle Untersuchungen erfahren hat, am intensivsten wohl in Richtung Polen (Martin Broszat, Czesław Madajczyk, Hans Lemberg, Norman Davies, Christopher R. Browning, Włodzimierz Borodziej und Grzegorz Janusz), der Tschechoslowakei (Helmut Slapnicka, Friedrich Prinz, Ferdinand Seibt, Jörg K. Hoensch, Detlev Brandes, Vojtěch Mastný, Václav Kural, Jan Gebhart, Jan Kuklík, Miroslav Kárný, Peter Demetz, Tomáš Staněk, Tomáš Pasák, Lubomír Lipták, Dušan Kováč, Jaroslav Kučera, Emilia Hrabovec, Volker Zimmermann, Ralf Gebel, Tatjana Tönsmeier, Chad Bryant und Adrian von Arburg), Jugoslawien (Jovan Marjanović, Dušan Biber, Tone Ferenc, Branko Petranović, Jozo Tomasevich, Holm Sundhaussen, Milan Ristić, Dušan Nećak, Ivo Goldstein, Vladimir Geiger, Klaus Schmider, Tamara Griesser-Pečar, Marie-Janine Calic, Zoran Janjetović und Michael Portmann) und der Sowjetunion (Alexander Dallin, Francine Hirsch, Jan T. Gross, Jörg Baberowski, Amir Weiner, Bernhard Chiari, Christian Gerlach, Martin Dean, Dieter Pohl, Klaus-Jochen Arnold, Bogdan Musiał).²¹

Mittlerweile hat die vom 1958 in Freiburg im Breisgau gegründeten und 1994 nach Potsdam umgezogenen Militärgeschichtlichen Forschungsamt ab 1979 herausgegebene und zum 63. Jahrestag des Kriegsendes in Europa abgeschlossene, äußerst sachkundige zehnbändige Reihe „Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg“ viele Forschungslücken geschlossen, freilich in erster Linie auf Basis der deutschen Quellen. So beschäftigen sich die Bände nicht nur mit der „Sudetenkrise“ und dem „Griff nach Prag“, sondern auch mit der „Eingliederung der Sudetengebiete in die deutsche Wehrwirtschaft“, dem „Protektorat Böhmen und Mähren unter wehrwirtschaftlichen Aspekten“ und der „Rolle der Slowakei in der wehrwirtschaftlichen ‚Neuordnung‘ Europas“; bereits am Beispiel des besetzten Polens wird sowohl die „deutsche Besatzungspolitik“ als auch „Ostpolen unter sowjetischer Herrschaft“ abgehandelt; die Analyse der „Stadien der territorialen ‚Neuordnung‘ in Europa“ erfasst u. a. das Sudetenland, Böhmen und Mähren

²⁰ In der zwischen 1950 und 1995 durchgeführten Edition der ADAP wurden in 75 Teilbänden immerhin 25.000 Dokumente veröffentlicht. – Dirk BLASIUS, Die Archivschuldfrage, in: FAZ, 19. November 2010, 10. An der Neubewertung der Rolle des Auswärtigen Amtes im Dritten Reich „Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik“, hg. von Eckart Conze, Norbert Frei, Peter Hayes, Moshe Zimmermann (Berlin 2010), übte neben Hans Mommsen vor allem Johannes Hürter in den Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte 2 (2011) 167-192 heftige Kritik.

²¹ Die Titel ihrer wichtigsten Arbeiten finden sich in der Bibliographie.

sowie Jugoslawien und enthält die Verwaltung und wirtschaftliche Ausbeutung der besetzten Gebiete, den „Herrschaftsanspruch und Herrschaftswirklichkeit in den besetzten Gebieten“ sowie den Einsatz ausländischer Arbeitskräfte („Fremdarbeiter“) und von Kriegsgefangenen in der Rüstungsindustrie; im Rahmen der Auswirkungen des „totalen Krieges“ werden vor allem die Umsiedlungen im deutschen Machtbereich, die Bekämpfung der Partisanen, Kriegsverbrechen der Besatzungsmächte und der Genozid an den Juden dargestellt; die Erörterung des Kampfes an der inneren und äußeren Front gilt sowohl der deutschen Kriegsgesellschaft als auch dem Krieg als Verbrechen einschließlich der Kriegsgefangenenpolitik und der Zwangsarbeit; schließlich wird auf den Zusammenbruch des Deutschen Reiches einschließlich des Endes der Heeresgruppe Mitte und die Folgen des Zweiten Weltkrieges (Zusammenbruch des Wirtschaftslebens, Besetzung, Kriegsgefangene, ethnische „Säuberungen“) eingegangen.²²

Vergleichbare, handbuchartige Gesamtdarstellungen gibt es weder für die Geschichte der zuerst reduzierten, dann unterworfenen Tschechoslowakei zwischen 1938 und 1945 noch für die Geschichte des besetzten und aufgeteilten Jugoslawiens zwischen 1941 und 1945. Die Geschichtsschreibung wurde dabei immer wieder in den Dienst der Vergangenheitsbewältigung gestellt, mittels Geschichtsklitterung wurden bestimmte Bestandteile der damaligen Realität besonders hervorgehoben, andere Aspekte bewusst marginalisiert oder gänzlich verschwiegen. Nicht einmal unzweifelhafte historische Fakten zur Tötung von Menschen und zur Feststellung der Täter und Opfer waren lange Zeit unbestritten. Immerhin begannen Forschungen zum tschechisch-deutschen Verhältnis in der Tschechoslowakei, namentlich in der Epoche des Nationalsozialismus, bereits in den 1960er Jahren, wenn sie auch in der Tschechoslowakei – den Vorgaben der KSČ entsprechend – auf die Henlein-Bewegung, das Münchener Abkommen und die Okkupation konzentriert waren, um Vertreibung und Zwangsaussiedlung der Deutschen zu rechtfertigen. Daher wurden die Begriffe „Kollaboration“ und „Widerstand“ von der kommunistischen Führung instrumentalisiert, einerseits um die deutschen und ungarischen Minderheiten, andererseits um die innenpolitischen Gegner (in den nicht-sozialistischen Parteien) zu diffamieren und auszuschalten. So gab es im tschechischen Narrativ eine klare Dichotomie zwischen Beherrschten und Herrschern. Eine solche musste in Arbeiten zur Rolle und zu den Verbrechen der Gestapo nicht besonders hervorgehoben werden.²³

²² MILITÄRGESCHICHTLICHES FORSCHUNGSAMT (Hg.), *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg*, Bde. 1-10 (Stuttgart – München 1979-2008); vgl. Zehn Bände deutscher Kriegsgeschichte. Die Reihe „Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg“ komplett, in: NZZ, 8. Mai 2008, 4; vgl. auch die ausdrückliche Anerkennung von Norman M. NAIMARK: „The scholarship in these volumes is of unusually high quality.“ – War and Genocide on the Eastern Front, 1941-1945, in: *Contemporary European History* 16/2 (2007) 259-274.

²³ Václav KRÁL (Hg.), *Acta occupationis Bohemiae et Moraviae. Die Deutschen in der Tschechoslowakei 1933-1947. Dokumentensammlung* (Praha 1964); Vavro HAJDU – Ladislav LISKA – Antonín ŠNEJDÁREK (Hgg.), *Německá otázka 1945-1963. Dokumenty a materiály* (Praha

Die erste wissenschaftliche Arbeit auf deutscher Seite, zum Teil auf der Basis kurzfristig zugänglicher tschechoslowakischer Archivalien, war die zweibändige Dissertation von Detlef Brandes, die bis heute eine äußerst solide Arbeit über die Zeit des Protektorats darstellt. Als ebenso grundlegend sind die Monographien von Brandes über die politischen Planungen und Entscheidungsfindungen der polnischen, tschechoslowakischen und jugoslawischen Exilregierungen in London zur Vertreibung der Deutschen aus der Tschechoslowakei, Polen und Jugoslawien zu bezeichnen. In einer neuen Monographie geht Brandes der Frage nach, warum die Sudetendeutsche Partei zwischen dem „Anschluss“ Österreichs und dem Münchener Abkommen die Unterstützung von acht bis neun Zehntel der Sudetendeutschen gewann, die ihr auf dem Weg ins „Großdeutsche Reich“ folgten.²⁴

Von der Mediävistik kommend, versuchten Ferdinand Seibt und Friedrich Prinz – zwei gebürtige Sudetendeutsche – die tausendjährige Geschichte der Nachbarschaft von Tschechen und Deutschen in der Mitte Europas einzuordnen. Seibt spannte einen großen Bogen von den frühen slawischen Herrschaftsbildungen an der oberen Elbe und der March über die Herrschaft der Přemysliden, der Luxemburger und der Habsburger im römisch-deutschen Reich bis zur Einordnung der böhmischen Länder in den habsburgischen Kaiserstaat 1804 und der Bildung der Tschechoslowakei 1918; schließlich erörterte er die „Katastrophe der Nachbarschaft“ zwischen 1938 und 1948. Friedrich Prinz stellte seine im selben Jahr veröffentlichte Synthese unter das Leitmotiv eines „Zweivölkerschicksals“ und sprach von einer „gewaltsamen Beendigung der Zweivölkergemeinschaft am Ende des Zweiten Weltkriegs“. Für die Mehrheit der deutschen und tschechischen Historiker auch heute noch keineswegs selbstverständlich, hob Prinz hervor, dass die habsburgische Herrschaft über Böhmen, „ein Trauma des national-tschechischen Geschichtsbewusstseins“, weder vor noch nach 1620 eine rein „deutsche“

1964); Robert KVAČEK, Československý rok 1938 (Praha 1988). Dagegen neuerdings Jan TESÁŘ, Mnichovský komplex. Jeho příčiny a důsledky (Praha 2000); Jan NĚMEČEK (Hg.), Mnichovská dohoda. Cesta k destrukci demokracie v Evropě. Munich agreement: The way to destruction of democracy in Europe (Praha 2004). Zur Gestapo vgl. Karel FREMUND, Konec pražského gestapa (Praha 1972); Stanislav BIMAN, Nacistická bezpečnostní služba ve protektorát Čechy a Morava, in: Sborník archivních prací 2 (1972) 297-353; Oldřich SLÁDEK, Zločinná role gestapa. Nacistická bezpečnostní policie ve českých zemích 1938-1945 (Praha 1986); ARBURG, Katastrophenjahre, 64.

²⁴ Detlef BRANDES, Die Tschechen unter deutschem Protektorat. Bd. 1: Besatzungspolitik, Kollaboration und Widerstand im Protektorat Böhmen und Mähren bis Heydrichs Tod (1939-1942); Bd. 2: Besatzungspolitik, Kollaboration und Widerstand im Protektorat Böhmen und Mähren von Heydrichs Tod bis zum Prager Aufstand (1942-1945), (München – Wien 1969/1975, tschech. Praha 2002); DERSELBE, Großbritannien und seine osteuropäischen Alliierten 1939-1943. Die Regierungen Polens, der Tschechoslowakei und Jugoslawiens im Londoner Exil vom Kriegsausbruch bis zur Konferenz von Teheran (München 1988); DERSELBE, Der Weg zur Vertreibung 1938-1945. Pläne und Entscheidungen zum „Transfer“ der Deutschen aus der Tschechoslowakei und aus Polen (München 2005, tschech. Praha 2002); DERSELBE, Die Sudetendeutschen im Krisenjahr 1938 (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 107, München 2008).

oder „germanisierende“ Herrschaft gewesen sei. Jörg K. Hoensch bot bis 1918 den präzisesten Überblick, begnügte sich aber für die Zeit nach 1918 mit einem Ausblick auf Kontinuitäten und Entwicklungsbrüche in der Geschichte der Tschechoslowakischen Republik.²⁵

Nicht nur in der kommunistischen Historiographie, auch in Emigrantenkreisen wurden nach dem Februar 1948 Vertreibung und Zwangsaussiedlung grundsätzlich noch nicht in Frage gestellt. Erst seit den 1960er Jahren setzte Kritik an einzelnen Gewaltexzessen und den Modalitäten der Zwangsaussiedlung ein. Nach 1968 gab es dann auch schon kritische Stimmen von tschechischen und slowakischen Historikern zum Vertreibungskomplex, vornehmlich von solchen in der neuen Emigration. Aufsehen und Widerspruch erregten etwa 1978 die „Thesen“ eines „Danubius“, des Slowaken Ján Mlynárik, publiziert in Pavel Tigrids Exil-Zeitschrift *Svědectví*.²⁶

Die 1990 eingesetzte Deutsch-Tschecho-Slowakische (seit 1993 Deutsch-Tschechische und Deutsch-Slowakische) Historikerkommission veröffentlichte bis heute je 17 Sammelbände in deutscher und tschechischer (bzw. slowakischer) Sprache zur gemeinsamen und kontroversiellen Geschichte, die sich u. a. mit dem Verhältnis zwischen Tschechen, Slowaken und Deutschen seit dem Vormärz, dem Ersten Weltkrieg als Wendepunkt, dem Scheitern der Verständigung in der Zwischenkriegszeit, dem Weg in die Katastrophe, den Sudetendeutschen im NS-Staat, den Vertreibungen und Aussiedlungen aus der Tschechoslowakei, Polen, Ungarn und Jugoslawien, den Prager Professoren 1938-1948 sowie mit der Lage geteilten Europa zwischen 1948 und 1989 beschäftigten.²⁷ Offen blieben freilich Fragen zum beruflichen und privaten Alltag im Protektorat, Analysen zur Rüstungswirtschaft im Protektorat, das Problem der Grauzonen zwischen Kollaboration und

²⁵ Ferdinand SEIBT, Deutschland und die Tschechen. Geschichte einer Nachbarschaft in der Mitte Europas (München 1993); Friedrich PRINZ (Hg.), Böhmen und Mähren (Deutsche Geschichte im Osten Europas 2, Berlin 1993); Jörg K. HOENSCH, Geschichte Böhmens. Von der slavischen Landnahme bis zur Gegenwart (München 31997).

²⁶ Radomír LUŽA, The Transfer of the Sudeten Germans: A Study of Czech-German Relations, 1933-1962 (London 1964); Jan KŘEN, Německá otázka a odsun, in: Odboj a revoluce (Praha 1965) 186-193; DANUBIUS [Ján MLYNÁRIK], Vyhánění na pokračování (Tragedie Vitorazska 1945-1953), in: Svědectví 57 (1978); Leopold GRÜNWARD (Hg.), Wir haben uns selbst aus Europa vertrieben. Tschechische Selbstkritik an der Vertreibung der Sudetendeutschen. Eine Dokumentation (Veröffentlichungen des Sudetendeutschen Archivs 22, München 1985); Stanislav BIMAN – Roman ČILEK, Poslední mrtví, první živí (Ústí nad Labem 1989); Bohumil ČERNÝ – Jan KŘEN – Václav KURAL – Milan OTÁHAL (Hgg.), Češi, Němci, odsun: Diskuse nezávislých historiků (Praha 1990); Alena WAGNEROVÁ, 1945 waren sie Kinder. Flucht und Vertreibung im Leben einer Generation (Köln 1990); Petr PITHART – Petr PRÍHODA (Hgg.), Die abgeschobene Geschichte. Ein historisch-politisches Lesebuch (München 1999); Ján MLYNÁRIK, Fortgesetzte Vertreibung. Vorgänge im tschechischen Grenzgebiet 1945-1953 (München 2003); vgl. Bradley F. ABRAMS, Morality, Wisdom and Revision: The Czech Opposition of the 1970's and the Expulsion of the Sudeten Germans, in: East European Politics and Societies 9/2 (1997) 234-255.

²⁷ Die Titel der Reihe finden sich in der Bibliographie.

Widerstand, die genaue Untersuchung der Zusammenarbeit des tschechischen (Protektoratspolizei, Gendarmerie) mit dem deutschen Sicherheitsapparat (Ordnungs- und Sicherheitspolizei) und der Vergleich zu anderen NS-Besatzungsgebieten in Europa. Schwerer wiegt die Feststellung Hans Mommsens, dass eine „national indifferente Gruppe“ einer „national engagierten“ gegenüber gestanden sei, wobei er mit der ersten Gruppe die deutschen Historiker, mit der zweiten Gruppe die tschechischen Historiker meinte. So blieben in der Bewertung einige wesentliche Fragen umstritten bzw. ausgeklammert:

- 1) Ob die „Eliminierung“ einer so großen Minderheit wie die der Sudetendeutschen „vertretbar“ gewesen ist?
- 2) Ob die Zahl der deutschen Vertreibungsoffer tatsächlich auf höchstens 30.000 Menschen geschätzt werden kann? – Immerhin führt die sudetendeutsche Heimatsortskartei der Caritas in Regensburg noch immer die Zahl von 225.136 „ungeklärten“ Schicksalen.
- 3) Ob der Prozess der Enteignung, der Verteilung und des Verbleibs des gesamten Vermögens der sudetendeutschen Volksgruppe in der Nachkriegszeit mit seinen gewaltigen ökonomischen, soziologischen und psychosozialen Folgen nicht einer umfassenden Aufarbeitung bedarf?²⁸

Als sich ein vom Deutsch-Tschechischen Zukunftsfonds unterstütztes deutsch-tschechisches Forschungsprojekt mit dem Vergleich der antideutschen Maßnahmen in Europa nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges beschäftigte, konnten sich die Historiker vorerst nicht einmal auf den Umfang des Projektes einigen. Denn die tschechischen Historiker lehnten die Aufnahme Rumäniens ab, wo es zwar auch eine Leidensgeschichte der deutschen Minderheit, aber keine Vertreibung gegeben hatte, während sich die deutschen Historiker gegen die Einbeziehung der Niederlande wandten, wo es keine autochthone deutsche Minderheit gegeben hatte. Zu guter Letzt betreuten die tschechischen Kollegen die rechtlichen Regelungen in Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn und Jugoslawien, während sich die deutschen Kollegen der Lage in Italien, Belgien, Frankreich und Dänemark widmeten. Eine vergleichende Interpretation und Bewertung aber unterblieb, da die deutschen Historiker auf der klaren Differenzierung zwischen individueller Entnazifizierung im „Westen“ und kollektiver Vertreibung im „Osten“ bestanden, während die tschechischen Historiker die Vertreibungsmaßnahmen der tschechoslowakischen, polnischen, ungarischen und jugoslawischen Regierung in die alliierten Nachkriegsentscheidungen einzuordnen versuchten.²⁹

²⁸ Michael LEH, „Wir wollen den Beziehungen keinen Stein in den Weg legen“, in: Sudetendeutsche Zeitung, 8. Oktober 1999, 3; vgl. Jiří SLÁMA, Aussiedlung der Deutschen, Sozialisierung des Privateigentums, Industrialisierung der Wirtschaft – ihre Zusammenhänge und die sozio-ökonomischen Folgen für die Tschechoslowakei (München 1975).

²⁹ Manfred KITTEL, Horst MÖLLER, Jiří PEŠEK, Oldřich TŮMA (Hgg.), Deutschsprachige Minderheiten 1945. Ein europäischer Vergleich (München 2007); tschech. Ausgabe: Jiří PEŠEK, Oldřich TŮMA, Manfred KITTEL, Horst MÖLLER, Německé menšiny v právních normách 1938-1948. Československo ve srovnání s vybranými evropskými zeměmi (Brno 2006). Die unterschiedli-

Parallel zu den Veröffentlichungen der bi- bzw. trilateralen Historikerkommision erschienen in den letzten 15 Jahren eine Reihe von deutschen, tschechischen, slowakischen, österreichischen und schweizerischen Dissertationen, die sich auf neu zugängliches Archivmaterial in tschechischen (und slowakischen) Archiven stützten und mit ihren Forschungsergebnissen das bisherige Geschichtsbild zum Teil gründlich veränderten. Das gilt sowohl für die Beteiligung vieler Sudetendeutscher an der NS-Herrschaft als auch für die Kollaboration vieler Tschechen im Protektorat, besonders aber für die aktive Gestaltung der „wilden Vertreibungen“ seitens der maßgeblichen tschechischen Politiker.³⁰ Eine zentrale forschungspolitische Stellung nimmt in diesem Zusammenhang der Troppauer Archivar Tomáš Staněk ein, der in unglaublicher Detailarbeit sowohl die Verfolgungen und Exzesse gegenüber den Deutschen im Jahre 1945 als auch die „wilden Vertreibungen“ und die Zwangsausweisungen darstellte. Obwohl bereits zwei Monographien auch in deutscher Sprache erschienen sind, ist die Rezeption seiner Arbeiten erst teilweise in Gang gekommen. In jüngster Zeit arbeitet Staněk gemeinsam mit dem jungen Schweizer Historiker Adrian von Arburg, der sowohl in Wien als auch in Prag studiert hat, an einer achtbändigen Edition zur „Aussiedlung der Deutschen und den Veränderungen in den tschechischen Grenzgebieten 1945-1951“.³¹ Eher werten-

chen Bewertungen der Projektergebnisse wurden von den Herausgebern getrennt veröffentlicht: Manfred KITTEL und Horst MÖLLER, Die Beneš-Dekrete und die Vertreibung der Deutschen, in: Vierteljahrshefte zur Zeitgeschichte 54 (2006) 4, 541-581; sowie Jiří PEŠEK und Oldřich TŮMA, Die Rechtsnormen in Bezug auf die Deutschen in der Tschechoslowakei und anderen ausgewählten europäischen Staaten 1938-1948, in: Bohemia 47 (2006/07) 1, 119-150; vgl. Karl-Peter SCHWARZ, Der Plan ging nicht auf. Deutsch-tschechisches Forschungsprojekt zur Vertreibung endet in einem Historikerstreit, in: FAZ, 10. November 2006, 12.

³⁰ Emilia HRABOVEC, Vertreibung und Abschub. Deutsche in Mähren 1945-1947 (Frankfurt am Main [u. a.] 1995); Ralf GEBEL, „Heim ins Reich!“ Konrad Henlein und der Reichsgau Sudetenland (1938-1945), (München 1999); Volker ZIMMERMANN, Die Sudetendeutschen im NS-Staat: Politik und Stimmung der Bevölkerung im Reichsgau Sudetenland (1938-1945), (Essen 1999, tschech. Praha 2001); Jan Boris UHLÍŘ, Ve stínu říšské orlice: Protektorát Čechy a Morava, odboj a kolaborace (Praha 2002); Pavel MARŠALEK, Protektorát Čechy a Morava: Státoprávní a politické aspekty nacistického okupačního režimu v českých zemích 1939-1945 (Praha 2002); Adrian von ARBURG, Zwischen Vertreibung und Integration: Tschechische Deutschenpolitik 1947-1953 (Disertační práce FSV UK, Praha 2004); Tomáš DVOŘÁK, „Vnitřní odsun“. Průběh, motivy a paralely přesídlování německého obyvatelstva do vnitrozemí v českých zemích v letech 1947-1949 (Disertační práce FF MU, Brno 2005); Andreas WIEDEMANN, „Komm mit uns das Grenzland aufbauen!“ Ansiedlung und neue Strukturen in den ehemaligen Sudetengebieten 1945-1952 (Essen 2007); vgl. Adrian von ARBURG, Die Besiedlung der Grenzgebiete der böhmischen Länder 1945-1950: Forschungsstand, ausgewählte Probleme und Arbeitsbibliographie (München 2008).

³¹ Tomáš STANĚK, Odsun Němců z Československa 1945-1947 (Praha 1991); DERSELBE, Německá menšina v českých zemích 1945-1948 (Praha 1993); DERSELBE, Tábory v českých zemích 1945-1948 (Šenov u Ostravy 1996), deutsch: Internierung und Zwangsarbeit. Das Lagersystem in den böhmischen Ländern 1945-1948 (München 2007); DERSELBE, Perzekuce 1945: Perzekuce tzv. státně nespolehlivého obyvatelstva v českých zemích (mimo tábory a věznice) v květnu-sprnu 1945 (Praha 1996), deutsch: Verfolgung 1945: Die Stellung der Deutschen in Böhmen, Mähren

de Synthesen stellen hingegen einige Arbeiten von Václav Kural dar³², während sich Jaroslav Kučera sehr akribisch sowohl mit der Frage der „Vertreibungsoffer“ und den deutschen Kriegsverbrechern als auch mit der tschechoslowakischen Deutschlandpolitik nach 1945 beschäftigte.³³

Erst in jüngster Zeit entstanden auch wissenschaftlich fundierte Arbeiten zu den sogenannten „Beneš-Dekreten“, den Dekreten des Präsidenten der Republik aus der Zeit des Exils, vor allem aber aus der kurzen Periode zwischen Mai und Oktober 1945. Im Vordergrund der Arbeiten stehen freilich die rechtspolitische Genese, die Diskussion im Ministerrat und das Umfeld der Verabschiedung – weniger die Umsetzung für die enteigneten und entrechteten Deutschen und Magyaren. Die Kommentare enthalten daher oft eine unübersehbare Apologie zugunsten der dritten Tschechoslowakischen Republik. Außerdem fehlt eine Darstellung über die Gültigkeit und die Anwendung der „Beneš-Dekrete“ nach 1990.³⁴

Andererseits vermittelten viele Veröffentlichungen von sudetendeutscher Seite – im Besonderen seitens des „Sudetendeutschen Rates“, einer „politischen Repräsentanz“ aus Vertretern bundesdeutscher Parteien sowie der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“ – lange Zeit den Eindruck, dass von einer Mitverantwortung sudetendeutscher NS-Funktionäre und der deutschen Bevölkerung Böhmens und Mäh-

und Schlesien (außerhalb der Lager und Gefängnisse), (Wien 2002); DERSELBE, Retribuční vězni v českých zemích 1945-1955 (Opava 2002); DERSELBE, Poválečné „excesy“ v českých zemích v roce 1945 a jejich vyšetřování (Sešity Ústavu pro soudobé dějiny AV ČR 41, Praha 2005); Adrian von ARBURG – Tomáš STANĚK (Hgg.), Vysídlení Němců a proměny českého pohraničí 1945-1951, 8 Bde. (Praha 2010 ff.). Vgl. auch die auf intensiven Archivstudien basierenden Arbeiten von Karel KAPLAN, Zpráva o organizovanem násilí (Montreal 1986); DERSELBE, Československo v poválečné Evropě (Praha 2004).

³² Václav KURAL, Statt Gemeinschaft ein Auseinandergehen! Tschechen und Deutsche im Großdeutschen Reich und der Weg zum Abschub (1938-1945), (Prag 2002; tschech. Praha 1994); Václav KURAL – Zdeněk RADVANOVSKÝ [et alii] (Hgg.), „Sudety“ pod hákovým křížem (Ústí nad Labem 2002); Václav KURAL – Zdeněk ŠTĚPÁNEK, České národní povstání v květnu 1945 (Praha 2008); Václav KURAL – František VAŠEK, Hitlerová odložená válka za zničení ČSR (Praha 2008).

³³ Jaroslav KUČERA, Odsun nebo vyhnání? Sudetští Němci v Československu v letech 1945-1946 (Jinočany 1992); DERSELBE, „Der Hai wird nie wieder so stark sein“: Tschechoslowakische Deutschlandpolitik 1945-1948 (Dresden 2001, tschech. Praha 2005); Kateřina KOČOVÁ – Jaroslav KUČERA, „Sie richten statt unser und deshalb richten Sie hart“. Die Abrechnung mit deutschen Kriegsverbrechern in der Tschechoslowakei, in: Norbert Frei (Hg.), Transnationale Vergangenheitspolitik. Der Umgang mit deutschen Kriegsverbrechern in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg (Beiträge zur Geschichte des 20. Jahrhunderts 4, Göttingen 2006) 438-473.

³⁴ Jindřich DEJMEK – Jan KUKLÍK – Jan NĚMEČEK, Kauza tzv. Benešovy dekrety. Historické kořeny a souvislosti (Praha 1999); Václav PAVLÍČEK – Jindřich DEJMEK – Jiří WEIGL [et alii], Benešovy dekrety. Sborník textů (Praha 2001); Jan NĚMEČEK – Jindřich DEJMEK – Jan KUKLÍK – Stanislav BIMAN, Cesta k dekretů a odsunu Němců. Datová příručka (Praha 2002); Václav PAVLÍČEK, O české státnosti. Úvahy a polemiky. Český stát a Němci (Praha 2002); Karel JECH (Hg.), Němci a Maďari v dekretch prezidenta republiky. Studie a dokumenty 1940-1945. Die Deutschen und Magyaren in den Dekreten des Präsidenten der Republik. Studien und Dokumente 1940-1945 (Brno 2003). Vgl. dazu auch die kontroverse Diskussion um die Präsidialdekrete auf dem VIII. tschechischen Historikertag in Königgrätz (Hradec Králové) im Herbst 1999.

rens am Nationalsozialismus keine Rede sein könne.³⁵ Die NS-Herrschaft über Böhmen und Mähren erschien weitgehend als „reichsdeutsche“ Angelegenheit, auf die die Sudetendeutschen angeblich keinen Einfluss besessen hätten. Der Jubel vom Oktober 1938 in propagandistisch aufgepeitschter Atmosphäre habe der Erfüllung des Selbstbestimmungsrechtes und der „Befreiung von der Fremdherrschaft“ gegolten, wenn auch um den Preis der Eingliederung in die NS-Diktatur. Aber die „Arbeit für alle“ habe Hoffnung auf einen wirtschaftlichen und sozialen Aufschwung gegeben. Vom massenhaften Eintritt in die NSDAP und in die SA, sodass die Mitgliederzahl im Gau Sudetenland proportional die anderen Reichsgaue übertraf, wollte man nach 1945 lieber nicht reden; auch nicht davon, dass von 1938 an bis zum Kriegsende bis auf wenige Ausnahmen ausschließlich ehemalige Funktionäre der Sudetendeutschen Partei oder der bereits 1933 verbotenen DNSAP die Führungspositionen in der Gauleitung in Reichenberg eingenommen hatten. Für die Unterdrückung der Tschechen im „Protektorat“ seien hingegen überwiegend „reichsdeutsche“ Parteifunktionäre und Beamte verantwortlich gewesen, obwohl der Personalbedarf der deutschen Besatzungsbehörden viele Sudetendeutsche ins „Protektorat“ führte. Andererseits gab es nur wenige kritische Stimmen gegen Entrechtung und Verfolgung der Juden und Tschechen. Lange Zeit wurden nicht einmal die Massenexekutionen in Lidice und Ležáky erwähnt. Hingegen vertraten viele sudetendeutsche Veröffentlichungen die Meinung, den Tschechen sei es – ohne verpflichtenden Militärdienst – vergleichsweise sogar gut gegangen. Auch die Judenverfolgung sei von Berlin ausgegangen; daher sei jede Beteiligung einheimischer Kräfte ausgeklammert gewesen. Nicht einmal die ohnehin wirkungsschwachen Widerstandsaktionen kommunistischer und sozialdemokratischer Sudetendeutscher fanden in der sudetendeutschen Historiographie ausreichend Niederschlag, mehr noch die Auseinandersetzungen des sozialdemokratischen Exils mit der tschechoslowakischen Exilregierung in London. Schließlich habe die Vertreibung 1945/47 die Existenz der „Volksgruppe“ beendet, woraus das kollektive Selbstbild einer passiven Opferrolle gezeichnet worden sei. Diese zumindest anachronistischen Standpunkte des „Sudetendeutschen Rates“ sind einerseits

³⁵ Vgl. u. a. Wilhelm TURNWALD (Hg.), *Dokumente zur Austreibung der Sudetendeutschen* (München 1951, engl. Munich 1953); Ernst NITTNER (Hg.), *Dokumente zur Sudetendeutschen Frage 1916-1967* (München 1967); Emil FRANZEL (Hg.), *Die Vertreibung Sudetenland 1945-1946*. Nach Dokumenten des Bundesministeriums für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte sowie Dokumenten aus dem Bundesarchiv in Koblenz, nach Fragebogenberichten des Bundesarchivs und Erlebnis- und Kreisberichten (München 1980); *Die Sudetendeutsche Frage*. Kurzdarstellung und Dokumentation, hg. vom Sudetendeutschen Rat (München 4. Aufl. 1985); Wolfgang BRAU-MANDL, *Die Wirtschafts- und Sozialpolitik des Deutschen Reiches im Sudetenland 1938-1945* (Veröffentlichungen des Sudetendeutschen Archivs 20, München 1985); Erich MAIER, *40 Jahre Sudetendeutscher Rechtskampf. Die Arbeit des Sudetendeutschen Rates seit 1947* (München 1987); Fritz Peter HABEL, *Die Sudetendeutschen* (München 1992); *Deutsche und Tschechen*, hg. von der Bundeszentrale für politische Bildung (München 1993); *Die Sudetendeutschen. Eine Volksgruppe im Herzen Europas 1848-1988. Von der Frankfurter Paulskirche zur Bundesrepublik Deutschland*. Katalog zur Ausstellung (München 1989, ²1995); Fritz Peter HABEL, *Eine politische Legende. Die Massenvertreibung von Tschechen aus dem Sudetengebiet 1938/39* (München 1996).

mit dem Trauma der Vertreibung zu erklären, andererseits als Antwort auf die tschechoslowakische Historiographie bis 1989 zu verstehen, die zur Begründung der Vertreibung die Kollektivschuldthese ins Feld führte. Dem Vorwurf der Kollektivschuld wurde daher das Bild einer kollektiven Unschuld entgegengesetzt.³⁶

Nach den Umbrüchen in Ostmitteleuropa 1989 entstanden auf sudetendeutscher Seite aber auch wissenschaftlich anspruchsvolle Arbeiten, wie etwa von Helmut Slapnicka über die rechtlichen Grundlagen von Enteignung, Vertreibung und Aussiedlung oder von Otfried Pustejovsky über den christlichen Widerstand gegen die NS-Herrschaft in den böhmischen Ländern, die Konferenz von Potsdam, das Massaker von Aussig und die Zwangsarbeit im Uranbergbau von Joachimsthal (Jáchymov). Äußerst informativ für den Gesamtzusammenhang der deutsch-tschechischen Beziehungen zwischen 1848 und 1946 sind die beiden umfangreichen Dokumentationen des Sudetendeutschen Archivs unter dem Haupttitel *Odsun*. Die größte Breitenwirkung erreichten aber 2001 die Fernsehdokumentationen „Die Vertriebenen. Hitlers letzte Opfer“ und „Die große Flucht. Das Schicksal der Vertriebenen“, in denen viele Überlebende zu Wort kamen und somit die subjektive Seite der Betroffenen durchschlug.³⁷

³⁶ Volker ZIMMERMANN, Sudetendeutsche Perspektiven auf den Nationalsozialismus. Einstellungen und Wertungen von der NS-Zeit bis heute, in: Monika Glettler, Lubomir Lipták und Alena Mišková (Hgg.), *Geteilt, besetzt, beherrscht. Die Tschechoslowakei 1938-1945: Reichsgau Sudetenland, Protektorat Böhmen und Mähren, Slowakei* (Essen 2004) 229-248; vgl. Eva HAHN, *Die Sudetendeutschen in der deutschen Gesellschaft: ein halbes Jahrhundert politischer Geschichte zwischen „Heimat“ und „Zuhause“*, in: Hans Lemberg, Jan Křen und Dušan Kováč (Hgg.), *Im geteilten Europa. Tschechen, Slowaken und Deutsche 1848-1989* (Essen 1998) 111-133; Friedrich PRINZ (Hg.), *Wenzel Jaksch – Edvard Beneš. Briefe und Dokumente aus dem Londoner Exil 1939-1943* (Köln 1973); Leopold GRÜNWARD, *Sudetendeutscher Widerstand gegen Hitler* (Veröffentlichungen des Sudetendeutschen Archivs 12, München 1978).

³⁷ Helmut SLAPNICKA, *Die rechtlichen Grundlagen für die Behandlung der Deutschen und Magyaren in der Tschechoslowakei 1945-1948* (München 1999); Otfried PUSTEJOVSKY, *Die Konferenz von München und das Massaker von Aussig am 31. Juli 1945. Untersuchung und Dokumentation* (München 2001); DERSELBE, *Christlicher Widerstand gegen die NS-Herrschaft in den Böhmisches Ländern. Eine Bestandsaufnahme zu den Verhältnissen im Sudetenland und dem Protektorat Böhmen und Mähren* (Münster 2009); DERSELBE, *Stalins Bombe und die Hölle von Joachimsthal. Uranbergbau und Zwangsarbeitslager in der Tschechoslowakei 1945-1962* (im Druck); Roland J. HOFFMANN – Alois HARASKO (Hgg.), *Odsun. Die Vertreibung der Sudetendeutschen. Vyhnaní sudetských Němců. Dokumentation zu Ursachen, Planung und Realisierung einer „ethnischen Säuberung“ in der Mitte Europas 1848/49-1945/46. Dokumentace o příčinách, plánování a realizaci „etnické čistky“ ve středu Evropy*, Bd. 1: *Vom Völkerfrühling und Völkerzwist 1848/49 bis zum Münchener Abkommen 1938 und zur Errichtung des „Protektorats Böhmen und Mähren“ 1939*, Sv. 1: *Od probuzení národů a národnostních hádek 1848/49 k Mnichovské dohodě 1938 a zřízení „Protektorátu Čechy a Morava“ 1939* (München 2000); Roland J. HOFFMANN, Kurt HEISSIG, Manfred KITTEL (Hgg.), Bd. 2: *Von der Errichtung des „Protektorats Böhmen und Mähren“ im März 1939 bis zum offiziellen Abschluss der Vertreibung Ende 1946*, Sv. 2: *Od zřízení „Protektorátu Čechy a Morava“ v březnu 1939 do oficiálního ukončení odsunu na konci roku 1946* (München 2010); K. Erik FRANZEN, *Die Vertriebenen. Hitlers letzte Opfer* (München 2001); Guido KNOPP, *Die große Flucht. Das Schicksal der Vertriebenen* (München 2001).

Slowakische Historiker und Historikerinnen arbeiteten einerseits seit 1990 intensiv in der bi- bzw. trilateralen Kommission mit und verfassten andererseits auf die Slowakei bezogene Monographien, Sammelbände und Editionen zum Slowakischen Staat im Zweiten Weltkrieg. Hierbei standen die Person des Staatspräsidenten Jozef Tiso, der Einfluss des Dritten Reiches, die Judenverfolgung, der Nationalaufstand 1944 und die Aussiedlung der Deutschen und Magyaren im Vordergrund. Auch einige deutsche und österreichische Autoren und Autorinnen beteiligten sich an der neuesten Historiographie zur Slowakei im Zweiten Weltkrieg. Auffallend ist, dass weder die slowakische noch die deutsche (und österreichische) besonders kontroverse Standpunkte einnahmen – am ehesten noch slowakische Autoren selbst in der Bewertung des Nationalaufstandes.³⁸

Seit der bereits legendären, erstmals im Juni 1938 veröffentlichten Arbeit von Elizabeth Wiskemann beschäftigt sich die angloamerikanische Historiographie ziemlich intensiv mit dem für den Nationalismus-Diskurs paradigmatischen Verhältnis von Tschechen und Deutschen zwischen 1914 und 1948. Victor S. Mamaty und Radomír Luža, der bereits 1964 ein Buch über den „Transfer“ der Sudetendeutschen publiziert hatte, gaben 1973 einen inhaltsreichen Sammelband über die Geschichte der Tschechoslowakischen Republik zwischen 1918 und 1948 heraus, in dem sich Johann Wolfgang Bruegel mit den Deutschen, Piotr S. Wandycz mit der Außenpolitik von Edvard Beneš und Gotthold Rhode mit dem Protektorat befasste. Josef Kalvoda verfasste die detailreichste Arbeit über die Entstehung der Tschechoslowakei und analysierte die erfolgreiche, wenn auch durchaus trickreiche Politik Masaryks und Beneš' in der Emigration und auf der Friedenskonferenz. Igor Lukes veröffentlichte eine präzise diplomatiegeschichtliche Studie über die Außenpolitik von Beneš zwischen Stalin und Hitler. Ein kultur- und sozialhistorisches Werk besonderer Art stellt das aus dem Tschechischen übersetzte Buch von Derek Sayer dar, dessen Titel bei den Shakespeare'schen „Küsten von Böhmen“ Anleihe nahm. Jeremy King verfolgte die Assimilationsprozesse zwischen

³⁸ Eubomír LIPTÁK, Slovensko v 20. storočí (Bratislava 2000); Eubomír LIPTÁK, Changes of Changes, Society and Politics in Slovakia in the 20th Century (Bratislava 2002); Jozef TISO, Prejavy a články, zv. II (1938-1944), ed. Miroslav Fabricius – Katarína Hradská (Bratislava 2007); Ladislaus LIPSCHER, Die Juden im Slowakischen Staat 1939-1945 (München 1980); Ivan KAMENEC, Po stopach tragedie (Bratislava 1991); Walter BRANDMÜLLER, Holocaust in der Slowakei und katholische Kirche (Neustadt an der Aisch 2003); M. S. ĎURICA (Hg.), Katolícka cirkev na Slovensku 1938-1945 v hodnotení nemeckých diplomatov a tajných agentov (Trnava 2001); Tatjana TÖNSMEYER, Das Dritte Reich und die Slowakei 1939-1945. Politischer Alltag zwischen Kooperation und Eigensinn (Paderborn etc. 2003); Michal SCHVARC, Martin HOLÁK, David SCHRIFFL (eds.), „Tretia ríša a vznik Slovenského štátu. Dokumenty I. Das „Dritte Reich“ und die Entstehung des Slowakischen Staates. Dokumente I (Bratislava 2008); Michal SCHVARC, Sicherheitsdienst a Slovensko v rokoch 1938-1944 (od autonómie po Povstanie). Der Sicherheitsdienst und die Slowakei zwischen 1938 und 1944 (von Autonomie bis Aufstand); (Bratislava/Pressburg 2006); Dušan KOVÁČ, Vysídlenie Nemcov zo Slovenska (1944-1953), (Bratislava 2001); Soňa GABZDILOVÁ-OLEJNÍKOVÁ – Milan OLEJNÍK – Štefan ŠUTAJ (Hgg.), Nemci a Maďari na Slovensku v rokoch 1945-1953 v dokumentoch (Prešov 2005).

Deutschen und Tschechen in der südböhmischen Kreisstadt Budweis (České Budějovice) über ein ganzes Jahrhundert. Hugh LeCaine Agnew schrieb einen Überblick über die Geschichte der Tschechen und die Länder der Böhmisches Krone, Eagle Glassheim verglich die Transformation der böhmischen Aristokratie in Richtung Nationalismus aus der Habsburgermonarchie über die Erste Tschechoslowakische Republik bis in die NS-Herrschaft, während Benjamin Frommer die Vergeltung gegenüber tschechischen Nazi-Kollaborateuren nach 1945 analysierte. Livia Rothkirchen verfasste eine Synthese des Holocaust gegenüber den Juden Böhmens und Mährens, Peter Judson studierte die nationalen Aktivisten entlang der deutsch-tschechischen und der deutsch-slowenischen Sprachgrenze, Tara Zahra den nationalen Kampf um die Kinder, Chad Bryant versuchte die „dicke Linie“ zu überwinden, die angeblich die Arbeiten über das Protektorat von denen über die Vertreibung trennt, und David Gerlach untersuchte die Zwangsarbeit der Deutschen in den tschechischen Randgebieten nach 1945. Hinzuweisen ist schließlich auf die sehr differenziert argumentierende Dissertation von James M. Ward über die Persönlichkeit von Jozef Tiso.³⁹

Mit Unterstützung des „Kultusministeriums“ [gemeint ist wohl das Kultusministerium, denn „Cultus“ bedeutete im alten Österreich „konfessionelle Angelegenheiten“, Anm. Suppan] und unter Beteiligung von zwölf namhaften tschechischen Historikern veröffentlichten im Jahre 2002 der Verlag Gallery und das Institut für Zeitgeschichte der Tschechischen Akademie der Wissenschaften einen in wenigen Wochen in tschechischer, deutscher und englischer Sprache verfassten Sammelband zur „Entwicklung der deutsch-tschechischen Beziehungen in den böhmischen Ländern 1848-1948“, der gewissermaßen offiziöse Standpunkte der

³⁹ Vgl. Elizabeth WISKEMANN, *Czechs and Germans. A Study of the Struggle in the Historic Provinces of Bohemia and Moravia* (London – New York – Toronto 1938); Radomír LUŽA, *The Transfer of the Sudeten Germans. A Study of Czech-German Relations, 1933-1962* (New York 1964); Victor S. MAMATEY and Radomír LUŽA (eds.), *A History of the Czechoslovak Republic 1918-1948* (Princeton, N. J. 1973); Josef KALVODA, *The Genesis of Czechoslovakia* (Boulder 1986); Igor LUKES, *Czechoslovakia between Stalin and Hitler. The Diplomacy of Edvard Beneš in the 1930s* (New York – Oxford 1996); Derek SAYER, *The Coasts of Bohemia. A Czech History* (Princeton, N. J. 1998); Jeremy KING, *Budweisers into Czechs and Germans. A Local History of Bohemian Politics, 1848-1948* (Princeton 2002); Hugh LeCaine AGNEW, *The Czechs and the Lands of the Bohemian Crown* (Stanford 2004); Eagle GLASSHEIM, *Noble Nationalists. The Transformation of the Bohemian Aristocracy* (Cambridge, Mass. – London 2005); Benjamin FROMMER, *National Cleansing. Retribution against Nazi Collaborators in Postwar Czechoslovakia* (Cambridge – New York 2005); Livia ROTHKIRCHEN, *The Jews of Bohemia and Moravia Facing the Holocaust* (Lincoln – Jerusalem 2005); Peter M. JUDSON, *Guardians of the Nation. Activists on the Language Frontiers of Imperial Austria* (Cambridge, Mass. – London 2006); Chad BRYANT, *Prague in Black. Nazi Rule and Czech Nationalism* (Cambridge, Mass. – London 2007); David GERLACH, *For Nation and Gain: Economy, Ethnicity and Politics in the Czech Borderlands, 1945-1948* (Ph.D. Diss. University of Pittsburgh, Pittsburgh 2007); Tara ZAHRA, *Kidnapped Souls. National Indifference and the Battle for Children in the Bohemian Lands, 1900-1948* (Ithaca and London 2008); James Mace WARD, *No Saint: Jozef Tiso, 1887-1947* (Ph.D. Diss. Stanford University 2008).

tschechischen Geschichtswissenschaft sowohl für die eigene Lehrerfortbildung als auch für ausländische Leser vermitteln sollte.⁴⁰ Wenn auch das wissenschaftspolitische Interesse des Sammelbandes mit Recht kritisiert wird, so sind die Deutungen – weniger die eigenen Archivforschungen – der Prager Historiker doch als Interpretationsansätze näher zu analysieren. In acht Kapiteln werden die „Historischen Wurzeln“ des deutsch-tschechischen Verhältnisses, „Tschechen, Deutsche und die Entstehung der ČSR“, die „Zwanzig Jahre der Tschechen und Deutschen in der demokratischen ČSR“, die „Zerschlagung der ČSR, das Protektorat und die Genese der Aussiedlung“, „Der internationale Rahmen der Zwangsaussiedlung der Sudetendeutschen“, „Die Durchführung der Zwangsaussiedlung“, „Die Zwangsaussiedlung und ihre rechtlichen Aspekte“ sowie „Die Interpretation der Zwangsaussiedlung“ einschließlich der „Dekrete des Präsidenten der Republik“ abgehandelt. Zdeněk Beneš, einer der beiden Herausgeber, geht gleich im Vorwort auf die Dramatik in der letzten Phase eines „acht Jahrhunderte währenden Zusammenlebens“ ein, die unter den Begriffen „Abschub“ (*odsun*) bzw. „Vertreibung“ (*vyhánění*) und Zwangsaussiedlung (*vysídlení*) bis heute zu leidenschaftlichen Polemiken in der Politik und in der veröffentlichten Meinung führt. Die „Aussiedlung von etwa 2,500.000 Menschen“ – weshalb spricht Beneš nicht von Vertreibung und Zwangsaussiedlung von etwa drei Millionen Sudetendeutschen? – will er nicht nur als Willkürakt eines Staates sehen, räumt aber ein, dass die „Vorstellung von einer ‚totalen‘ Vertreibung der Deutschen aus der Tschechoslowakischen Republik“ bereits 1941 gefasst worden sei. Die Erfahrungen mit der NS-Okkupationspolitik im Protektorat hätten ein Zusammenleben von Tschechen und Deutschen in einem Nachkriegsstaat ausgeschlossen. Ähnliche Standpunkte hätten nicht nur der polnische Widerstand und die polnische Exilregierung in London vertreten, sondern auch die britische Außenpolitik, die teilweise vom *Royal Institute of International Affairs (Chatham House)* konzipiert wurde. Welche „schlechten Erfahrungen aus der Zwischenkriegszeit“ ihren Einfluss geltend gemacht hätten, lässt Beneš freilich offen. Zweifellos spielten aber bei den tschechischen „Transfer“-Überlegungen Umsiedlungen des NS-Regimes während des Zweiten Weltkrieges „eine nicht unwesentliche Rolle“. Dass aber die Vertreibung der Deutschen aus der ČSR „nicht als Rache der Sieger über die Besiegten zu verstehen“ sei, ist aus den historischen Erfahrungen im „Jahrhundert der Vertreibungen“ (Leszek Kolakowski) schlichtweg als Verharmlosung zu bezeichnen. Da helfen auch keine Hinweise auf viele andere Vertreibungen – etwa aus Jugoslawien.⁴¹

⁴⁰ Zdeněk BENEŠ und Václav KURAL (Hgg.), *Geschichte verstehen. Die Entwicklung der deutsch-tschechischen Beziehungen in den böhmischen Ländern 1848-1948* (Prag 2002); im Original: *Rozumět dějinám. Vývoj česko-německých vztahů na našem území v letech 1848-1948* (Praha 2002); *Facing History. The evolution of Czech-German relations in the Czech provinces, 1848-1948* (Prague 2002). Vgl. Pavel KOLÁŘ, *Vertreibung zwischen nationaler Meistererzählung und Deutungspluralität: Der tschechische Vertreibungsdiskurs im Licht geschichtswissenschaftlicher Streitschriften*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 53/10 (2005) 325-400.

⁴¹ Zdeněk BENEŠ, *Vorwort*, in: *Geschichte verstehen*, 8. Beneš weist im Rahmen der Vertreibungen

Zwar unterstreicht Beneš die Vielfältigkeit der tschechisch-deutschen Konfliktgeschichte, bleibt aber doch sehr ethnozentriert und versucht keine Einordnung in andere europäische Problemzonen. Immerhin verlangt er, dass sich die Erforschung der Phänomene und Prozesse der Zwangsmigrationen nicht nur mit „allgemein historischen Fragestellungen nach geschichtlichen Ursachen und Zusammenhängen zufrieden [zu] geben“ habe, sondern sich auch mit den juristischen und wirtschaftlichen Aspekten befassen müsse. Schließlich seien auch die über den Weg der mündlichen, meist informellen Überlieferung entstehenden disponiblen – weil sich stets verändernden – Stereotypen und im gemeinsamen Gedächtnis gespeicherten Traditionen ernst zu nehmen. Daher ist Beneš zuzustimmen: „Ein wirkliches Verständnis der Vertreibung der Deutschen aus der Tschechoslowakei ist deshalb nur in der Durchdringung von persönlichem, sozialem, nationalem, staatlichem, politischem und wohl auch religiösem Bewusstsein möglich.“ Und Beneš erkennt auch zu Recht, dass über lange Zeit hin das nationale Bewusstsein keineswegs im Vordergrund der Beziehungen zwischen Deutschen und Tschechen gestanden sei. Denn erst im 19. Jahrhundert sei es „zu jenem ungleichen Konflikt“ gekommen, „in dem die eine Seite – die deutsche – stärker war, kulturell, sozial und politisch einen besseren Stand erreicht hatte, die andere Seite – die tschechische – schwächer war, sich aber dynamisch entwickelte und immer konsequenter und erfolgreicher ihre Interessen durchsetzte“. – Hier perpetuierte Beneš jedoch ein altes Stereotyp.⁴²

Die komprimierte Darstellung der Entwicklung der deutsch-tschechischen Beziehungen in den böhmischen Ländern zwischen 1848 und 1948 enthält auch eine Reihe von faktographischen Feststellungen und Interpretationen, die einer Korrektur bedürfen:

- 1) Während Eduard Kubů mit Recht auf die hasserfüllten und verächtlichen Karikaturen in deutsch-österreichischen und tschechischen Blättern vor 1914 sowie auf den wirtschaftlichen Nationalismus auf beiden Seiten hinweist (S. 30-33)⁴³, sehen Zdeněk Beneš und Václav Kural „auch die Negative des nicht nur die Tschechen schützenden, sondern auch unterdrückenden Panzers der Habsburgermonarchie [sic!]“ bestätigt (S. 287).

von deutschen Minderheiten auf Polen, Ungarn und Jugoslawien hin, im Rahmen Jugoslawiens aber lediglich auf das „heutige Slowenien“, nicht aber auf Serbien und Kroatien. Offensichtlich sollten lediglich andere EU-Beitrittswerber von 2002 genannt werden. Vgl. Adrian von ARBURG, Breiter Diskurs auf dünnem Eis: Tschechische Historiker und die Vertreibung der Deutschen seit 1990, in: K. Erik Franzen – Peter Haslinger – Martin Schulze Wessel (Hgg.), Diskurse über Zwangsmigrationen in Zentraleuropa (München 2008)

⁴² BENEŠ, Vorwort, 9.

⁴³ Vgl. Rudolf JAWORSKI, Tschechen und Deutsche in der Karikatur (1891-1907), in: Hans Lemberg und Ferdinand Seibt (Hgg.), Deutschtschechische Beziehungen in der Schulliteratur und im populären Geschichtsbild (Braunschweig 1980) 58-98; Arnold SUPPAN, Nationale Stereotypen in der Karikatur. Österreich und seine Nachbarn in Ostmitteleuropa, in: Herwig Wolfram und Walter Pohl (Hgg.), Probleme der Geschichte Österreichs und ihrer Darstellung (Wien 1991) 259-284.

- 2) Im Kapitel über den Ersten Weltkrieg stellen Beneš und Kural die Behauptung von angeblichen deutschen Plänen auf, „die Tschechen nach Bosnien auszusiedeln“ bzw. die Serben aus Syrmien und die Italiener aus dem Trentino zu vertreiben, die in der internationalen Historiographie völlig unbekannt sind (S. 37). Noch fragwürdiger – und von der serbischen Historiographie keineswegs gestützt – ist die Behauptung von Jiří Pešek, dass die österreichische Administration praktisch die gesamte serbische Population Syrmiens „als nicht loyale Renegaten und Agenten des feindlichen Serbiens“ in das soziale Elend der ungarischen Puszta ausgesiedelt habe (S. 196). Ebenso brutal habe sich – nach unbewiesener Feststellung Pešeks – Wien gegenüber den Italienern im Trentino verhalten und sie mit der Begründung, „es handle sich bei ihnen um feindliche Agenten, in die Konzentrationslager in der ungarischen Puszta“ überführen lassen, in denen an die 40.000 „unter entsetzlichen Bedingungen ohne entsprechende Versorgung und hygienische bzw. ärztliche Pflege umkamen“ (S. 197).⁴⁴
- 3) Faktographisch völlig falsch ist auch Kurals Feststellung, dass etwa 300.000 tschechische Soldaten aus österreichisch-ungarischen Regimentern an der Front „absichtlich in die Kriegsgefangenschaft übergelaufen“ seien.⁴⁵ Die tschechoslowakischen Legionen waren neben den Armeen der Tripleentente auch nicht „das größte Truppenkontingent dieser Koalition“, denn es gab natürlich ungleich mehr italienische, belgische, serbische, rumänische und griechische Divisionen (S. 42).
- 4) Der vergleichsweise geringe Widerstand der Sudetendeutschen gegen die militärische Besetzung ihrer Gebiete im Herbst und Winter 1918/19 war kein – wie von Václav Pavlíček behauptet – „secessionistischer Aufruhr auf dem tschechischen [wohl böhmischen, Anm. Suppan] und mährisch-schlesischen Territorium“, sondern in erster Linie der Versuch, ihr Selbstbestimmungsrecht geltend zu machen (S. 55).
- 5) Wenn René Petráš feststellt, dass „die oft von gehässigen Ländern umgebene ČSR“ „an der Entfaltung des neuen Völkerrechts und der neuen internationa-

⁴⁴ Nach der Kriegserklärung Italiens im Mai 1915 wurde die italienische Bevölkerung im Süden des Trentino zwangsevakuert, nahezu 150.000 Personen, von denen 30.000 ins Königreich Italien umgesiedelt wurden; Zehntausende andere, die nicht bei Familien Zuflucht fanden, wurden in Lagern in Salzburg, der Steiermark, Ober- und Niederösterreichs einquartiert, rund 1.700 „Irredentisten“ im Lager Katzenau bei Linz. Unter Kaiser Karl I. wurden die meisten Zwangsmaßnahmen wieder aufgehoben, 1919 kehrten die letzten Zwangsevakuerten ins Trentino zurück. – Michael GEHLER, *tirol im 20. Jahrhundert, vom Kronland zur europaregion* (Innsbruck – Wien – Bozen 2008) 55.

⁴⁵ Richard C. Lein weist auf Grund detaillierter Studien im Wiener Kriegsarchiv und im Prager Militärarchiv nach, dass weder die Gefangennahme von Teilen des Prager Hausregiments IR 28 in den Karpaten am 3. April 1915, noch die Gefangennahme von Teilen des Pilsener IR 35 und des Neuhauser IR 79 am 2. Juli 1917 bei Zborów – teilweise durch die 1. Tschechoslowakische Brigade – auf Massendesertion zurückzuführen war, sondern nach hartem Kampf erfolgte. – Richard C. LEIN, *Das militärische Verhalten der Tschechen in der k.u.k. Armee im Ersten Weltkrieg* (Phil. Diss. Wien 2009).

len Ordnung sehr interessiert war“, so klammert er aus, dass – trotz der offenen sudetendeutsche Frage – das Deutsche Reich bis 1933 und Österreich bis 1938 an korrekten Beziehungen zur Tschechoslowakei festhielten. Im Unterschied zu der Berlin und Wien auferlegten Abrüstung galt dies aber nicht für den Auf- und Ausbau der tschechoslowakischen Armee (S. 68).

- 6) Robert Kvaček hebt hervor, dass weder Jugoslawien noch Rumänien bereit waren, „das Risiko der deutsch-tschechischen Spannungen mitzutragen“, unterlässt aber den Hinweis, dass sich vice versa die Prager Außenpolitik aus den jugoslawisch-italienischen bzw. rumänisch-sowjetischen Spannungen heraushielt (S. 103).
- 7) Die von Kvaček vorgenommene Charakterisierung des Münchener Abkommens als einen „der bösesten Akte moderner politischer Geschichte“ (S. 113) hält dem Vergleich mit vielen anderen Willkürakten der Großmächte im 20. Jahrhundert nicht stand: etwa mit der Schaffung des NS-Protektorates Böhmen und Mähren, mit dem Hitler-Stalin-Pakt und der Teilung Polens, mit der sowjetischen Annexion der baltischen Republiken oder mit der Aufteilung Jugoslawiens 1941.
- 8) Nach der Intention der Reichsbehörden, auch im Reichsgau Sudetenland die genaue Zahl der Nicht-Deutschen zu erheben, war das Ergebnis der Volkszählung vom 17. Mai 1939, das für dieses Gebiet 291.000 Tschechen ergab, keineswegs gefälscht, wie Zdeněk Radvanovský vermutet (S. 146).
- 9) Auch wenn für Hitler das Münchener Abkommen und die Schaffung des Protektorates Vorstufen für einen großen Krieg waren, wurde die Tschechoslowakei nicht „das erste Opfer des totalen Krieges“, wie Pavel Rychetský meint (S. 288). Denn sowohl die Westmächte als auch die Sowjetunion schienen die Auflösung der Tschechoslowakei vorerst zu akzeptieren. Die Tschechoslowakei befand sich auch nicht seit September 1938 mit dem Deutschen Reich oder Ungarn „im Kriegszustand“ (Jan Kuklík jun., S. 241).⁴⁶

Obwohl seit 1990 sowohl die tschechische als auch die internationale Historiographie zum Verhältnis zwischen Tschechen und Deutschen im 20. Jahrhundert beachtliche Fortschritte erzielte, bestehen nach wie vor Desiderata, die sowohl auf mangelnde Quellenforschungen als auch auf unterlassene Fragestellungen zurückzuführen sind. So ist über die Genese und Umsetzung verschiedener behördlicher Verordnungen, Erlässe und Befehle noch immer wenig bekannt; so sind die Alltagsrealitäten und die Perspektiven der betroffenen Menschen nur wenig ausgeleuchtet; so könnten die Zusammenhänge zwischen der Zwangsaussiedlung der Deutschen und der Sozialisierung des Privateigentums konkret aufgezeigt werden; so wäre durch Vergleich der Entwicklung in unterschiedlichen Landesteilen oder in anderen Ländern eine gewisse typologische Abstrahierung zu erreichen; so sollten bestimmte nationale Narrative endlich überwunden werden. Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass auf Seiten der aus den böhmischen Ländern stammenden

⁴⁶ Vgl. Geschichte verstehen (Prag 2002).

deutschsprachigen Bevölkerung ein bis heute vermitteltes, kollektives Erlebnis des Heimatentzugs und der beinahe vollkommenen Entrechtung vorhanden ist.⁴⁷

Zur Geschichte Jugoslawiens im Zweiten Weltkrieg gibt es eine noch umfangreichere Literatur als zur Geschichte der Tschechoslowakei. Aber diese bezieht sich meist nur auf einen Teilaspekt, wenn auch einen wichtigen. Ob es nun die Geschichte der Partisanen von Josip Broz Tito oder der *Četnici* des Draža Mihailović, des Unabhängigen Staates Kroatien und seiner *Ustaša*-Bewegung, der slowenischen Befreiungsfront (*Osvobodilna fronta*) oder der *Domobranci*, der bosnisch-herzegowinischen Muslime oder der Albaner im Kosovo, der deutschen, italienischen, ungarischen und bulgarischen Besatzungsherrschaft, der Rolle der deutschen Wehrmacht und der italienischen Armee, der Rivalitäten der Achsenpartner oder der Beziehungen der Alliierten betrifft, den meisten fehlt die Gesamtschau auf die Situation im gesamten aufgeteilten Jugoslawien, auf alle Kriegshandlungen und ihre Konsequenzen, auf die meist schwierige bis katastrophale Lage der einzelnen Bevölkerungsteile. Als Ausnahmen – zumindest für den politisch-militärischen Bereich – können im Wesentlichen nur die beiden umfangreichen Monographien von Jozo Tomasevich und Klaus Schmider gelten.⁴⁸

In der jugoslawischen Geschichtsschreibung durfte es bei den siegreichen kommunistischen Partisanen – nach sowjetischem Vorbild – weder Kollaborateure noch Deserteure geben. Den Sieg über die Aggressoren und Okkupanten teilten sich der Vorsitzende der KPJ, Josip Broz Tito, seit Ende November 1943 auch Marschall Jugoslawiens, und zahllose „nationale Helden“ (*narodni heroji*). Oberst Pero Morača fasste noch im sechsten und letzten Band der *Enciklopedija Jugoslavije*, erschienen 1990 in Zagreb, die offiziellen jugoslawischen Standpunkte zum Volksbefreiungskrieg und zur sozialistischen Revolution zusammen:

- 1) Neben dem *Ustaša*-Regime hätten auch die Führung der montenegrinischen föderalistischen Partei, die *Zbor*-Bewegung Ljotić', Teile der Führung der Jugoslawischen Muslimischen Organisation sowie der Kroatischen Bauernpartei mit den Okkupationsmächten kollaboriert. Auch ein Teil der Beamtenschaft des Königreiches Jugoslawien habe administrativ und wirtschaftlich mit der deutschen und italienischen Besatzungsmacht kooperiert, vor allem die Regierung von General Milan Nedić in Serbien, die *Consulta* in Laibach und das montenegrinische Komitee in Podgorica. Ein Aufruf von Vladko Maček zur Loyalität habe es dem *Ustaša*-Regime ermöglicht, fast den gesamten Apparat der *Banovina Hrvatska* zu übernehmen.

⁴⁷ ŠEBEK Jaroslav, Der Erste und Zweite Weltkrieg und die Tschechoslowakei in der Zwischenkriegszeit. Stand der tschechischen Geschichtsforschung nach 1989 – Bilanz, Fragestellungen und Perspektiven, in: David Schriffl – Niklas Perzi, Schlaglichter auf die Geschichte der Böhmisches Länder von 16. bis 20. Jahrhundert (Wien – Berlin 2011) 217-239; ARBURG - STANĚK, Vysídlení Němců, passim.

⁴⁸ JOZO TOMASEVICH, War and Revolution in Yugoslavia, 1941-1945: Occupation and Collaboration (Stanford 2001); KLAUS SCHMIDER, Partisanenkrieg in Jugoslawien 1941-1944 (Hamburg – Berlin – Bonn 2002); vgl. das Geleitwort von Gerhard L. Weinberg.

- 2) Lediglich die KPJ habe trotz Zerschlagung des jugoslawischen Staates als gesamt-jugoslawische Partei weitergearbeitet. Da das Resultat des April-Krieges auch als tiefe Krise des gesellschaftspolitischen Systems betrachtet wurde, habe die Führung der KPJ den Standpunkt eingenommen, gleichzeitig einen Kampf für die Befreiung des Landes und die revolutionäre Umgestaltung der staatlichen Struktur führen zu müssen. Die Realisierung dieser Konzeption habe sich auch auf die entscheidende Rolle der Sowjetunion im imperialistischen Krieg gestützt. Daher bildete das Zentralkomitee der KPJ am 27. Juni 1941 einen Hauptstab für den Volksbefreiungskrieg mit Tito an der Spitze, und das Politbüro fasste bereits am 4. Juli 1941 den Beschluss zum bewaffneten Kampf.
- 3) Schon im Juli 1941 hätten in allen Regionen Jugoslawiens – mit Ausnahme Makedoniens – bewaffnete Aktionen begonnen. Bereits die ersten Aktionen hätten in Montenegro, in größeren Teilen von Bosnien-Herzegowina und einigen Gebieten Kroatiens zu einem allgemeinen Volksaufstand geführt. Im September und Oktober 1941 hätten die Partisanen auch in West- und Zentralserbien einen Aufstand ausgelöst. In einigen Gebieten – wie im Banat, im Kosovo, im nordwestlichen Kroatien, in der Untersteiermark und in Oberkrain – seien die Partisanenabteilungen aber auch wieder zerschlagen worden. Die Fortsetzung des bewaffneten Kampfes sei schließlich nur durch den Ausbau militärischer und politischer Strukturen durch die Führung der KPJ möglich geworden. So seien in den „befreiten“ Gebieten unter der Bevölkerung Mobilisierungen durchgeführt worden, um Partisaneneinheiten und -bataillone bilden zu können. Als am 22. Dezember 1941 die Erste Proletarische Brigade gebildet wurde, sollen die Volksbefreiungskräfte bereits 80.000 Kämpfer gezählt haben [eine mit Sicherheit zu hoch angesetzte Zahl, Anm. Suppan].
- 4) Zu dieser Zeit seien im besetzten Jugoslawien 16 italienische, 6 deutsche, 5 bulgarische und 2 ungarische Divisionen stationiert gewesen, die insgesamt 500.000 Soldaten umfasst haben sollen. [Auch diese Zahl ist sicher zu hoch gegriffen, da sie eine Divisionsstärke von über 17.000 Mann vorausgesetzt hätte; die deutschen Besatzungsdivisionen zählten jedoch kaum mehr als 10.000 Mann, ebenso die der anderen Besatzungsmächte, Anm. Suppan.] Die Gesamtzahl der „Quisling-Formationen“ – gemeint sind die *Ustaše*, *Domobrani* etc. – wurde von Morača mit 120.000 Mann angegeben, die Vertreibung der Partisanen aus Serbien im Dezember 1941 allerdings verschwiegen.
- 5) Neben den von der KPJ geführten Partisanen seien auch andere Widerstandsbewegungen entstanden, unter denen die *Četnici*, geführt vom früheren Obersten Draža Mihailović, besonders in Serbien hervorgetreten seien. Als Kriegsminister der jugoslawischen Exilregierung in London habe sich Mihailović auch an die Einheiten des „jugoslawischen Heeres in der Heimat“ wenden und andere Widerstandsaktionen auf seine Fahnen heften kön-

nen. So sei der falsche Mythos der stärksten Widerstandsbewegung in den besetzten europäischen Ländern entstanden.

- 6) Nach Verlegung der Partisaneneinheiten in den Süden Bosniens um Foča hätten ab Jänner 1942 die Versuche von deutschen, italienischen, *Ustaša*- und *Četnik*-Einheiten [Morača spricht nur von „Quisling-Truppen“, Anm. Suppan] begonnen, die Partisanentruppen zu zerschlagen. Hierbei seien auch die Repressalien gegenüber der Zivilbevölkerung ausgeweitet worden. Dies habe in verschiedenen Gegenden zum Bürgerkrieg geführt. Andererseits sei der Partisanenkampf bis in die Fruška gora in Syrmien getragen worden. Gegen das Jahresende 1942 seien nicht nur eine Reihe westbosnischer Städte wie Konjic, Prozor, Livno, Mrkonjić-Grad, Jajce, Drvar, Bosanski Petrovac, Ključ, Glamoč, Bihać, Bosanska Krupa und Velika Kladuša „befreit“ gewesen, sondern insgesamt ein Gebiet von etwa 50.000 km², was die Fläche von ganz Bosnien-Herzegowina ausgemacht hätte.
- 7) Auf Beschluss des Zentralkomitees der KPJ sei es am 26./27. November 1942 in Bihać zur Gründungsversammlung des „Antifaschistischen Rates der Volksbefreiung Jugoslawiens“ (AVNOJ) gekommen, der u. a. die Brüderlichkeit und Gleichberechtigung aller Völker Jugoslawiens als politisches Ziel formuliert habe. Weiters sei postuliert worden, dass der Kampf nicht nur gegen die Faschisten geführt werden müsse, sondern auch gegen alle jene, die die Völker Jugoslawiens unterdrückten.
- 8) Die militärischen Erfolge der Partisanenbewegung hätten Hitler veranlasst, im Dezember 1942 für den Jahresbeginn 1943 neue Offensiven gegen die nunmehr bereits 27 Partisanenbrigaden zu befehlen. In erbitterten Kämpfen an der Neretva im März und an der Sutjeska im Mai 1943 seien die Partisanen – trotz schwerer Verluste – der Einkreisung und Vernichtung durch deutsche, italienische, *Četnik*- und *Ustaša*-Truppen entgangen, die *Četnici* schwer geschlagen worden. Nach einer Konsolidierungsphase seien die Partisaneneinheiten Mitte 1943 schon in 18 Divisionen und vier Korps gegliedert gewesen, aufgefüllt durch zahlreiche Freiwillige aus den besetzten Städten.
- 9) Mit der Kapitulation Italiens Anfang September 1943 hätten auch 17 italienische Divisionen auf jugoslawischem Boden die Waffen gestreckt und seien zum Teil von den Partisanen entwaffnet worden. Sofort seien auch deutsche Divisionen in die ehemalige italienische Besatzungszone entsandt worden, sodass nunmehr insgesamt 13 deutsche Divisionen [eine deutlich überhöhte Zahl, Anm. Suppan] in Jugoslawien zum Einsatz gekommen seien. Diesen seien am Jahresende 1943 bereits 27 Divisionen und 9 Korps an Partisaneneinheiten gegenübergestanden, insgesamt 300.000 Mann (ohne Sanitäts- und technische Einheiten).
- 10) Nach Ankunft einer britischen Militärmission Ende Juni 1943, der Landung der Westalliierten in Süditalien und dem Wettlauf mit den Deutschen bei der

Besetzung Dalmatiens, Montenegros und des Kosovo seien gleichzeitig die Anerkennung des Volksbefreiungsheeres als verbündete Armee auf der Konferenz von Teheran und die zweite Versammlung des AVNOJ in Jajce erfolgt. Nun habe sich dieser Antifaschistische Rat zum obersten Gesetzgebungsorgan erklärt, eine provisorische Regierung eingesetzt und die Rückkehr des Königs Petar II. bis zum Kriegsende untersagt. Die Exilregierung unter Božidar Purić habe zwar diese Beschlüsse als „terroristischen Akt“ bezeichnet, die Sowjetunion aber habe diese Beschlüsse akzeptiert und im Februar 1944 eine Militärmission entsandt.

- 11) Ende Mai 1944 hätten die deutschen Einheiten den letzten Versuch unternommen, um das Partisanenheer zu paralisieren – durch Gefangennahme oder Tötung Titos und seines Stabes. Diese konnten jedoch auf die Adriainsel Lissa (Vis) entkommen. Premierminister Churchill habe nun weiterhin auf einer Zusammenarbeit mit der Exilregierung bestanden und die Möglichkeit einer Landung alliierter Truppen an der dalmatinischen Küste erwogen. Auch die strategischen Pläne der Roten Armee hätten entscheidende Aktionen auf dem Balkan vorgesehen. Kombinierte Aktionen starker Partisanenformationen aus Montenegro und Ostbosnien und der Vormarsch der Roten Armee „von Ende Juli bis Ende Oktober 1944“ [recte: von Ende August bis Ende Oktober 1944, Anm. Suppan] hätten ganz Serbien und die Vojvodina befreit. [Morača wollte nicht zugeben, dass diese Befreiung in erster Linie der Roten Armee zu verdanken war, Anm. Suppan.]
- 12) Anfang Dezember 1944 habe das Volksbefreiungsheer bereits aus 57 Divisionen mit etwa 600.000 „Kämpfern“ bestanden und sei nun zur Jugoslawischen Volksarmee umgegliedert worden, um auch in einer frontalen Kriegsführung bestehen zu können. Ab Anfang 1945 sei ihr die aus Griechenland zurückmarschierende deutsche Heeresgruppe E mit 400.000 Soldaten und 200.000 Angehörigen von verbündeten Formationen gegenüber gestanden. In der Schlussoffensive der Partisanenarmeen im April 1945 seien diese feindlichen Truppen zerschlagen und das ganze ehemalige Territorium Jugoslawiens befreit worden, zusätzlich noch Istrien, das slowenische Küstenland, Triest und Klagenfurt. Nach den Berechnungen der amtlichen Statistik seien in den Kämpfen seit April 1941 etwa 1,7 Millionen Südslawen ums Leben gekommen, davon 300.000 Kämpfer der Volksbefreiungseinheiten. Darüber hinaus seien 56 % des landwirtschaftlichen Inventars, 60 % des Viehbestandes, zwei Fünftel der Industrie, 57 % der Eisenbahnlinien, fast der gesamte Fuhrpark und alle größeren Brücken zerstört worden – nicht zuletzt viele wissenschaftliche, kulturelle und gesundheitsdienstliche Einrichtungen.
- 13) Nach der Konferenz von Jalta und Verhandlungen zwischen Tito und Šubašić sei am 7. März 1945 eine provisorische Regierung unter Führung Titos gegründet worden, die von den Alliierten anerkannt worden sei. Freilich sei Jugoslawien unter anglo-amerikanischem Druck gezwungen worden, das

Gebiet von Triest, des slowenischen Küstenlandes und Istriens zu teilen. Auf Beschluss des Präsidiums des AVNOJ sei das Eigentum des Dritten Reiches, der deutschen Staatsbürger und der Volksdeutschen – sowie von Kriegsverbrechern und Kollaborateuren – konfisziert und in staatliches Eigentum überführt worden.⁴⁹

Die serbische Historiographie beschäftigte sich bereits seit den 1960er Jahren mit dem Zweiten Weltkrieg und mit der dreieinhalbjährigen NS-Besatzung in Serbien. Jovan Marjanović legte nach einer Reihe eigener Arbeiten im Jahre 1976 einen umfangreichen Sammelband vor, der die Bedeutung Serbiens in der Zeit des Krieges und der Revolution hervorhob. Korrekterweise wurde der Band in einen Abschnitt über das engere Serbien, die Vojvodina und das Kosovo geteilt – und auch von verschiedenen Autoren verfasst. Bereits die Karte 1 vermittelt freilich ein verzerrtes Bild, da sie zum 29. August 1941 den Großteil des engeren Serbiens von etwa 10.000 „Kommunisten – Banditen“ besetzt darstellt und nur die Städte Belgrad, Šabac, Obrenovac, Grocka, Smederevo, Požarevac, Palanka, Mladenovac, Lazarevac, Aranđelovac, Topola, Rudnik, Valjevo, Kragujevac, Kraljevo, Aleksandrovac, Aleksinac, Kruševac, Varvarin, Paračin, Jagodina, Despolovac, Golubac, Žagubica, Donji Milanovac, Kladovo, Negotin, Zaječar, Niš, Leskovac, Pirot, Caribrod, Bosilegrad, Vranje, Preševo und den Süden Serbiens in der Gewalt der deutschen Besatzungsmacht und der serbischen Gendarmerie belässt. Hingegen werden für die Vojvodina und den Kosovo so gut wie keine kommunistischen Partisanen angeführt. Kartographisch ähnlich verzerrt ist die Darstellung der *Beogradska operacija*, des gemeinsamen Angriffs der 3. Ukrainischen Front und des 1. Proletarischen Korps auf Belgrad, da diesem optisch der Hauptangriff zugemessen wird, während jedoch die deutschen Truppen offensichtlich nur gegen die Angriffsrichtungen der Roten Armee eingesetzt waren.⁵⁰

Das Belgrader Institut für Zeitgeschichte veröffentlichte im Jahre 1977 die Ergebnisse eines internationalen Symposiums, das 1973 über das Thema „The

⁴⁹ Pero MORAČA, *Narodnooslobodilački rat i socijalistička revolucija (1941-45)*, in: *Enciklopedija Jugoslavije*, sv. 6 (Zagreb 1990) 281-293; vgl. Vladimir NAZOR, *S partizanima* (Zagreb 1945); Edvard KARDELJ, *Put nove Jugoslavije* (Beograd 1946); Moša PIJADE, *Izabrani govori i članci 1941-1947* (Beograd 1948); Aleksandar RANKOVIĆ, *Izabrani govori i članci 1941-1951* (Beograd 1951); *Vojnoistorijski institut* (Hg.) *Oslobodilački rat naroda Jugoslavije 1941-1945*, 2 Bde. (Beograd 1957/58); Franjo TUĐMAN, *Rat protiv rata* (Zagreb 1957); Jovan MARJANOVIĆ, *Ustanak i narodnooslobodilački pokret u Srbiji* (Beograd 1963); Vlado STRUGAR, *Der Jugoslawische Volksbefreiungskrieg 1941 bis 1945* (Berlin/Ost 1969); Ferdo ČULINOVIĆ, *Okupatorska podjela Jugoslavije* (Beograd 1970); Metod MIKUŽ, *Pregled zgodovine NOB v Sloveniji, I-VI* (Ljubljana 1973); Fikreta JELIĆ-BUTIĆ, *Ustaše i NDH 1941-1945* (Zagreb 1977); Branko PETRANOVIĆ, *Revolucija i kontrarevolucija u Jugoslaviji 1941-1945* (Beograd 1983); Bogdan KRIZMAN, *Ante Pavelić i ustaše* (Zagreb 1983); Tone FERENC, *Ljudska oblast na Slovenskem 1941-1945, I-II* (Ljubljana 1985-87). Vlado Strugar, im Krieg Politkommissar einer Division des Volksbefreiungsheeres, zeichnete auch die kriegsbedingten Märsche des Obersten Stabes und des Politbüros der KPJ auf.

⁵⁰ Jovan MARJANOVIĆ (Hg.), *Srbija u ratu i revoluciji 1941-1945* (Beograd 1976) 112/113, 360f.

Third Reich and Yugoslavia 1933-1945“ veranstaltet worden war. Die in englischer, deutscher, französischer, italienischer, russischer oder ungarischer Sprache veröffentlichten Beiträge namhafter Historiker (Andrej Mitrović, Alfredo Brecchia, Hans-Jürgen Schröder, Vladimir Dedijer, Czesław Madajczyk, Frederick W. Deakin, Tone Ferenc, Holm Sundhaussen, Vladimir Volkov u. a.) sprechen eine Vielzahl wichtiger Themen an: Südosteuropa als Ergänzungswirtschaft des Dritten Reiches; die deutsch-italienischen Interessenssphären auf dem Balkan, die Migration der Arbeitskräfte zwischen Deutschland und Jugoslawien, „Restserbien“ unter deutscher Militärverwaltung und der „Neubacher Plan“, die deutschen Volksgruppen in der Vojvodina und in Kroatien, die alliierten Pläne für eine Landung auf dem Balkan, die Interessen des Dritten Reiches in Slowenien, die anti-jüdischen Maßnahmen und der Genozid. Allerdings fehlt die Erörterung von Tabuthemen – wie die Auseinandersetzungen zwischen den Partisanen und den *Četnici*, die Haltung des AVNOJ gegenüber den Besatzungsmächten oder die Rolle der Sowjetunion bei der Befreiung Serbiens und der Vojvodina.⁵¹

Der Belgrader Historiker Branko Petranović, der sowohl eine Monographie als auch einen Quellenband zur Geschichte Jugoslawiens noch vor seinem Ende verfasste, schrieb auch eine sehr dichte Synthese zur Geschichte Serbiens im Zweiten Weltkrieg. Einleitend verlangte er die Anerkennung des Pluralismus der internationalen Historiographie, die Beschäftigung mit bisherigen Tabuthemen, die Auflösung der Mythen (einschließlich des Tito-Kultes), die von der nationalistischen wie von der marxistischen und kommunistischen Historiographie geschaffen worden seien. Andererseits versuchte er die Fragen der serbischen nationalen Integration, der Kollaboration mit der deutschen (sowie ungarischen und bulgarischen) Besatzungsmacht, der Entwicklung der *Četnik*-Bewegung als Rivalin zur Partisanenbewegung und des „russischen Faktors“ einzubeziehen. Nach der Konzeption von Petranović hatte das serbische Volk im Zweiten Weltkrieg eine eigene Rolle: als Ausgangspunkt des Aufstandes im Sommer 1941, als Opfer der NS-Besatzungspolitik und der „nationalistisch-klerikalen Aggression“ in Kroatien, als Kern der Volksbefreiungsbewegung (vor allem aus dem „westlichen Serbentum“). Allerdings stellte die Geschichte Serbiens keineswegs die ganze Geschichte Jugoslawiens im Zweiten Weltkrieg dar.⁵²

Eine bemerkenswerte Studie in Ergänzung zu einer Reihe von Arbeiten von Historikern aus der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik legte der Belgrader Historiker Milan D. Ristović vor. Er untersuchte die deutsche „Neue Ordnung“ und Südosteuropa in den Jahren 1940-1945, die die Satellitenstaaten Slowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und Kroatien sowie die (teilweise italienischen) Besatzungsgebiete Serbien, Montenegro, Albanien und Griechenland umfasste. Als Hauptbestandteil der deutschen Südost-

⁵¹ Institute for Contemporary History (ed.), *The Third Reich and Yugoslavia 1933-1945* (Belgrade 1977).

⁵² Branko PETRANOVIĆ, *Srbija u drugom svetskom ratu 1939-1945* (Beograd 1992) 5-17.

europa-Strategie sieht er die Schaffung eines „Ergänzungswirtschaftsraums“, der in die neue europäische Ordnung eingepasst werden sollte. Als Prämissen galten einerseits die rassistisch abgestufte Herrschaft über den Raum und seine Völker, andererseits ganz pragmatische wirtschaftliche Motive, wie etwa die Erfassung und Ausbeutung der Bergbauvorkommen und die Heranziehung von „Fremdarbeitern“ für die deutsche Rüstungsindustrie. Freilich muss auch Ristović einräumen, dass Südosteuropa nur ein „Teilproblem“ der NS-Großraumpolitik war und dass das Scheitern der geplanten Strategie im Südosten keine Hauptursache für die totale Niederlage des Großdeutschen Reiches war.⁵³

Die im Jahre 1980 im Schulbuch-Verlag *Školska knjiga* in Zagreb von bekannten kroatischen Historikern und Kulturschaffenden herausgegebene „Enzyklopädie der kroatischen Geschichte und Kultur“ (*Enciklopedija hrvatske povijesti i kulture*) rief einen Skandal hervor. Dieser stand allerdings nicht damit im Zusammenhang, dass der Hauptredakteur Igor Karaman, ein bekannter und anerkannter Wirtschaftshistoriker, mit dieser Enzyklopädie die gesamte historische und kulturhistorische Entwicklung der Kroaten von ihrer Ansiedlung an der Adria bis in die Gegenwart (unter Einbeziehung der venetianischen und habsburgischen Einflüsse) erfassen wollte und dafür viele bekannte Wissenschaftler wie Josip Adamček, Dušan Bilandžić, Ivo Bičanić, Josip Bratulić, Ivan Kampuš, Mira Kolar, Josip Lučić, Milan Prelog, Tomislav Raukar, Jaroslav Šidak und Nikša Stančić gewinnen konnte. Der Skandal hatte in erster Linie mit Darstellungen zum Zweiten Weltkrieg zu tun: Bereits das Stichwort *Antifašističko vijeće narodnog oslobođenja Jugoslavije* (AVNOJ) wurde relativ kurz abgehandelt (mit einem kleinen Photo von der Rede Titos in Bihać 1942), ebenso die „Heimatwehr“ (*Domobranstvo*) des „Unabhängigen Staates Kroatien“, etwas ausführlicher die Durchbrüche der Partisanen in den Schlachten an der Neretva und an der Sutjeska (mit dem bekannten Photo des verwundeten Tito); dass aber das Gebiet der Republik Kroatien höhere Kriegsverluste (eine errechnete Zahl von 661.543 Personen) erlitten haben sollte als Bosnien-Herzegowina (580.767) oder das engere Serbien (471.552) rief – mit Recht – scharfe Kritik hervor. Der „Faschismus“ (*fašizam*) wurde zwar nach marxistischer Theorie als „Bewegung und Ideologie der neuen bourgeoisen Reaktion“ nach dem Ersten Weltkrieg dargestellt und ein Photo vom Besuch Ante Pavelić’ bei Hitler auf dem Berghof am 7. Juni 1941 veröffentlicht, aber das Stichwort „Konzentrationslager“ (*koncentracioni logori*) fiel äußerst knapp aus, widmete dem größten *Ustaša*-Lager im Zweiten Weltkrieg in Jasenovac ganze acht Zeilen und fasste zusammen, dass durch dieses Lager „zehntausende“ Kommunisten, Serben, Juden, Kroaten, Muslime und Roma gegangen seien, von denen der Großteil umgekommen sei. Damit widersprach der Autor Ivan Jelić der nach 1945 offiziell aufgestellten These, dass in Jasenovac an die 700.000 Personen ums Leben gekommen seien, von denen die Mehrheit Ser-

⁵³ Milan D. RISTOVIĆ, Nemački „Novi poredak“ i jugoistočna Evropa 1940/41 – 1944/45. Planovi o budućnosti i praksa (Beograd 1991).

ben gewesen seien. Jelić wurde seiner Funktion als Direktor des Instituts für die Geschichte der Arbeiterbewegung in Zagreb enthoben, die gesamte Auflage der Enzyklopädie zurückgezogen und eingestampft.⁵⁴

Wesentlich ausführlicher beschäftigte sich der Agramer Rechtshistoriker Bogdan Krizman mit „Ante Pavelić und die Ustaše“. Er bezog sich auf Vorstudien von Ladislaus Hory und Martin Broszat, Dušan Biber, Ferdo Čulinović, Milan Basta, Fikreta Jelić-Butić, Gert Fricke, Holm Sundhaussen sowie Giacomo Scotti⁵⁵ und fasste zusammen:

- 1) Pavelić, der seit 1927 geheime Kontakte nach Italien unterhielt, verlangte die Unabhängigkeit Kroatiens von Serbiens, akzeptierte aber die Vorherrschaft Italiens in der Adria;
- 2) Die *Ustaša* bekannte sich zu radikalen Kampfmitteln (Messer, Revolver, Bombe, Höllenmaschine) und versuchte bereits Ende 1933 ein Attentat auf König Aleksandar.
- 3) Obwohl es Anfang der 1930er Jahre geheime Verhandlungen zwischen Mussolini und Aleksandar gab, verwendete Mussolini die *Ustaša*-Bewegung als Druckmittel gegenüber Belgrad. Um die empörte europäische Meinung nach dem Attentat von Marseille zu beruhigen, ließ Mussolini die *Ustaše* auf den Liparischen Inseln internieren und Pavelić sowie Eugen Kvaternik in ein Turiner Gefängnis einsperren.
- 4) Erst nach dem Abkommen zwischen Ciano und Stojadinović 1937 wurde Pavelić freigelassen und Mile Budak konnte nach Zagreb zurückkehren. Der integrale Jugoslawismus Stojadinović' bedeutete in der Praxis großserbische Hegemonie, nationale Ungleichheit und ökonomische Ausbeutung.
- 5) Obwohl Jugoslawien eigentlich in die Interessensphäre Italiens fiel, reagierte Hitler auf den Staatsstreich in Belgrad mit einem Angriffsbefehl. Erst jetzt aktivierte Rom Pavelić, und vor seiner Rückkehr nach Kroatien traf er sich zweimal mit Mussolini.
- 6) Da Maček ein deutsches Angebot, in Agram die Macht zu übernehmen, ablehnte, blieb Pavelić ohne Konkurrenz. Bei Ausrufung des „Unabhängigen Staates Kroatien“ war jedoch dieses Staatsgebilde ein „Staat aus der Retorte“.

⁵⁴ Igor KARAMAN (Hg.), Enciklopedija hrvatske povijesti i kulture (Zagreb 1980) V-VIII, 9f., 39f., 91f., 103, 134-136, 304f., 401-414, 658-672. Daran konnte weder ein ausführlicher Artikel über den Volksbefreiungskampf und die Revolution in Kroatien noch einer über Josip Broz Tito etwas ändern.

⁵⁵ Ladislaus HORY und Martin BROSZAT, Der kroatische Ustascha-Staat 1941-1945 (Stuttgart 1964); Dušan BIBER, Ustaše i Treći Reich. Prilog problematici jugoslovensko-nemačkih odnosa 1933-1939, in: Jugoslovenski istorijski časopis (1964) 2, 37-56; Milan BASTA, Agonija i slom Nezavisne Države Hrvatske (Beograd 1971); Holm SUNDHAUSEN, Zur Geschichte der Waffen SS in Kroatien 1941-1945, in: Südost-Forschungen 30 (1971) 176-196; Gert FRICKE, Kroatien 1941-1944. Der „Unabhängige Staat“ in der Sicht des Deutschen Bevollmächtigten Generals in Agram, Glaise v. Horstenau (Freiburg/Breisgau 1972); Giacomo SCOTTI, ‚Ustascia‘ tra il fascio e la svastica. Storia i crimini del movimento ‚ustascia‘ (Udine 1976).

7) Pavelić repräsentierte den „radikalen, extrem-nationalistischen Flügel der kroatischen bürgerlichen Politik mit einem großkroatischen Programm“.⁵⁶

Eine der wichtigsten Quellen zur Geschichte des „Unabhängigen Staates Kroatien“ stellen die Erinnerungen des ehemaligen österreichisch-ungarischen Generalstabsoffiziers Edmund von Glaise-Horstenau dar, der von April 1941 bis August 1944 Deutscher Bevollmächtigter General in Kroatien war, aus denen die Schwankungen in der deutschen Politik gegenüber dem *Ustaša*-Regime gut nachzuvollziehen sind. Äußerst wichtig für die Geschichte Kroatiens im Zweiten Weltkrieg ist schließlich die demographisch-statistische Arbeit von Vladimir Žerjavić zu den beiden mit den größten Verbrechen verbundenen Erinnerungs-orten: Jasenovac und Bleiburg – der erste Ort symbolisiert das größte KZ im *Ustaša*-Staat, in dem bis zu 100.000 Serben, Juden und Roma umgebracht wurden, der zweite den Hinrichtungsort Zehntausender Kroaten bei Kriegsende.⁵⁷

Der kroatische Historiker Ivo Goldstein widmete in seiner englischsprachigen Synthese zur Geschichte Kroatiens der „Tragödie des Zweiten Weltkrieges“ zwar nur 25 Seiten, fasste aber die wesentlichen Entwicklungen sehr konzentriert zusammen. So stellte er den Kern der *Ustaše*, die im April 1941 nach Kroatien kamen, als verschwindend kleine Gruppen dar: „Ante Pavelić and about 300 Ustasha exiles came to Croatia from Italy via Rijeka, accompanying the Italian army; about the same number of Ustaschas came from Germany and other countries.“ Er scheute sich auch nicht festzustellen, dass die deutschen Truppen von der Bevölkerung Agrams begrüßt wurden, und: „most of the Croatian population were pleased at the defeat of Yugoslavia and the establishment of the NDH“. Pavelić sei vorerst nur von 2000 „eingeschworenen“ *Ustaše* empfangen worden, im Mai 1941 hätten aber bereits 100.000 Kroaten den *Ustaša*-Eid geschworen, wobei die meisten Sympathisanten aus den weniger gebildeten Klassen und aus einigen armen Regionen in den Dinariden gekommen seien. Bereits die Gebietsabtretungen an Italien und Ungarn hätten einen ersten schweren Rückschlag für das kroatische Nationalgefühl bedeutet. Während das Regime gegenüber den Serben eine Politik der „ethnischen Säuberung“ und des Massenmordes durchführte, wollte es die bosnisch-herzegowinischen Muslime mit einer besonderen Politik gewinnen. Gegen die Juden wurden hingegen Rassegesetze beschlossen, die nicht nur zur völligen Enteignung (Immobilien, Bankguthaben, Gold etc.), sondern auch zu deren weitgehender Vernichtung führten, sodass von etwa 40.000 Juden im NDH nur rund 9000 überlebten. Auch etwa 15.000 Roma kamen im NDH gewaltsam ums Leben. Allein im KZ Jasenovac an der Save sollen zwischen 80.000 und 100.000 Personen getötet worden sein: Serben, Juden,

⁵⁶ Bogdan KRIZMAN, Ante Pavelić i Ustaše (Zagreb 1983) 523-530.

⁵⁷ Peter BROUCEK (Hg.), Ein General im Zwielicht. Die Erinnerungen Edmund Glaises von Horstenau, Bd. 3: Deutscher Bevollmächtigter General in Kroatien und Zeuge des Untergangs des „Tausendjährigen Reiches“ (Wien – Köln – Graz 1988); Vladimir ŽERJAVIĆ, Opsesije i megalomanije oko Jasenovca i Bleiburga (Zagreb 1992).

Roma, auch Kroaten. Der Agramer Erzbischof Alojzije Stepinac, der im April 1941 die Bildung des NDH begrüßt hatte, soll in Gesprächen, Briefen und öffentlichen Reden gegen die *Ustaša*-Gewaltpolitik protestiert haben, blieb aber bei seinem radikalen Antikommunismus und betrachtete die von der KPJ geführten Partisanen als Einheiten des „Anti-Christ“. Die Abhängigkeit des NDH vom Dritten Reich sei immer stärker geworden, sodass bei Kriegsende etwa 200.000 Männer und Frauen als billige „Fremdarbeiter“ in Deutschland arbeiten mussten.⁵⁸

Vor allem die serbische Bevölkerung des NDH begann gegen diese Verfolgungspolitik Widerstand zu leisten, zuerst *Četnici*, ab Ende 1941 auch kommunistisch geführte Partisanen. Bald eskalierten die Kämpfe sowohl zu einem ethnischen Krieg als auch zu einem Bürgerkrieg. Nun begannen auch *Četnici* genozidale Massenverbrechen an der muslimischen Bevölkerung zu verüben. Als es den Partisanen gelang, Ende November 1942 in Bihać einen „Antifaschistischen Rat der Volksbefreiung Jugoslawiens“ zu bilden, hätten die Kommunisten die politische Oberhand gewonnen. Im ersten Halbjahr 1943 überstanden sie unter großen Verlusten mehrere gemeinsame Operationen von deutschen, italienischen und *Četnik*-Einheiten. Als Italien am 8. September 1943 kapitulierte, hätten die Partisanen nicht nur Waffen, Munition, Ausrüstung und Verpflegung vieler italienischer Einheiten erbeutet, sondern auch den größten Teil Dalmatiens und die meisten Inseln befreit. Jetzt hätten sich auch zahlreiche Kroaten den Partisanen angeschlossen, sodass Ende 1943 den 130.000 *Domobranci* bereits über 100.000 Partisanen gegenüber gestanden seien; die *Ustaša*-Einheiten hätten hingegen erst Ende 1944 eine Zahl von 76.000 erreicht. Auf der zweiten AVNOJ-Konferenz in Jajce, Ende November 1943, habe Tito bereits alle Spitzenfunktionen in seinen Händen gehalten: Parteivorsitzender, Oberbefehlshaber mit dem Rang eines Marschalls und Ministerpräsident. Nun sei er auch von den Alliierten als Führer des Volksbefreiungskampfes anerkannt worden und habe mit dem letzten kroatischen Banus, Ivan Šubašić, mehrere Übereinkommen getroffen, schließlich die Bildung einer gemeinsamen Regierung vereinbart. Nach der Befreiung Belgrads sei freilich die sozialistische Revolution nach Stalin's Sowjetmodell umgesetzt werden, mit der Verfolgung aller Feinde und potentieller Feinde. Bei Kriegsende hätten sich dann den zurückweichenden deutschen Truppen 100.000 bis 150.000 *Domobranci*, *Ustaše*, *Četnici* und *Domobranci* sowie zahlreiche Zivilisten angeschlossen, die durch die Untersteiermark nach Kärnten zu flüchten trachteten. Teilweise von den Partisanen, teilweise von den Briten gefangengenommen, sollen von den Partisanen und dem berüchtigten KPJ-Geheimdienst OZNA bei Bleiburg und auf dem „Kreuzweg“ nach Jugoslawien zurück zwischen 45.000 und 55.000 *Domobranci* und *Ustaše* getötet worden sein. Zwar seien die Stellvertreter Pavelić', Marschall Slavko Kvaternik und Minister Mile Budak, gemeinsam mit anderen Ministern und prominenten

⁵⁸ Ivo GOLDSTEIN, *Croatia. A History* (London 1999) 131-140.

Ustaša-Führern zum Tode verurteilt und hingerichtet worden, Pavelić, Minister Artuković und Eugen „Dido“ Kvaternik seien aber über Österreich nach Westeuropa und Lateinamerika entkommen.⁵⁹

In Slowenien hatte das Nachdenken über Besatzungspolitik, Flucht, Vertreibung und Zwangsaussiedlung der Deutschen bereits in den 1980er Jahren begonnen. Freilich galten die Referate einer slowenisch-österreichischen Historikerkonferenz in Laibach 1984 „nur“ der „Geschichte der Deutschen im Bereich des heutigen Slowenien 1848-1941“. Die beiden österreichischen Herausgeber des vier Jahre später in Wien publizierten Sammelbandes, Helmut Rumpler und Arnold Suppan, thematisierten in ihrer Einleitung jedoch durchaus die Einbeziehung der Rolle der Deutschen im südöstlichen Mitteleuropa in die Aggressions- und Vernichtungspolitik des deutschen Nationalsozialismus. Und sie konstatierten: „Was den Deutschen 1945 im Osten widerfahren ist, war schrecklich, aber es war die Reaktion auf eine ebenso schreckliche, im Namen der Deutschen betriebenen Politik zwischen 1939 und 1945. [...] Aber offen ist die Frage, inwieweit und ob überhaupt die Geschichte des Deutschtums in diesem Raum nur eine Vorgeschichte nationalsozialistischer Volkstums- und Raumpolitik war.“⁶⁰ – Natürlich waren weder die Geschichte der Deutschen in Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa noch die „Deutsche Geschichte im Osten Europas“, wie in den 1990er Jahren eine zehnbändige Serie im Berliner Siedler Verlag eindrucksvoll dokumentierte, eine „Vorgeschichte“ der nationalsozialistischen Lebensraumpolitik, sondern Teil einer jahrhundertelangen, zum Teil sogar tausendjährigen Geschichte im östlichen Europa. Allerdings muss man mit Bedauern feststellen, dass die beiden genannten, in sich verschränkten Langzeitentwicklungen mit den NS-Terrormaßnahmen und mehreren daraus resultierenden Konsequenzen und Racheaktionen größtenteils untergegangen sind.⁶¹

In einem Forschungsprojekt über das Schicksal der Deutschen in Slowenien zwischen 1941 und 1945 unter Leitung des Laibacher Historikers Dušan Nečak wurden erstmals neu zugängliche Archivmaterialien – auch der Geheimdienste – präsentiert und die tragischen Geschehnisse bei Kriegsende 1945 einer umfassenden Neubewertung unterzogen. Freilich blieben die Gewaltmaßnahmen unmittelbar nach Kriegsende nach wie vor unklar.⁶²

⁵⁹ GOLDSTEIN, Croatia, 140-157.

⁶⁰ RUMPLER – SUPPAN, Geschichte der Deutschen, 10.

⁶¹ Vgl. Deutsche Geschichte im Osten Europas, begründet von Werner Conze, hg. von Hartmut Boockmann, Werner Buchholz, Norbert Conrads, Gert von Pistohlkors, Friedrich Prinz, Joachim Rogall, Isabel Röskau-Rydel, Günter Schödl, Gerd Stricker und Arnold Suppan, 10 Bde. (Berlin 1992-1999, 2002).

⁶² Dušan NEČAK (Hg.), „Nemci“ na Slovenskem 1941-1955 (Ljubljana 1998). Vgl. Vinko RAJŠP, Die slowenische Geschichtsschreibung nach dem Jahre 1918 über die Deutschen in Slowenien im Zeitraum von 1848 bis 1941, in: Helmut Rumpler und Arnold Suppan (Hgg.), Geschichte der Deutschen im Bereich des heutigen Slowenien 1848-1941. Zgodovina Nemcev na območju današnje Slovenije 1848-1941 (Wien – München 1988) 299-309.

Eine von Tamara Griesser-Pečar, einer in Laibach geborenen und in Wien ausgebildeten Historikerin, veröffentlichte Monographie über Okkupation, Kollaboration, Bürgerkrieg und Revolution in Slowenien 1941-1946 machte 2003 in Wien, 2004 in Laibach und 2005 in Triest Furore. Die Autorin befasst sich vor allem mit den tödlichen Auseinandersetzungen zwischen den kommunistisch und den bürgerlich-katholisch orientierten Slowenen während und unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg. Hierbei wird deutlich, wie sehr die deutsche und italienische Besatzungspolitik die maßgeblichen gesellschaftlichen Kräfte innerhalb der slowenischen Nation gespalten hat und wie sehr die kommunistisch geführte „Befreiungsfront“ den Widerstand gegen die Besatzungsmächte zu ihren Gunsten monopolisieren konnte, so dass die Konfrontation innerhalb der Slowenen schließlich in einem blutigen Bürgerkrieg endete, der zwar 1945 von den Kommunisten gewonnen wurde, dessen Wunden aber bis heute nur oberflächlich vernarbt sind.⁶³ Dies merkte man nicht zuletzt im Zuge einer bilateralen Ausstellung von Historikern aus Kärnten und Slowenien, die in völliger Zweisprachigkeit von Windischgraz (Slovenj Gradec) über Villach nach Krainburg (Kranj) wanderte und im Verlauf des Jahres 2004 noch in anderen Städten gezeigt wurde. Misstrauisch beobachtet von der Politik nördlich und südlich der Karawanken, allerdings unterstützt mit EU-Fördermitteln, stieß die Ausstellung „Zwischen Hakenkreuz und Titostern“ auf überraschend großes und durchaus zustimmendes Interesse des breiten Publikums – sowohl in Slowenien als auch in Kärnten.⁶⁴

Einen deutlichen Kontrapunkt zu den von den Nationalitätenkämpfen der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, von politisch-ideologisch gefärbten Vorurteilen, unhistorischen Feindbildern und nationalen Mythen durchzogenen Geschichtsdarstellungen setzten die Laibacher Historiker Peter Štih, Vasko Simoniti und Peter Vodopivec mit ihrer Synthese „Slowenische Geschichte“. Der auch in Wien ausgebildete Mediävist Štih hebt einleitend die Notwendigkeit der Zusammenschau der Geschichte aller Menschen hervor, die im Raum zwischen Alpen, Pannonischer Tiefebene, Dinarischem Gebirge und Mittelmeergebiet gelebt haben, unabhängig von ihrer ethnischen, sprachlichen, konfessionellen oder sozialen Herkunft – also nicht nur der slawischen bzw. slowenischen Bauern, Arbeiter und Geistlichen, sondern auch der karantanischen Adeligen, der fränkischen und ottonischen Herren, der französischen und deutschen Mönche, der deutschen, italienischen und magyarischen Adelsfamilien und der deutschen, italienischen und slowenischen Bürger. Vasko Simoniti unterstreicht die militärpolitische Gemeinschaft der innerösterreichischen Länder im 16. und beginnenden 17. Jahr-

⁶³ Tamara GRIESSER-PEČAR, *Das zerrissene Volk. Slowenien 1941-1946, Okkupation, Kollaboration, Bürgerkrieg, Revolution* (Wien – Köln – Graz 2003); vgl. die slowen. Übersetzung von Griesser-Pečars Buch: *Razdvojeni narod: Slovenija 1941-1946. Okupacija, kolaboracija, građanski rat, revolucija*, Ljubljana 2004, die ebenfalls ein starkes Echo fand.

⁶⁴ Alfred ELSTE und Jože DEŽMAN (Hgg.), *Zwischen Hakenkreuz und Titostern* (Klagenfurt – Kranj 2003).

hundert zur Abwehr der osmanischen Angriffe, die die Steiermark, Kärnten, Krain und Görz zu einem „unzertrennlichen Körper“ zusammengeschlossen habe. Und Peter Vodopivec legt dar, dass sich erstmals im Revolutionsjahr 1848 die slowenisch-deutschen Beziehungen verschärfen, als auch einige Slowenen nach dem Vorbild anderer Intellektueller, vor allem tschechischer und kroatischer, national-politische Forderungen stellten. So formulierten slowenische Studenten in Wien und Graz gemeinsam mit freisinnig Gebildeten und Priestern das Programm für ein „Vereinigtes Slowenien“ (*Zedinjena Slovenija*) mit der Forderung nach Gründung eines „Königreiches Slowenien“, das somit einen radikalen Bruch mit der bisherigen sprachlichen und kulturellen Ausrichtung der slowenischen Bewegung darstellte.⁶⁵

Auf Vorschlag von Vodopivec und mit Unterstützung des slowenischen Außenministeriums wurde in Absprache mit österreichischen Historikern und mit Unterstützung des österreichischen Außenministeriums im Sommer 2001 eine bilaterale Historikerkommission eingerichtet, die unter dem Titel „Österreich – Slowenien im 20. Jahrhundert“ die nachbarschaftlichen Beziehungen durch ein Jahrhundert umfassend erforschen sollte. Nach je einer Arbeitssitzung in Marburg (Maribor) und Wien, der Festlegung von 15 Themenbereichen und eines Zeitplanes sowie dem Austausch einiger Arbeitspapiere blieb jedoch die gemeinsame Erarbeitung vieler schwieriger Kapitel der gemeinsamen und trennenden Geschichte im Gestrüpp ausufernder Arbeitsorganisation und politischer Einflussnahme – aus Wien, Klagenfurt und Laibach – hängen. Schließlich entschied sich die straffer geführte slowenische Seite, nicht mehr auf die Fertigstellung aller österreichischen Beiträge zu warten und ihre Beiträge in beiden Sprachen zu veröffentlichen.⁶⁶

An dieser Stelle interessiert aber weniger mangelnde Wissenschaftskoordination – obwohl auch diese einen gewissen Beitrag zur Konfliktgeschichte darstellt – als vielmehr die von einem Team slowenischer Historiker erarbeiteten Inhalte. Hierbei fällt etwa auf, dass der schwierigen Grenzziehungsfrage nach dem Ersten Weltkrieg – einschließlich des „Kampfes um die Nordgrenze“ (die slowenische Version) oder des „Abwehrkampfes“ (die deutsch-österreichische Version) – und der Volksabstimmung in Südost-Kärnten kein eigenes Kapitel gewidmet wird. Auch die durch die beiden Weltkriege und ihre harten Konsequenzen ziemlich kompliziert gewordenen, jahrhundertealten sozialen Beziehungen der Bevölkerungsgruppen nördlich und südlich der Karawanken werden mangels intensiver Forschungen nicht eigenständig behandelt. Andererseits gibt es – auch dank der Kenntnis der österreichischen und deutschen Historiogra-

⁶⁵ ŠTIH – SIMONITI – VODOPIVEC, *Slowenische Geschichte*, 14-16, 137, 145-148, 159f., 208f., 222-225, 247-249.

⁶⁶ Dušan NEČAK, Boris JESIĆ, Božo REPE, Ksenija ŠKRILEC, Peter VODOPIVEC (Hgg.), *Slovensko-avstrijski odnosi v 20. stoletju. Slowenisch-österreichische Beziehungen im 20. Jahrhundert* (Ljubljana 2004). Vgl. die slowenisch- und deutschsprachige Einleitung in: *Slovensko-avstrijski odnosi v 20. stoletju. Slowenisch-österreichische Beziehungen im 20. Jahrhundert* (Ljubljana 2004) 5-31, die alle wesentlichen bilateralen Arbeitsschritte nachvollzieht, allerdings einige Hintergründe auf österreichischer Seite falsch interpretiert.

phie – gelungene Beiträge zu den „Slowenen in der Habsburgermonarchie“ (Peter Vodopivec), den „Slowenen unter der nationalsozialistischen Herrschaft 1941-1945“ (Tone Ferenc, Bojan Godeša), den „Deutschen in Slowenien 1938-1948“ (Dušan Nećak), der „katholischen Kirche in Slowenien im 20. Jahrhundert“ (France M. Dolinar) und den „Symbolen in der Realität slowenisch-österreichischer Beziehungen“ (Igor Grdina). Die untereinander wenig verknüpften Darstellungen der Entwicklung dieser Beziehungen zwischen 1848 und 1991 enthalten freilich auch eine Reihe faktographischer Fehler und Interpretationen, die einer Korrektur bedürfen:

- 1) Die Feststellung von Peter Vodopivec, dass die „österreichischen (bzw. in Ungarn die ungarischen) Regierungen in den letzten Dezennien vor dem Ersten Weltkrieg Gefangene des deutschen (und ungarischen) Nationalismus und deshalb unfähig [waren, Erg. Suppan], einen Kompromiss zwischen den gegensätzlichen nationalen Erwartungen und Interessen zu gewährleisten“ (S. 49), übersieht, dass die Wiener Regierungen durchaus den Ausgleich zwischen deutschen und tschechischen, polnischen und ukrainischen, ukrainischen und rumänischen, italienischen und slowenischen sowie italienischen und kroatischen Gegensätzen suchten, diese jedoch mangels parlamentarischer Mehrheiten nicht überwinden konnten.
- 2) Die ab November 1918 durch gezielte Maßnahmen der slowenischen Behörden (Kündigungen, Entlassungen, Pensionierungen, Beschlagnahmungen, Enteignungen etc.) herbeigeführte „Auswanderungswelle“ von etwa 30.000 deutschsprachigen Beamten, Lehrern, Professoren, Richtern, Staatsanwälten, Notaren sowie Gemeinde-, Eisenbahn- und Postangestellten samt ihren Familien als „statistischen Verlust“ (Ervin Dolenc, S. 96) zu bezeichnen, entspricht keineswegs dem harten Schicksal dieser Zwangsmigranten.
- 3) Im Gegensatz zur Feststellung von Ervin Dolenc, dass „am Recht der Minderheiten auf eigene Schulen [...] von Anfang an nicht gezweifelt [wurde]“ (S. 100), entsprachen weder die Nicht-Zulassung von deutschen Privatschulen noch die „Namensanalyse“ dem Minderheitenvertrag zwischen dem Königreich SHS und den Alliierten. Da Kinder aus gemischten Ehen oder mit einem slowenisch (bzw. slawisch) klingenden Nachnamen nicht als „echt deutsch“ galten und daher nicht den Unterricht in deutschen Klassen besuchen durften, drängt sich die polemische Frage auf, weshalb dieses Prinzip umgekehrt nicht auch für Kinder aus slowenisch-nationalen Familien mit deutschen Familiennamen galt?
- 4) Wenn Žarko Lazarević „Vorgänge der ‚Slowenisierung‘ bzw. Nostrifizierung der Wirtschaftssubjekte“ als „logische Folge der Ereignisse“ darstellt und behauptet, dass sie „die veränderte politische und wirtschaftliche Realität“ widerspiegeln (S. 135), so verschleiert er die wirtschaftshistorisch einschneidende Tatsache, dass dabei (slowenisches) Eigentum nicht durch wirtschaftliche Leistung, sondern durch politische Willkür geschaffen wurde. Lazarević selbst

zitiert einen Aufruf der Zeitung *Slovenski Narod* vom 14. Dezember 1923, der diesen unseligen nationalistischen Geist zum Ausdruck bringt: „Lassen Sie nicht zu, dass wieder jene Zeiten anbrechen, in denen der Deutsche der Herr ist und der Slowene sein Untergebener.“ (S. 137)

- 5) Mitja Ferenc und Božo Repe erwähnen zwar die Flucht „zahlreicher österreichischer Putschisten“ Ende Juli 1934 nach Slowenien und Kroatien (S. 174), erwähnen aber nicht, dass diese Nationalsozialisten – wie von Arnold Suppan und Dušan Nećak ausführlich dargestellt – von den jugoslawischen Behörden entgegenkommend aufgenommen und versorgt wurden.
- 6) Tone Ferenc und Bojan Godeša verweisen zwar mit Recht auf die schwere Lage der Kärntner Slowenen unter NS-Herrschaft (S. 219f.), übersehen aber die wichtige Tatsache, dass auch der überwiegende Teil der slowenischen Männer und Burschen zur deutschen Wehrmacht bzw. SS eingezogen wurde. Daher ist die Vermutung, dass „ca. 50.000 Kärntner Slowenen“ nach Osteuropa „verschickt“ werden sollten (S. 239), stark in Zweifel zu ziehen. Ob Adolf Hitler „insbesondere die Tschechen und die Slowenen hasste“ (S. 225), ist quellenmäßig schwer zu belegen und im Vergleich der NS-Unterdrückungsmaßnahmen gegen viele Völker Europas noch schwerer zu begründen.
- 7) Ab dem 7. April 1941 traten nicht „die Österreicher als Angreifer, Besatzer und Bestandteil Nazideutschlands“ in Slowenien auf, wie Dušan Nećak behauptet (S. 381), sondern Österreicher als Teil der deutschen Kriegsmaschinerie und nachfolgenden Besatzungsverwaltung. Die deutsche Volksgruppe hatte auch nicht „aus historischen Gründen schon im ersten jugoslawischen Staat“ die „Rolle des Volksfeindes“ eingenommen (S. 381); diese Konfliktstellung erfolgte erst während des Zweiten Weltkrieges. Die Planungen des britischen Außenministeriums für die Zeit unmittelbar nach Ende des Weltkrieges sahen zwar für die deutschen Minderheiten in Ostmitteleuropa einen „Transfer“ nach Deutschland bzw. Österreich vor (S. 389), allerdings entsprach die Durchführung der AVNOJ-Beschlüsse und Beneš-Dekrete, die anfänglich in erster Linie die Enteignung und Rechtlosstellung der Deutschen vorsahen, keineswegs den alliierten Vorstellungen. Daher legten sie auch im Potsdamer Protokoll fest, „dass jedwede Überführungen, die stattfinden werden, in ordnungsgemäßer und humaner Weise erfolgen sollen“.
- 8) Boris Jesih gibt zwar den offiziellen jugoslawischen Standpunkt einer „österreichischen Mitschuld an den Verbrechen, die während des Krieges in Jugoslawien begangen worden waren“ (S. 475), wieder, übersieht aber, dass das zwischen 1938 und 1945 als Staatswesen nicht existente Österreich keine Mitschuld haben konnte, sondern lediglich aus Österreich stammende Militär- und Zivilorgane im Dienste des Deutschen Reiches.
- 9) Igor Grdina kritisiert mit Recht die unsäglich nationalistischen Ausbrüche des Marburger Schriftstellers Ottokar Kernstock („Lasst die wilden Slawenheere / nimmermehr durch Marburgs Tor! / Lieber rauchgeschwärzte Trümmer / als

ein windisch Maribor“), wenn Grdina aber von der „hartnäckigen Diskriminierung der slowenischen Sprache seitens der verschiedenen Machthaber in der Habsburgermonarchie, in der österreichischen Republik und im Dritten Reich“ (S. 780) spricht, dann unterschätzt er völlig die rassistische und imperialistische Gewaltideologie und Assimilationsstrategie Hitlers. Schließlich: Weshalb sollen „die antideutschen Maßnahmen der zeitweiligen jugoslawischen Verwaltung [1918-1920, Erg. Suppan] in dem für das Plebiszit bestimmten Gebiet“ „nicht mit dem antislowenischen Wüten der österreichischen Machthaber während des Ersten Weltkrieges zu vergleichen“ (S. 756) sein?

Bereits im Jahre 1951 hatte das Bonner Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte eine wissenschaftliche Kommission unter Leitung des Kölner Historikers Theodor Schieder beauftragt, eine „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa“ zu erarbeiten. Diese Auftragsarbeit mit dezidiert außen- und innenpolitischen Zielsetzungen entwickelte sich zu einem methodisch innovativen und inhaltlich zukunftsweisenden Forschungsvorhaben, das Evakuierung, Flucht und Vertreibung von über vierzehn Millionen deutschen Staats- und Volkszugehörigen aus den Ostgebieten des Deutschen Reiches sowie aus Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien und Jugoslawien in den Kontext der nationalsozialistischen Besatzungs-, Umsiedlungs- und Vernichtungspolitik stellte. Die wissenschaftliche Kommission setzte sich zum Ziel, „den Gesamtvorgang der Vertreibung in historischer Treue zu erfassen, d. h. in allen seinen zeitlichen Abschnitten, örtlichen Bedingtheiten und der Vielzahl der dabei aufgetretenen Erscheinungen und Begleitumstände“. Die hauptsächliche Quellengrundlage bildeten freilich „Erlebnisberichte“, Berichte und Aussagen von Betroffenen sowie in geringerer Zahl andere Selbstzeugnisse, wie Briefe und Tagebücher. Die Ergebnisse lagen innerhalb von zehn Jahren in fünf Bänden, einige davon in mehreren Teilbänden, drei Beiheften und einem Registerheft vor und erfuhren seit 1984 drei Nachdrucke. Ein geplanter „auswertender Ergebnisband“, in dem der gesamte Vertreibungsprozess „nach seiner geschichtlichen, völkerrechtlichen und soziologischen Bedeutung untersucht und in den Zusammenhang der europäischen und welthistorischen Entwicklung“ gestellt werden sollte, erschien allerdings nicht mehr.⁶⁷

⁶⁷ Theodor SCHIEDER (Hg.) in Verbindung mit Werner CONZE, Adolf DIESTELKAMP, Rudolf LAUN, Peter RASSOW und Hans ROTHFELS, Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa, Bd. I/1, 2, 3: Die Verteilung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße (Bonn 1953-1960, Nachdruck München 1984, Augsburg 1993/94, München 2004); Bd. II: Das Schicksal der Deutschen in Ungarn (Bonn 1956, Nachdruck München 1984, Augsburg 1993/94, München 2004); Bd. III: Das Schicksal der Deutschen in Rumänien (Bonn 1957, München 1984, Augsburg 1993/94, München 2004); Bd. IV/1, 2: Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei (Bonn 1957, Nachdruck München 1984, Augsburg 1993/94, München 2004); Bd. V: Das Schicksal der Deutschen in Jugoslawien (Düsseldorf 1961, Nachdruck München 1984, Augsburg 1993/94, München 2004); 1. Beiheft: Ein Tagebuch aus Pommern 1945/46. Aufzeichnungen von Kärthe von NORMANN (Bonn 1955); 2. Beiheft: Ein Tagebuch aus Prag 1945/46.

Die „Dokumentation der Vertreibung“ konnte sich auf die umfangreichen Akten der von der SS geführten „Volksdeutschen Mittelstelle“ sowie der Einwanderungs- und Rückwanderungszentrale am Berlin Document Center stützen, später auch auf die „Himmler Files“ und die Dokumente des Internationalen Militärgerichtshofs in Nürnberg. Daher beginnen die Bände mit einer Bestandsaufnahme der deutschen Bevölkerung in Ostmitteleuropa vor dem Beginn des Zweiten Weltkrieges, befassen sich mit den „Heim-ins-Reich-Umsiedlungen“ seit 1939, schildern die Fluchtbewegungen (seltener die Evakuierungen) vor der Roten Armee, die Übergriffe und Gewalttaten seitens sowjetischer Soldaten und Offiziere sowie polnischer, tschechoslowakischer und jugoslawischer Militärs, Milizen, Revolutionsgarden etc., die Zwangsverschleppungen zum Arbeitsdienst in die Sowjetunion, die „wilden Vertreibungen“ bei Kriegsende, die Enteignung und Entrechtung der deutschen und volksdeutschen Bevölkerung sowie die Zwangsausweisungen auf Grund des Artikels XIII der Potsdamer Beschlüsse. Erklärungsversuche für die Ursachen des Vertreibungsprozesses und das hohe Maß an Gewalt kamen freilich über erste Ansätze noch nicht hinaus. Hierfür fehlten die politischen, militärischen und (geheim)polizeilichen Akten der verantwortlichen Regierungen, Militär- und Polizeikommanden in Warschau, Prag, Budapest und Belgrad. Daher konnte Broszat noch 1983 resümieren:

„Auch gemessen am heutigen Forschungsstand und der gegenwärtigen Quellenlage stellt diese umfangreiche Dokumentation, die den Buchmarkt freilich kaum erreichte und inzwischen beinahe in Vergessenheit geraten ist, eine schwerlich überbietbare, minutiöse Rekonstruktion des vielfältigen Geschehens von Evakuierung, Flucht und Vertreibung dar.“

Zugleich forderte er von der deutschen zeitgeschichtlichen Forschung: „Nach dem Abstand von beinahe 40 Jahren besteht ihre Aufgabe darin, mit größerer Distanz und innerer Freiheit das nachzuholen, was in den fünfziger Jahren [...] unterblieb: eine nüchterne, exakte Zusammenfassung und Gesamtdarstellung des historischen Vorgangs von Evakuierung, Flucht und Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa vorzunehmen, die ohne Beschönigung auch die Explosion von Rache und Gewalttätigkeit aufzeigt, die nach dem von Hitler begonnenen Krieg auf die Deutschen zurückschlug.“⁶⁸

Diese Forderung Broszats ist auch heute erst teilweise erfüllt, gar nicht zu reden von einer Gesamtdarstellung. Dabei erhielt das deutsche Bundesarchiv bereits am 16. Juli 1969 durch Erlass des Bundesministers des Innern im Nachgang zu

Aufzeichnungen von Margarete SCHELL (Bonn 1957); 3. Beiheft: Ein Bericht aus Ost- und Westpreußen. Aufzeichnungen von Hans Graf von LEHNDORFF (Bonn 1960); Ortsregister (Bonn o. J. [1962]). Vgl. Martin BROSZAT, Massendokumentation als Methode zeitgeschichtlicher Forschung, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 2 (München 1954) 202-213; Mathias BEER, Im Spannungsfeld von Politik und Zeitgeschichte: Das Großforschungsprojekt „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa“, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 46 (1998) 345-389; Mathias BEER, Martin Broszat und die Erfahrung der Dokumentation der Vertreibung, in: Frei, Broszat, 43-59, hier 43-45. Für den Ergebnisband war Martin Broszat als Autor vorgesehen, der an den Bänden I/1, 3 und III mitgearbeitet hatte; Hans-Ulrich Wehler war Mitarbeiter am Band V.

⁶⁸ BEER, Dokumentation, 49-51; Martin BROSZAT, „Vertreibungsverbrechen“ – ein missverständlicher Begriff, in: Martin Broszat, Nach Hitler. Der schwierige Umgang mit unserer Geschichte, hg. von Hermann Graml und Klaus-Dietmar Henke (München 1986) 301-303.

einer Kabinettsvorlage des Bundesministers für Vertriebene vom 6. März 1969 und durch die Kabinettsitzung vom 25. Juni 1969 von der Koalitionsregierung Kurt Georg Kiesinger – Willy Brandt den Auftrag, „das ihm und anderen Stellen vorliegende Material über Verbrechen und Unmenschlichkeiten, die an Deutschen im Zuge der Vertreibung begangen worden sind, zusammenzustellen und auszuwerten“. Die Notwendigkeit einer Dokumentation wurde auch im Hinblick auf die von den Ostblockstaaten durchgeführten Erhebungen über deutsche Verbrechen während des Zweiten Weltkrieges betont. Andererseits war in der Fragestunde des Bundestages am 25. Oktober 1967 das Ausmaß der deutschen Opfer durch Verbrechen allein im Zuge der Vertreibung mit mehr als zwei Millionen Menschen angegeben worden. Diese Zahl betraf aber in der vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Bevölkerungsbilanz für die Vertreibungsgebiete die ungeklärten Fälle, die dort zwar als Nachkriegsverluste bezeichnet wurden, jedoch nicht ausschließlich Opfer völkerrechtswidriger Verbrechen umfassten. Der Begriff „Vertreibung“ wurde – durchaus im modernen Sinn – als Gesamtvorgang einer Entwurzelung aufgefasst, beginnend mit Fluchtbewegungen infolge von Kriegshandlungen, sich fortsetzend in Ausplünderung, Entrechtung, Verelendung, Misshandlung, Deportierung und Tötung verbliebener Bevölkerungsteile, vollendet schließlich in der Zwangsausweisung aller (oder großer Teile von) Angehörigen einer Volksgruppe. Der Begriff „Vertreibungsverbrechen“ umfasste in erster Linie Handlungen, die an Leib und Leben von Menschen verübt worden waren.⁶⁹

Aber der 1974 fertiggestellte Bericht wurde von den Bundesregierungen der SPD-FDP-Koalition (Helmut Schmidt – Hans-Dietrich Genscher) unter Verschluss gehalten, vermutlich um die neue Ostpolitik nicht zu stören und die internationale Entspannung nicht zu belasten. Erst der Bundesminister des Innern Friedrich Zimmermann (CSU) gab den Bericht im Dezember 1982 zur wissenschaftlichen und publizistischen Benützung im Bundesarchiv frei. Mit Recht stellte er die für viele Entspannungspolitiker unangenehme Frage: „Wie könnte Entspannung dauerhaft sein, wenn sie das Verschweigen oder die Verfälschung geschichtlicher Ereignisse in Kauf nimmt?“ Finde keine wissenschaftliche Aufarbeitung statt, so entstünden verzerrte Bilder der Vergangenheit und entstellende Legenden und – könnte man hinzufügen – ein potentiell Auseinanderklaffen tradierter individueller und offiziöser Geschichtsbilder. Aber auch Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) veranlasste keine Veröffentlichung, sodass sich erst die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen im Jahre 1989 dazu entschloss, den Bericht zu veröffentlichen. Erstaunlich wenige Publikationen griffen seither auf diesen Bericht zurück.⁷⁰

⁶⁹ Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.), *Vertreibung und Vertreibungsverbrechen 1945-1948*. Bericht des Bundesarchivs vom 28. Mai 1974. Archivalien und ausgewählte Erlebnisberichte (Bonn 1989) 9-11, 17f. Zu den Debatten im deutschen Bundestag vgl. Mathias BEER, ‚Flucht und Vertreibung‘. Debatten im deutschen Bundestag, in: Lucia Scherzberg (Hg.), ‚Doppelte Vergangenheitsbewältigung‘ und die Singularität des Holocaust (Saarbrücken 2012) 135-169.

⁷⁰ *Vertreibung und Vertreibungsverbrechen*, 9-11. Die Geschehnisse in Ungarn, Rumänien und in der Sowjetunion wurden nicht erfasst und nicht untersucht. Zur „unendlichen Geschichte“ des Berichts

Der Bericht beruhte auf der gezielten Auswertung sehr unterschiedlichen Quellenmaterials, das im Bundesarchiv liegt: vornehmlich der 10.000 Erlebnisberichte aus der „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa“, dann der etwa 18.000 Gemeindegeschicksalsberichte⁷¹ und schließlich der etwa 12.100 Seelenlisten bzw. Einwohnerlisten von Landgemeinden und kleinen Stadtgemeinden in den Reichsgebieten östlich von Oder und Neiße sowie für deutsche Siedlungen im Gebiet des polnischen Staates. Zur Verifizierung der Ergebnisse wurden außerdem die Materialien der katholischen Diözesanarchive sowie des Suchdienstes des Deutschen Roten Kreuzes herangezogen. Im Verlauf der Untersuchung wurden im Bundesarchiv etwa 5500 Auswertungsbögen für die Stadt- und Landkreise erstellt, für Jugoslawien nach Bezirken. Diese fragten nach der Quelle, dem Tatort bzw. dem Lager oder Gefängnis, dem Herkunftsort des Berichterstatters, dem Vorfall (Erschießung, Mord, Misshandlung, Vergewaltigung, Verschleppung), dem Anlass, dem Täter und hatten auch Platz für besondere Vermerke.⁷²

Der junge Schweizer Historiker Adrian von Arburg stellt mit Recht die Frage, warum die wissenschaftliche Geschichtsforschung an (west-)deutschen und österreichischen Universitäten und Fachinstituten die Deutungshoheit über ein Schlüsselereignis der deutschen und österreichischen Nachkriegsgeschichte für mehr als ein halbes Jahrhundert der zahlreichen Literatur aus Vertriebenenkreisen überließ. Die Vermutung liegt nahe, dass mit der neuen BRD-Ostpolitik seit Ende der 1960er Jahre Bedenken über die Sinnhaftigkeit einer historiographischen Thematisierung der „Verbrechen“ der östlichen und südöstlichen Nachbarn aufkamen und prinzipielle Vorbehalte gegenüber den „reaktionären“ Vertriebenenverbänden zunahmen. Hierbei lassen sich allerdings auch deutliche Scheuklappen vieler Fachhistoriker der deutschen „68er-Generation“ gegenüber einer systematischen Beschäftigung mit dem Vertreibungskomplex feststellen. In Österreich wurde die gesamte Frage überhaupt wider besseres Wissen zu einem Thema der deutschen Geschichte erklärt – und somit aus der österreichischen Geschichte ausgelagert.

des Bundesarchivs von 1974 vgl. Mathias Beer, Verschlussache, Raubdruck, autorisierte Fassung. Aspekte der politischen Auseinandersetzung mit Flucht und Vertreibung in der Bundesrepublik Deutschland (1949-1989), in: Cornelißen, Holec, Pešek, Diktatur – Krieg – Vertreibung, 369-401.

⁷¹ Für 85,2 % aller Gemeinden im Reichsgebiet ostwärts von Oder und Neiße liegen Berichte von 1939 bis zur Vertreibung der Deutschen vor, ferner über die Mehrzahl der Gemeinden mit deutscher Bevölkerung in den dem Reich eingegliedert gewesenen Gebieten des polnischen Staates. Auch für das Sudetenland und die deutschen Siedlungsgebiete in Südosteuropa wurden Gemeindegeschicksalsberichte gesammelt, mit denen primär Angaben über das Geschehen in den Gemeinden von 1938 (Eingliederung der Sudetenlandes) bzw. 1941 (Beginn des Krieges gegen Jugoslawien) erfasst werden sollten. – Vertreibung und Vertriebensverbrechen, 20.

⁷² Ebenda, 22. R. M. DOUGLAS hält in seiner neuesten Studie „Ordnungsgemäße Überführung. Die Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg“ (München 2012), S. 18, fest, dass „das in der *Dokumentation der Vertreibung* gezeichnete Bild [...] durch die Berichte von humanitären Organisationen wie dem Roten Kreuz, anderen Nichtregierungsorganisationen, westlichen Diplomaten und Funktionsträgern, Journalisten und vor allem durch die Archivbestände der Vertreibungsstaaten selbst bestätigt“ wurde.

Daher ist dem Urteil des US-Historikers Ray M. Douglas zuzustimmen: „Weit mehr als irgendwelche angeblichen ‚Tabus‘ hat der Grad der Gleichgültigkeit und Unwissen unter Historikern und in der Öffentlichkeit einem ruhigen und produktiven Umgang mit der Geschichte der Vertreibungen entgegengewirkt.“⁷³

Adolf Hitler

Die britische Altmeisterin für *International History*, Zara Steiner, stellte in ihrer jüngsten Synthese zur internationalen Geschichte Europas 1933-1939 gleich eingangs die Frage: „How could this basically banal and crude Austrian, hardly distinguishable from so many other post-war politicians, have succeeded in a politically sophisticated, highly industrialized, and culturally advanced nation?“⁷⁴ – Man kann Hitlers Aufstieg zur Macht sicher nicht Österreich oder den Österreichern anlasten, denn seine Karriere zum „Führer“ hat der in Wien gescheiterte Kunststudent aus dem oberösterreichischen Braunau am Inn schließlich in Deutschland gemacht. Aber man wird kaum bestreiten können, dass „Hitlers dumme Verachtung aller Slawen als Menschen minderer Sorte aus der Atmosphäre des österreichischen Nationalitätenkampfes her stammt“ (Günther Stökl). Und man sollte nicht unterschätzen, dass dieses negative Globalurteil über die Slawen von einer großen Mehrheit der (gebildeten) Deutschen und Deutsch-Österreicher mitgetragen wurde. Andererseits waren Edvard Beneš, ein ehemaliger österreichischer, und Josip Broz Tito, ein ehemaliger ungarischer Staatsangehöriger, – und mit ihnen die große Mehrheit der (gebildeten) Tschechen und Slowaken bzw. Slowenen, Kroaten und Serben – von den ebenso einseitigen Bildern des angeblichen „deutschen Dranges nach Osten“ überzeugt, mit denen sie militärische Eroberung und politische Unterwerfung seit dem Mittelalter verbanden. Die regierenden Kreise in Belgrad und Prag waren nach 1918 zusätzlich auch durch scharfe anti-habsburgische, anti-katholische und anti-österreichische Feindbilder verbunden – Feindbilder, die sie mit Hitler teilten.⁷⁵

⁷³ ARBURG – STANĚK, *Vysídlení Němců* (2011); Dietmar NEUTATZ, *Vertreibung und Zwangsaussiedlung – eine historisch notwendige Lösung der sudetendeutschen Frage?*, in: Dietmar Neutatz – Volker Zimmermann, *Die Deutschen und das östliche Europa. Aspekte einer vielfältigen Beziehungsgeschichte. Festschrift für Detlev Brandes zum 65. Geburtstag* (Essen 2006) 335-354; DOUGLAS, „Ordnungsgemäße Überführung“, 13. Vgl. Mathias BEER, *Flucht und Vertreibung der Deutschen. Voraussetzungen, Verlauf, Folgen* (München 2011).

⁷⁴ Zara STEINER, *The Triumph of the Dark. European International History 1933-1939* (Oxford 2011) 10.

⁷⁵ Günther STÖKL, *Osteuropa und die Deutschen. Geschichte und Gegenwart einer spannungsreichen Nachbarschaft* (München 1982) 24, 41f.; vgl. Brigitte HAMANN, *Hitlers Wien. Lehrjahre eines Diktators* (München 1996); SUPPAN, *Jugoslawien, 1144-1222. Hitler erinnerte sich noch am 21. September 1941 mittags daran, wie im Jahre 1905 – als die Nachricht von der Niederlage Russlands im russisch-japanischen Krieg eintraf – die tschechischen Knaben in seiner Klasse weinten, während er und die anderen Knaben jubelten*. Vgl. Werner JOCHMANN (Hg.), *Adolf Hitler. Monologe im Hauptquartier 1941-1944. Die Aufzeichnungen Heinrich Heims* (München 1982) 64.

Obwohl im Jänner 2008 in einem repräsentativen multiple-choice-test unter 17-jährigen US-Schülern etwa ein Viertel Hitler nicht mehr als deutschen Reichskanzler im Zweiten Weltkrieg identifizieren konnte⁷⁶, steht nach wie vor fest, dass kein Politiker des 20. Jahrhunderts mit seiner Herrschaft weltweit so tief in das Gesamtbewusstsein der Menschheit eingedrungen ist wie Adolf Hitler – dies galt nicht nur für die Deutschen, Österreicher und „Volksdeutschen“, sondern auch für alle Nachbarvölker und darüber hinaus für alle von Hitler-Deutschland in den Krieg einbezogenen Völker.⁷⁷ Bis zu seinem Einmarsch in Prag am 15. März 1939 hatte der namenlose Gefreite des Ersten Weltkrieges alle seine Gegner erfolgreich verblüfft, geblüfft und angelogen, nicht zuletzt „mit der unverfrorenen Einseitigkeit seiner Propaganda“. Auch wenn man wie Ian Kershaw, Hans-Ulrich Wehler und Hans-Ulrich Thamer Max Webers Begriff einer charismatischen Herrschaft überzeugend anwendet⁷⁸, ist es für Nachgeborene kaum nachzuvollziehen, wie ein politischer Außenseiter, seltsam sprechend – Hitler sprach keinen typisch österreichischen Dialekt, sondern das bayerisch angehauchte Hochdeutsch seiner Geburtsstadt – und gestikulierend, immer wieder Gewaltausdrücke verwendend („rollen die Köp-

⁷⁶ Etwa 25 % der US-Schüler bezeichneten ihn als Munitionsfabrikanten oder als österreichischen Premierminister oder als deutschen Kaiser. – Sam DILLON, Survey Finds Teenagers Ignorant Basic History and Literature Questions, in: The New York Times National, February 27, 2008, A 16.

⁷⁷ Seit dem legendären Film von Charlie Chaplin „Der große Diktator“ (1940) verkörperten 65 internationale Schauspieler Adolf Hitler im Spielfilm: u. a. Albin Skoda in G. W. Pabsts „Der letzte Akt“ (1955), Alec Guinness in „Hitler – Die letzten 10 Tage“, Anthony Hopkins in „Der Bunker“, Bruno Ganz in „Der Untergang“ (2004) und Udo Kier in Christoph Schlingensiefels „100 Jahre Adolf Hitler – Die letzte Stunde im Führerbunker“. So wurde Hitler nach Jesus Christus die meist dargestellte Figur der Filmgeschichte. Vgl. Peter REICHEL, „Bruder Hitler“ im deutschen Film, in: Thamer – Erpel, Hitler und die Deutschen, 148-153; Christoph HUBER, Film in Venedig: „Hitler sells!“, in: Die Presse am Sonntag, 4. September 2011, 41. – Im seit 1947 erscheinenden deutschen Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ war Hitler mehr als 40 Mal am Cover abgebildet. Gibt man in die Suchmaschine Google den Namen Adolf Hitler ein, dann werden innerhalb von 30 Sekunden 75,800.000 Treffer angezeigt. Vgl. Simone ERPEL, Hitler entdämonisiert. Die mediale Präsenz des Diktators nach 1945 in Presse und Internet, in: Thamer – Erpel, Hitler und die Deutschen, 154-160.

⁷⁸ Hans-Ulrich WEHLER, Kräfte einer trübseligen Figur. Die Diktatur fand reale Zustimmung, in: FAZ, 20. Juli 2011, N4; M. Rainer LEPSIUS, Max Weber, Charisma und Hitler, in: FAZ, 24. August 2011, N3. Max Weber zufolge soll „Charisma“ eine „als außeralltäglich [...] geltende Qualität einer Persönlichkeit heißen, um derentwillen sie als mit übernatürlichen oder übermenschlichen oder mindestens spezifisch außeralltäglichen, nicht jedem andern zugänglichen Kräften oder Eigenschaften [begabt, Erg. Kershaw] oder als gottgesandt oder als vorbildlich und deshalb als ‚Führer‘ gewertet wird.“ Webers Idealtypus der „charismatischen Herrschaft“ besitzt also wie eine Ellipse zwei Brennpunkte. Im ersten Zentrum steht das kriegerische, rhetorische, religiöse, politische Sondertalent des Charismaträgers, der dank einer existentiellen Krise aufsteigt und sich dann als Retter in der Not bewähren muss. Das zweite Zentrum besteht aus der Zuschreibung charismatischer Fähigkeiten durch die Gesellschaft (jedenfalls wachsender Segmente in ihr), die dank der politischen Kultur des Landes die Neigung gespeichert hat, großen Persönlichkeiten ihr politisches Geschick namentlich in Krisensituationen anzuvertrauen. – Ian KERSHAW, „Führerstaat“: Charisma und Gewalt, in: Thamer – Erpel, Hitler und die Deutschen, 58-67; WEHLER, Gesellschaftsgeschichte 4, 600-624; Hans-Ulrich THAMER, Die Inszenierung von Macht, in: Thamer – Erpel, Hitler und die Deutschen, 17-22.

fe unserer Gegner“, „aus Deutschland hinausfegen“, „Vernichtung“ etc.), ein Amateur der Macht in einer der weltweit führenden Industrienationen zum Brennpunkt kollektiver Ängste, Erlösungssehnsüchte, Allmachtsträume und Hysterien werden konnte. Hitler war einerseits ein politischer Fanatiker und Rassist, andererseits ein berechnender Realist, der den Anschein von Rationalität und Ehrlichkeit erwecken konnte. Hitler selbst sah sich im Dienst der „Vorsehung“, glaubte sich mit der deutschen Nation „verheiratet“ und stellte für viele Zeitgenossen ein „Erweckungserlebnis“ dar. Zweifellos konnte er mit seiner manichäischen Sichtweise und seinen bedrohlichen Energieausbrüchen Anhänger und Gegner stark beeindrucken. Zara Steiner schreibt Hitler sogar „extraordinary talents“ zu: „Charisma, oratory, political cunning, and the singularity of a ‚vision‘ that reflected and enhanced the fears, anxieties, resentments, and desires of millions of Germans explain, in part, Hitler’s ability to mobilize the disillusioned and disaffected in every class throughout Germany. Without Hitler, there could have been no Nazi party.“⁷⁹

Von den Reden, Schriften und Anordnungen Adolf Hitlers existieren nur für die Jahre bis Jänner 1933 entsprechende Editionen, während seine Aktivitäten als Reichskanzler und „Führer“ bisher nur in völlig unzureichenden und sehr unvollständigen Sammlungen vorliegen. Zweifellos führte nicht „Mein Kampf“ (1925/26) zur Ausbreitung des Nationalsozialismus, sondern erst die Ausbreitung des Nationalsozialismus zur millionenfachen Verbreitung (weniger zum Lesen) des Buches – während Hitlers „Zweites Buch“ (1928) über Außenpolitik unvollendet blieb. Geschichte sei der „Lebenskampf“ der Völker um das knappe tägliche Brot, der Kampf um „Lebensraum“, glaubte Hitler erkannt zu haben, und: „Politik ist die Kunst der Durchführung des Lebenskampfes eines Volkes um sein irdisches Dasein.“ Der „genialen“ Rasse der Arier trete vor allem „der Jude“ als negatives Gegenbild gegenüber, dessen Internationalismus und Pazifismus die positiven Werte des Nationalismus und Heroismus bedrohten. Hitlers Hassgefühle steigerten sich noch, wenn er den Bolschewismus zur Angriffswaffe des Judentums stilisierte, später auch die USA zum Hauptquartier des „Weltjudentums“ erklärte. Es ist unbestritten, dass Hitler seit seinen ersten Auftritten in München 1919 als Redner wirkte, ja geradezu fatale Wirkungen durch das gesprochene Wort erzielte (nicht zuletzt über die Radioapparate) – bei Millionen Reichsdeutschen, Deutschösterreichern, Sudetendeutschen, anderen Volksdeutschen und sogar bei Anhängern unter den Nachbarvölkern. Der Zürcher Historiker Jörg Fisch fordert daher völlig zu Recht „eine kritische Ausgabe aller überlieferten schriftlichen und mündlichen Äußerungen Hitlers aus den Jahren 1933 bis 1945“. Sie liege „angesichts von Hitlers Rolle in der Geschichte im öffentlichen Interesse“. Denn es

⁷⁹ Ian KERSHAW, Hitler 1889-1936 (Stuttgart 1998) 9; Hitler 1936-1945 (Stuttgart 2000) 7; Joachim C. FEST, Hitler. Eine Biographie (Frankfurt/Main – Berlin – Wien 1973) 1028; STEINER, The Triumph, 12; Brigitte HAMANN, Der junge Hitler bis zum Putsch, in: Thamer – Erpel, Hitler und die Deutschen, 24-29; Ian KERSHAW, Die Peitsche, die Peitsche, in: Die Presse, Spectrum, 10. Dezember 2011, If.; vgl. Fritz REDLICH, Hitler, Diagnose des destruktiven Propheten (Wien 2002); Dinner with the Führer, in: New York Times, March 8, 2009, 5.

gehe aus der Sicht der Wissenschaft und der Politik nicht an, „dass die Gedankenwelt des vielleicht zerstörerischsten Individuums, das die Weltgeschichte hervorgebracht hat, nicht so vollständig wie möglich zugänglich ist“.⁸⁰

Seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert lag eine Fusion der beiden mächtigen Ideenkonglomerate des Nationalismus und des Sozialismus in der Luft, zumal in ethnisch gemischten Regionen wie den böhmischen Ländern. Unter dem Krisendruck des Ersten Weltkrieges erfüllten sich zunehmend die Bedingungen für einen sozialistischen Nationalismus oder einen nationalen Sozialismus. Im Schock der Niederlage von 1918 und aus den Erfahrungen der Novemberrevolution, der Pariser Vorortverträge („Schandfrieden“), der „Reparationsknechtschaft“ und der Hyperinflation gewann der deutsche Radikalnationalismus immer größere Ausstrahlungskraft. Zeitweise luden sich auch binnendeutscher Nationalismus und der Nationalismus unter dem „Grenz- und Auslandsdeutschum“ wechselseitig auf. Im „Hexenkessel“ der politischen Phobien wurden klassen- und milieuübergreifende Feindbilder gegen die Juden („Die Juden sind schuld!“), den französischen „Erbfeind“, das „perfide Albion“, die „polnischen Landräuber“ und die Bolševiki formuliert und tradiert. Hitler hatte bereits in Wien vor 1914 erfahren, wie antisemitische Vorurteile gegen die zugewanderten jüdischen Einwohner massendemagogisch eingesetzt werden konnten. In der Münchener rechtsradikalen „Szene“ von Landsknechttypen und gegenrevolutionären Intellektuellen entdeckte er sogleich die Resonanzfähigkeit seiner antijüdischen Hasstiraden, in denen er bereits die „Entfernung der Juden aus der deutschen Gesellschaft“ verlangte. Dank seines außergewöhnlichen rhetorischen Talents und seines „hervorragenden demagogischen Vermögens“ galt er schon im Herbst 1923 als wichtigster Anführer der nationalen Kampfverbände in Bayern. In der Öffentlichkeit trat er als herrischer Kampfbundführer im Trenchcoat mit Gamaschen, mit Revolver und Hundepeitsche auf, seine innerparteilichen Machtkämpfe trug er mit unversöhnlicher Rücksichtslosigkeit aus. Unterstützung erhielt er von General Erich Ludendorff, dem ehemaligen Generalquartiermeister der Deutschen Obersten Heeresleitung zwischen 1916 und 1918, dem Ruhr-Industriellen Emil Kirdorf, dem letzten Kommandeur des Jagdgeschwaders Richthofen und Pour le Mérite-Träger Hermann Göring, dem Münchener Polizeipräsidenten Ernst Pöhner und seinem Oberamtmann Wilhelm Frick, Hitlers späterem Reichsinnenminister. Ohne irgendeine Elitenzugehörigkeit entwickelte sich der „Trommler und Sammler“ autodidaktisch in einem knappen Dutzend Jahre „zu einem der kaltblütigsten, gerissensten und zielstrebigsten europäischen Berufspolitiker“. Als daher 1930 der Siegeszug der NSDAP einsetzte, ließ Hitler den aggressiven Antisemitismus, der offensichtlich zu viele Wähler verstört hätte, auffallend zurücktreten. Auch seine Pläne für die Ostexpansion hob er sich für später auf. Nun beschwor er die Überwindung der zerstrittenen Klassengesellschaft durch die solidarische „Volksgemeinschaft“,

⁸⁰ Jörg FISCH, Dokumente, die nicht vergessen werden sollten, in: NZZ, 19. Dezember 2009, 27; vgl. Joachim RIECKER, Hitlers 9. November. Wie der Erste Weltkrieg zum Holocaust führte (Berlin 2009).

den Kampf gegen „Versailles“, den „nationalen Wiederaufstieg“ und schleuderte die Parole vom künftigen „Tausendjährigen Reich“ in die Menge. Ausschlaggebend für seine Wahlerfolge 1932 blieb freilich, dass Hitler auf einen allgemeineren gesellschaftlichen Konsens traf, der nach einem „starken Führertum“, einem politischen Messias verlangte. Obwohl brutale Straßenkämpfe zum politischen Alltag von Hitlers Partei gehörten, stieg Hitlers Popularität auch unter den bürgerlichen Schichten. Daher stellt sich die Frage, „ob Hitler trotz oder wegen dieser Gewalt an Popularität gewann“. Da Hitler zwischen 1930 und 1933 „der weitaus populärste Parteiführer Deutschlands“ wurde, stellte der Gewaltcharakter seiner Partei entweder einen positiven Faktor bei seiner wachsenden Anziehungskraft dar, oder die Gewalt schreckte zumindest kaum jemanden davon ab, die NSDAP zu wählen.⁸¹

„Wie will man die Gewaltherrschaft des Nationalsozialismus ohne die große ökonomische Krise, ohne die radikalnationalistische Mentalität, ohne die Verheißung einer egalitären ‚Leistungs-Volksgemeinschaft‘, ohne die Steuerungskapazität eines aberwitzigen, oft genug aber im wissenschaftlichen Gewand der Eugenik und Biologie auftretenden Weltbildes verstehen?“ Der Sozialhistoriker Hans-Ulrich Wehler räumt in seiner „Deutschen Gesellschaftsgeschichte“ unumwunden ein, dass „zwei totale Kriege und die Führerdiktatur Hitlers“, der Vernichtungskrieg im Osten und der Zivilisationsbruch des Holocaust „zu einer zeitweilig konstaterbaren Übermacht des politischen Herrschaftssystems oder der Gewaltmaßnahmen geführt haben“. Und Zara Steiner postuliert, „that Hitler’s ultimate purposes had a concrete meaning and that they found their fruition in an unimaginable war and the destruction of European Jewry“.⁸²

Als sich am 12. Oktober 1932 der italienische Ministerpräsident Mussolini beim österreichischen Gesandten Egger nach dem Verlauf der Anwesenheit von Hermann Göring und Joseph Goebbels in Wien erkundigte, machte er auch die Bemerkung,

⁸¹ WEHLER, Gesellschaftsgeschichte 4, 507-509, 542-572; Hans-Ulrich THAMER, Verführung und Gewalt. Deutschland 1933-1945 (Berlin 1986) 58-70, 92-213; KERSHAW, „Führerstaat“, 62; KERSHAW, Die Peitsche, If. In seiner Wiener Zeit war Hitler vor allem von den Schriften des alldeutschen Abgeordneten Georg Ritter von Schönerer und von den Reden des christlichsozialen Bürgermeisters Karl Lueger, des „gewaltigsten deutschen Bürgermeisters aller Zeiten“, beeindruckt. Dazu kam eine frühe Vergötterung von Richard Wagner, dessen Bühnenwerke er unter der Direktion von Gustav Mahler auf dem Stehplatz in der Wiener Oper kennenlernte. – FEST, Hitler, 45-89; Mark MAZOWER, Hitler’s Empire. How the Nazis Ruled Europe (New York 2008) 43, konstatierte: „[...] historians have tried to ascertain the sociological profile of the ‚typical‘ Nazi voter (only to conclude that such a figure probably did not exist.)“

⁸² WEHLER, Gesellschaftsgeschichte 4, XVIII-XXI; STEINER, The Triumph, 13f. Götz ALY, Warum die Deutschen? Warum die Juden? Gleichheit, Neid und Rassenhass – 1880 bis 1930 (2012), sieht als wesentliche Triebfedern für den Antisemitismus in Deutschland und Österreich – man darf hier viele europäische Länder von Frankreich bis Rumänien und von Polen bis Ungarn ergänzen – den raschen sozialen und wirtschaftlichen Aufstieg der aus den polnischen Ostgebieten und Galizien zugewanderten Juden sowie den Bildungshunger in den jüdischen Familien einerseits, den in der Mehrheitsbevölkerung bestehenden Hang zum sozialen Egalitarismus andererseits. – Anne-Catherine SIMON, „Die Juden waren schneller in der Moderne“, in: Die Presse, 13. Oktober 2012, 29.

dass der Nationalsozialismus in Deutschland eben einen „delikatsten Moment“ passiere und dass es immerhin möglich wäre, dass dessen „Streben nach Übernahme der Macht in Deutschland in einer Mitwirkung an der Macht“ enden könnte. „Er halte Hitler für außerordentlich begabt, er hätte aber nicht in einer Ansprache sein eigenes Lebensalter mit dem des Reichspräsidenten vergleichen sollen [...]. Die ‚Juden‘ hätten das in der Weltpresse ausgenützt, um gegen Hitler Propaganda zu machen [...].“⁸³

Sogar Mussolini unterschätzte offensichtlich, wie sehr die sprunghaft ansteigende Massenarbeitslosigkeit im Industriestaat Deutschland – mit geschätzter Dunkelziffer auf über zehn Millionen im ersten Quartal 1933 (!) – zu grassierender Verarmung ganzer Bevölkerungsschichten und Regionen geführt hatte. „Diese degradierende Deprivation bildete nicht nur die entscheidende Voraussetzung für ihre Einstellung zum Nationalsozialismus seit 1930. Vielmehr stellt sie auch den ‚Schlüssel zum Verständnis‘ der Arbeitergeschichte im ‚Dritten Reich‘ dar. [...] Seit 1930 wirkte sich die Fluktuation ehemals linker Wähler zur NSDAP genauso stark aus wie der Zustrom von den Liberalen und der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP). Diese Wählerbewegung bescherte der braunen Protestbewegung einen Nettogewinn von zwei Millionen ehemaliger SPD-Wähler. Zugleich bestanden auch zwei Drittel der SA-Mitglieder aus jungen Arbeitern.“⁸⁴ Tatsächlich errang die NSDAP bei den Reichstagswahlen am 31. Juli 1932 mit über 37 Prozent der Stimmen und 230 Mandaten erstmals die relative Mehrheit im deutschen Reichstag. Reichspräsident Hindenburg lehnte zwar den „böhmischen Gefreiten“ [sic!] Hitler vorerst als künftigen Reichskanzler ab, aber die wenigsten politischen Konkurrenten und Beobachter vermochten den von der Hitler-Bewegung entfesselten Enthusiasmus zu verstehen.⁸⁵

Wie war es möglich, fragt Hans-Ulrich Thamer zu Recht, „dass eine politisch, kulturell und technisch-administrativ hoch entwickelte Nation sich scheinbar freiwillig der Herrschaft einer Partei unterwarf, die ihre auf Verfolgung, Vernichtung und Eroberung gerichteten Ziele immer wieder offen ausgesprochen hatte?“⁸⁶ „Wie konnte ein so gewöhnlicher, den bürgerlichen Bildungs- und Karrierevorstellungen so wenig entsprechender Mann wie Adolf Hitler“ die Macht erlangen, wie konnte er diese immer weiter ausdehnen, bis er der unumschränkte ‚Herr des Dritten Reiches‘ war, bis Diplomaten und hohe Beamte, Generäle, Unternehmer und andere hochqualifizierte

⁸³ Telegr. Ges. Egger an GS Peter, Rom, 18. Oktober 1932, ÖStA, AdR, NPA Italien, GZ 24.668-13/32.

⁸⁴ WEHLER, Gesellschaftsgeschichte 4, 318, 322f., 531. Wehler stellt daher klar: „Zu allererst muss man den Mythos von der ‚antifaschistischen Arbeiterklasse‘ und von der – wenn auch parteipolitisch gespalteten – Einheitsfront ihres Widerstandes gegen das Vordringen der NSDAP endgültig ad acta legen.“ KOLB, Weimarer Republik, 117f., 209-211; vgl. Jürgen FALTER, Hitlers Wähler (Berlin 1991).

⁸⁵ THAMER, Verführung, 11, 172-175. Noch am 28. Jänner 1933 hatte Reichspräsident Hindenburg dem General v. d. Busche-Ippenburg, der ihn vor einem Kabinett Hitler gewarnt hatte, entrüstet erwidert: „Sie werden mir doch nicht zutrauen, dass ich diesen österreichischen Gefreiten zum Reichskanzler berufe.“ – SCHULZE, Weimar, 404; vgl. Antonín KLIMEK, 30. 1. 1933. Nástup Hitlera k moci (Praha 2003) 90-106.

⁸⁶ THAMER, Verführung, 19.

Repräsentanten der gesellschaftlichen Eliten sich bereit fanden, unkritisch einem Autodidakten zu gehorchen, dessen einzige unumstrittene Begabung darin bestand, die niedrigen Empfindungen der Massen aufzupeitschen? Wie konnte ein sozialer und politischer Niemand eine solche Wirkung erzielen?⁸⁷ – Der Schweizer Psychiater Luc Ciompi und die deutsche Soziologin Elke Endert vertreten jüngst die Meinung, dass der Erfolg Adolf Hitlers „nicht primär darauf zurückzuführen [sei], dass Hitler ein genialer Rhetoriker und Propagandist gewesen sei; den Ausschlag habe vielmehr gegeben, dass seine ‚Leitgefühle‘ auch die der Nation gewesen seien: Schamabwehr durch masslose Wut und Hass ebenso wie durch übertriebenen Stolz“.⁸⁸

Die Machtübergabe an die Nationalsozialisten in Deutschland erfolgte nicht gewalttätig, auch wenn es im Sommer 1932 Straßenschlachten, politischen Terror und allein in Preußen 99 Tote gegeben hatte. Im Herbst und Winter 1932/33 rangen Franz von Papen und Kurt von Schleicher um die Macht in Berlin. Reichskanzler Papen hatte sein Amt nach dem Wahlerfolg der Kommunisten und einem Stimmenrückgang der finanziell beinahe bankrotten Nationalsozialisten im November 1932 an General Schleicher übergeben müssen, der sich sowohl um bessere Beziehungen zu den Gewerkschaften als auch zum Arbeiterflügel der NSDAP unter Führung von Gregor Strasser bemühte. Mit der Unterstellung, Schleicher plane eine Militärdiktatur, gelang es aber Papen, den greisen Reichspräsidenten Hindenburg zu überzeugen, dass die einzige konservative Option die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler und Papens selbst zum Vizekanzler sei. Die Machtübertragung an Hitler sollte unter Einbindung der DNVP und der Reichswehr das Berliner Machtkartell um Hindenburg absichern helfen, dem es an jenem fehlte, was Hitler mitbrachte: einer Massenbasis. So verbanden sich im Jänner 1933 „die Pläne einer kleinen, abgehobenen politischen Herrscherkaste auf unheilvolle Weise mit der Dynamik einer populären Massenbewegung“. Hitler wurde also am 30. Jänner 1933 als Vorsitzender der größten deutschen Partei vom gewählten Staatsoberhaupt im Rahmen der legitimen Ausübung seiner offiziellen Funktionen und auf Empfehlung von zivilen und militärischen Be-

⁸⁷ THAMER, *Inszenierung*, 18f. Bereits in der Vorweihnachtszeit des Jahres 1933 waren in Deutschland eine Million freiwillige Helfer von Tür zu Tür gezogen und hatte Spenden für notleidende Volksgenossen gesammelt, knapp 360 Millionen Reichsmark für das „Winterhilfswerk des Deutschen Volkes“. Zehn Jahre später war das Spendenaufkommen auf eineinhalb Milliarden Reichsmark gestiegen – und das Winterhilfswerk verteilte auch die Kleider der in den Vernichtungslagern ermordeten Juden an die Ausgebombten des Luftkrieges. War somit „jenes Volksganze, von dem die Nationalsozialisten träumten, tatsächlich geschichtliche Wirklichkeit geworden, oder handelte hier ein kurzfristig zusammengetrommeltes Spender- und Täterkollektiv?“ – Das Deutsche Historische Museum in Berlin zeigte von Oktober 2010 bis Februar 2011 die Ausstellung „Hitler und die Deutschen. Volksgemeinschaft und Verbrechen“, in der die Beziehungen zwischen „Führer“ und „Volk“, die „Allmacht der totalitären Herrschaftsstrukturen des NS-Regimes“ und die „Selbstgleichschaltung und Selbstverstrickung weiter Teile der Gesellschaft in die Politik des Nationalsozialismus“ veranschaulicht wurden.

⁸⁸ Ute FREVERT, *Wie machen Gefühle Geschichte?*, in: NZZ, 18. Oktober 2011, 19; vgl. Luc CIOMPI, Elke ENDERT, *Gefühle machen Geschichte. Die Wirkung kollektiver Emotionen von Hitler bis Obama* (Göttingen 2011); Thomas WEBER, *Wer war Adolf Hitler?*, in: FAZ, 29. Jänner 2013.

ratern um die Übernahme der Staatsgeschäfte ersucht. Dies war weder eine „Macht-ergreifung“ und schon gar kein „Staatsstreich“. Joseph Goebbels aber, der bald Propagandaminister werden sollte, notierte schon am Abend des 30. Jänner 1933:

„Die große Entscheidung ist gefallen. [...] Das neue Reich ist entstanden. [...] Wir sind am Ziel. Die deutsche Revolution beginnt!“⁸⁹

Die Transformation der „Machtübergabe“ an Hitler zur Errichtung einer totalitären nationalsozialistischen Diktatur begann erst Ende Februar 1933. Der vermutlich doch vom geisteskranken holländischen Kommunisten Marinus van der Lubbe gelegte Reichstagsbrand vom 27. Februar 1933 – Hitler, Göring und Goebbels scheinen ernsthaft an einen unmittelbar bevorstehenden kommunistischen Aufstandsversuch geglaubt zu haben – veranlasste Hindenburg schon am nächsten Tag, die „Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat“ zu unterzeichnen, mit der alle gesetzlichen Rede-, Versammlungs-, Eigentums- und persönlichen Freiheitsrechte außer Kraft gesetzt und den Behörden die willkürliche Verhaftung von „Terroristen“ – gemeint waren die Kommunisten – erlaubt wurde. Mit dem Notverordnungsrecht des Reichspräsidenten und mit der Übertragung der Befehlsgewalt über die Polizei der Länder an die Reichsregierung konnte Hitler einen Ausnahmezustand in Permanenz begründen und in revolutionärer Weise seine Herrschaft in Staat und Gesellschaft durchsetzen. Bei den letzten Reichstagswahlen am 5. März 1933 bei einer Wahlbeteiligung von knapp 89 Prozent erreichte die NSDAP mit 17,3 Millionen Stimmen (= 43,9 %) 288 von 584 Reichstagsmandaten – fünf unterhalb der absoluten Mehrheit, die sie in Allianz mit den 52 Abgeordneten der DNVP mühelos schaffte. Immerhin hatte die SPD noch 18,3 Prozent, die KPD 12,3 Prozent und das Zentrum 11,2 Prozent der Stimmen erreicht. Aber am 21. März, am „Tag von Potsdam“, trat der zivil gekleidete „Volkskanzler“ Hitler gemeinsam mit dem uniformierten Reichspräsidenten Hindenburg in der Potsdamer Garnisonskirche auf und symbolisierte die Fusion von revolutionären und traditionellen Elementen. Nun begann eine unglaubliche Dynamik innerer Machtdurchsetzung zu wirken, die bis August 1934 zur NS-Durchherrschaft von Staat und Gesellschaft führte. Eine Propaganda-Postkarte aus dem Jahre 1933 zeigte nebeneinander die Porträts von Friedrich II., Bismarck, Hindenburg und Hitler und war mit folgendem Spruch unterlegt: „Was der König eroberte, der Fürst formte, der Feldmarschall verteidigte, rettete und einigte der Soldat“.⁹⁰

⁸⁹ SCHULZE, Weimar, 393-410; THAMER, Verführung, 186-230; WEHLER, Gesellschaftsgeschichte 4, 580-585.

⁹⁰ Christoph JAHR, Hitler und das deutsche Volk, in: NZZ, 23. Dezember 2009, 23; THAMER, Verführung, 241-249, 258-309, 320-336; KERSHAW, „Führerstaat“, 66. Auffallend ist Hitlers Bewunderung für Bismarck, für ihn eine „wirklich geniale überragende politische Persönlichkeit“: Bereits während seiner Haft in Landsberg hatte er Bismarcks Memoiren gelesen, im Braunen Haus in München stand eine Statue Bismarcks, in Hitlers Büro in der Reichskanzlei hing ein von Franz von Lenbach gemaltes Bildnis des Fürsten über dem Kamin. Im Februar 1939 legte er am Grabe des Reichsgründers in Friedrichsruh einen Kranz nieder, bevor er nach Hamburg weiter-

Die „charismatische“ Legitimation durch Hitler ermöglichte auch die stetige Erweiterung der polizeilichen Gewalt und des Terrorapparats. Nachdem SS-Führer Heinrich Himmler bereits bis Mitte März rund zehntausend politische Gegner hatte verhaften lassen –, darunter 7500 Kommunisten einschließlich des Vorsitzenden Ernst Thälmann und aller kommunistischen Abgeordneten – ließ er am 22. März auch das erste offizielle Konzentrationslager in Dachau einrichten. Hitler aber erhielt am 23. März im Reichstag eine Zweidrittelmehrheit für das „Gesetz zur Beseitigung der Not von Volk und Reich“ („Ermächtigungsgesetz“), wobei er nicht nur die Stimmen von Hugenberg's Nationalisten, sondern auch die des katholischen Zentrums erhielt; nur mehr die sozialdemokratischen Abgeordneten stimmten dagegen, die 81 Mandate der KPD waren durch die Notverordnung bereits obsolet geworden. Was folgte, waren die Gleichschaltung der Länder, die Eroberung der Rathäuser, die Beseitigung der Gewerkschaften sowie aller politischen Parteien bis auf die NSDAP, schließlich die Indienstnahme praktisch aller Interessenverbände. Hermann Göring, kommissarisch mit der Leitung des preußischen Innenministeriums betraut und seit April 1933 preußischer Ministerpräsident, brachte den Polizeiapparat unter seine Kontrolle und baute mit der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) eine aus der allgemeinen Polizei herausgelöste Spezialeinheit zur Bekämpfung der politischen Gegner auf. Bereits am 1. April 1933 kam es zum ersten organisierten Boykott gegen jüdische Geschäfte, am 7. April trat das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums in Kraft, das den Ausschluss der jüdischen Mitbürger aus der deutschen Beamtenschaft zur Folge hatte, am 11. April erfolgte das Berufsverbot für jüdische Richter, Staatsanwälte und Rechtsanwälte, am 22. April der Ausschluss der jüdischen Ärzte aus den Krankenkassen.⁹¹

Anfang Mai 1933 folgte die Auflösung der Gewerkschaften, am 10. Mai die öffentliche „Verbrennung un deutschen Schrifttums“ durch die NS-Studentenführung auf dem Opernplatz in Berlin (in Anwesenheit von Reichspropagandaminister Joseph Goebbels), am 22. Juni das Verbot der SPD und Anfang Juli 1933 die (Selbst-) Auflösung aller Parteien mit Ausnahme der NSDAP. So gelang dem Regime auch die Durchsetzung des Totalitätsanspruches im kulturellen Bereich. Nach den rassi-

fuhr, um das größte Schlachtschiff der neuen deutschen Kriegsflotte auf Bismarcks Namen zu taufen. – Otto PFLANZE, *Bismarck – Der Reichskanzler* (München 2008) 698.

⁹¹ Der bedeutende Kunsthistoriker Erwin Panofsky schrieb wenige Tage später tief erschüttert an einen Freund: „Ich, und viele meinesgleichen, bin wirklich mit Deutschland, und besonders mit dem deutschesten Deutschland, [...], so tief verwachsen, dass eine Trennung sehr ans Leben gehen würde, nicht nur im Sinne der ‚Kultur‘ [...] sondern gerade auch im Sinne des Gefühls. Die Menschen, die ich auf Erden am meisten liebe und verehere, sind reine Deutsche, und [...] fast immer sah ich meine Zuneigung gerade von dieser Seite her erwidert und hatte manchmal die Empfindung, auch – oder gerade – jenen Menschen in einer besonderen, über den Rassen-Gegensatz herüber greifenden Weise verbunden zu sein. Davon für immer Abschied nehmen zu sollen, ist sehr hart, und noch immer suche ich nach Möglichkeiten, es zu vermeiden.“ – Andreas WANG, *Kunstwissenschaft und Weltgeschichte*, in: NZZ, 6. August 2011, 19; vgl. Dieter WUTTKE (Hg.), *Erwin Panofsky, Korrespondenz 1910-1968. Eine kommentierte Auswahl in fünf Bänden* (Wiesbaden 2001-2011).

schen und politischen „Säuberungen“ an den Universitäten und in den Akademien – in einer ersten Aktion wurden die Staatsrechtler Hans Kelsen und Hermann Heller, die Nationalökonomen Emil Lederer und Moritz Julius Bonn, der Soziologe Karl Mannheim, der Philosoph Max Horkheimer, der Historiker Ernst Kantorowicz und der evangelische Theologe Paul Tillich beurlaubt und entlassen; Thomas Mann, Alfred Döblin und Ricarda Huch schieden aus der Preußischen Akademie der Künste aus, Franz Werfel, Fritz von Unruh, Jakob Wassermann und andere wurden ausgeschlossen – schlugen sich viele Professoren, Schriftsteller und Künstler auf die Seite des Nationalsozialismus: Martin Heidegger und Carl Schmitt, Gerhart Hauptmann und Heinrich George, Wilhelm Furtwängler und Richard Strauss, Gustav Gründgens, Emil Jannings und Werner Kraus.⁹²

Am eindringlichsten hatte General Ludendorff, der engste Mitarbeiter des Generalfeldmarschalls von Hindenburg im Weltkrieg, aber auch der Putschgefährte Hitlers im November 1923, den Reichspräsidenten gewarnt:

„Sie haben durch die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler unser Heiliges Deutsches Vaterland einem der größten Demagogen aller Zeiten ausgeliefert. Ich prophezeie Ihnen feierlich, dass dieser unselige Mann unser Reich in den Abgrund stürzen und unsere Nation in unfassbares Elend bringen wird. Kommende Geschlechter werden Sie wegen dieser Handlung in Ihrem Grabe verfluchen.“⁹³

Und der bedeutende Schriftsteller Thomas Mann, der mit seiner Familie sofort die Flucht in die Emigration beschritten hatte – zuerst in die Tschechoslowakei, 1938 in die USA –, notierte am 27. März 1933 in sein Tagebuch, der „Abschaum der Gemeinheit“ habe die Macht übernommen:

„Es war den Deutschen vorbehalten, eine Revolution nie gesehener Art zu veranstalten: Ohne Idee, gegen die Idee, gegen alles Höhere, Bessere, Anständige, gegen die Freiheit, die Wahrheit, das Recht. Es ist menschlich nie etwas Ähnliches vorgekommen. Dabei ungeheurer Jubel der Massen [...].“⁹⁴

⁹² Klaus HILDEBRAND, *Das Dritte Reich* (München – Wien ²1980) 225; THAMER, *Verführung*, 299-304; WEHLER, *Gesellschaftsgeschichte* 4, 600-607; LONGERICH, *Himmler*, 157f. Am 10. Mai 1933 wurden in einem altertümlichen Feuerritual überall auf den Plätzen der Haupt- und Universitätsstädte Bücher und Zeitschriften auf Scheiterhaufen verbrannt: u. a. Schriften von Karl Marx, Sigmund Freud, Heinrich Mann, Erich Kästner, Friedrich Wilhelm Foerster, Emil Ludwig, Theodor Wolff, Erich Maria Remarque, Alfred Kerr, Kurt Tucholsky und Carl von Ossietzky.

⁹³ KERSHAW, *Hitler I*, 471; THAMER, *Verführung*, 14. General Ludendorff hatte allerdings mit dem Diktatfrieden von Brest-Litovsk im März 1918 bereits die deutsche Herrschaft in Osteuropa sichern und Raum für deutsche Siedler gewinnen wollen. – Manfred NEBELIN, *Ludendorff. Diktator im Weltkrieg* (München 2011).

⁹⁴ Thomas MANN, *Tagebücher*, hg. von Peter de Mendelssohn (Frankfurt am Main 1977), Eintragung vom 27. März 1933. Noch im Jahre 1938 begann Mann in den USA mit einer ersten Vortragstournee, um den Absatz seiner Bücher zu fördern, um als Mahner aufzutreten und um die kriegsunwilligen Amerikaner davon zu überzeugen, dass der Krieg gegen Hitler-Deutschland unvermeidlich sei. Vier weitere Vortragstourneen folgten, auf denen er vor insgesamt etwa 43.000 Zuhörern sprach. – Manfred KOCH, „The greatest living man of letters“, in: *NZZ*, 4. August 2011, 16; vgl. Hans Rudolf VAGET, *Thomas Mann, der Amerikaner. Leben und Werk im amerikanischen Exil 1938-1952* (Frankfurt am Main 2011).

Was das Deutsche Reich und die deutsche Gesellschaft seit Ende Februar 1933 erlebten, war „die Übertragung unserer Dynamik auf den Staat“, wie Propagandaminister Goebbels festhielt. So konnte Hitler bereits am 6. Juli 1933 eine befriedigende Zwischenbilanz ziehen: „Wir stehen in der langsamen Vollendung des totalen Staates.“ Niemand geringerer als der französische Botschafter in Berlin, André François-Poncet, bestätigte: „In fünf Monaten“ habe Hitler „eine Wegstrecke zurückgelegt“, „für die der Faschismus fünf Jahre brauchte“. Dass der Heilige Stuhl – nach jahrelangen Vorbereitungen durch Kardinalstaatssekretär Eugenio Pacelli und Monsignore Ludwig Kaas, dem Obmann des Zentrums – mit dem Abschluss des Konkordats zwischen der Kurie und dem Reich am 20. Juli 1933 der bereits totalitären Diktatur Hitlers einen sensationellen Prestigeerfolg ermöglichte, stärkte die internationale Reputation des neuen Regimes. Die meisten Diplomaten in Berlin, einschließlich des britischen und des sowjetischen, neigten noch zu einer Unterschätzung Hitlers. Aber mit dem propagandistisch vorbereiteten Verlassen der Abrüstungskonferenz unter dem Vorwand, dass dem Reich nach wie vor die militärische Gleichberechtigung verweigert werde, und dem in Deutschland bejubelten Austritt aus dem Völkerbund am 14. Oktober 1933 signalisierte Hitler der Völkergemeinschaft, sich nicht an die internationalen Spielregeln halten zu wollen. Japans Austritt im Mai 1933 dürfte Hitler zusätzlich ermutigt haben, allerdings waren zu diesem Zeitpunkt auch die USA und die Sowjetunion keine Mitglieder des Völkerbundes.⁹⁵

Zum Zeitpunkt der Machtübertragung an Hitler befand sich Deutschland inmitten einer schweren Wirtschaftskrise. Die ersten Arbeitsbeschaffungs- und Rüstungsmaßnahmen des NS-Regimes wurden noch mit den 600 Millionen Reichsmark finanziert, die Reichskanzler Schleicher bereitgestellt hatte. Unter dem neuen Reichsarbeitsminister Franz Seldte wurde ein kreditfinanziertes Arbeitsbeschaffungspaket im Wert von einer Milliarde Reichsmark beschlossen, obwohl der neue (und ehemalige) Präsident der Reichsbank, Hjalmar Schacht, kein Freund von öffentlichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen war. Mit großem propagandistischem Aufwand wurde das „Unternehmen Reichsautobahn“ unter Generalinspekteur Fritz Todt gestartet, und Hitler zog gemeinsam mit Goebbels – in einem dreiaxigen schwarzen Mercedes vorfahrend – mehrmals eine große Show ab, wenn es um die Eröffnung neuer Bauabschnitte ging. Schon Anfang Februar 1933 aber hatte Hitler vor den Befehlshabern der Reichswehr die Aufrüstung als zentralen Punkt des Wiederaufstiegs Deutschlands bezeichnet und am 9. Februar vor dem Kabinettsausschuss für Arbeitsbeschaffung betont:

„Die Zukunft Deutschlands hänge ausschließlich vom Wiederaufbau der Reichswehr ab. Alle anderen Aufgaben müssten hinter der Aufgabe der Wiederaufrüstung zurücktreten.“

⁹⁵ WEHLER, Gesellschaftsgeschichte 4, 611-614; STEINER, The Triumph, 20-28; Wolfram WETTE, Ideologien, Propaganda und Innenpolitik als Voraussetzungen der Kriegspolitik des Dritten Reiches, in: DRZW 1, 23-173, hier 113-121.

Gerade am 8. Juni 1933, dem Tag, an dem Schacht ein unilaterales Moratorium aller langfristigen Auslandsschulden des Reiches verkündete – womit er große Empörung in Washington und London hervorrief –, beschloss das Reichskabinett ein Rüstungsprogramm im Ausmaß von 35 Milliarden Reichsmark für 8 Jahre. Damit sollten die Rüstungsausgaben fast drei Mal höher ausfallen als sämtliche Ausgaben für zivile Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Das Reichsluftministerium gab schon Mitte September 1933 2000 Kampfflugzeuge in Auftrag, das Reichswehrministerium plante im Dezember 1933 einen Heeresaufbau in zwei Vierjahresphasen: Bis Ende 1937 sollte ein stehendes Heer aus 21 Divisionen bzw. 300.000 Mann entstehen, das im Kriegsfall auf 63 Divisionen aufgestockt werden könnte. Die Reichsmarine legte Mitte März 1934 einen „Schiffbauersatzplan“ vor, der 8 Schlachtschiffe, 3 Flugzeugträger, 8 schwere Kreuzer, 48 Zerstörer und 72 U-Boote umfasste. Bereits 1933 startete also das NS-Regime mit einem Rüstungsprogramm, das den „gewaltigsten Ressourcentransfer“ nach sich zog, „der je von einem kapitalistischen Staat zu Friedenszeiten unternommen wurde“. Hitler aber bestritt in den Jahren 1933 und 1934 vor der internationalen Presse regelmäßig irgendwelche aktuellen Rüstungsmaßnahmen.⁹⁶

Eigentlich galt der Nationalsozialismus als Speerspitze des deutschen Revisionismus, und Polen galt seit Versailles als erstes Zielobjekt. Für die Westmächte und die Sowjetunion umso überraschender und auch für die meisten Deutschen undurchschaubar blieben daher Hitlers Motive für den Nichtangriffspakt mit Polen am 26. Jänner 1934, der vorerst zehn Jahre gültig sein sollte. Zweifellos half der Pakt Hitler aus seiner außenpolitischen Selbstisolierung und wurde nicht nur in Deutschland als Coup gegen die französische Einkreisungspolitik gesehen. Marschall Piłsudski hoffte, mit diesem Pakt deutsche Aggressionsabsichten in Richtung Tschechoslowakei und Österreich ablenken zu können, um Zeit zu gewinnen. Tatsächlich forcierte die NSDAP im Jänner 1934 weitere Terroranschläge in Österreich; als jedoch die Wiener Regierung eine Klage an den Völkerbund vorbereitete, rieten London und Paris ab. Beim ersten Treffen zwischen Mussolini und Hitler am 14./15. Juni 1934 in Venedig gab es ein erstes vorsichtiges Abtasten zwischen den beiden „großen Diktatoren“. Als die SA-Führung um Ernst Röhm immer heftiger die Umwandlung der „Braunhemden“ in eine eigene Armee zu fordern begann, ließ Hitler am 30. Juni 1934 – in einer sogenannten „Nacht der langen Messer“ [sic!] – nicht nur Röhm und Dutzende andere SA-Führer ermorden, sondern auch konservative Regimegegner, darunter den ehemaligen Reichskanzler Schleicher und seine Frau, den ehemaligen bayerischen Ministerpräsidenten

⁹⁶ Adam TOOZE, *Ökonomie der Zerstörung. Die Geschichte der Wirtschaft im Nationalsozialismus* (München 2008) 16, 60-64, 78-84. Schacht entwickelte ein außerbudgetäres Finanzierungssystem: Ab April 1934 mussten alle Rüstungslieferanten mit Sonderwechseln auf die Metallurgische Forschungsgesellschaft m.b.H. (Mefo GmbH) bezahlt werden, ein Schattenunternehmen, das mit einem von den Vereinigten Stahlwerken, Krupp, Siemens, den Deutschen Industrie-Werken und der Gutehoffnungshütte gezeichneten Kapital von einer Million Reichsmark gegründet worden war.

ten Gustav von Kahr sowie 13 Reichstagsabgeordnete – insgesamt 77 Personen. Obwohl Hitler die volle Verantwortung für dieses Massaker übernahm, stieg sein Ansehen allem Anschein nach bedeutend an. Dieser erste Massenmord in der Geschichte des Dritten Reiches alarmierte auch die internationale Öffentlichkeit ebenso wenig wie die Ermordung des österreichischen Bundeskanzlers Engelbert Dollfuß am 25. Juli 1934 durch österreichische Nationalsozialisten. Der gleichzeitige Kampf Bundeskanzler Dollfuß' mit seinem diktatorisch-katholischen Regime gegen Nationalsozialisten und Sozialdemokraten hatte ihn auch bei der europäischen Linken äußerst unbeliebt gemacht, so dass es Hitler relativ leicht fiel, die behauptete Involvierung von sich zu weisen. Die Goebbels-Tagebücher belegen freilich, dass Hitler noch am 22. Juli in Bayreuth eine Besprechung mit österreichischen NS-Führern abgehalten hatte und dass Goebbels den 25. Juli in großer Spannung an der Seite Hitlers verbrachte.⁹⁷

Andererseits ließ Hitler noch vor Eintreffen der Nachricht vom Ableben Hindenburgs die Ämter des Reichspräsidenten und Reichskanzlers verschmelzen, sodass der neue „Führer und Reichskanzler“ ab dem 2. August 1934 die Funktionen des Staatsoberhaupts, des Regierungschefs, des Obersten Befehlshabers der Streitkräfte und des Parteichefs – „kurz: alle Staatsgewalt“ – in seiner Person vereinigte. Kriegsminister Werner von Blomberg ließ die Reichswehr auf die Person Hitlers vereidigen. Nun war es amtlich: „Die zentralistische Regierungsdiktatur Hitlers war an die Stelle der parlamentarischen Republik getreten.“ Der „Führer“ sah sich als über dem Staat stehend, durch keine Rechtsnorm gebunden. Freilich sollte man auch schon für die Anfangsjahre der NS-Herrschaft die terroristische Seite des Regimes nicht vergessen: „Überall im Reich wurden Konzentrationslager errichtet, Menschen verfolgt, gefoltert und ermordet. Für kein Regime ist die Bezeichnung ‚verbrecherisch‘ so gerechtfertigt, wie für das Regime Hitlers. Was jedoch regelmäßig unterbelichtet bleibt, sind der alles durchdringende Anpassungsdruck und die internalisierte allgegenwärtige Gefahr, im KZ zu landen.“ Die terroristische Gewalt des NS-Regimes war daher das Pendant zur Massenakklamation für Hitler.⁹⁸

⁹⁷ KERSHAW, Hitler I, 657f.; vgl. Gerhard JAGSCHITZ, Der Putsch. Die Nationalsozialisten 1934 in Österreich (Graz – Wien – Köln 1976); Gottfried-Karl KINDERMANN, Österreich gegen Hitler – Europas erste Abwehrfront 1933-1938 (München 2003). Nach der Niederschlagung des Aufstandes des Republikanischen Schutzbundes im Februar 1934 und des nationalsozialistischen Putschversuches im Juli 1934 war zwischen verhafteten Sozialdemokraten und Nationalsozialisten sogar eine gewisse Solidarität gegen das Schuschnigg-Regime entstanden. – Vgl. Bruno KREISKY, Zwischen den Zeiten. Erinnerungen aus fünf Jahrzehnten (Berlin 1986) 261f.

⁹⁸ HILDEBRAND, Reich, 3-16; THAMER, Verführung, 315-333; KERSHAW, Hitler I, 517; KERSHAW, Die Peitsche, I; REDLICH, Hitler, 123; WEHLER, Gesellschaftsgeschichte 4, 615-617; Ludolf HERBST, Nicht Charisma, sondern Terror. Der Propagandafassade entsprach keine Wirklichkeit, in: FAZ, 20. Juli 2011, N4. Die neue Eidesformel lautete: „Ich schwöre bei Gott diesen heiligen Eid, dass ich dem Führer des Deutschen Reiches und Volkes, Adolf Hitler, dem Obersten Befehlshaber der Wehrmacht, unbedingten Gehorsam leisten und als tapferer Soldat jederzeit bereit sein will, für diesen Eid mein Leben einzusetzen.“ – PLASCHKA, Avantgarde, 2. Bd., 324, verweist mit Recht auf das Weglassen des „Vaterlandes“, der „Reichsverfassung“ und des „Reichspräsidenten“.

„Mehr als der 30. Januar 1933, 30. Juni oder 2. August 1934 markieren der 16. März und 21. Mai [1935] eine Wende in der Militärgeschichte des Dritten Reiches.“ Jürgen Förster stellte mit diesem Satz die These auf, dass weder Hitlers „Machtergreifung“ noch der „Röhmputsch“, noch die Übernahme der Funktionen des Reichspräsidenten durch Hitler nach dem Tode Hindenburgs so wichtige Zäsuren seien wie die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht und der Erlass des Wehrgesetzes. Bereits am Abend des 3. Februar 1933 hatte Hitler im Haus des Chefs der Heeresleitung, General Kurt Freiherr von Hammerstein-Equord, vor hohen Reichswehroffizieren von der Notwendigkeit des Ausbaus der Streitkräfte für die Wiedergewinnung außenpolitischer Macht gesprochen und als seine wesentlichsten politischen Ziele genannt: Aufrüstung der Wehrmacht als „wichtigste Voraussetzung“ für die „Wiedererringung der politischen Macht“; „Ausrottung des Marxismus mit Stumpf und Stiel“; keine Verquickung von Heer und SA; „Eroberung neuen Lebensraumes im Osten und dessen rücksichtslose Germanisierung“. – Von der ebenso beabsichtigten Bekämpfung des Judentums und der Kirchen hatte Hitler wohlweislich nicht gesprochen. – Als vorläufiges Endziel der Aufrüstung wurde nun 1935, in Aufstockung der Pläne von 1933, bereits eine Friedensstärke von 550.000 Mann in 36 Divisionen anvisiert. Gegenüber dem britischen Außenminister Sir John Simon und dem Lordsiegelbewahrer Anthony Eden, die am 25. März 1935 in die Reichskanzlei gekommen waren, begründete Hitler die Wiedereinführung der Wehrpflicht mit der Gefahr des Bolschewismus: „Nur wenn wir eine Rüstung besitzen, die den Bolschewisten Respekt einflößt, sind wir vor ihnen sicher.“⁹⁹

Aus mannigfachen Gesetzen, Verordnungen und Befehlen war aber zu erkennen, dass die neue Wehrmacht nicht, als welche Säule auch immer, das nationalsozialistische Deutschland stützen, sondern das „Dritte Reich“ selbst werden sollte. Und von Anfang an, so Förster, habe Hitler gewusst, was er an der Wehrmacht hatte, denn: nur die Wehrmacht habe ihn mächtig gemacht. Als Hitler am 18. Jänner 1939 in der Mosaikhalle der Neuen Reichskanzlei vor 3600 erst kürzlich beförderten jüngeren Offizieren sprach, forderte er von ihnen den bedingungslosen Glauben, „dass unser Deutschland, unser Deutsches Reich, einmal die dominierende Macht Europas sein wird“, und er hielt unmissverständlich fest: „Es ist mein unerschütterlicher Wille, dass die deutsche Wehrmacht die stärkste Wehrmacht der ganzen Welt wird.“ Die „Durchnazifizierung“ [sic!] der Wehrmacht sei – so Förster – auch kein Resultat des 20. Juli 1944 gewesen, sondern habe bereits viel früher eingesetzt, gleichsam in einem „historisch-genetischen Prozess“. Weder die Parteisoldaten noch die Soldaten – auch nicht die hohen Offiziere – hätten sich mit wenigen Ausnahmen

⁹⁹ Jürgen FÖRSTER, Die Wehrmacht im NS-Staat. Eine strukturgeschichtliche Analyse (München 2007); KERSHAW, Hitler II, 41f., 229; Paul SCHMIDT, Statist auf diplomatischer Bühne 1923-1945 (Wien 1952) 290-299. Im Dezember 1935 fügte Generalstabschef Beck den geplanten 36 Divisionen noch 48 Panzerbataillone hinzu.

als „Verbrecher“ gesehen, daher sei auch eine scharfe Trennung zwischen NSDAP und Wehrmacht nicht stichhaltig. Auch wenn nicht alle Wehrmachtsangehörigen in die zahlreichen Kriegsverbrechen verstrickt waren – sehr viele nur im klassisch tragischen Sinne –, seien die meisten hohen Militärs dem „starken Diktator“ Hitler freudig und blindlings gefolgt – bis zum Kommissarbefehl und zu massenhaften Geislerschießungen. Auch die weltanschaulichen Rivalitäten zwischen Wehrmacht und SS hätten kaum das Maß üblicher Querelen zwischen unterschiedlichen Waffengattungen überschritten, denn auch die Wehrmachtführung habe nach dem Scheitern vor Moskau in vorauseilendem Gehorsam Errungenschaften der deutschen Generalstabsausbildung mehr und mehr abgeschafft und zunehmend „Kämpfer“ in hohe Kommandopositionen befördert.¹⁰⁰ – Wir werden auf diese rücksichtslosen Generäle sowohl in Serbien als auch in Slowenien, der Slowakei und im „Protektorat Böhmen und Mähren“ stoßen...

In den vier Jahren nach dem August 1934 konnte Hitler als „Führer der Nation“ und getragen von der großen Mehrheit der Reichsbevölkerung seine „charismatische Herrschaft“ weiter ausbauen und befestigen. Für die Funktionsweise des NS-Regimes und den Prozess der „kumulativen Radikalisierung“ (Hans Mommsen) wurde aber ebenso bedeutend, dass die neuen Funktionsebenen nach der Empfehlung eines Staatssekretärs im Reichsernährungsministerium „dem Führer entgegenarbeiteten“. Dabei hielt Hitler zu den Reichsministern und Staatssekretären – die zum Teil nicht aus der NSDAP kamen – durchaus Distanz und erwartete von ihnen akkordierte Vorlagen. Hitler schuf sich auch keine zentrale Parteiorganisation, auch wenn er Rudolf Hess zu seinem Stellvertreter ernannte, sondern verteilte die Macht der Partei auf 36, später 43 Gauleiter und ihre Gauorganisation, die ihrerseits die Regierungsmaßnahmen umzusetzen hatten. Mit „seinen“ Gauleitern hielt Hitler regelmäßige Treffen ab, 27 zwischen 1933 und 1939, weitere 19 während des Krieges, das letzte am 25. Februar 1945. Von der Eigenständigkeit seiner Satrapen versprach sich Hitler größere führungspolitische und propagandistische Effizienz. Den Gauleitern gelang es tatsächlich, die Zahl der Parteimitglieder in wenigen Jahren mehr als zu verfünffachen: von 849.000 im Jahre 1933 auf 4.985.000 im Jahre 1939. Zu Beginn des Krieges ernannte Hitler sie zu Reichsverteidigungskommissaren, einige von ihnen auch zu Chefs der Zivilverwaltung in den eroberten Ländern. Damit wurden die Grenzen zwischen Partei und Staat vielfältig durchbrochen. Im Verlauf des Krieges entwickelten sich die Gauleiter zu einem „personellen Herrschaftsverband“ selbstherrlicher Regionalfürsten, zu deren

¹⁰⁰ FÖRSTER, Wehrmacht, passim; Michael SALEWSKI, Traute Gemeinsamkeit. Wehrmacht und NSDAP bildeten doch ein einziges Fundament, in: FAZ, 17. Juli 2007, 7; HILDEBRAND, Außenpolitik, 33; Omer BARTOV, Hitlers Wehrmacht. Soldaten, Fanatismus und die Brutalisierung des Krieges (Reinbek bei Hamburg 2001) 16f. Nach den Forschungen von Brian Mark RIGG, Hitlers jüdische Soldaten (Paderborn – München 2003), haben erstaunlich viele sogenannte „Halb-“ und „Vierteljuden“ in der Wehrmacht gekämpft, allerdings bei Verbergung ihrer Identität. Denn auch für die Wehrmacht galt ab 1933 der „Arierparagraph“, und Zehntausende „Halbjuden“ wurden in den folgenden Jahren aus der Wehrmacht entlassen.

Herrschaftspraktiken auch umgebremste Bereicherung und Korruption gehörten. In der zweiten Kriegshälfte wurde ihre Macht schließlich noch durch die Organisation von Evakuierungsmaßnahmen und des „Deutschen Volkssturms“ aufgewertet. Aber nur zwei der 43 Gauleiter starben mit der Waffe in der Hand.¹⁰¹

Die im Vertrag von Versailles vorgesehene Volksabstimmung im Saarland am 13. Jänner 1935 bescherte Hitler mit über 90 % Zustimmung einen neuerlichen außenpolitischen Erfolg, während er sich mit der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht am 16. März erstmals über die Bestimmungen des Friedensvertrags hinwegsetzte.¹⁰² Der Stress-Front der Westmächte gegen „jede einseitige Aufkündigung von Verträgen“ antwortete er mit einem geheichelten „Friedensprogramm“¹⁰³ und erreichte schon am 18. Juni ein britisch-deutsches Flottenabkommen, das Deutschland eine Flottenstärke von 35 % der britischen Flotte zugestand. Relativ gering fiel der internationale Protest gegen die antisemitischen „Nürnberger Gesetze“ vom 15. September 1935 aus, obwohl sie die künftige Vertreibung und Vernichtung der Juden vorbereiteten. Auch der nationale Protest blieb verborgen, da die große Mehrheit der Deutschen aus sozialem und wirtschaftlichem Neid gegenüber den durchschnittlich gebildeteren und reicheren deutschen Juden und Jüdinnen durchaus Berufs- und Einkommensbeschränkungen befürwortete. Die große Mehrheit der Deutschen begrüßte es auch, dass bereits 1933 37.000 Deutsche jüdischen Glaubens das Land verließen, 1934 – 23.000, 1935 – 21.000, 1936 – 25.000 und 1937 – 23.000.¹⁰⁴

Die internationale Krise um den Angriff Italiens auf Äthiopien nützte Hitler zu seinem nächsten Coup und ließ am 7. März 1936 kleine Einheiten der Wehrmacht ins entmilitarisierte Rheinland einmarschieren. Kriegsminister Blomberg und Oberbefehlshaber Fritsch hatten den insgesamt 30.000 Mann befohlen, anfänglich

¹⁰¹ Hans MOMMSEN, Kumulative Radikalisierung und Selbstzerstörung des Regimes, in: Meyers Enzyklopädisches Lexikon, Bd. 16 (Mannheim 1976) 785-790; Yoram GORLIZKI and Hans MOMMSEN, The Political (Dis)Orders of Stalinism and National Socialism, in: Michael Geyer – Sheila Fitzpatrick (eds.), Beyond Totalitarianism. Stalinism and Nazism Compared (Cambridge – New York 2009) 41-86, hier 52-65; Hans MOMMSEN, Zerstörung der Politik und Amoklauf des NS-Regimes, in: Thamer – Erpel, Hitler und die Deutschen, 68-73; KERSHAW, Hitler II, 536.

¹⁰² STEINER, The Triumph, 83-85.

¹⁰³ Der US-Korrespondent William L. Shirer hielt allerdings über Hitlers Rede in der Krolloper am 21. Mai 1935 im Original seines Tagebuchs fest: „Es war mit Abstand die beste Rede, die ich von ihm jemals gehört habe. Ich bin allmählich von ihm beeindruckt. [...] Er hat einen Beitrag geleistet, der Europa vor dem drohenden Krieg retten könnte. [...] Allmählich bin ich davon überzeugt, dass die anderen nicht zu einer Verständigung mit Deutschland geneigt sind – außer zum Preis seiner Unterwerfung.“ – Michael STROBL, Hitler will Frieden, in: Die Zeit, 2. August 2012, 17.

¹⁰⁴ Vgl. George L. MOSSE, Toward the Final Solution: A History of European Racism (New York 1978); Christopher R. BROWNING, The Path to Genocide: Essays on Launching the Final Solution (Cambridge 1992); NAIMARK, Hass, 77-110; STEINER, The Triumph, 973; Klaus FAUPEL und Rainer ESCHEN, Gesetzliches Unrecht in der Zeit des Nationalsozialismus. Vor 60 Jahren: Erlass der Nürnberger Gesetze (Baden-Baden 1997); Andreas RETHMEIER, „Nürnberger Rassegesetze“ und Entrechtung der Juden im Zivilrecht (Frankfurt/Main 1995); Götz ALY, Warum die Deutschen? Warum die Juden? Gleichheit, Neid und Rassenhass (Frankfurt/Main 2011).

nur drei Bataillone mit insgesamt 3000 Mann über den Rhein zu senden, die sich bei Widerstand wieder zurückziehen sollten. Paris und London waren dennoch völlig überrascht, hatten auch keine detaillierten Pläne für diesen Fall ausgearbeitet. Als Paris den Völkerbund einschaltete, wusste Goebbels, dass Frankreich nicht marschieren werde. Jedenfalls waren die 48 Stunden nach dem Einmarsch nach Hitlers Worten „die aufregendste Zeitspanne“ in seinem Leben: „Wären die Franzosen damals ins Rheinland eingerückt, hätten wir uns mit Schimpf und Schande wieder zurückziehen müssen, denn die militärischen Kräfte, über die wir verfügten, hätten keineswegs auch nur zu einem mäßigen Widerstand ausgereicht.“ – So blieben zwei Fakten: Mit dem Coup vom 7. März hatte Hitler den Locarno-Vertrag gebrochen. Aber Hitler „was more than ever a believer in his own infallibility“.¹⁰⁵

Die Olympischen Winterspiele in Garmisch-Partenkirchen in der ersten Februarhälfte 1936¹⁰⁶, mehr noch die Olympischen Sommerspiele in Berlin ab 1. August 1936 hoben Hitler auf ein ganz außergewöhnliches Podest an innerdeutscher Popularität und internationaler Anerkennung. Das Internationale Olympische Komitee hatte auf freien Zugang „für alle Rassen und Konfessionen“ in die Olympiamannschaften bestanden, Hitler hatte seinem Organisationskomitee befohlen, Deutschland als friedliebendes Land darzustellen. Und Hitler, Göring, Goebbels, Neurath und Ribbentrop gaben sich große Mühe, großzügige Gastgeber für ein internationales Publikum zu spielen.¹⁰⁷

Seit Bismarck hatte kein deutscher Reichskanzler einen vergleichbaren Ruhm genossen. Hitler hatte das Gefühl der Erniedrigung, das der Erste Weltkrieg zurückgelassen hatte, überwunden, den Deutschen einen Großteil des verloren gegangenen Nationalstolzes zurückgegeben. Der Besuch des ehemaligen Premierministers Lloyd George auf dem Obersalzberg stärkte zusätzlich Hitlers in-

¹⁰⁵ SCHMIDT, Statist, 320; KERSHAW, Hitler I, 591; STEINER, The Triumph, 136-145.

¹⁰⁶ Anlässlich der alpinen Ski-Weltmeisterschaft in Garmisch-Partenkirchen im Februar 2011 wurde erstmals in einer Ausstellung der Instrumentalisierung der Olympischen Winterspiele von 1936 durch das Hitler-Regime gedacht. Während der Vorbereitungsarbeiten für 1936 war die antisemitische Hetze so weit gegangen, dass die USA mit einem Boykott drohten und sogar der Chef des deutschen Organisationskomitees warnte: „Wenn in Garmisch-Partenkirchen die geringste Störung passiert – darüber sind wir uns doch alle im Klaren –, können die Olympischen Spiele in Berlin nicht durchgeführt werden, da auch alle übrigen Nationen ihre Meldung zurückziehen werden.“ Die Diskriminierung der Juden wurde daraufhin so geschickt verschleiert, dass auch die internationale Presse auf diesen Schwindel hereinflie. Das Internationale Olympische Komitee vergab im Juni 1939 die Winter- und Sommerspiele 1940 sogar noch einmal nach Deutschland – trotz Reichspogromnacht und Einmarsch in Prag. – Stephanie GEIGER, Nach 75 Jahren das Schweigen beenden, in: NZZ, 25. Januar 2011, 20.

¹⁰⁷ SCHMIDT, Statist, 330-332. Hitler nahm sogar in Kauf, dass der Präsident des Organisationskomitees, Staatssekretär a.D. Theodor Lewald, nach der NS-Ideologie ein „Halbjude“, neben ihm ins Stadion einmarschierte. Die österreichische Delegation, die die beste Olympiabilanz aller Zeiten errang, wurde von den Hunderttausend Zuschauern im neuen Olympiastadion besonders herzlich begrüßt. – Hans Werner SCHEIDL, Rot-Weiß-Rot hamsterte Gold, Silber & Bronze, in: Die Presse, 30. Juli 2011, 27.

ternationales Ansehen. Das deutsch-österreichische Juliabkommen¹⁰⁸ und Hitlers militärisches Eingreifen in den Spanischen Bürgerkrieg gingen daneben unter. Dabei hatten deutsche Transportmaschinen zwischen 29. Juli und 11. Oktober 1936 nahezu 14.000 spanische und marokkanische Truppen Francos nach Spanien geflogen. Am 1. November 1936 sprach Mussolini bei einer Rede auf dem Mailänder Domplatz bereits von einer „Achse“ zwischen Rom und Berlin, „um die herum alle jene europäischen Staaten sich bewegen können, die den Willen zur Zusammenarbeit und zum Frieden besitzen“. Von einem „Anschluss“ Österreichs wollte der Duce zu diesem Zeitpunkt aber noch nichts wissen.¹⁰⁹

Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht hatte gleich nach seiner Ernennung am 17. März 1933 mit einem konjunkturförderlichen staatlichen *deficit spending* begonnen und mit seinem „Neuen Plan“ von 1934 durch rigorose Devisen-, Warenhandels- und Preisbildungskontrollen ein vollständiges staatliches Außenwirtschaftsmonopol aufgebaut. Mit dem Reichsverteidigungsgesetz vom 21. Mai 1935 war der mittlerweile auch zum Reichswirtschaftsminister ernannte Schacht zum Generalbevollmächtigten für die Kriegswirtschaft designiert worden, innerhalb des Oberkommandos der Wehrmacht wurde ein Wehrwirtschaftsstab eingerichtet. Mitte Juni 1936 unternahm Schacht eine „Einkaufstour“ nach Österreich, Jugoslawien, Bulgarien und Ungarn, um sich landwirtschaftliche Produkte und Rohmaterialien für Maschinen, chemische und pharmazeutische Produkte zu sichern. Aber nach Differenzen zwischen Schacht und Kriegsminister Blomberg griff Hitler im August 1936 selber mit einer teilweise von Göring vorbereiteten Denkschrift ein, in der er die Kriegsbereitschaft bis 1940 und deshalb auch den Übergang zur Kriegswirtschaft im Frieden forderte. Im Originalton Hitlers lautete die Begründung: „Wenn es uns nicht gelingt, in kürzester Frist die deutsche Wehrmacht in der Ausbildung, in der Aufstellung der Formationen, in der Ausrüstung und vor allem auch in der geistigen Erziehung zur ersten Armee der Welt zu entwickeln, wird Deutschland verloren sein!“ Daher erteilte Hitler einen doppelten Auftrag: 1. Die deutsche Armee

¹⁰⁸ Schon im Sommer 1935 hatten sich Bundeskanzler Schuschnigg und Botschafter Papan auf eine Reduzierung der beiderseitigen Presseattacken geeinigt. Nach deutlichen Hinweisen Mussolinis, dass die österreichische Frage guten italienisch-deutschen Beziehungen im Wege stehe, begann Schuschnigg im Frühjahr 1936 erneut mit Papan zu verhandeln. Das österreichisch-deutsche Abkommen vom 11. Juli 1936 beinhaltete die wechselseitige Anerkennung der Souveränität, das Bekenntnis Österreichs als „deutschen Staat“, eine generelle Amnestie für 17.000 österreichische Nationalsozialisten und die Eingliederung der „nationalen Opposition“ in die Vaterländische Front. – Ludwig JEDLIČKA und Rudolf NECK (Hgg.) Das Juliabkommen 1936 (Wien 1977); STEINER, *The Triumph*, 155f.; ADÖ 10/1634, 1640, 1646.

¹⁰⁹ KERSHAW, *Hitler I*, 15f., *Hitler II*, 7, 36-40, 61; SCHMIDT, *Statist*, 336-340, 346f.; STEINER, *The Triumph*, 188; vgl. Martin BROZAT, *Der Staat Hitlers. Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung* (München 1969); Sebastian HAFFNER, *Anmerkungen zu Hitler* (München 1978); Richard J. EVANS, *Das Dritte Reich. Bd. II: Diktatur* (München 2006); Götz ALY, *Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus* (Frankfurt am Main 4. Aufl. 2005); WEHLER, *Gesellschaftsgeschichte 4*, 620-622, 647-650. Ein Sopade-Bericht stellte resignierend fest: „Hitler gelingt einfach alles.“

muss in 4 Jahren einsatzfähig sein. 2. Die deutsche Wirtschaft muss in 4 Jahren kriegsfähig sein. Mit dem Göring unterstellten „Amt für den Vierjahresplan“ wurde zwar versucht, eine in Deutschland (und Österreich) bis dahin nicht bekannte Kommandowirtschaft einzuführen, dennoch blieb der Kernbereich der privaten Eigentumsrechte unangetastet. Allerdings wurden die im Juli 1937 gegründeten „Reichswerke Hermann Göring“ sehr rasch große Nutznießer der „Arisierung“ jüdischer Unternehmen. Auch wenn die Staatskonjunktur und die Vollbeschäftigung mit horrenden Kosten erkaufte worden waren, so gelang es dem Deutschen Reich doch als erstem Industriestaat aus der Weltwirtschaftskrise herauszukommen.¹¹⁰

Der Wirtschaftsstatistiker Colin Clark stellte 1938 in der angesehenen Hamburger Zeitschrift „Weltwirtschaftliches Archiv“ einen „Internationalen Vergleich der Volkseinkommen“ an. Demnach verfügten die USA mit 66,2 Milliarden Dollar über das dreifache Gesamtvolkeinkommen von Großbritannien (21,8 Mrd. Dollar), das vierfache Deutschlands (17,7 Mrd. Dollar) und etwa das fünffache der Sowjetunion (14,7 Mrd. Dollar) und Frankreichs (12,5 Mrd. Dollar); Italien und Kanada verfügten nur über gut 5 Mrd. Dollar, Polen über 3,4 Mrd. Dollar, die Tschechoslowakei, die Niederlande und Australien über je 2,6 Mrd. Dollar, die Schweiz über 1,9 Mrd. Dollar und Österreich über 1,6 Mrd. Dollar. Pro Kopf der Bevölkerung war der Vorsprung der USA freilich geringer und Kanada, Großbritannien und die Schweiz folgten mit geringem Abstand. Der Lebensstandard Deutschlands war jedoch um die Hälfte niedriger als in den USA, der Lebensstandard Österreichs lag angeblich nur wenig hinter Deutschland, aber deutlich vor der Tschechoslowakei, Ungarn, Italien und Polen. – Angus Maddison korrigierte diese Zahlen im Jahre 2001 zugunsten Deutschlands und der Sowjetunion, aber zu Lasten Großbritanniens. – Auch wenn deutsche Industriekonzerne wie IG Farben, Vereinigte Stahlwerke, Krupp, Flick, Thyssen, Mannesmann, Siemens und AEG die Konkurrenz zu ihren amerikanischen Gegenparts bis 1941 bestanden, so war die deutsche Industrie im Auto-, Schiffs- und Flugzeugbau eindeutig unterlegen, gar nicht zu reden von der Ölindustrie und von Produkten des Massenkonsums wie Kühlschrank und Radio. Noch entscheidender als die Produktionszahlen aber war – als Ergebnis des Ersten Weltkrieges – ein tiefsitzendes Unterlegenheitsgefühl gegenüber den Amerikanern (teilweise auch gegenüber den Briten), das nicht nur für die deutsche Bevölkerung, sondern auch für Hitler persönlich galt.¹¹¹

In einer Reichstagsrede am 30. Jänner 1937 hatte Hitler den Widerruf der deutschen Unterschrift unter das Kriegsschuldbekenntnis des Versailler Vertrags verkündet und behauptet, dass „die Zeit der sogenannten Überraschungen abge-

¹¹⁰ Hans-Erich VOLKMANN, Die NS-Wirtschaft in Vorbereitung des Krieges, in: DRZW 1, 177-368, hier 278-323; WEHLER, Gesellschaftsgeschichte 4, 691-699, 709; KERSHAW, Hitler II, 54; TOOZE, Ökonomie, 81-84, 145-159, 264f.; vgl. Richard R. OVERY, The Nazi Economic Recovery 1933-1938 (London 1984).

¹¹¹ TOOZE, Ökonomie, 168-173; vgl. Colin CLARK, Internationaler Vergleich der Volkseinkommen, in: Weltwirtschaftliches Archiv (Hamburg 1938) 51-76; Angus MADDISON, The World Economy: Historical Statistics (Paris 2003).

geschlossen ist“.¹¹² Dabei verschwieg er, dass im November 1936 mit dem japanischen Militärattaché in Berlin ein geheimes Zusatzprotokoll vereinbart worden war, dass keiner der beiden Staaten der Sowjetunion beistehen werde, sollte sie entweder Deutschland oder Japan angreifen. Die stalinistischen Säuberungen stellten Hitler freilich vor ein Rätsel: „Stalin ist wohl geirntkrank. Anders kann man sich sein Blutregiment nicht erklären. Aber Russland weiß nichts anderes mehr als Bolschewismus.“ Auch Hitlers Rücksichtslosigkeit überschritt bisherige Grenzen: Am Nachmittag des 26. April 1937 ließ er deutsche Bomber (gemeinsam mit italienischen) den baskischen Marktflecken Guernica angreifen und weitgehend zerstören.¹¹²

Hitler schien sich im Sommer 1937 in sein Berghaus am Obersalzberg zurückzuziehen und mit Architekturprojekten zu beschäftigen. Aber auch die Außenpolitik beschäftigte ihn, vor allem erste Expansionen in Mitteleuropa. So rückten neuerlich Österreich und die Tschechoslowakei in den Mittelpunkt seiner Überlegungen. Am 3. August 1937 notierte Goebbels in sein Tagebuch:

„In Österreich wird der Führer einmal tabula rasa machen. [...] Er geht dann aufs Ganze. Dieser Staat ist kein Staat. Sein Volk gehört zu uns, und es wird zu uns kommen. Des Führers Einzug in Wien wird einmal sein stolzester Triumph werden. [...] Auch die Tschechei ist kein Staat. Sie wird eines Tages überrannt werden.“¹¹³

Am 5. November 1937 überraschte Hitler die Spitze der Wehrmacht und der Außenpolitik mit der Ansage, dass er die Annexion Österreichs und der Tschechoslowakei anstrebe, gegebenenfalls bereits im Jahre 1938. Erstaunlicherweise schnitt er die sudetendeutsche Frage nicht an. Im Gegenteil, Hitler hielt einen Monolog über die Notwendigkeit der Erweiterung deutschen Lebensraums, der Erhöhung der Sicherheit der deutschen Grenzen und der Aufstellung weiterer zwölf Divisionen. Die Generäle waren über die ernste Gefahr schockiert, dass Deutschland in einen Krieg gegen Großbritannien und Frankreich gestürzt werden würde, stellten aber die Zweckmäßigkeit, die Fälle „Tschechei“ und Österreich „zu bereinigen“, nicht in Frage. Auch Reichsaußenminister Neurath befürchtete, dass Hitlers Politik Krieg bedeute, äußerte jedoch ebenfalls keine offene Kritik. Private Skandale um den Reichskriegsminister Blomberg und den Oberbefehlshaber des Heeres, Generaloberst Werner Freiherr von Fritsch, ermöglichten Hitler Ende Jänner / Anfang Februar 1938 ein umfangreiches Revirement in der Wehrmacht und in der Außenpolitik; Reichsaußenminister Neurath wurde durch den maßlos ehrgeizigen Joachim von Ribbentrop ersetzt, der sich bald als Kriegstreiber entpuppte. Hitler hob das Amt des Kriegsministers auf und übernahm selbst die Befehlsgewalt über die gesamten Streitkräfte. Mit dem Oberkommando der Wehrmacht (OKW) unter General Wilhelm Keitel schuf er sich einen weisungsabhängigen Stab. Nach dem Scheitern des Unternehmens „Barbarossa“ vor Moskau und dem Rücktritt des Oberbefehlshabers des

¹¹² KERSHAW, Hitler II, 65f., 76-79; STEINER, The Triumph, 225.

¹¹³ TBJG, Teil I, Bd. 3, 223, 3. August 1937, zitiert nach: KERSHAW, Hitler II, 85f.; STEINER, The Triumph, 311f.

Heeres, GFM Walter von Brauchitsch, übernahm Hitler am 19. Dezember 1941 auch diese Funktion. Damit hatte Hitler alle Spitzenpositionen in Partei, Staat und Wehrmacht inne und ließ sich im April 1942 vom Großdeutschen Reichstag als „Führer der Nation, Oberster Befehlshaber der Wehrmacht, Regierungschef und oberster Inhaber der vollziehenden Gewalt, Oberster Gerichtsherr und Führer der Partei“ akklamieren. Als Parteichef unterstanden ihm direkt sämtliche Reichsleiter und Gauleiter, als Reichskanzler sämtliche Reichsminister, Reichsprotektoren, Reichskommissare und Reichsstatthalter, als „Oberstem Befehlshaber der Wehrmacht“ das Oberkommando des Heeres, das Oberkommando der Wehrmacht, die Oberbefehlshaber der Kriegsmarine und der Luftwaffe sowie der Reichsführer-SS.¹¹⁴

Spätestens mit der Ablöse Neuraths durch Ribbentrop – und der Rückberufung Hassells von Rom, Papens von Wien und Dirksens von Tokio – setzte auch Hitlers direkter Zugriff auf das Auswärtige Amt ein. Zählte man im Jänner 1933 436 Beamte, davon 40 Spitzendiplomaten (Botschafter und Gesandte I. Klasse), so erweiterte sich bis 1940 der diplomatische Dienst auf 611 Angehörige, davon 120 „höhere Beamte“. Mit dem Quereinsteiger Ribbentrop kamen vor allem aus der „Dienststelle Ribbentrop“ und der NSDAP-Auslandsorganisation junge Diplomaten „mit Parteihintergrund“ in einflussreiche Positionen. Seit 1938 unterschied sich daher „die Diplomatenelite der NS-Diktatur in ihrer professionellen und moralischen Deformation nicht grundsätzlich von anderen alten Funktionseliten“. Schon Reichsminister Neurath und Staatssekretär Bülow hatten eine Mitverantwortung für die ersten Abschnitte der antijüdischen Unrechtspolitik. Auch andere ältere Diplomaten „integrierten sich durch zahlreiche Akte der Anpassung und Selbstgleichschaltung in das totalitäre Herrschaftssystem“. Zwar gab es eine gewisse Arbeitsteilung zwischen den „alten“ Karrierebeamten und den „jungen“ Vertrauensleuten der Partei, aber auch vor 1933 oder gar vor 1918 eingetretene Beamte beteiligten sich letzten Endes an der Politik der Entrechtung, Kriegsvorbereitung, Ausbeutung und Vernichtung. Zwar wollten Hitler und seine Umgebung die Beamten „alten Stils“ so schnell wie möglich durch „hoch qualifizierte Nationalsozialisten“ ersetzen und stärkten nach 1938 die Kompetenzen des SS- und Polizeiapparats. Aber das Auswärtige Amt wurde noch einige Jahre vom Staatssekretär Ernst Freiherr von Weizsäcker zusammengehalten, der – nach Feststellung des Chefdolmetschers Schmidt – „bei allen Beamten und bei sämtlichen ausländischen Diplomaten hohes Ansehen genoss“. Freilich wurde das Auswärtige Amt über die Verbrechen in Polen und in weiteren eroberten Staaten „außerordentlich gut informiert“. Mitwisserschaft in der „Judenverfolgung“ bedeutete jedoch nicht automatisch Mittäterschaft. Erhielt etwa das Auswärtige Amt keinen nennenswerten Einfluss im Protektorat Böhmen und Mähren, so war der Einfluss der deutschen Gesandten in Pressburg, Agram, Belgrad, Sofia, Athen

¹¹⁴ THAMER, *Verführung*, 339; KERSHAW, *Hitler II*, 93-104; vgl. Walther HUBATSCH, *Hitlers Weisungen für die Kriegführung 1939-1945. Dokumente des Oberkommandos der Wehrmacht* (Bonn 1983).

und Budapest verhältnismäßig groß – bis zur aktiven Beteiligung von Edmund Veessenmayer an der Deportation von 437.000 Juden aus Ungarn nach Auschwitz. Wirkliche Widerstandshaltungen oder gar -handlungen blieben hingegen auch im Auswärtigen Dienst eine seltene Ausnahme.¹¹⁵

Noch vor Mussolinis Deutschlandbesuch im September 1937¹¹⁶ hatte Hitler Göring angewiesen, die Österreich-Frage vorsichtig zu behandeln. Als Lord Halifax, der britische Lordsiegelbewahrer, Mitte November 1937 Deutschland besuchte, ging es aber sehr wohl um Österreich, die Sudetendeutschen und Danzig. Auch nach Ansicht des Lords fielen diese „in die Kategorie möglicher Änderungen der europäischen Ordnung, zu denen es im Laufe der Zeit wohl kommen könne“. Nach seinem Tagebuch hatte Halifax Hitler erklärt: „In all diesen Angelegenheiten geht es uns nicht notwendigerweise darum, am Status quo, wie er heute ist, festzuhalten, aber wir sind daran interessiert, eine solche Behandlung dieser Fragen zu vermeiden, die wahrscheinlich Ärger auslösen würde.“ In Halifax' später verfasster Denkschrift wird Hitler mit folgenden Sätzen zitiert, die für den baldigen britischen Außenminister beruhigend klangen:

„Deutschland wünsche Österreich nicht zu annektieren oder in seine politische Abhängigkeit zu bringen – sein Bestreben sei es, mit friedlichen Mitteln eine umfassende Wirtschafts-, Kultur-, Handels- und möglicherweise Geld- und Währungsunion mit Österreich herbeizuführen und in Österreich eine Regierung vorzufinden, die gegenüber Deutschland wirklich freundschaftlich eingestellt und bereit sei, zum gemeinsamen Nutzen beider Zweige der germanischen Rasse Hand in Hand zu arbeiten.“¹¹⁷

Den von Botschafter Papen vermittelten Besuch des österreichischen Bundeskanzlers Kurt Schuschnigg auf dem Berghof am 12. Februar 1938 nützte Hit-

¹¹⁵ Eckart CONZE – Norbert FREI – Peter HAYES – Moshe ZIMMERMANN (Hgg.), *Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik* (München 2010); dazu die korrigierenden Bemerkungen von Johannes HÜRTER, *Das Auswärtige Amt, die NS-Diktatur und der Holocaust*, in: VfZ (2011) 2, 167-192; SCHMIDT, *Statist*, 560; vgl. Marie-Luise RECKER, *Die Außenpolitik des Dritten Reiches* (München 2010).

¹¹⁶ Chefdolmetscher Paul Schmidt, der auch am Parteitag 1937 in Nürnberg erlebt hatte, „mit welchem Gesichtsausdruck einer fast biblischen Hingabe die Menschen Hitler wie verzückt und verzaubert ansahen“, konstatierte einen eher kühlen Empfang für Hitler und Mussolini in München. Umso triumphaler war dann der Einzug der beiden in Berlin gestaltet. – SCHMIDT, *Statist*, 362-367.

¹¹⁷ Borthwick Institute, York, Papers of 1st Earl of Halifax, 410.3.6., „Conversation with Herr Hitler – 19th November 1937“, fols. 13, 16; 410.3.3 (VI), „Lord Halifax's Diary. Visit of the Lord President to Germany, 17th to 21st November 1937“, fol. 9; Confidential Memo., fol. 4, zitiert nach: KERSHAW, *Hitler II*, 111, 1108. Hitler, so schrieb Halifax in sein Tagebuch, wirkte auf ihn „sehr ernsthaft, und er schien an alles zu glauben, was er sagte“. In Halifax' Aufzeichnungen, die er am 21. November im Zug zwischen Berlin und Calais anfertigte, heißt es: „Wenn ich mich nicht vollkommen täusche, wollen die Deutschen von Hitler bis zum Mann auf der Straße im allgemeinen freundschaftliche Beziehungen zu Großbritannien. Es gibt allerdings ohne Zweifel auch viele, die dies nicht wünschen: und die führenden Leute mögen uns bewusst Sand in die Augen streuen. Aber ich glaube dies nicht [...]“. Vgl. SCHMIDT, *Statist*, 378f.

ler freilich zu einer brutalen Demütigung seines Gesprächspartners, dem er nicht nur „Verrat“ am deutschen Volk vorhielt, sondern auch unverblümt mit dem Einmarsch nach Österreich drohte, falls seine Forderungen nicht vollständig erfüllt würden: Amnestie für verhaftete Nationalsozialisten; Ernennung des Schuschnigg gut bekannten Wiener Anwalts Arthur Seyss-Inquart zum Innenminister mit Zuständigkeit für die Sicherheitskräfte; Entlassung des Chefs des Generalstabs, Feldmarschallleutnant Alfred Jansa; Schritte zur Integration des österreichischen Wirtschaftssystems ins deutsche. Schuschnigg verwies zwar auf die Kompetenzen des Bundespräsidenten, unterzeichnete aber das Ultimatum. – „Die Weltpresse tobt. Spricht von Vergewaltigung. Ganz unrecht hat sie nicht“, notierte Goebbels am 17. Februar in sein Tagebuch.¹¹⁸

Am 20. Februar erklärte Hitler in einer Rundfunkrede, dass es „auf die Dauer“ für die Deutschen „unerträglich“ sei, die Trennung von zehn Millionen deutschen „Volksgenossen“ aufgrund von Grenzen hinzunehmen, die ihnen durch die Friedensverträge auferlegt worden waren. – Jeder, der die Einwohnerzahlen kannte, musste wissen, dass nicht nur die Österreicher, sondern auch die Sudetendeutschen gemeint waren. – Nach Schuschniggs Ankündigung, am 13. März eine Volksabstimmung über die Unabhängigkeit Österreichs abhalten zu wollen¹¹⁹, verlangte vorerst Göring ultimativ den Rücktritt Schuschniggs und die Ernennung Seyss-Inquarts zum Bundeskanzler. Dann glaubte Hitler das Risiko geringer einschätzen zu können, „wie bei der Rheinlandbesetzung“, und gab seine Weisung für das „Unternehmen Otto“, für den Einmarsch nach Österreich. Gleichzeitig verlangte er von Schuschnigg eine Verschiebung der Volksabstimmung um zwei Wochen und ein Plebiszit nach dem Vorbild der Abstimmung im Saarland 1935. Der Bundeskanzler akzeptierte am Nachmittag des 11. März diese Forderung und trat am selben Abend zurück: Österreich weiche der Gewalt. Um Blutvergießen zu vermeiden, würden die Streitkräfte des Landes keinen Widerstand leisten. Und am späten Abend kam die Nachricht aus Rom, dass Mussolini – dem Hitler einen handschriftlichen Brief hatte zukommen lassen – bereit sei, die deutsche Intervention hinzunehmen. Hitler ließ zurückdrahten: „Duce, das werde ich Ihnen nie vergessen.“¹²⁰

¹¹⁸ KERSHAW, Hitler II, 113-118. Nach Schuschniggs Aufzeichnungen hörte sich Hitlers Wortschwall so an: „[...] Und das sage ich Ihnen, Herr Schuschnigg: ich bin fest dazu entschlossen, mit dem allem ein Ende zu machen. [...] Ich habe einen geschichtlichen Auftrag, und den werde ich erfüllen, weil mich die Vorsehung dazu bestimmt hat. [...] Sie werden doch nicht glauben, dass Sie mich auch nur eine halbe Stunde aufhalten können? Wer weiß – vielleicht bin ich über Nacht einmal in Wien; wie der Frühlingssturm! Dann sollen Sie etwas erleben!“ – Kurt SCHUSCHNIGG, Ein Requiem in Rot-Weiß-Rot (Zürich 1946) 39-42; Der Unbekannte Dr. Goebbels. Die geheimen Tagebücher 1938, hg. von David Irving (London 1995) 53.

¹¹⁹ Österreichs Wähler sollten gefragt werden, ob sie sich „für ein freies und deutsches, unabhängiges und soziales, für ein christliches und einiges Österreich“ aussprechen sowie „für Freiheit und Arbeit, und für die Gleichheit aller, die sich für Rasse und Vaterland entscheiden“. – Eine solche Fragestellung durfte mit einer Mehrheit an Ja-Stimmen rechnen.

¹²⁰ KERSHAW, Hitler II, 119-125; SCHMIDT, Statist, 382. Schuschniggs verzweifelten Hilferuf nach London hatte der neue Außenminister Lord Halifax mit einem Telegramm beantwortet: „Die

Parallel zur beginnenden Machtübernahme der österreichischen Nationalsozialisten in einer Reihe von Städten und Ländern begann am Morgen des 12. März der von Hunderttausenden Österreichern bejubelte Einmarsch der Wehrmacht. Die ausgesprochen imperialistische Intervention des Deutschen Reiches wurde freilich von einer Anschluss-Bewegung in allen Schichten der österreichischen Bevölkerung und der österreichischen nationalsozialistischen Bundesregierung gestützt. Unter dem Eindruck seines begeisterten Empfangs in Linz unterzeichnete Hitler bereits am Abend des 13. März – nach dem Rücktritt von Miklas – das „Gesetz über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich“. Österreich war faktisch über Nacht ein Land des Deutschen Reiches geworden, Hitler hatte „Großdeutschland“ geschaffen. Die 99%-Zustimmung in der Volksabstimmung vom 10. April 1938 kann mit Gerhard Botz als „Scheinlegitimierung ohne direkte Fälschung“ bezeichnet werden, sollte aber den Zwangscharakter der Begleitumstände zur Volksabstimmung nicht unterschätzen. Der „Anschluss“ war besonders in Wien von Ausschreitungen gegen Juden, Plünderungen jüdischer Geschäfte und der Verhaftung Tausender politischer Gegner – Funktionäre des Schuschnigg-Regimes sowie oppositionelle Sozialdemokraten und Kommunisten – begleitet. Dennoch ist Horst Möller zuzustimmen, dass „ein erheblicher Teil der Einwohner in Österreich und Deutschland diesen Anschluss gar nicht unter nationalsozialistischer, sondern unter nationaler Perspektive sah“: als Gründung des „Großdeutschen Reiches“.¹²¹

Schon wenige Tage nach seiner Rückkehr aus Wien machte Hitler gegenüber Goebbels deutlich: „Zuerst kommt nun die Tschechei dran. [...] Und zwar rigoros bei nächster Gelegenheit.“ Im Hochgefühl des Erfolgs in Österreich ließ Hitler im Einvernehmen mit Konrad Henlein, dem Führer der Sudetendeutschen Partei, sogleich die „Sudetenkrise“ vom Zaun brechen, um die Tschechoslowakei zu zerschlagen, keineswegs „nur“, um die Sudetendeutschen zu „befreien“.¹²²

Regierung Seiner Majestät ist nicht in der Lage, Schutz zu garantieren.“ Zur Rolle Görings in der „Anschluss“-Krise bemerkte Hitler noch Jahre später anerkennend: „Der Reichsmarschall hat sehr viele Krisen mit mir durchgemacht, ist eiskalt in Krisen.“ – FEST, Hitler, 751f.

¹²¹ KERSHAW, Hitler II, 127-136; Gerhard BOTZ, Nationalsozialismus in Wien. Machtübernahme, Herrschaftssicherung, Radikalisierung 1938/39 (Wien 2008) spricht von dreifacher Machtübernahme: von oben, von unten und von außen. Vgl. auch Erwin A. SCHMIDL, März 38. Der deutsche Einmarsch in Österreich (Wien 1988); HANISCH, Schatten, 338-345; STEININGER, Deutschland, 516-518; Horst MÖLLER, Deutschlands Blick auf den „kleinen“ Nachbarn, in: Karner – Mikolletzky, Österreich, 529; MAZOWER, Hitler's Empire, 48-50. Bald nach dem „Anschluss“ ließ das NS-Regime die Eisengussmedaille „Das Heilige Deutsche Reich 1938“ prägen. – Werner TELESKO, Der „Anschluss“ Österreichs und die Tradition der „Reichsidee“, in: Werner Welzig (Hg.), „Anschluss“. März/April 1938 in Österreich (Wien 2010) 157-179.

¹²² Andererseits erklärte Hitler in seinem Trinkspruch auf dem Staatsbankett im Palazzo Venezia am 7. Mai 1938 in Rom seinen Verzicht auf die deutschen Südtiroler: „Es ist mein unerschütterlicher Wille und mein Vermächtnis an das deutsche Volk, dass es [...] die von Natur zwischen uns beiden aufgerichtete Alpengrenze für immer als unantastbare ansieht [...].“ – SCHMIDT, Statist, 388.

Nach einer überstürzten tschechoslowakischen Teilmobilmachung am 20. Mai, die von der Weltpresse bejubelt wurde, teilte Hitler bereits am 28. Mai 1938 führenden Generälen und Mitarbeitern des Auswärtigen Amtes mit: „Es ist mein unerschütterlicher Wille, dass die Tschechoslowakei von der Landkarte verschwindet.“ Und Hitler verlangte von der Wehrmacht, dass ihre militärischen Vorbereitungen für einen Krieg spätestens am 1. Oktober 1938 abgeschlossen sein müssten. Ende August machte Hitler auch dem Stellvertreter Henleins, Karl Hermann Frank, in einem Vier-Augen-Gespräch klar, dass er jetzt nach der Ernte zum Krieg entschlossen sei, und griff Beneš verbal heftig an: Er wolle ihn lebend haben, um ihn persönlich aufzuhängen.¹²³

Ob ein angeblich „tiefsitzender Hass gegen die Tschechen“, der „zum Erbe seiner österreichischen Erziehung“ gezählt haben soll, tatsächlich eine wesentliche Triebfeder für Hitlers Vorgehen darstellte, darf angesichts seiner weiterführenden strategischen und ideologischen Ziele bezweifelt werden. So monologisierte Hitler am 22. Jänner 1942 keineswegs hasserfüllt, nichtsdestoweniger herrschsüchtig im Führerhauptquartier:

„[...] In den vierziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts schämte sich jeder Tscheche, tschechisch zu reden. Ihr Stolz war, deutsch zu sprechen, und der allergrößte Stolz, für einen Wiener gehalten zu werden. Die Durchführung des allgemeinen gleichen geheimen Wahlrechts musste in Österreich zu einem Zusammenbruch der Deutschen führen. Die Sozialdemokraten sind grundsätzlich mit den Tschechen gegangen, dazu der Hochadel. Das deutsche Volk ist zu intelligent für den Adel, es braucht so etwas wie die kleinen Randvölker. Die Tschechen waren besser als die Ungarn, die Rumänen und die Polen. Es hatte sich ein fleißiges Kleinbürgertum gebildet, das seiner Grenzen sich bewusst war. Sie werden auch heute [sowohl] mit Grimm [als auch, Erg. Suppan] mit einer grenzenlosen Bewunderung zu uns aufblicken. Wir Böhmen sind zum Regieren nicht bestimmt!“¹²⁴

Mitte September 1938 hörte man eine andere Sprache. Hitlers Hasstiraden gegen Beneš und die Tschechoslowakei auf dem Nürnberger Parteitag lösten eine Welle von Tumulten im Sudetenland aus, sodass sich der 69-jährige britische Premierminister Neville Chamberlain entschloss, am 15. September nach München zu fliegen, um mit Hitler auf dem Berghof zu verhandeln. Hitler gab sich kämpferisch und forderte ultimativ die Abtretung des Sudetenlandes an das Deutsche Reich. Außerdem verlangte er, dass die tschechische Frage „so oder so“ gelöst werden müsse, denn er sei nicht bereit, länger zu dulden, dass „ein kleines Land das große tausendjährige Deutsche Reich wie etwas Minderwertiges behandle“. Chamberlain signalisierte Zustimmung: Er verstehe die deutschen Forderungen und sehe ein, dass nur die Abtretung des Sudetenlandes einen Ausweg bedeute. Chamberlain versicherte Hitler, jede Lösung in Betracht zu ziehen, solange

¹²³ KERSHAW, Hitler II, 132, 143, 149, 151-153, 161-163; René KÜPPER, Karl Hermann Frank (1898-1946). Politische Biographie eines sudetendeutschen Nationalsozialisten (München 2010) 110; Helmuth GROSCURTH, Tagebücher eines Abwehroffiziers 1938-1940 (Stuttgart 1970) 104.

¹²⁴ JOCHMANN, Hitlers Monologe, 216f.

Gewaltanwendung ausgeschlossen bleibe. Zornig erwiderte Hitler: „Gewalt, wer spricht von Gewalt? Herr Benesch wendet diese Gewalt gegen meine Landsleute im Sudetenland an, Herr Benesch hat im Mai mobilisiert und nicht ich.“ Erst als Chamberlain fragte, weshalb Hitler ihn nach Berchtesgaden eingeladen habe, wenn er ohnehin gegen die Tschechoslowakei vorgehen wolle, lenkte Hitler ein und verlangte – durchaus unehrlich, aber taktisch geschickt – für die Behandlung der Sudetenfrage die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, was Chamberlain versprach, mit seinen Kabinettskollegen zu erörtern.¹²⁵

Hitler schien also vorerst mit der Abtretung des Sudetenlandes zufriedengestellt zu sein, und die tschechoslowakische Regierung gab am 21. September einem britisch-französischen Ultimatum nach. Als jedoch Chamberlain diese außergewöhnliche Konzession am 22. September nach Bad Godesberg mitbrachte, verlangte Hitler plötzlich auch die Erfüllung der Forderungen Polens (auf das Teschener Gebiet) und Ungarns (auf die südliche Slowakei). Nun lehnte Chamberlain ab und bestand auf der früheren Vereinbarung. So „begnügte“ sich Hitler mit der sofortigen Überlassung des Sudetenlandes und dem Rückzug der inzwischen mobilisierten tschechoslowakischen Armee. Chamberlain versprach, das abgeänderte deutsche Memorandum an die tschechoslowakische Regierung weiterzuleiten. Am 26. September sandte Chamberlain seinen engsten Berater, Sir Horace Wilson, nach Berlin, um Hitler zu informieren, dass die Prager Regierung diese Forderungen abgelehnt habe. Hitler reagierte mit einem Wutausbruch: „Wenn Frankreich und England losschlagen wollen, dann sollen sie es nur tun. Mir ist das vollständig gleichgültig.“ Und am selben Abend brüllte Hitler vor etwa 20.000 Menschen im Berliner Sportpalast: Beneš sei entschlossen, „das Deutschtum langsam auszurotten“. Er habe Chamberlain versichert, keine weiteren territorialen Forderungen in Europa mehr zu haben, denn: „Wir wollen gar keine Tschechen!“ Und neuerlich drohend: „Wir sind entschlossen! Herr Benesch mag jetzt wählen.“ – Die Massen im Saal skandierten minutenlang: „Führer befehl, wir folgen.“¹²⁶

Als Wilson am nächsten Tag mit einem neuen Brief Chamberlains vorsprach, der die Durchführung des tschechischen Rückzugs aus dem Sudetenland anbot, und Hitler auf der Akzeptanz der deutschen Forderungen bestand, überbrachte Wilson eine Warnung Chamberlains: „Sollte Frankreich im Verfolg seiner vertraglichen Verpflichtungen in die Feindseligkeiten gegen Deutschland aktiv verwickelt werden, so würde sich das Vereinigte Königreich gezwungen sehen, Frankreich beizustehen.“ Dennoch blieb Hitler bei seinem Ultimatum an die Prager Regierung

¹²⁵ SCHMIDT, *Statist*, 395-398; Boris CELOVSKÝ, *Das Münchener Abkommen 1938* (Stuttgart 1958) 344; FREUND, *Deutsche Geschichte*, 1249; KERSHAW, *Hitler II*, 165. Hitler hat im Übrigen niemals von den Forderungen der Sudetendeutschen im Jahre 1919 gesprochen.

¹²⁶ KERSHAW, *Hitler II*, 164-173; ADAP, Serie 3, Bd. 2, 627-636, Nr. 487; DBFP, Serie 3, Bd. 2, 342-351, Nr. 896; SCHMIDT, *Statist*, 406-409; DOMARUS, *Hitler Reden*, 928-933. Der US-Journalist William Shirer, der auf einem Balkon direkt über dem Reichskanzler saß, fand Hitler „so schrecklich brüllend und kreischend, wie ich ihn noch nie erlebt habe“. – William L. SHIRER, *Berliner Tagebuch. Aufzeichnungen 1934-1941* (Leipzig 1991) 137.

bis zum 28. September, 14 Uhr. Allerdings beeindruckte ihn das völlig apathische und bedrückte Verhalten der Berliner Bevölkerung, als am späten Nachmittag des 27. September eine motorisierte Division durch die Wilhelmstraße zog. Chamberlain warnte am Abend des 27. über BBC vor der Absurdität eines Krieges wegen „einer Auseinandersetzung in einem fernegelegenen Land zwischen Völkern, von denen wir nichts wissen“. Am Vormittag des 28. bemühten sich in Berlin sowohl der französische und britische Botschafter als auch Göring, Neurath und Weizsäcker um eine Verhandlungslösung. François-Poncet brachte sogar eine sauber gezeichnete Karte über die einzelnen Phasen der Räumung mit. Zu Mittag meldete sich der italienische Botschafter Bernardo Attolico in einer Angelegenheit von höchster Dringlichkeit: Die britische Regierung habe Mussolini um Vermittlung in der Sudetenfrage ersucht. Der Duce bitte Hitler, von einer Mobilisierung abzuweichen. Nach kurzer Pause nahm Hitler den Vorschlag an. Vermutlich dachte er an Mussolinis Unterstützung am Abend des 11. März 1938. In einem Telefongespräch vereinbarten Hitler und Mussolini eine Viererkonferenz in München.¹²⁷

Bereits am frühen Nachmittag des 29. September 1938 trafen Hitler, Mussolini, Chamberlain und der französische Ministerpräsident Edouard Daladier im neuerrichteten „Führerbau“ in München zusammen. Auch Göring, Ribbentrop, Weizsäcker, Ciano, Wilson, Alexis Léger, Staatssekretär am Quai d'Orsay, sowie die Botschafter Italiens, Frankreichs und Großbritanniens waren zugegen. Die vier Regierungschefs sprachen sich einleitend gegen eine gewaltsame Lösung aus, Hitler ritt dennoch eine heftige Attacke gegen Beneš, die Daladier zu einer heftigen Gegenrede provozierte. (In den kurzen Verhandlungspausen unterhielten sich die beiden ehemaligen Frontsoldaten aber sehr angeregt.) Chamberlain wiederum bestand auf finanzieller Kompensation für tschechoslowakisches Staatseigentum im abzutretenden Sudetenland, worauf Hitler antwortete, dass die Anlagen und Gebäude aus Steuergeldern der Sudetendeutschen stammten. Göring, Weizsäcker und Neurath hatten bereits am Vortag einen Textvorschlag skizziert und Botschafter Attolico übergeben, der nun von Mussolini vorgelegt wurde und übersetzt werden musste. Am gemeinsamen Abendessen nahmen freilich Chamberlain und Daladier mit ihrer Begleitung nicht teil. Nach 13-stündigen Verhandlungen wurde die Vereinbarung am 30. September um 2,30 Uhr unterzeichnet. Die Bestimmungen entsprachen weitestgehend denen des Godesberger Memorandums, für die schrittweise Besetzung des Sudetenlandes innerhalb von zehn Tagen wurden genaue Termine festgelegt. Am nächsten Morgen überredete Chamberlain Hitler, eine gemeinsame Erklärung über die Entschlossenheit Deutschlands und Großbritanniens zu unterzeichnen, niemals wieder gegeneinander Krieg zu führen. Chamberlain war schon in München als Retter des europä-

¹²⁷ KERSHAW, Hitler II, 174-177; STEINER, The Triumph, 628-638; Neville CHAMBERLAIN, The Struggle for Peace (London 1939) 275; Neville HENDERSON, Fehlschlag einer Mission, Berlin 1937-1939 (Zürich 1939) 182; SCHMIDT, Statist, 409-413; Ulrich SCHLIE, Des Teufels Diplomat. Die Rolle des früheren deutschen Gesandten in Bern, Ernst von Weizsäcker, im Nationalsozialismus ist bis heute umstritten, in: NZZ, 15. September 2011, 4.

ischen Friedens umjubelt worden, bei seiner Rückkehr nach London wurde er wie ein Held empfangen. Er behauptete – in Erinnerung an Benjamin Disraeli 1878 –, einen „Frieden für unsere Zeit“ mitgebracht zu haben, aber der *Manchester Guardian* distanzierte sich von der allgemeinen Euphorie: Für die Tschechoslowakei sei dies kaum ein „ehrentvoller Frieden“, und sie sei nun „hilflos gemacht“. „Hitler wird imstande sein, wenn er das will, mit gewaltig verstärkter Kraft weiter vorzustoßen.“¹²⁸

Mit dem Münchener Abkommen vom 29./30. September 1938, das trotz Berücksichtigung des nationalen Selbstbestimmungsrechts der Sudetendeutschen keineswegs Hitlers Intentionen entsprach, erreichte er zweifellos einen zweiten Gipfelpunkt seiner Anerkennung bei Reichsdeutschen, Deutsch-Österreichern und Sudetendeutschen. Daher ist Ferdinand Seibt zuzustimmen: „hätte der Neunundvierzigjährige seinen fünfzigsten Geburtstag nicht erlebt [...], wäre 1938 ein Mythos um Hitler entstanden und noch heute lebendig“. So aber blieb der „Mythos München [...] für die böse Fabel vom Verrat des Westens an seinen Idealen.“ Aber: „Er ist ein falscher Mythos, weil er glauben machen will, dass eine friedliche Weltordnung nicht mindestens ebenso hart vertreten werden muss wie eine kriegslüsterne.“¹²⁹ – Zara Steiner verlangt mit Recht, dass zwischen den „myths of Munich“ und „the realities of the European situation in 1938“ zu unterscheiden sei. Weder Großbritannien noch Frankreich – und auch nicht die Sowjetunion – waren kriegsbereit, im Übrigen auch nicht Deutschland, auch wenn Hitler einen Krieg riskierte. Aus realpolitischen Gründen „verriet“ Frankreich seinen Verbündeten, während Chamberlain tatsächlich von der Möglichkeit eines friedlichen Kompromisses mit Hitler überzeugt war. Aber Hitlers Intentionen waren auf die ganze Tschechoslowakei gerichtet.¹³⁰

Trotz der Eingliederung der Österreicher und Sudetendeutschen ins Großdeutsche Reich sah Hitler seine „friedlichen“ Erfolge – Gewaltandrohung war ja durchaus inkludiert – mit Skepsis, ja er betrachtete den Münchener Kompromiss sogar als Niederlage. Die Friedenspropaganda, zu der er selbst aus taktischen Gründen beigetragen hatte, könnte die Deutschen zur Auffassung verleiten, dass das NS-Regime den Frieden unter allen Umständen bewahren wolle. Vor Vertretern der deutschen Presse erklärte daher Hitler am 10. November 1938: Es sei notwendig die psychische Disposition des deutschen Volkes zu ändern, ihm die Erkenntnis zu vermitteln, dass einige Ziele nur mit Gewalt zu erreichen seien. Göring durfte daher schon am 14. Oktober eine fünffache Vergrößerung der Luftwaffe ankündigen, und im Dezember 1938 stimmte Hitler dem Bau von sechs großen Schlachtschiffen, acht Kreuzern und 249 U-Booten zu.¹³¹

¹²⁸ KERSHAW, Hitler II, 178-181; HENDERSON, Fehlschlag, 190f.; SCHMIDT, Statist, 414-418; STEINER, The Triumph, 639-641; Manchester Guardian, October 1, 1938.

¹²⁹ Ferdinand SEIBT, Mythos München, in: Fritz Taubert (Hg.), Mythos München. Le Mythe de Munich. The Myth of Munich (München 2002) XV-XXV, hier XVf.

¹³⁰ STEINER, The Triumph, 645-657.

¹³¹ KERSHAW, Hitler II, 181f.; STEINER, The Triumph, 672f.; Wilhelm TREUE (Hg.), Rede Hitlers vor der deutschen Presse (10. November 1938), in: VfZ 6 (1958) 175-191, hier 183.

Die nach München und dem ersten Wiener Schiedsspruch um ein Drittel verkleinerte Tschechoslowakei stand nun ohne Grenzbefestigungen gegenüber dem Deutschen Reich da. Hitler wartete ungeduldig auf die Chance, auch die überwiegend tschechischen Gebietsteile zu besetzen. Bereits am 21. Oktober 1938 hatte er der Wehrmacht die Weisung erteilt, „jederzeit auf folgende Fälle vorbereitet“ zu sein:

- „1. Sicherung der Grenzen des deutschen Reiches und Schutz gegen überraschende Luftangriffe;
2. Erledigung der Rest-Tschechei;
3. Inbesitznahme des Memellandes.“

Zum zweiten Punkt hieß es zusätzlich: „Es muss möglich sein, die Rest-Tschechei jederzeit zerschlagen zu können, wenn sie etwa eine deutsch-feindliche Politik betreiben würde.“¹³²

Warum beharrte Hitler auf der Auflösung der Rest-Tschechoslowakei, obwohl er sie spätestens mittelfristig politisch, militärisch und wirtschaftlich ohnehin beherrschen hätte können und keinen Bruch des Münchener Abkommens riskieren hätte müssen? – „Seine österreichische Herkunft, seine Abneigung gegenüber den Tschechen seit seiner Jugend“ waren entgegen der Meinung Ian Kershaws keine bedeutenden Elemente. Viel wichtiger war zweifellos das psychologische Motiv, dass Hitler durch das Münchener Abkommen seinen Einzug nach Prag „versiebt“ sah. Noch wichtiger waren aber offensichtlich ökonomische Erwägungen, da in der „Rest-Tschechei“ nicht nur bedeutende Rohstoffvorkommen und landwirtschaftliche Ressourcen lagen, sondern vier Fünftel der tschechoslowakischen Maschinenbau-, Werkzeugbau- und Elektroindustrie, einschließlich eines großen Rüstungsarsenals. Und die Tschechoslowakei besaß außerdem große Mengen an Gold und Devisen, die das Deutsche Reich dringend für die Weiterführung des Vierjahresplanes benötigte. Ebenso wichtig war die militärstrategische Lage: Mit der Eingliederung ganz Böhmens und Mährens verschwand die Gefahr einer tschechischen Sonderentwicklung, und Deutschlands Stellung in Ostmitteleuropa war schlagartig noch dominanter – sowohl gegenüber Polen als auch gegenüber Ungarn und Rumänien. Darüber hinaus sah Göring die Slowakei als Luftwaffenstützpunkt für Operationen in Osteuropa und auf dem Balkan.¹³³

Als Anfang März 1939 Streitigkeiten zwischen der tschecho-slowakischen Regierung in Prag und der autonomen slowakischen Regierung in Pressburg ausbrachen, nützte Hitler sofort die Chance, den tschecho-slowakischen Staat zu zerschlagen. Als die Prager Regierung die slowakische Landesregierung von der Polizei besetzen und den Regierungschef Jozef Tiso unter Hausarrest stellen ließ, lud Hitler den katholischen Priester nach Berlin ein. Schon jetzt jauchzte Hitler vor Freude. Die Partie schien ihm „totsicher“ [sic!]. Nicht direkt drohend, aber doch unmissverständlich

¹³² ADAP, Serie D, Bd. 4, Dok. 81; KERSHAW, Hitler II, 224f.

¹³³ KERSHAW, Hitler II, 224-227.

teilte er Tiso mit, dass nun für die Slowaken eine historische Stunde geschlagen habe. Wenn sie jetzt nichts unternähmen, würden sie von Ungarn geschluckt. Eingedenk der Gebietsabtretungen an Ungarn im ersten Wiener Schiedsspruch, am 2. November 1938, veranlasste Tiso tatsächlich am nächsten Tag das Parlament in Pressburg, die Unabhängigkeit der Slowakei zu proklamieren. Bereits einige Tage später erfolgte auch die Unterzeichnung eines „Schutzvertrages“ zwischen dem Deutschen Reich und dem Slowakischen Staat (*Slovenský štát*).¹³⁴ – Erstmals in der Geschichte entstand ein slowakisches Staatswesen, gleichzeitig war aber auch die nach München übrig gebliebene Tschecho-Slowakei auseinandergebrochen.

Kaum war Tiso von Berlin nach Pressburg heimgefahren, ging am Morgen des 14. März in Berlin die Bitte des tschechischen Präsidenten Hácha um Audienz bei Hitler ein. Nach Einladung Hitlers traf Hácha bereits am Abend dieses Tages am Berliner Anhalter Bahnhof in Begleitung von Außenminister Chvalkovský, seiner Sekretärin und seiner Tochter ein und stieg im Hotel Adlon ab. Hatte Schuschnigg auf dem Obersalzberg einen Schreckenstag erlebt, so erlebte Hácha nun eine Schreckensnacht. Ohne triftigen Grund – aber nach „alten, bewährten Methoden der politischen Taktik“ (Goebbels) – ließ Hitler den herzkranken Hácha bis nach Mitternacht warten, um ihn dann vor der Neuen Reichskanzlei eine Ehrenkompanie abschreiten zu lassen. Im riesigen Arbeitszimmer Hitlers trafen auch Göring, Ribbentrop, Weizsäcker, Keitel, Staatssekretär Otto Meißner, Stabschef Walther Hewel, Pressechef Otto Dietrich, Dolmetscher Paul Schmidt und der tschechoslowakische Gesandte in Berlin, Vojtěch Mastný, ein. Hitler begann sofort mit einer Tirade gegen die Tschechen und den „Geist Beneš“ und erklärte ohne die geringste diplomatische Floskel, dass es zur Sicherung des Reiches notwendig sei, über die Rest-Tschechoslowakei das Protektorat zu übernehmen. Die deutschen Truppen marschierten bereits auf die tschechische Grenze zu und würden diese um sechs Uhr früh überschreiten. – Hácha und Chvalkovský waren in Berlin von ihrem Gesandten informiert worden, dass deutsche Truppen bereits zu diesem Zeitpunkt die Grenze bei Mährisch-Ostrau überschritten hatten. – Hácha sollte nun unverzüglich mit Prag telefonieren und den Befehl erteilen, keinerlei Widerstand zu leisten, um ein Blutvergießen zu vermeiden. Göring setzte nach, dass es in Háchas Hand liege, ob Bomben auf das wunderschöne Prag fielen. Nach dieser unglaublichen Drohung erlitt der tschechische Präsident einen Schwächeanfall und musste von Hitlers Leibarzt Morell durch eine Spritze reaktiviert werden. Schließlich konnte Hácha zum Telefon gehen und bei allerschlechtesten Übertragungsqualität den Befehl an die tschechischen Truppen erteilen, gegen die einrückenden Deutschen nicht das Feuer zu eröffnen. Kurz vor vier Uhr früh unterzeichneten Hácha und Chvalkovský mit Hitler und Ribbentrop eine Erklärung, die einer bedingungslosen Unterwerfung der tschechischen Politiker gleichkam.¹³⁵

¹³⁴ TBJG, Teil 1, Bd. 6, 280 (11. März 1939), zitiert nach: KERSHAW, Hitler II, 231f.

¹³⁵ TBJG, Teil 1, Bd. 6, 287 (15. März 1939), zitiert nach: KERSHAW, Hitler II, 232f.; ADAP, D, Bd. 4, 229-234, Dok. 228; SCHMIDT, Statist, 427-432; REDLICH, Hitler, 169. Die Kapitulation

Am 15. März, um 6 Uhr früh, überschritten tatsächlich größere Verbände der Wehrmacht die deutsch-tschechische Grenze, und um 9 Uhr marschierten Voraus- einheiten bei Nebel und Schnee in Prag ein. Die tschechischen Truppen blieben in ihren Kasernen und übergaben die Waffen. Hitler reiste gegen Mittag mit einem Sonderzug von Berlin nach Böhmisches-Leipa, stieg dann mit seiner Begleitung in mehrere Mercedes um und überholte nun endlose Kolonnen deutscher Soldaten, die er im Wagen stehend mit dem Hiltler-Gruß grüßte. Hitlers Einfahrt in Prag am Abend des 15. März war keineswegs triumphal, da die Straßen fast menschenleer waren. So fuhr er sofort zum Hradschin hinauf und quartierte sich in der alten Kaiser- und Königsburg ein. Mit Reichsinnenminister Wilhelm Frick und Staats- sekretär Wilhelm Stuckart beriet er sofort den Erlass eines Protektoratsstatuts, der bereits am nächsten Tag veröffentlicht wurde.¹³⁶

Karl Wolff, der Adjutant Himmlers, wurde Augenzeuge einer besonderen Sze- ne auf der Prager Burg am Abend des 15. März 1939 und hielt dies in einem Brief an Himmlers Tochter fest:

„Der Führer ging in einen notdürftig eingerichteten Privatraum, drehte sich Deinem Vater zu, umarmte ihn glücklich, dass es ihm vergönnt sein [sic!] für Deutschland – Böhmen und Mähren – zu gewinnen. Dabei sagte der Führer folgendes: ‚Himmler, ist es nicht herrlich, dass wir hier stehen, hier sind wir nun und nie werden wir gehen.‘ Später sagte der Führer noch einmal! zu Deinem Vater: ‚Ich lobe mich ja nicht, aber hier muss ich wirklich sagen, das habe ich elegant gemacht.‘“¹³⁷

Die Reaktionen in der deutschen Bevölkerung waren deutlich weniger eupho- risch als nach dem „Anschluss“ Österreichs und des Sudetenlandes. Hatte Hitler nicht vor München öffentlich erklärt, kein Interesse an den Tschechen zu haben? – Dies hatte man auch in London und Paris nicht vergessen. Bereits am 18. März 1939 vollzog das britische Kabinett eine außenpolitische Kehrwendung und be- schloss, „die Herausforderung anzunehmen“. Und Daladier sagte zum deutschen Botschafter in Paris: „Hitler hat mich hintergangen, er hat mich lächerlich ge- macht.“ Dennoch gelang Ribbentrop mit der üblichen Einschüchterungstaktik gegenüber dem litauischen Außenminister Joseph Urbsys noch die Übergabe des deutsch-litauisch besiedelten Memellandes, und Hitler ließ sich am 23. März 1939 vom Kreuzer „Deutschland“ in Memel (Klaipeda) für einige Stunden an Land

Háchas muss Hitler geradezu in Ekstase versetzt haben, da er seine beiden Sekretärinnen – die Nachtdienst hatten – aufforderte, ihn zu küssen. Und er scheute sich auch nicht, ihnen gegenüber hervorzuheben: „[...] Dies ist der schönste Tag in meinem Leben. [...] Was seit Jahrhunderten immer vergeblich angestrebt wurde, ist mir geglückt. Die Vereinigung der Tschechei mit dem Reich ist mir gelungen. Hácha hat das Abkommen unterzeichnet. Ich werde als der größte Deut- sche in die Geschichte eingehen.“ – Dass Böhmen und Mähren vom Ende des 10. Jahrhunderts bis 1806 Teile des römisch-deutschen Reiches waren, scheint nicht Teil der historischen Bildung Hitlers gewesen zu sein. – Christa SCHROEDER, Er war mein Chef. Aus dem Nachlass der Sekre- tärin von Adolf Hitler, hg. von Anton Joachimsthaler (München – Wien 4. Aufl. 1989) 88.

¹³⁶ TBJG, Teil 1, Bd. 6, 293 (20. März 1939), zitiert nach: KERSHAW, Hitler II, 234.

¹³⁷ LONGERICH, Himmler, 426.

setzen. Aber wenige Tage später erwiderte der polnische Botschafter in Berlin, Jozef Lipski, auf einen plumpen Einschüchterungsversuch Ribbentrops, dass jede Verfolgung deutscher Pläne zur Rückkehr Danzigs ins Reich Krieg mit Polen bedeute. Und am 31. März erklärte Chamberlain im Unterhaus:

„Im Falle irgendeiner Aktion, die eindeutig die Unabhängigkeit Polens bedroht und von der die polnische Regierung dementsprechend meint, es sei unbedingt notwendig, ihr mit ihren nationalen Streitkräften Widerstand zu leisten, wird sich die Regierung Seiner Majestät verpflichtet fühlen, der polnischen Regierung sogleich jegliche Unterstützung zu gewähren, zu der sie imstande ist.“¹³⁸

Unmittelbar nach seinem 50. Geburtstag scheute sich Hitler nicht, am 28. April im Reichstag auf ein Schreiben des Präsidenten Roosevelt in aller Öffentlichkeit zu antworten und dabei seine charismatischen Leistungen bemerkenswert offenerzig hervorstreichen – „als ein vor einundzwanzig Jahren unbekannter Arbeiter und Soldat meines Volkes“:

„Ich habe das Chaos in Deutschland überwunden, die Ordnung wiederhergestellt, die Produktion auf allen Gebieten unserer nationalen Wirtschaft ungeheuer gehoben [...]. Es ist mir gelungen, die uns allen so zu Herzen gehenden sieben Millionen Erwerbslosen wieder in nützliche Produktion einzubauen, den deutschen Bauern trotz aller Schwierigkeiten auf seiner Scholle zu halten [...], den deutschen Handel wieder zur Blüte zu bringen und den Verkehr auf das gewaltigste zu fördern. Um den Bedrohungen durch eine andere Welt vorzubeugen, habe ich das deutsche Volk nicht nur politisch geeint, sondern auch militärisch aufgerüstet, und ich habe weiter versucht, jenen Vertrag [von Versailles, Erg. Suppan] Blatt um Blatt zu beseitigen, der in seinen 448 Artikeln die gemeinste Vergewaltigung enthält, die jemals Völkern und Menschen zugemutet worden ist. Ich habe die uns 1919 geraubten Provinzen dem Reich wieder zurückgegeben, und ich habe Millionen von uns weggerissener, tief unglücklicher Deutscher wieder in die Heimat geführt, ich habe die tausendjährige Einheit des deutschen Lebensraums wieder hergestellt, [...] ohne Blut zu vergießen und ohne meinem Volk oder anderen daher das Leid des Krieges zuzufügen.“¹³⁹

Wehler urteilt zu Recht, dass sich „aus der Fusion von extremem Nationalismus und Charismagläubigkeit die charakteristischen Züge einer politischen Religion entwickelten“. Hitler und auch Goebbels war das Phänomen sehr wohl bekannt, und Hitler hatte ja ungeschminkt gefordert, dass der Nationalsozialismus selber zu „einer Kirche“ werden müsse. Wie groß der Einfluss des Hitler-Mythos auch und gerade auf viele Frauen war, lässt sich schwer präzisieren. Unstrittig ist, dass dem charismatischen Führer seit 1930/32 und erst recht seit seinen Erfolgen in den Friedensjahren auch von Frauen eine enthusiastische Zuneigung bekundet wurde. Dies

¹³⁸ DBFP, Serie 3, Bd. 4, 553, Dok. 582; KERSHAW, Hitler II, 241f., 1138f.; SCHMIDT, Statist, 432f.; vgl. R. A. C. PARKER, Chamberlain and Appeasement. British Policy and the Coming of the Second World War (London 1993). Auch der Stapellauf des Schlachtschiffes „Tirpitz“ dürfte zur nunmehr harten Haltung Londons beigetragen haben.

¹³⁹ FEST, Hitler, 795-798. Roosevelt hatte Hitler und Mussolini in einem Schreiben vom 14. April 1939 aufgefordert, eine zehnjährige Nichtangriffsgarantie für 31 namentlich genannte Staaten abzugeben, darunter für Irland, Spanien, die Türkei, Syrien, Irak, Iran, Palästina und Ägypten. Hitler antwortete im Reichstag, er habe bei den angeführten Staaten angefragt, ob sie sich bedroht fühlten, und eine „durchwegs negative, zum Teil schroff ablehnende“ Antwort erhalten. – SCHMIDT, Statist, 435.

ließ sich nicht zuletzt bei Hitlers Einmarsch nach Österreich und ins Sudetenland feststellen. Auch wenn Frauen von höheren politischen Ämtern ausgeschlossen blieben, erhielten sie eine Komplementärrolle in der „Volksgemeinschaft“, keineswegs nur in der Hausarbeit und Mutterschaft. Im Jahre 1939 waren bereits rund zwölf Millionen der Frauen und Mädchen Mitglied in den Massenorganisationen des NS-Staates, was etwa einem Drittel der weiblichen Gesamtbevölkerung entsprach. Obwohl weibliche Erwerbstätigkeit im „Dritten Reich“ weit verbreitet war, zögerte ab Beginn des Weltkrieges vor allem Hitler, deutsche Frauen und Mädchen systematisch zur Rüstungsarbeit zu verpflichten. Dennoch verflochten sich in der nun entstehenden Kriegsgemeinschaft die geschlechtsspezifischen Lebenswelten. Man sollte nicht unterschätzen, dass dies Teil eines „riesigen sozialtechnischen Experiments“ war, das auf eine totalitäre Umformung von Individuum und Gesellschaft zielte und das kaum historische Parallelen kannte.¹⁴⁰

Politik und Ideologie Hitlers hatten vor Beginn des Zweiten Weltkrieges zweifellos auch schon die große Mehrheit der deutschen (einschließlich der österreichischen und sudetendeutschen, natürlich ausschließlich der jüdischen) Intellektuellen gefangen genommen.¹⁴¹ Auch der „Stahlpakt“ mit Mussolini vom 22. Mai 1939, das erste formelle Bündnis zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Italien, mag dazu beigetragen haben. Ein zeitgenössischer Beobachter der deutschen intellektuellen Szene hielt etwa über die Historiker fest:

„German historians, save for a republican minority, needed little ‚coordination‘. The Germany of the future which most historians had envisioned and worked for approximated in many fundamental respects the Nazi state of today. The necessity of power, the primacy of foreign policy over internal affairs, the rejection of ‚foreign‘ ideologies and institutions, the stress on German culture, the subordination of the individual to the state, the devotion of the Reich to its mission in the east, the inclusion of all Germans in the empire, Germany’s need for a *Führer* with broad powers, are but the most important features.“¹⁴²

¹⁴⁰ WEHLER, *Gesellschaftsgeschichte* 4, 680, 757; THAMER, *Verführung*, 570-600; Sybille STEINBACHER, *Frauen in der Kriegsgesellschaft*, in: Hans-Ulrich Thamer und Simone Erpel (Hgg.), *Hitler und die Deutschen. Volksgemeinschaft und Verbrechen* (Dresden 2010) 136-140; vgl. EVANS, *Das Dritte Reich II* (2006). Hitler selbst eröffnete viele seiner Reden auf Parteiversammlungen mit einem schallenden „Deutsche Volksgenossen und Volksgenossinnen!“.

¹⁴¹ Mit einer Mischung aus relativer Konzilianz und absolutem Autoritätsanspruch verfügte Goebbels im Juni 1939, dass die Wiener Philharmoniker das „Arierprinzip“ und das „Führerprinzip“ umzusetzen hätten. Dann sei er mit der Beibehaltung der vereinsrechtlichen Selbständigkeit einverstanden. Freilich waren bereits nach dem „Anschluss“ 15 Orchestermitglieder aus rassistischen und politischen Gründen ausgeschlossen worden. – Fritz TÜMPI, *Unter Goebbels Aufsicht. Die Wiener und die Berliner Philharmoniker im Nationalsozialismus*, in: NZZ, 15. August 2012, 21; vgl. Fritz TÜMPI, *Politisierte Orchester. Die Wiener Philharmoniker und das Berliner Philharmonische Orchester im Nationalsozialismus* (Wien – Köln – Weimar 2011).

¹⁴² O. HAMMEN, *German Historians and the Advent of the National Socialist State*, in: *Journal of Modern History* 13/2 (June 1941) 312-330, zitiert nach: MAZOWER, *Hitler’s Empire*, 42. Auch die Deutsche Physikalische Gesellschaft musste sich eine NS-konforme Satzung geben, und ihr Vorsitzender, der niederländische Nobelpreisträger Peter Debye, forderte in einem Rundschreiben vom 9. Dezember 1938 die noch verbliebenen jüdischen Mitglieder auf, ihren Austritt aus

Obwohl Hitler bereits 1933 seinem Stellvertreter Rudolf Heß weitgehende Vollmachten auf dem Gebiet der Volkstumspolitik übertragen hatte, begann ab Ende 1936 Himmler in die teils noch immer verworrene Volkstumspolitik des NS-Regimes einzugreifen und setzte Anfang 1937 seinen Mann, SS-Obergruppenführer Werner Lorenz, als neuen Leiter der „Volksdeutschen Mittelstelle“ (VoMi) durch. Schon im Oktober 1937 wurde der Kärntner Hans Steinacher als Leiter des „Volksbundes für das Volkstum im Ausland“ (VDA), der wichtigsten volksdeutschen Organisation, von Heß beurlaubt, da er offensichtlich den Zielsetzungen Himmlers nicht nachgekommen war. Am 2. Juli 1938 beauftragte Hitler die VoMi „mit der einheitlichen Ausrichtung sämtlicher Staats- und Parteistellen sowie mit dem einheitlichen Einsatz der in sämtlichen Stellen zur Verfügung stehenden Mittel für Volkstums- und Grenzlandfragen (deutsche Minderheiten jenseits und fremdvölkische Minderheiten diesseits der Grenze)“. Unmittelbar nach der Schaffung des Protektorats Böhmen und Mähren aber gab Hitler – eingedenk seines Versprechens an Mussolini am 7. Mai 1938, die Brennergrenze für alle Zeiten anzuerkennen – Himmler den Auftrag, gemeinsam mit dem Gauleiter von Tirol, Franz Hofer, die Ausbürgerung von 30.000 deutschen Südtirolern vorzubereiten – als erste Stufe zur vollkommenen Räumung Südtirols von Deutschen. Entsprechend einem deutsch-italienischen Abkommen wurde bis Ende 1939 ein Optionsverfahren durchgeführt, nach dem die „Optanten“ das Land bis Ende 1942 verlassen sollten. Schließlich wurde Himmler am 7. Oktober 1939 als „Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums“ (RKFDV) die gesamte Germanisierungs-, Umsiedlungs- und Rassenpolitik übertragen, die zu dieser Zeit in Polen bereits mörderische Züge anzunehmen begann.¹⁴³

In engem Zusammenhang mit dem Ausbau Hitlers totalitärer Monokratie hatte sich im „Dritten Reich“ eine Polykratie rivalisierender Partikulargewalten entwickelt. Im Ämterchaos zwischen Gau-Organisation, offizieller Reichsbürokratie und umfassend bevollmächtigter Sonderbehörden fand das Regime nie zu einer endgültigen administrativen Verfassung. Aber nicht einzelne Minister und Reichsstatthalter, Gauleiter und Generalinspektoren konnten sich verwaltungsunabhängige und rechtsenthobene Teilherrschaften schaffen, sondern Heinrich Himmler und Reinhard Heydrich durch den Aufbau eines Imperiums der SS-Herrschaft, das zu absoluter Loyalität gegenüber

der Gesellschaft mitzuteilen. Als aber das von ihm seit 1936 geführte Kaiser-Wilhelm-Institut für Physik im Herbst 1939 unter militärische Kontrolle gestellt wurde, um eine kriegstechnische Nutzung der Urkernspaltung zu prüfen, und von ihm verlangt wurde, die deutsche Staatsbürgerschaft anzunehmen, wechselte er im Jänner 1940 an die Cornell University in Ithaca, New York. – Dieter HOFFMANN, Keine Begeisterung beim Hitlergruß, in: FAZ, 31. Juli 2011, 52.

¹⁴³ LONGERICH, Himmler, 402-405, 432-437, 449f.; GEHLER, tirol, 174-180. Bis zum 31. Dezember 1939 entschieden sich über 80 % der erwachsenen Südtiroler für die „Option“ für Deutschland, für die Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft und die Abwanderung ins Großdeutsche Reich. Der Optionszwang wurde auch als „Opfer für die deutsche Volksgemeinschaft“ interpretiert. Von den insgesamt rund 75.000 Abwanderern ließen sich rund 35.000 in Nordtirol nieder, die übrigen verteilten sich auf Vorarlberg, Salzburg, Oberösterreich, Kärnten, die Steiermark, Böhmen, Mähren und Luxemburg.

Hitler verpflichtet war. Bereits im Jänner 1929 von Hitler zum „Reichs-S.S.-Führer“ ernannt, blieb Himmler vorerst der neuen SA-Führung unter Ernst Röhm unterstellt. Während die SA vor allem junge Männer aus dem unteren Mittelstand und der Arbeiterschaft anlockte, rekrutierte die SS eher Männer aus „besseren“ Bevölkerungskreisen. Im Sommer 1931 entschloss sich Himmler zur Einrichtung eines eigenständigen SS-Nachrichtendienstes und beauftragte den gerade wegen einer Verlobungsaffäre aus der Marine entlassenen Reinhard Heydrich mit dem Aufbau dieses „Sicherheitsdienstes“. Bereits am 22. Februar 1933 übertrug Göring SA und SS die Aufgaben einer Hilfspolizei, die sofort eigenständig mit polizeilichen Befugnissen vorging. So begann Himmler als kommissarischer Polizeipräsident von München schon im März 1933 in Dachau bei München ein Lager für „Schutzhaftgefangene“ einzurichten, zu denen vor allem Kommunisten und Sozialdemokraten, aber auch Abgeordnete der Bayerischen Volkspartei gehörten. Am 20. April 1934 wurde Himmler von Göring zum „Inspekteur der Geheimen Staatspolizei in Preußen“ ernannt, Heydrich übernahm die Führung des Geheimen Staatspolizeiamtes, das offiziell noch immer Göring unterstand. Nach den „großen Verdiensten“, die sich die SS bei der mörderischen Ausschaltung der SA-Führung am 30. Juni 1934 erworben hatte, wurde die SS eine selbständige Organisation, der SD eine komplementäre geheimpolizeiliche Organisation neben der Gestapo. Am 17. Juni 1936 ernannte Hitler Himmler zum „Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern“, was Himmler sogleich zur Schaffung der neuen Hauptämter „Sicherheitspolizei“ (unter Heydrich) und „Ordnungspolizei“ (unter Daluege) nützte. Nun begann Himmler nach und nach Ordnungspolizei, Sicherheitspolizei, Sicherheitsdienst, Kripo und Gestapo zu einem neuartigen „Staatschutzkorps“ zusammenzufassen und ab Sommer 1937 neue Konzentrationslager neben Dachau zu errichten: Buchenwald, Flossenbürg, Mauthausen, Neuengamme und das Frauen-KZ Ravensbrück. So gab es Ende 1938 bereits 238.159 SS-Männer, die zu 95 Prozent zur Allgemeinen SS gehörten. Blickt man auf die Führungselite im Reichssicherheitshauptamt, trifft man auf einige Hundert, meist akademisch gebildete Angehörige der „Generation des Unbedingten“, oft Angehörige der Schlüsseljahrgänge 1900/05, also die Jugendgeneration des Ersten Weltkrieges, die Ulrich Herbert mit den Stichworten Nüchternheit, Kühle, Härte und Sachlichkeit charakterisierte.¹⁴⁴

Noch 1934 hatte Himmler der Reichswehrrführung versichert, keine wehrpolitischen Ziele zu verfolgen, und 1935 hatten sich Admiral Wilhelm Canaris und Heydrich auf eine Abgrenzung zwischen militärischer Abwehr und ziviler „Abwehrpolizei“ geeinigt. Nachdem aber Himmler schon seit Herbst 1936 eine

¹⁴⁴ LONGERICH, Himmler, 122, 131, 143, 161, 178, 196-198, 221, 252, 257, 265; WEHLER, Gesellschaftsgeschichte 4, 630f., 656f., 750; vgl. Ruth-Bettina BIRN, Die Höheren SS- und Polizeiführer. Himmlers Vertreter im Reich und in den besetzten Gebieten (Düsseldorf 1986); Ulrich HERBERT, Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903-1989 (Bonn 1999); MAZOWER, Hitler's Empire, 232-238. 1938 besetzten adlige SS-Offiziere 18,7 % der Obergruppen-, 9,8 % der Gruppenführer- und 14,3 % der Brigadeführerpositionen. – THAMER, Verführung, 366.

„Verfügungstruppe“ aufgestellt, die Wachmannschaften der KZ zu „Totenkopfverbänden“ ausgebildet und sie in drei Standarten zusammengefasst hatte, musste Hitler per Erlass vom 17. August 1938 das Verhältnis zwischen Wehrmacht und den bewaffneten SS-Verbänden regeln. Die Verfügungstruppe sollte zu Hitlers „ausschließlicher Verfügung“ bereitstehen, die Totenkopfverbände „zur Lösung von Sonderaufgaben polizeilicher Natur“ dienen. Wenige Tage später richtete Reichskommissar Josef Bürckel in Wien eine „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“ ein und beauftragte den SD-Judenreferenten Adolf Eichmann mit der Durchführung dieser Aufgabe.¹⁴⁵

Kaum war die Sudetenkrise überwunden, setzten neuerlich antisemitische Ausschreitungen von Parteiaktivisten mit voller Wucht ein. Bereits am 27. Mai 1938 hatte sich eine tausendköpfige Meute durch Berlin gewälzt und Schaufensterläden von jüdischen Geschäften zerstört. Am 15. Juni wurden 1500 deutsche Juden in Konzentrationslager deportiert. Hitler persönlich forderte Ende Juli 1938: „In zehn Jahren müssen sie [die Juden] aus Deutschland entfernt sein.“ Am 5. Oktober 1938 wurden die Juden gezwungen, ein „J“ in ihre Pässe stempeln zu lassen. „Arische“ Geschäftsleute, von den kleinsten bis zu den größten, nahmen jede Gelegenheit wahr, sich auf Kosten ihrer jüdischen Konkurrenten Vorteile zu verschaffen. „Arische“ Ärzte und Rechtsanwälte profitierten von der Entfernung der jüdischen Kollegen aus ihren Berufen. Am 28. Oktober wurden zwischen 15.000 und 17.000 Juden aus Deutschland über die polnische Grenze abgeschoben. Einen Tag nach dem Attentat des 17-jährigen Herszel Grynszpan auf den deutschen Legationssekretär Ernst vom Rath in Paris – ein Racheakt für die Abschiebung seiner aus Polen stammenden Eltern – putschten am 9. November 1938 Goebbels und Himmler in München die Gruppenführer der SS und andere führende Parteigenossen zum rücksichtslosen Vorgehen gegen die deutschen Juden auf. Überall in Deutschland versammelten sich Parteigenossen zum 15. Jahrestag des Putschversuchs Hitlers im Jahre 1923. Goebbels gab die interne Weisung Hitlers weiter: „Demonstrationen weiterlaufen lassen. Polizei zurückziehen. Die Juden sollen einmal den Volkszorn zu verspüren bekommen.“ Heydrich wies die Dienststellen der Sicherheitspolizei und des SD an, die „Demonstrationen gegen die Juden“ nicht zu verhindern, sondern lediglich Angriffe, Plünderungen und Brände in nichtjüdischen Einrichtungen zu vereiteln. In dieser blankes Entsetzen erregenden Reichspogromnacht vom 9. auf den 10. November wurden mindestens 91 Juden ermordet, etwa 100 Synagogen eingeäschert, mindestens 8000 jüdische Geschäfte geplündert und verheert, zahllose Wohnungen verwüstet, schließlich 25.000 bis 30.000 jüdische Männer festgenommen und in die KZs Dachau, Buchenwald und Sachsenhausen deportiert. Da die Straßen und Gehsteige der großen Städte mit den Glassplittern der Schaufensterscheiben der jüdischen Geschäfte übersät waren, sprachen die Nationalsozialisten „zynisch“ von „Reichskristallnacht“. Ian Kershaw urteilt zu Recht: „Diese Nacht der Schrecken, dieser Rückfall

¹⁴⁵ LONGERICH, Himmler, 421-425.

eines modernen Staats in die Barbarei, in längst für überwunden gehaltene Zeiten, führte der Welt die Grausamkeit des NS-Regimes untrüglich vor Augen.“¹⁴⁶

Nicht alle Deutschen waren über das Reichspogrom erfreut, auch nicht alle Nationalsozialisten. Sowohl Göring als auch der Reichswirtschaftsminister Walther Funk waren ob der sinnlosen Zerstörungen empört, die wertvolles Eigentum rücksichtslos vernichtet hätten. Aber Hitler reagierte mit der unglaublich perfiden Anordnung, drakonische wirtschaftliche Strafmaßnahmen gegen die Juden zu verhängen. Die Opfer sollten die Schäden selbst wiedergutmachen, während die Versicherungen die Entschädigungszahlungen an das Reich zu leisten hätten. Außerdem wurde den Juden eine „Kontribution“ von einer Milliarde Reichsmark auferlegt. Göring teilte diese Maßnahmen bereits am 12. November auf einer Konferenz im Luftfahrtministerium mit und fügte eine Verordnung hinzu, dass die Juden zum 1. Jänner 1939 aus dem Wirtschaftsleben ausgeschlossen werden sollten. Göring scheute sich auch nicht, am 18. November 1938 vor dem Reichsverteidigungsrat zu bestätigen, dass „durch die der Judenschaft auferlegte Milliarde und durch die Reichsgewinne bei Arisierung jüdischer Unternehmungen“ Abhilfe bei der „sehr kritische[n] Lage der Reichsfinanzen geschaffen werden könne. Gegen diesen von der Parteispitze angeordneten Raub und gegen diese staatlich gelenkte erpresserische Enteignung gab es keinerlei Opposition – nicht aus der Wirtschaft, nicht aus dem Offizierskorps, nicht aus den Kirchen. Im „Reichspogrom“ wurde zum ersten Mal nicht nur das Versagen des juristischen Systems im dualistischen Staat deutlich, sondern dass viele Deutsche bei den Brutalitäten vor ihrer Haustür einfach wegschauten. Denn für die Mehrzahl der jungen Deutschen – einschließlich der deutschen Österreicher sowie der Sudetendeutschen und anderer Volksdeutscher – bedeutete der Nationalsozialismus zu dieser Zeit nicht Diktatur, Zensur und Unterdrückung, sondern eine große gemeinsame nationale Aufgabe und frühe Verantwortung, aber auch Freiheit und Abenteuer. Hanns Martin Schleyer, der im September 1977 von der Roten Armee Fraktion entführte und ermordete deutsche Arbeitgeberpräsident, unterstrich 1942 als 27-jähriger Besatzungsfunktionär in Prag diese Denkweise: „Die uns in jungen Jahren in der Kampfzeit anerzogene Bereitschaft, Aufgaben zu suchen und nicht auf sie zu warten, der ständige Einsatz für die Bewegung auch nach der Machtübernahme haben uns früher als üblich in die Verantwortung gestellt.“¹⁴⁷

Bereits am 28. April 1938 hatte Berlin die „Anmeldung des Vermögens von Juden“ angeordnet. Alle deutschen und österreichischen Juden mussten dem zuständigen Finanzamt sämtliche Vermögenswerte über 5000 Reichsmark angemeldet. Insgesamt wurde ein Bruttovermögen von rund 8,5 Milliarden Reichsmark angegeben – neben rund 7 Milliarden Netto an ausstehenden Verbindlichkeiten; 1,19 Mil-

¹⁴⁶ TBJG, Teil 1, Bd. 3, 490 (25. Juli 1938); TBJG, Teil 1, Bd. 6, 180 (11. November 1938), zitiert nach: KERSHAW, Hitler II, 185-201; LONGERICH, Himmler, 421-425; STEINER, The Triumph, 676-681; Robert ROZEIT – Shmuel SPECTOR (eds.), Encyclopedia of the Holocaust (Jerusalem 2009) 497; vgl. Hermann GRAML, Reichskristallnacht. Antisemitismus und Judenverfolgung im Dritten Reich (München 1988).

¹⁴⁷ HACHMEISTER, Schleyer, 86; zitiert nach: ALY, Hitlers Volksstaat, 13.

liarden Reichsmark waren somit aktives Betriebskapital. Reichswirtschaftsministerium, Reichsfinanzministerium und Reichsbank drängten zu „Arisierungsverkäufen“, am 3. Dezember wurde die „Zwangsarisierung“ aller noch bestehenden jüdischen Betriebe durch behördliche Treuhänder verfügt. Allein im Jahre 1938 wurden 340 große Fabriken, 370 Großhandelsfirmen und 22 Privatbanken weit unter ihrem Wert verkauft, darunter die Bankhäuser Warburg und Bleichröder. Die „Arisierungen“ veränderten nicht zuletzt die Besitzstrukturen in den großen Einkaufsstraßen und Villengegenden Berlins, Hamburgs und Wiens. Der bei Weitem größte Profiteur der wirtschaftlichen Verfolgung des deutschen und österreichischen Judentums war aber – trotz aller Bemühungen der Deutschen Bank, der Dresdner Bank sowie der Schwerindustrie wie Flick und Mannesmann – weniger die Privatwirtschaft, sondern der Staat und damit indirekt der deutsche Steuerzahler. Daher besteht kein Zweifel, dass die Zwangseenteignung der Juden zur Linderung der angespannten Finanzlage des Deutschen Reiches beitrug. Zusätzlich kassierte der deutsche Staat im Steuerjahr 1938/39 498,5 Millionen Reichsmark an „Judenvermögensabgabe“ und 342,6 Millionen an „Reichsfluchtsteuer“, die für eine Unbedenklichkeitsbescheinigung bei beantragter Auswanderung hinterlegt werden musste.¹⁴⁸

Nun setzte eine größere Fluchtwelle unter den deutschen Juden ein, die zwischen Ende 1938 und Ende August 1939 etwa 80.000 das Reich verlassen ließ – in die Niederlande, nach Großbritannien, in die USA, nach Lateinamerika und bis in das von den Japanern besetzte Schanghai. Allein über die in Wien schon am 26. August 1938 eingerichtete „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“ organisierte SS-Sturmbannführer Adolf Eichmann die Enteignung und Vertreibung von etwa 40.000 Juden aus Österreich. Im Juli 1939 richtete er eine ähnliche Zentralstelle in Prag ein und organisierte bereits im Oktober 1939 die ersten Deportationen von Juden aus Wien, Mährisch-Ostrau und Kattowitz in die Umgebung von Lublin im Generalgouvernement.¹⁴⁹

Hitler hatte diese scharfe antisemitische Politik ausdrücklich unterstützt. Am 21. Jänner 1939 bestätigte er seine Haltung auch gegenüber dem tschechoslowakischen Außenminister František Chvalkovský: „Die Juden würden bei uns vernichtet. Den 9. November 1918 [sic!] hätten die Juden nicht umsonst gemacht, dieser Tag würde gerächt werden.“ Als Präsident Roosevelt in seiner Rede zur Lage der Nation am 4. Jänner 1939 seinen Landsleuten verdeutlichte, welche Bedrohung Staaten für die Sicherheit und Grundwerte der USA darstellten, „in denen Religion und Demokratie verschwanden“ und „Treu' und Glauben und Vernunft in den internationalen Angelegenheiten schreiendem Ehrgeiz und brutaler Gewalt Platz machten“, antwortete Hitler in seiner Reichstagsrede am 30. Jänner 1939,

¹⁴⁸ TOOZE, *Ökonomie*, 322-330; vgl. Peter LONGERICH, *Politik der Vernichtung. Eine Gesamtdarstellung der nationalsozialistischen Judenverfolgung* (München 1998) 153-225.

¹⁴⁹ Nach den Zahlen des SD hatten am 1. Jänner 1938 noch 370.000 Juden im „Altreich“ gelebt, mit dem „Anschluss“ waren knapp 200.000, mit der Angliederung des Sudetenlandes etwa 50.000 hinzugekommen. – KERSHAW, *Hitler II*, 202-206, 1125, 1130; NAIMARK, *Hass*, 90.

am 6. Jahrestag seiner Machtübernahme. Und Hitler scheute sich nicht, seine Völkermordansicht in Verbindung mit einem neuen Krieg auszusprechen:

„[...] Ich will heute wieder ein Prophet sein: Wenn es dem internationalen Finanzjudentum in und außerhalb Europas gelingen sollte, die Völker noch einmal in einen Weltkrieg zu stürzen, dann wird das Ergebnis nicht die Bolschewisierung der Erde und damit der Sieg des Judentums sein, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa.“¹⁵⁰

Was aber wollte Hitler mit Europa? – Ende April 1939 reagierte er in seiner bekannten Reichstagsrede auf ein Schreiben von Präsident Roosevelt und bemühte die Monroedoktrin: „Genau die gleiche Doktrin vertreten wir Deutsche nun für Europa.“¹⁵¹ Und nach seinen militärischen Erfolgen im Frühjahr 1940 fügte er hinzu: „Amerika den Amerikanern, Europa den Europäern.“ Der einflussreiche Staatsrechtler Carl Schmitt – der aber niemals offizielles Sprachrohr von Hitlers Politik war – hatte im April 1939 nach der Zerstörung der Versailler Ordnung eine Neuordnung der internationalen Beziehungen gefordert. Der noch bestehende, aber ohnmächtige Völkerbund sollte durch regionale Machtblöcke ersetzt werden. Die internationale Ordnung lasse sich am besten aufrechterhalten, wenn man die Erde in Regionen aufteile, die von jeweils einem einzigen Hegemon beherrscht würden, der die Pflicht habe, auf der Basis seiner herrschenden politischen Idee für Stabilität zu sorgen und äußere Einmischungen in seinen Machtbereich zu verhindern. Diese Aufgabe sollte in Europa Deutschland zufallen. Tatsächlich fand Schmitts Großraumkonzept Ausdruck im Dreimächtepakt zwischen Deutschland, Italien und Japan, denn gemäß dem Vertragstext erkannte Tokio „die Führung Deutschlands und Italiens bei der Schaffung einer neuen Ordnung in Europa“ an, während Berlin und Rom ihrerseits Japans führende Rolle in der künftigen Neuordnung im „großostasiatischen Raum“ akzeptierten. Hitlers vage Vorstellungen vom „Lebensraum“ in Osteuropa (Polen, Ukraine, Weißrussland, Baltikum), vom „Großgermanischen Reich“ (einschließlich der Niederlande, Belgiens und der skandinavischen Staaten) und vom Großwirtschaftsraum in Südosteuropa sollten einen gemeinsamen Machtkomplex schaffen. Aber sobald die USA im Dezember 1941 in den Weltkrieg eingetreten waren, wurde deutlich, dass die Kriegspartnerschaft der drei Alliierten stärker war als die mangelnde Kommunikation der Staaten des Dreimächtepaktes.¹⁵²

¹⁵⁰ ADAP, Serie D, Bd. 4, Dok. 158, 170; KERSHAW, Hitler II, 213f.; TOOZE, Ökonomie, 332f. George Mosse und Ian Kershaw sind der Meinung, dass bei allen taktischen Überlegungen seit 1919 die Vernichtung der Juden stets Hitlers Endziel gewesen sei, während Hans Mommsen und Saul Friedländer differenzierter urteilen, dass Hitler mit seiner Drohung die Westmächte zu einem Handel über die jüdische Deportation erpressen wollte. – NAIMARK, Hass, 83f., 91f.

¹⁵¹ Im Übrigen formulierte Hitler aber zurückhaltend: „[...] Ich, Herr Präsident Roosevelt, bin in einen viel bescheideneren und kleineren Rahmen gestellt. Ich kann mich nicht für das Schicksal einer Welt verantwortlich fühlen, denn diese Welt hat am jammervollen Schicksal meines eigenen Volkes keinen Anteil genommen. [...] – FEST, Hitler, 797.

¹⁵² UMBREIT, Kontinentalherrschaft, 121-135; Thomas SPECKMANN, Eine fatale Grossmachtphantasie, in: NZZ, 9. Dezember 2009, 26.

Hitler begann seinen großen Krieg gegen Polen am 1. September 1939 nicht nur als Revisionskrieg. Bereits am 23. Mai 1939 hatte Hitler die Oberbefehlshaber der Wehrmachtsteile und ihre Generalstabschefs von seinem Entschluss zum Überfall auf Polen unterrichtet und auf die unterschiedlichen Aufgaben von Politik und Militär hingewiesen: „Jede Wehrmacht bzw. Staatsführung hat den kurzen Krieg anzustreben. Die Staatsführung hat sich dagegen jedoch auch auf den Krieg von 10 bis 15jähriger Dauer einzurichten.“¹⁵³ Am 22. August erklärte er dann auf dem Berghof vor Wehrmachtsgenerälen und hohen NS-Funktionären, „dass das Kriegsziel nicht im Erreichen von bestimmten Linien [im Osten, Erg. Naimark], sondern in der physischen Vernichtung des Gegners besteht. So habe ich, einstweilen nur im Osten, meine Totenkopfverbände bereitgestellt mit dem Befehl, unbarmherzig und mitleidlos Mann, Weib und Kind polnischer Abstammung und Sprache in den Tod zu schicken.“ Und nach einigen Berichten soll er hinzugefügt haben: „Wer redet heute noch von der Vernichtung der Armenier“ [im Ersten Weltkrieg, Erg. Suppan].¹⁵⁴ Andererseits hoffte Hitler, durch den Nichtangriffsvertrag mit Stalin – mit einem von Molotov vorgeschlagenen geheimen Zusatzprotokoll über die Aufteilung Osteuropas in deutsche und sowjetische Interessensphären – das Kriegsrisiko deutlich verringert zu haben. Aber das britische Kabinett hatte die Unterstützung Polens schon am 22. August festgelegt, und Chamberlain hatte am 23. einen unmissverständlichen Brief an Hitler geschrieben. Doch Hitler war lange überzeugt, dass weder Großbritannien noch Frankreich in einen allgemeinen Krieg eintreten würden. Beck war aber nicht bereit, zu Verhandlungen nach Berlin zu kommen. So dürfte Hitler eine Kriegserklärung Großbritanniens und Frankreichs bewusst einkalkuliert haben. Nach Auslaufen des britischen und französischen Ultimatums am 3. September um 11 bzw. 17 Uhr musste er jedenfalls feststellen, dass er nicht einen „kleinen Krieg“ gegen Polen erhalten hatte, sondern einen beginnenden Weltkrieg. Denn die französische Kriegserklärung galt automatisch auch für das gesamte Kolonialreich, die britische auch für die Kolonien und Protektorate, während die anderen Länder des Commonwealth eigene Kriegserklärungen nach Berlin sandten. Nichtsdestoweniger führte die Komplizenschaft zwischen den beiden totalitären Diktatoren Hitler und Stalin zur Aufteilung Polens. Und das Handelsabkommen zwischen Berlin und Moskau vom Februar 1940 sicherte Deutschland umfangreiche Lieferungen an Tierfutter, Phosphaten, Asbest, Chrom-, Mangan- und Nickelerzen sowie Rohöl.¹⁵⁵

¹⁵³ DRZW 1, 360.

¹⁵⁴ NAIMARK, Hass, 77; Richard J. EVANS, *Das Dritte Reich*. Bd. 3: Krieg (München 2009) 27; vgl. ADAP D, Bd. 7, 171; Kevork B. BARDAKIJAN, *Hitler and the Armenian Genocide: A Review of the Historical Evidence of Complicity* (Watertown, MA 1996). Taner AKÇAM, *The Young Turks' Crime Against Humanity. The Armenian Genocide and Ethnic Cleansing in the Ottoman Empire* (Princeton 2012). Hitler hatte auch noch einen anderen verbrecherischen Vergleich parat: „Dschingis Chan hat Millionen Frauen und Kinder in den Tod gejagt, bewusst und fröhlichen Herzens. Die Geschichte sieht in ihm nur den großen Staatengründer.“ – Winfried BAUMGART, *Zur Ansprache Hitlers vor den Führern der Wehrmacht am 22. August 1939*, in: VfZ 16 (1968) 120-149.

¹⁵⁵ SCHMIDT, *Statist*, 439-464; WEINBERG, *Foreign Policy II*, 638-646; TOOZE, *Ökonomie*, 374f.; vgl.

Das nationalsozialistische Generalgouvernement erinnerte nicht im Geringssten an die deutsche Herrschaft in Russisch-Polen im Ersten Weltkrieg: „it offered no kind of model for what Hitler had in mind.“ Denn schon im September 1939 begann unter deutscher Fahne auch ein Vernichtungskrieg: Die SS-Einsatzgruppen liquidierten 16.000 polnische Männer, und Heydrich bekräftigte bereits am 7. September: die gesamten „führenden Bevölkerungsschichten Polens sollen unschädlich gemacht werden“. Gemeint waren vor allem Akademiker, Lehrer, ehemalige Offiziere und Beamte, Geistliche, Gutsbesitzer und führende Mitglieder nationalpolnischer Organisationen. Nachdem Heydrich von Hitler persönlich am 21. September den Auftrag erhalten hatte, mit dem Abtransport der deutschen Juden aus dem „Altreich“ zu beginnen, lief auch die Deportation der polnischen Juden in die Ghettos der Städte an; bis zum März 1941 sollten es 450.000 Juden in Warschau sein, weitere Hunderttausende in Łódź, Lublin, Radom und Krakau. Die Lebensbedingungen in den Ghettos waren wegen Übervölkerung, Wasser- und Nahrungsmittelmangels grauenerregend; „SS-Wachpersonal und jüdische Hilfspolizisten behandelten die Ghettobewohner mit mörderischer Brutalität“. Bereits am 27. April 1940 hatte Himmler angeordnet, ein KZ bei Auschwitz aufzubauen, in das vorerst hauptsächlich Polen eingesperrt wurden.¹⁵⁶

Trotz Vergrößerung des deutschen Gebietes im Osten über die Grenzen von 1914 hinaus löschte für zahllose Deutsche erst der unerwartet schnelle Sieg im Westen die „Schmach von Versailles“ aus. Hitler hatte sich – nach unfreiwilligem Bekanntwerden des ursprünglichen Angriffsplanes im belgischen Generalstab – gegen eine Adaption des Schlieffenplanes und für den riskanteren „Sichelschnitt“ des Generals Erich von Manstein entschieden. Nach anfänglicher Nervosität¹⁵⁷ war der „Führer“ bald „außer sich vor Begeisterung“, und der Führermythos erreichte seinen äußersten Höhepunkt. Der Waffenstillstand wurde in Anwesenheit Hitlers am 22. Juni 1940 in einem Eisenbahnwaggon nahe Compiègne unterzeichnet – am selben Ort in eben jenem Waggon, in dem die Deutschen 22 Jahre zuvor ihre Niederlage besiegeln hatten müssen. Hitlers Rückkehr nach Berlin unter Jubel, Blumen und Glockengeläut wurde zu einem Triumphzug. „Jedermann glaubt“, hieß es in einem sozialdemokratischen Geheimbericht, „der Führer kann alles“. Im Sommer 1940 tauchte auch der Begriff des „Größten Feldherrn aller Zeiten“ auf, der später mit der Abkürzung „Gröfaz“ verballhornt wurde. Aber die Vernichtung des britischen Expeditionskorps⁷ und der Sieg in der Luftschlacht um England gelangen nicht. Damit ging der Krieg gegen Churchill

Richard OVERY, Die letzten zehn Tage. Europa am Vorabend des Zweiten Weltkriegs. 24. August bis 3. September 1939 (München 2009); STEINER, The Triumph, 908-917, 995-1009.

¹⁵⁶ WEHLER, Gesellschaftsgeschichte 4, 847-851, 887f.; MAZOWER, Hitler's Empire, 65-70; SCHWARTZ, Ethnische „Säuberung“, 543f.; NAIMARK, Hass, 93.

¹⁵⁷ Generalstabschef Franz Halder schrieb am 17. Mai 1940 in sein Tagebuch: „Ein recht unerfreulicher Tag. Der Führer ist ungeheuer nervös. Er hat Angst vor dem eigenen Erfolg. Er tobt und brüllt, man sei auf dem Wege, die ganze Operation zu verderben.“ – Franz HALDER, Kriegstagebuch. Tägliche Aufzeichnungen des Chefs des Generalstabes des Heeres 1939-1942, hg. von Hans-Adolf Jacobsen, 3 Bde. (Stuttgart 1962-1964).

weiter, und Hitler musste mit zunehmender britisch-amerikanischer Zusammenarbeit rechnen. Mehr Erfolg brachten das Afrikakorps unter General Erwin Rommel in Libyen und die schnelle Eroberung Jugoslawiens und Griechenlands im April und Mai 1941. Im Übrigen erfolgte der Krieg in Nordafrika, ebenso wie zuvor im Westen, im Wesentlichen nach den Regeln des Kriegsrechtes, was für die Besatzungspolitik in Jugoslawien und Griechenland nicht mehr galt. Bereits im Herbst 1941 gab es in Serbien – mit Berufung auf einen von Hitler approbierten Befehl Keitel – über 11.000 Geislerschießungen, zusätzlich die Ermordung Tausender serbischer Juden.¹⁵⁸

Hitler hatte sich schon längst auf „seinen Krieg“ vorzubereiten begonnen, auf das Unternehmen „Barbarossa“ mit dem größten Offensivheer der Weltgeschichte, nicht weniger als 3,050.000 Soldaten, dazu die Truppen der rumänischen, ungarischen und finnischen Verbündeten. Die peniblen Fragen des sowjetischen Außenministers Molotov während seines Besuchs in Berlin, Mitte November 1940, dürften Hitler in seinem Entschluss bestärkt haben.¹⁵⁹ Ein schneller Eroberungsfeldzug gegen die Sowjetunion sollte den „letzten Festlanddegen“ Englands ausschalten, „Lebensraum“ im Osten schaffen, das Großdeutsche Reich autark machen und die jüdisch-bolschewistische Führungsschicht ausrotten. Wehrmacht, Waffen-SS und SS-Einsatzgruppen erhielten klare Vernichtungsbefehle, die reguläre Kriegsgerichtsbarkeit wurde aufgehoben, Hitlers berüchtigter Kommissarbefehl vom 6. Juni 1941 verlangte von der Truppe, jüdisch-bolschewistische Funktionäre „auf der Stelle mit der Waffe zu erledigen“. Im höheren Offizierskorps herrschte weitgehend Konsens über die Notwendigkeit eines antibolschewistisch-antijüdischen Vernichtungskrieges, der die Basis „für die enge Kooperation von Wehrmacht, SS und ‚Einsatzgruppen‘ bei den Mordaktionen bildete“. Erst als die Rote Armee die deutsche Offensive knapp vor Moskau zum Stehen bringen und ihrerseits zum Gegenangriff übergehen konnte, verlor Hitler erstmals die „Aura der Unberührtheit“. Aber Hitler freute sich über den japanischen Überfall auf die US-Flotte in Pearl Harbour und erklärte nach wenigen Tagen den USA den Krieg. Aus Hitlers manichäischer Sicht war „Roosevelt mit seinen Freimaurern, Juden und dem gesamten jüdischen Bolschewismus“ der „Hauptschuldige“ am Krieg, und das „Dritte Reich“ begann den Krieg gegen die Sowjetunion, Großbritannien und die USA mit dem Krieg gegen die Juden zu verflechten. Goebbels hielt in seinem Tagebuch ein Treffen Hitlers mit Reichsleiter Bormann und Gauleitern in seinen Berliner Privatgemächern am 12. Dezember 1941 fest:

„Bezüglich der Judenfrage ist der Führer entschlossen, reinen Tisch zu machen. Er hat den Juden prophezeit, dass, wenn sie noch einmal einen Weltkrieg herbeiführen würden, sie dabei

¹⁵⁸ THAMER, Verführung, 644-650; WEHLER, Gesellschaftsgeschichte 4, 853f., 872, 877; SCHMIDT, Statist, 484-492; Aktennotiz Bev. Kmdr. Gen. in Serbien (Oblt. Rudolph), Belgrad, 20.12.1941, BA/MA, RW 40/23a.

¹⁵⁹ Molotov fragte u. a. nach dem Hintergrund des zunehmenden deutschen Einflusses in Finnland, Rumänien, Bulgarien und der Türkei und verwies auf die russischen Interessen am Balkan und am Schwarzen Meer. – SCHMIDT, Statist, 515-526.

ihre Vernichtung erleben würden. Der Weltkrieg ist da, die Vernichtung des Judentums muss die notwendige Folge sein“.¹⁶⁰

Der Völkermord an den Juden war jedoch längst im Gange. Denn hinter den deutschen Angriffstruppen ereigneten sich bereits seit dem Sommer 1941 Massenerschießungen durch SS-Einsatzgruppen in der Ukraine, in Weißrussland und in Litauen, gingen im ersten Halbjahr 1942 weiter und erreichten bald eine Million überwiegend jüdische Männer, Frauen und Kinder. Ab Mai 1942 ging auch die Wehrmacht wieder zur Offensive über, eroberte die östliche Ukraine und die Krim und marschierte in Richtung der Ölfelder am Kaspischen Meer und in Richtung Stalingrad. Mit den in diesen Gebieten vorhandenen Rohstoffen und Nahrungsmitteln sollte auch der Krieg gegen Großbritannien und den USA fortgeführt werden können. Aber der Untergang von 250.000 deutschen Soldaten bei Stalingrad – darunter auch dreier „österreichischer“ Divisionen¹⁶¹ – wurde zum Symbol des Wendepunktes mitten im Krieg. Gleichzeitig sollten von insgesamt 5,7 Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen 3,3 Millionen hinter der Front oder in deutschen Lagern sterben. Und für jeden toten deutschen Soldaten im Partisanenkrieg sollten bis zu 100 Geiseln erschossen werden.¹⁶²

Hatte die Kampfmoral der Wehrmacht bis Stalingrad wesentlich mit einer besseren Ausbildung, einem gewissen Überlegenheitsgefühl und einem gewissen Maß an Führergläubigkeit zu tun, so sind die unglaubliche Kräftermobilisierung und das Durchhaltevermögen im „totalen Krieg“ (Joseph Goebbels) nach wie vor höchst erklärungsbedürftig. Hitlers und Goebbels Fanatismus gelang es offensichtlich, „die Nation über alle Klassen-, Konfessions-, Alters- und Geschlechtergrenzen hinweg auf das tödliche Projekt ihres ‚Führers‘ hin zu mobilisieren“. Im Jänner 1943 wurde für die weibliche Bevölkerung zwischen 17 und 45 die Dienstverpflichtung eingeführt. Nur einer kleinen Zahl von Eingeweihten war bewusst, dass das bald an drei Hauptfronten engagierte Großdeutsche Reich vor einer Vielzahl nicht mehr zu lösender Probleme stand: die zusehends schwieriger zu steuernde Kriegswirtschaft, das immer hoffnungslosere Bemühen um Rekrutierung der benötigten Soldaten und Arbeitskräfte sowie die immer mühsamere Beherrschung der besetzten Gebiete. „In der Notsituation des Deutschen Reiches, die sich hinter dem Schlagwort des ‚totalen Krieges‘ verbarg, wurde das irrationale, inhumane und verbrecherische Wesen des NS-Regimes unübersehbar.“¹⁶³

¹⁶⁰ TBJG II, 498f.; TOOZE, *Ökonomie*, 579f., 765.

¹⁶¹ Die drei Divisionen kamen überwiegend aus Wien, Niederösterreich und Oberösterreich. – Vgl. Richard GERMANN, „Österreichische Soldaten“ in Ost- und Südosteuropa 1941-1945. Deutsche Krieger, nationalsozialistische Verbrecher, österreichische Opfer? (Phil. Diss. Wien 2006).

¹⁶² BARTOV, *Hitlers Wehrmacht*, 27-50; WEHLER, *Gesellschaftsgeschichte* 4, 856-874; NAIMARK, *Hass*, 100-103; TOOZE, *Ökonomie*, 640, 670-676. Omer BARTOV, *Hitlers Wehrmacht*, 10, ist zuzustimmen, dass die Erfahrungen an der Ostfront „für die Wehrmacht als Ganzes entscheidend waren, ja sogar für die deutsche Gesellschaft im und nach dem Krieg“.

¹⁶³ KROENER, MÜLLER, UMBREIT, *Zusammenfassung*, 1003; STEINBACHER, *Frauen*, 138f. Etwa 400.000 „Maiden“ des Reichsarbeitsdienstes waren im Sommer 1944 an den Scheinwerferbatterien der

Im eigenen Land ging zwar Hitlers Popularität nach dem Stalingrad-Debakel deutlich zurück, aber seine Autorität bestand weiter. Kritik, Spott und Wut richteten sich hauptsächlich gegen seine Paladine – so gegen den Reichsmarschall und Reichsjägermeister Göring, gegen Reichsaußenminister Ribbentrop, gegen Generalfeldmarschall Paulus, vor allem auch gegen viele „Goldfasane“: gemeint waren NSDAP-Bonzen in ihren überladenen Uniformen. Hitler aber hatte am 19. Dezember 1941 auch den Oberbefehl des Heeres übernommen und verlangte vom Heer den „fanatischen Willen zur Verteidigung des Bodens, auf dem die Truppe steht“. Generäle, die ihre Truppen eigenmächtig zurücknahmen, vor allem um einer Einkesselung zu entgehen, wurden sofort ihres Kommandos enthoben. Die große Mehrheit der Soldaten sah sich an den Eid gebunden, führte auch nach Stalingrad den Kampf als Verteidigung des Landes gegen den bolschewistischen Feind und hegte tiefsitzenden Groll gegen den Bomberkrieg der Alliierten. Auch die Mehrheit der Bevölkerung machte sich noch immer Hoffnungen auf einen glimpflichen Ausgang des Krieges oder – nach Einsatz der „Wunderwaffen“ – sogar auf den „Endsieg“.¹⁶⁴

Nach Stalingrad, als die monatliche Fatalitätsrate der Wehrmacht an der Ostfront wieder deutlich zurückging und im Juni 1943 auf die niedrigste Zahl an Gefallenen während des gesamten deutsch-sowjetischen Krieges sank, verlangte Hitler einen soziopolitischen Umbau des Offizierskorps. Galten für die Offizierslaufbahn bis Ende 1941 in erster Linie das Abitur (bzw. die österreichische Matura) und die Seniorität, so traten nun Frontbewährung und ideologische Zuverlässigkeit in den Vordergrund. Bis Anfang 1945 drängte sich förmlich der Nachwuchs zur Offizierskarriere, und diese fronterfahrenen, führergläubigen und fanatisierten jungen Offiziere erwiesen sich bis zum April 1945 als weitgehend immun gegen jede Aufweichung der Kampfmoral. Sie stellten sich seit Dezember 1943 auch für die Imitation des sowjetischen Politkommissars, den „nationalsozialistischen Führungsoffizier“, bereitwillig zur Verfügung. Das erstaunliche Durchhaltevermögen der Wehrmacht hing daher auch mit diesem neuen Offizierstypus zusammen, der als oft kompetenterer Troupier – mit zum Teil moderneren Kampftechniken – und zugleich Weltanschauungskrieger Hitlers Ideal von einer neuen Militärelite verkörperte.¹⁶⁵

Flak eingesetzt, rund 500.000 Wehrmachthelferinnen taten Anfang 1945 ihren Dienst, genauso viele waren beim Reichsluftschutzbund tätig, 400.000 weitere Frauen und Mädchen befanden sich beim Deutschen Roten Kreuz im Kriegseinsatz.

¹⁶⁴ KROENER, MÜLLER, UMBREIT, Zusammenfassung, 1004; Rainer BLASIUŠ, Der Selbstuntersteller, in: FAZ, 19. Dezember 2011, 10. Es gab freilich auch kritische Bürger, die Tagebuch über die Verlogenheit der NS-Propaganda und die Verbrechen des NS-Regimes führten. Vgl. Victor KLEMPERER; Markus ROTH, Sascha FEUCHERT, Robert KELLNER, Erwin LEIBFRIED und Jörg RIECKE (Hgg.), „Vernebelt, verdunkelt sind alle Hirne“. Die Tagebücher von Friedrich Kellner (Göttingen 2011).

¹⁶⁵ WEHLER, Gesellschaftsgeschichte 4, 878-881, 1130; TOOZE, Ökonomie, 592f. Wehler konstatiert daher zu Recht: „Es ist eigentümlich, dass mehr als ein halbes Jahrhundert nach dem Zweiten Weltkrieg noch keine Monographie über die Kampfmoral der Wehrmacht unter dem Einfluss des Führermythos vorliegt. Dazu muss man allerdings auf die Idee vom ‚schwachen Diktator‘ verzichten und statt dessen Hitlers Wirkung als Charismaträger zur Geltung bringen.“ – Der These

Man sollte dabei Hitlers Wirkung als *empire-builder* nicht übersehen. Noch Ende 1938 beherrschte er einen Nationalstaat, den er aber ab 1939 durch kriegerische Expansion in ein Vielvölkerimperium verwandelte. „Das neue Großdeutsche Reich werde 135 Millionen Menschen umfassen und weitere 150 Millionen beherrschen“, und zwar in einem nach rassistischen Prinzipien gestalteten europäischen Großraum, und sich wirtschaftlich selbst genügen, sagte Hitler am 16. September 1941 zu Botschafter Otto Abetz. Dieses Kriegsimperium Mitte 1943 von tatsächlich nahezu drei Millionen km² mit über 250 Millionen Einwohnern – die heutigen Staaten Norwegen, Dänemark, Niederlande, Belgien, Luxemburg, Frankreich, Italien, Griechenland, Albanien, Makedonien, Montenegro, Serbien, Slowenien, Tschechien, Polen, Ukraine, Belarus, Litauen, Lettland und Estland (dazu die verbündeten Staaten Finnland, Rumänien, Ungarn, Slowakei, Kroatien und Bulgarien) –, das Hitler in kürzester Zeit errichtet hatte, war nach seinem Verständnis die zweite Etappe der nationalsozialistischen Revolution. Obwohl bis heute diskutiert wird, ob er „lediglich“ ein großdeutscher Nationalist bis zum bitteren Ende blieb, muss konstatiert werden, dass die Deutschen im Herbst 1942 (einschließlich Nordafrikas) „were in command of a landmass larger than the USA [traf nicht zu! Anm. Suppan], and more densely populated and more economically productive than anywhere else in the world“. So schuf Hitler nicht nur einen gesamtdeutschen Einheitsstaat (mit Ausnahme der deutschen Südtiroler, der Karpatendeutschen, der Ungarndeutschen, der Rumäniendeutschen und der Deutschen im Banat und in Kroatien), sondern richtete seine geopolitischen Zielsetzungen „on mastery of the Eurasian landmass as the only conceivable way for Germany to rival the United States or Britain“.¹⁶⁶

Hitlers nach Osten gerichteter Lebensraumimperialismus sollte dem „Großgermanischen Reich“ kriegswichtige Rohstoffe (Erze, Erdöl, Kohle) und Agrarprodukte (Getreide, Tierfutter), Absatzmärkte und Siedlungsgebiete verschaffen. Nach dem „Generalplan Ost“ und einem nachfolgenden „Generalsiedlungsplan“ sollten allein von der slawischen Bevölkerung westlich des Urals 45 Millionen nach Osten „evakuiert“ werden, wobei eine Verlustquote von 30 Millionen einkalkuliert wurde. Für die Juden im gesamten „Ostraum“ aber war seit dem Sommer 1941 im Zeichen des Rasse- und Vernichtungskrieges totale Auslöschung vorgesehen. Hitlers tödlicher Judenhasse fand sich bei einer ganzen Reihe von

BARTOV, Hitlers Wehrmacht, 51-92, dass die Gegenoffensive der Roten Armee im Dezember 1941 alle „Primärgruppen“ der Wehrmacht – gemeint sind die nach Regionen aufgestellten Regimente und Divisionen – zerstört habe, ist trotz der hohen Verluste nicht zuzustimmen, da es doch laufende Ersatz aus der „Heimat“ gab und bestimmte Divisionen, etwa aus österreichischen Regionen, auch noch 1944 durchaus Primärgruppen-Charakter aufwiesen. – Vgl. GERMANN, „Österreichische Soldaten“ (2006).

¹⁶⁶ MAZOWER, Hitler's Empire, 1-12; BABEROWSKI – DOERING-MANTEUFFEL, Ordnung, 15-18; UMBREIT, Herrschaft, 5; Hans-Ulrich THAMER, Das Dritte Reich, in: Imperien und Reiche in der Weltgeschichte, Stiftung Universität Hildesheim, 30. April 2010; vgl. Max HASTINGS, Finest Years: Churchill as Warlord 1940-1945 (London 2009).

SS-Führern wieder, die dem „Führer“ bereitwilligst „entgegenarbeiteten“. Bereits am 31. Juli 1941 erteilte Reichsmarschall Göring dem SS-Obergruppenführer Heydrich den von diesem vorformulierten Auftrag, die Vorbereitungen „für eine Gesamtlösung der Judenfrage im deutschen Einflussgebiet in Europa“ zu treffen. Das Unternehmen „Barbarossa“ sollte die Möglichkeit bieten, die Juden nach Sibirien abzuschicken. Heydrich bezeichnete im Februar 1942 vor hohen NSDAP-Funktionären in Prag den Gulag im Norden als „zukünftig ideales Heimatland der 11 Millionen Juden aus Europa“.¹⁶⁷

Am 25. Oktober 1941 saß Hitler mit Himmler und Heydrich bei Tisch und knüpfte an einen Befehl Himmlers an die 1. SS-Kavalleriebrigade hinsichtlich der Behandlung der Bewohner in den Pripjetsümpfen an:

„Vor dem Reichstag habe ich dem Judentum prophezeit, der Jude wird aus Europa verschwinden, wenn der Krieg nicht vermieden bleibt. Diese Verbrecherrasse hat die zwei Millionen Toten des Weltkrieges auf dem Gewissen, jetzt wieder Hunderttausend. Sage mir keiner: Wir können sie doch nicht in den Morast schicken! Wer kümmert sich denn um unsere Menschen? Es ist gut, wenn uns der Schrecken vorangeht, dass wir das Judentum ausrotten.“¹⁶⁸

Himmler selbst bestätigte ab dem Herbst 1941 mehrmals in Reden vor Gauleitern, Generälen und SS-Führern, dass ihm Hitler die Durchführung der Judenvernichtung anvertraut habe. Einerseits fanden die Massenmorde in aller Öffentlichkeit statt, und Täter wie Gaffer schickten Schnappschüsse von Exekutionen in die Heimat oder zeigten sie Angehörigen und Freunden beim Fronturlaub. Andererseits gab es für den beispiellosen Völkermord aber auch ein hohes Maß an Tarnung. Ab dem Herbst 1941 entstanden in Auschwitz, Majdanek, Belzec, Chelmno (Kulmhof), Sobibor und Treblinka große Vernichtungslager, in deren Gaskammern das Gas Zyklon B zum tödlichen Einsatz kam. So wurden bis Anfang November 1944 in Chelmno 150.000, in Majdanek 200.000, in Sobibor bis zu 200.000, in Belzec 550.000, in Treblinka bis zu 750.000 und in Auschwitz etwa eine Million Juden ermordet. Obwohl die Transportkapazitäten der Reichsbahn immer dringender für die Kriegführung benötigt worden waren, hatte rollendes Material für Transporte aus dem gesamten besetzten Europa bereitgestellt werden müssen – etwa für den Transport der griechischen Juden aus Saloniki über Skopje, Belgrad, Agram, Graz, Wien und Mährisch Ostrau nach Auschwitz. Auch der Einsatz von Juden als industrielle Arbeitskräfte kam lange Zeit nicht in Frage, 1943 gab es erst 300.000 von der SS ausgeliehene KZ-Arbeiter, 1944 schon 700.000. Hitler und seine Paladine waren sich durchaus bewusst, „dass die ungeheuerliche Dimension des Judenmords, weit über einen Tabubruch hinaus, eine geheimhin unvorstellbare Verletzung zivilisatorischer Normen bedeutete“. Goebbels gestand sich in seinem Tagebuch ein: „Wir haben sowieso so viel auf dem Kerbholz, dass

¹⁶⁷ Peter WITTE, Michael WILDT et al. (Hgg.), *Der Dienstkalender Heinrich Himmlers 1941/42* (Hamburg 1999) 353; NAIMARK, *Hass*, 97; TOOZE, *Ökonomie*, 538-549.

¹⁶⁸ JOCHMANN, *Monologe*, 106-108; EVANS, *Krieg*, 306f.

wir siegen müssen, weil sonst unser ganzes Volk, wir an der Spitze, [...] ausradiert wird.“¹⁶⁹

AufeinervonHimmlerundHeydricheinberufenenKonferenzderStaatssekretäre und hohen Beamten aller mit der „Judenfrage“ befassten obersten Reichsbehörden, der berüchtigten Wannsee-Konferenz am 20. Jänner 1942, ging es nicht mehr um die Frage, ob die europäischen Juden „beseitigt“ werden sollten, sondern um das von Heydrich vorgeschlagene zweistufige Vorgehen: zuerst „Vernichtung durch Arbeit“, dann „Sonderbehandlung“. Der „Judenreferent“ im Reichssicherheitshauptamt, SS-Obersturmbannführer Adolf Eichmann, protokollierte sowohl den allgemeinen „Vernichtungskonsens“ als auch das Abschieben der Verantwortung „nach oben“. Obwohl Himmler und Heydrich strengste Geheimhaltung befohlen hatten, waren an der „Endlösung“ Tausende von SS-Männern, Angehörige des Sicherheitsdienstes und der Sicherheitspolizei, KZ-Wachmannschaften, Gestapo- und Kripoangehörige, Ordnungspolizisten, Gendarmen und Feldpolizisten sowie Experten des SS-Imperiums direkt beteiligt. Ihnen standen lettische, litauische, ukrainische, rumänische, ungarische, slowakische, kroatische und französische „Hilfswillige“ und andere Schergen bereitwillig zur Seite. Darüber hinaus gab es Hunderttausende Wehrmachtsangehörige, Reichsbahnangestellte und in der Rüstungsindustrie Tätige, die zumindest Beobachter, teilweise Mithelfer, teilweise sogar Mittäter an diesem Massenmord gewesen sind. Nur vereinzelte Männer verweigerten sich der Teilnahme an Massenerschießungen.¹⁷⁰ – Andererseits spielte das verheerende Schicksal der Juden während des Krieges bei der Masse der deutschen Bevölkerung so gut wie keine Rolle in ihrer Meinungsbildung. Die vorherrschende Handlungsweise bestand jedenfalls im Nichthandeln. Die „Volks-genossen“ waren von der Bewältigung der Kriegseinwirkungen absorbiert, moralisch abgestumpft und hatten den Völkermord kollektiv verdrängt.¹⁷¹

Die kriegsähnliche Friedenswirtschaft war bereits im September 1939 auf kriegswirtschaftliche Steuerung umgestellt worden, vorerst aber lediglich auf eine „Blitzkriegswirtschaft“ (Alan S. Milward). Denn noch kämpfte die Privatwirtschaft verbissen darum, politische Machtverschiebungen zugunsten „staatssozialistischer“ Elemente zu verhindern. Eine völlige Unterordnung der gesamten Kriegswirtschaft unter die Rüstungsproduktion begann erst mit der Bildung eines zivilen Rüstungsministeriums unter Leitung des Ingenieurs Fritz Todt und wurde vor allem von seinem Nachfolger und Hitler-Protégé Albert Speer, einem ausgebilde-

¹⁶⁹ Eugen KOGON, *Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager* (Stuttgart – Hamburg – München 1974); HILBERG, *Vernichtung* 3, 1299; TOOZE, *Ökonomie*, 601-607.

¹⁷⁰ WEHLER, *Gesellschaftsgeschichte* 4, 896-898; Protokoll, 20. Januar 1942, in: *Odsun* 2, 268-272; vgl. Christopher R. BROWNING, *Ganz normale Männer. Das Reserve-Polizeibataillon 101 und die „Endlösung“ in Polen* (Reinbek bei Hamburg 1993).

¹⁷¹ Birthe KUNDUS, *Der Holocaust. Die „Volksgemeinschaft“ als Verbrechensgemeinschaft?*, in: Thamer – Erpel, *Hitler und die Deutschen*, 130-135; vgl. Marlis G. STEINERT, *Hitlers Krieg und die Deutschen. Stimmung und Haltung der deutschen Bevölkerung im Zweiten Weltkrieg* (Düsseldorf 1970).

ten Architekten, ab Februar 1942 konsequent umgesetzt. Denn der Weltkrieg mit seinem interkontinentalen Rüstungswettlauf, den Hitler unbedingt hatte vermeiden wollen, erforderte eine radikale Umstellung der deutschen Rüstungspolitik und die totale Mobilisierung der Kriegswirtschaft zugunsten der „Kriegsbedürfnisse“. Bei Speers Aufstieg zum zweitmächtigsten Mann war die Kräftekonzentration in einem militärisch-industriellen Komplex nicht von seinem persönlichen Verhältnis zum „Führer“ zu trennen, also Rationalität nicht von Irrationalität. Ohne die Autorität Hitlers wäre Speer seinen Konkurrenten und Widersachern schnell zum Opfer gefallen, Speer pflegte aber auch enge Arbeitsbeziehungen zu Himmler. Andererseits war der Rüstungsminister weder der bedenkenlose Einpeitscher für die Rüstungswünsche des Diktators noch eine „Marionette des Großkapitals“. Speer setzte auf eine Verbindung von zentraler Planung und dezentralisierter „Selbstverantwortung“ seitens neuer Manager-Unternehmer und erreichte bis August 1944 eine Verdreifachung der deutschen Rüstungsproduktion. Dabei lösten seine Rüstungsmanager die Bürokraten und Offiziere in der Steuerung der Kriegswirtschaft weitgehend ab. Hierbei beschränkten sich Speers Eingriffe in das Privateigentum und die Autonomie der Unternehmer auf das kriegsbedingte Maß und ließen eine Rückkehr zu einer freien Unternehmerwirtschaft prinzipiell offen. Kein Zweifel, dass dieses System unternehmerischer Selbstverantwortung für die deutsche Privatwirtschaft eher akzeptabel war als die „graue“ Kommandowirtschaft der Wehrmachtsbürokratie oder das „schwarze“ Wirtschaftsimperium der SS.¹⁷²

Speers „Rüstungswunder“ war eminent wichtig für das Hitlerregime, baute aber nicht nur auf neuen Waffenprogrammen – vor allem das Adolf-Hitler-Panzer-Programm mit den neuen Jagdpanzern „Tiger“ und „Panther“, die „Vergeltungswaffe 2“ und die Me 262, das erste Strahlflugzeug – , sondern auch auf gekonnten Propagandashows in Wochenschauen aus Werkshallen. Doch mit den schweren Luftangriffen der britischen und amerikanischen Bomberflotten auf das Ruhrgebiet zwischen März und Juli 1943 wurde die Ruhrindustrie als wichtigster Lieferant Europas für Kokskohle und Stahl teilweise ausgeschaltet. In der Gesamtproduktion des Jahres 1944 besaßen die drei Hauptalliierten USA, Großbritannien und Sowjetunion gegenüber dem „Dritten Reich“ bereits uneinholbare Materialüberlegenheiten: bei Kampfflugzeugen 3,7:1, bei Panzern 3:1, bei der Artillerie, Maschinengewehren und Gewehren zwischen 2,1:1 und 2,7:1, bei der Stahlproduktion 4,5:1.¹⁷³

Freilich gelang Speers Rüstungswirtschaft nur durch Substanzverzehr der deutschen Volkswirtschaft und durch rücksichtslosen Einsatz von bis zu acht Millionen „Fremdarbeitern“ – überwiegend aus Polen, der Ukraine, Frankreich,

¹⁷² KROENER, MÜLLER, UMBREIT, Zusammenfassung, 1009-1018; TOOZE, Ökonomie, 634-647; vgl. Albert SPEER, Erinnerungen (Berlin 1969). Vgl. auch den von Fritz Sauckel in seiner Eigenschaft als Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz initiierten „Erlass des Führers über den umfassenden Einsatz von Männern und Frauen für die Reichsverteidigung vom 13. Januar 1943“.

¹⁷³ TOOZE, Ökonomie, 681-685, 708-711, 732-735.

Italien und Jugoslawien – und ebenso rücksichtsloser Ausbeutung des besetzten Europas. Die „realen Leistungen der besetzten Gebiete“ an Geld, Rohstoffen (Getreide, Industriepflanzen, Holz, Metalle, Bauxit, Vieh, Butter, Fette) und Fertigprodukten kamen aber nicht aus dem westlichen Russland oder Polen, sondern aus Frankreich, Belgien, den Niederlanden, Dänemark, dem Protektorat, Rumänien, Ungarn und Italien. So benötigte die deutsche Kriegswirtschaft besonders das schwedische und das ukrainische Eisenerz, die französische, belgische und luxemburgische Stahlindustrie, französische und tschechische Panzer und Lokomotiven, das norwegische Aluminium, die dänische Butter, das rumänische Erdöl, das serbische Kupfer und Flugabwehrgeschütze aus der Schweiz. Außerdem stahl das Deutsche Reich im Zweiten Weltkrieg nach neuesten Berechnungen bis zu 444 Tonnen Gold, von denen der weitaus größte Teil (rund 430 Tonnen) aus den Tresoren der Nationalbanken besetzter Länder stammte. Der Goldraub des „Dritten Reiches“ diente unmittelbar der Kriegsfinanzierung. Diese bedeutenden Lieferungen machten zum Teil auch die mit den alliierten Bomberangriffen seit 1942 einsetzenden Zerstörungen deutscher Industriebetriebe wett. Vor allem die nächtlichen britischen Flächenbombardements auf großstädtische Wohnquartiere brachen keineswegs den Widerstandswillen der Zivilbevölkerung, sondern steigerten eher noch ihren Trotz. So konnte die Goebbels'sche Propaganda sogar noch die Zerstörung Dresdens im Februar 1945 nutzen. Freilich sollte man nicht den Raubbau am Bevölkerungspotential der eigenen nächsten Generation übersehen, der Jugendlichen und Kinder in den Kriegsjahren.¹⁷⁴

Obwohl das Ziel Hitlers und der Nationalsozialisten, „Herren in Europa“ zu werden, Mitte 1943 fast erreicht zu sein schien, war das „Großgermanische Reich“ zu keiner dauerhaften Herrschaftsbildung fähig. „Das nationalsozialistische Politik- und Herrschaftsverständnis, das für die kurzfristigen Erfolge im Inneren wie in der Außenpolitik mitentscheidend war, beschleunigte zugleich den Zerfall des Reiches. Denn wie im Inneren die charismatische Herrschaft Hitlers trotz der raschen Machtmonopolisierung und der anhaltenden Massenzustimmung zu keiner dauerhaften Institutionalisierung der NS-Herrschaft fähig war, so erlaubte das nationalsozialistische Konzept der rassistischen Neuordnung und der Ausplünderung der im Lebensraumkrieg eroberten Völker auch keine dauerhafte Imperiumsbildung. Die Mechanismen, die zu Machteroberung und Machtverfall führten, waren durch die polykratischen Strukturen des NS-Regimes und sein sozialdarwinistisches Politikverständnis bestimmt, das zwar kurzfristig eine bis dahin ungekannte Dynamik und Radikalisierung entwickelte, aber auf der Auflösung rationaler Formen von Herrschaft und Politik basierte, die dann auch neben allen machtpolitischen und militärischen Realitäten den inneren Machtverfall be-

¹⁷⁴ WEHLER, Gesellschaftsgeschichte 4, 915-933; TOOZE, Ökonomie, 442-447, 596-598; Thomas SANDKÜHLER, Krieg, Kampf um „Lebensraum“ und Vernichtung. Der nationalsozialistische Krieg, in: Thamer – Erpel, Hitler und die Deutschen, 122-129; Jörg FRIEDRICH, Der Brand. Deutschland im Bombenkrieg 1940-1945 (München 2002).

schleunigten und den Untergang nicht nur von Hitlers Imperium, sondern auch des Deutschen Reiches herbeiführten.“ Letzten Endes hatte die deutsche Herrschaft in den besetzten Gebieten auf den „Spitzen der Bajonette“ von Wehrmacht, SS und NSDAP beruht, die in ihrer oft improvisierten Skrupellosigkeit den meisten Einwohnern „so verhängnisvolle Folgen wie materielle Einbußen, erschwerte Lebensbedingungen, Demütigungen, Rechtsunsicherheit und vielfältige Zwangsmaßnahmen bis zur Bedrohung ihrer physischen Existenz“ bescherten.¹⁷⁵

Zum Niedergang der deutschen Kriegsführungsfähigkeit trug auch die Abhängigkeit aller Entscheidungsprozesse von einem allmächtigen und verantwortungslosen, aber auch schon längst überforderten „Führer“ bei, der Rationalität durch blinden Glauben an eine ominöse „Vorsehung“ ersetzte. Dennoch blieb Hitlers Autorität als oberste Entscheidungsinstanz unumstritten; der „Führerstaat“ hatte durch alle Krisen hindurch Bestand. Der Entscheidungsprozess folgte im Wesentlichen einem militärischen Modell: hierarchisch gestufte Befehlsgebung durch einen Befehlshaber mit Gehorsamspflicht der Untergebenen. Wegen des wachsenden Realitätsverlustes blieb auch Hitlers Besessenheit zur Mobilisierung von Destruktionskraft erhalten. Sein trotziges Festhalten an der fatalen Devise des „Alles oder Nichts“ mag für die eigene Person konsequent gewesen sein. Denn inzwischen galt er der Weltöffentlichkeit größtenteils als Kriegsverbrecher, der irgendwann zur Rechenschaft gezogen werden sollte. Die Zahl derer, die noch immer im Glauben an den „Endsieg“ verharrten, schmolz zwar dahin; aber keine Meuterei, keine Empörung, kein Aufstand der Deutschen machte Hitlers Herrschaft ein Ende.¹⁷⁶

Bezeichnenderweise ging die größte Widerstandsaktion von jüngeren Stabsoffizieren aus, die von den Mordaktionen des antijüdischen und antirussischen Vernichtungskrieges unmittelbar Kenntnis erhalten hatten. Schon im Herbst 1941 hatte sich im Stab der Heeresgruppe Mitte in einem Kreis von Offizieren um Oberst i. G. Henning von Tresckow die Ansicht über die „katastrophale Führungsschwäche“ und die „verbrecherische Natur“ Hitlers durchgesetzt. Und im März 1943 versuchten die Verschwörer dreimal vergeblich, Hitler zu ermorden. Im Herbst 1943 stieß der schwer verwundete Generalstabsoffizier, Oberstleutnant Claus Schenk Graf von Stauffenberg, zum militärisch-politischen Verschwörerkreis und ließ als Chef des Stabes beim Befehlshaber des Ersatzheeres den Plan zur Umsturzoperation unter dem Decknamen „Walküre“ ausarbeiten. Ab Juni 1944 erhielt Stauffenberg direkten Zutritt zu Besprechungen bei Hitler und entschloss sich daraufhin, das Attentat selbst auszuführen. Zweifellos mit Glück überlebte Hitler das Bombenattentat am 20. Juli mittags und war nur leicht verletzt. Erst als

¹⁷⁵ THAMER, Reich, 30. April 2010; MAZOWER, Hitler's Empire, 199-204; KROENER, MÜLLER, UMBREIT, Zusammenfassung, 1005.

¹⁷⁶ KROENER, MÜLLER, UMBREIT, Zusammenfassung, 1004. M. Rainer LEPSIUS verweist auf eine wichtige Beobachtung: „Die Persönlichkeit von Adolf Hitler besaß bis zum Kriegsende die Fähigkeit, Zweifelnde und Kritiker (etwa Generäle) im Vier-Augen-Gespräch immer wieder von seinem präbendierten Charisma zu überzeugen.“ – FAZ, 24. August 2011, N3.

Stauffenberg wieder in Berlin gelandet war, wurde „Walküre“ ausgelöst. In Wien, Prag und Paris gelang auch die Verhaftung von SS-Führern. Aber in Berlin stockten die Aktionen, und der Rundfunk meldete, dass Hitler das Attentat überlebt habe. Die Berliner Bevölkerung stand bei dieser mehrheitlich nationalkonservativen Widerstandsaktion abseits, das Wachbataillon „Großdeutschland“ ging gegen das Kommandogebäude des Ersatzheeres in der Bendlerstraße vor. Stauffenberg wurde um Mitternacht mit drei anderen Offizieren vor ein Standgericht gestellt und erschossen. Der Präsident des Volksgeschichtshofes, Roland Freisler, exekutierte in der Folge Schauprozesse „nach stalinistischem Vorbild“ und verurteilte 160 bis 180 Verschwörer zum Tode. Nach späteren Ermittlungen sind zwischen dem 20. Juli 1944 und Kriegsende noch 4980 Menschen exekutiert worden.¹⁷⁷

Spätestens seit dem konzentrischen Angriff der Alliierten aus der Normandie und aus Weißrussland im Juni 1944 war für NS-Deutschland der Krieg verloren. Doch das NS-Regime, die SS und die Wehrmacht kämpften bis zur totalen Niederlage. Viele Teile des Systems funktionierten praktisch bis zum Schluss: Die öffentliche Ordnung in Deutschland wurde weitgehend aufrechterhalten, Waffen produziert, Bauaufträge bearbeitet, Löhne bezahlt; die Berliner Philharmoniker gaben sogar noch Konzerte, und der FC Bayern München spielte. Im März 1945 gab aber der selbsternannte „Führer der Nation“ zu erkennen, was ihm das deutsche Volk tatsächlich bedeutete: „Es sei nicht nötig, auf die Grundlagen, die das Volk zu seinem primitivsten Weiterleben braucht, Rücksicht zu nehmen. [...] Denn das Volk hätte sich als das schwächere erwiesen und dem stärkeren Ostvolk gehöre dann ausschließlich die Zukunft.“ Dennoch blieb die Bindung zwischen Hitler und den Herrschaftsträgern, da sie mit ihm alle Brücken hinter sich abgebrochen und keine Zukunftsaussichten mehr hatten. Die deutsche Bevölkerung begann sich aber seit dem letzten Kriegswinter unter dem Eindruck der heranrückenden Fronten, der verschärften Bombardierungen und der gewaltigen Fluchtbewegungen aus Ostmitteleuropa zunehmend als Opfer Hitlers zu fühlen. In der letzten Phase des Krieges beschleunigte sich auch die Auflösung des NS-Regimes. Viele Deutsche, Österreicher und Volksdeutsche übersahen freilich, dass sie Hitler in den „guten Zeiten“ zugejubelt hatten. Die Abwendung vom NS-Regime gab letzten Endes aber den Weg zur Dämonisierung Hitlers in den Nachkriegsgesellschaften frei.¹⁷⁸

Ian Kershaw stellte in seinem jüngsten Buch die wesentliche Frage, weshalb „das Regime, das auf allen Seiten zerrissen wurde, weiter operieren konnte, bis die Rote Armee vor der Reichskanzlei stand“. Denn zwischen dem Juli 1944 und dem Mai 1945 starben mehr deutsche Soldaten und Zivilisten als in den fünf

¹⁷⁷ WEHLER, Gesellschaftsgeschichte 4, 904-914; KROENER, MÜLLER, UMBREIT, Zusammenfassung, 1003, 1021; PLASCHKA, Avantgarde, 1. Bd., 494-517; vgl. Paul HOFFMANN, Stauffenbergs Freund. Die tragische Geschichte des Widerstandskämpfers Joachim Kuhn (München 2007); Antonius JOHN, Philipp von Boeselager. Widerstand und Gemeinwohl. Wahrnehmungen aus sechs Jahrzehnten (Bonn 2007). Den Hinweis auf diese beiden Bücher bekam ich von Univ.Prof. Dr. Kurt Marko (Wien).

¹⁷⁸ KERSHAW, „Führerstaat“, 67; THAMER, Hitler und die Deutschen, 163.

Kriegsjahren zuvor. Allein die hohe Generalität verfügte über die Machtmittel, den Amoklauf des Regimes zu stoppen. Aber in ihrer „völlig verqueren Pflichtauffassung“ und Eidestreue zu Hitler – die mindestens so sehr Alibi wie Motivation für das „Verheizen“ von Millionen war – übersahen diese Militärs geflissentlich, dass Eidestreue beide Seiten verpflichtet. Die militärische Führung war allerdings tief gespalten, und an der Spitze standen 150-prozentig Führertreue wie Reichsmarschall Göring, Generalfeldmarschall Keitel und Großadmiral Dönitz, die nichts mehr zu verlieren hatten. Der einfache Soldat hingegen, der mittels kameradschaftlicher Bindung überleben wollte, sah sich einem zunehmenden Terrorregime ausgesetzt, und die Militärjustiz verurteilte über 20.000 Mann zum Tode. Freilich wollte an der Ostfront auch niemand in sowjetische Kriegsgefangenschaft geraten, da eine Abrechnung für das eigene Wüten in der Sowjetunion und die Vernichtung von über drei Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen zu befürchten war. An der Heimatfront aber wütete der Staatsterrorismus der Gauleiter, Kreisleiter und Ortsgruppenleiter sowie des Sicherheitsdienstes und der Gestapo. Von Berlin aus hielt das Quadrumvirat Bormann, Goebbels, Himmler und Speer die Machtstrukturen des NS-Regimes aufrecht. Und im loyalen Partei- und Staatsapparat blieb der Nimbus des unfehlbaren „Führers“ lange aufrecht. Aber schließlich wurde der NS-Staat in seiner Endphase „eine charismatische Herrschaft ohne Charisma“.¹⁷⁹

Hitler stand und steht für den „totalen“ politischen Herrschaftsanspruch, für das diktatorische Führerprinzip samt Führerkult, für die Pervertierung einer „charismatischen Herrschaft“ über eine zunehmend militarisierte „Volksgemeinschaft“, für die fortwährende wirtschaftliche und soziale Korrumpierung des eigenen Volkes, für eine bis dahin ungeahnte und immer radikalere staatliche Repression und Gewaltanwendung, für eine beispiellose Manipulation der Medien zur Kontrolle und Mobilisierung der Massen, für Ausgrenzung, Denunziation und Verfolgung vermeintlicher oder tatsächlicher Feinde, für die ungeheuer zerstörerische Energie der biologistischen Ideologie „rassischer Überlegenheit“ mit den beiden Kernelementen „Entfernung der Juden“ und Gewinnung von Lebensraum im Osten, für einen unglaublichen Zynismus im Ausnützen von Spannungen in den internationalen Beziehungen, für eine brutale Kriegsführung ohne Respektierung des internationalen Kriegsrechts und für die rücksichtslose Versklavung und Vernichtung ganzer Völker. Der Nationalsozialismus hat bei den Deutschen – nicht zuletzt mit seinem Versprechen, Stolz und Ehre zu rehabilitieren – kollektive Gefühle ohnegleichen entfesselt und sie in Krieg, Verbrechen und Verderben geführt. Dabei waren Hitlers verbrecherische Gestaltungs- und Vernichtungsphantasien, seine Ideen von Rassenreinheit und Weltbeherrschung grundsätzlich meilenweit von den moralischen Haltungen der meisten Deutschen (und Österreicher) entfernt. Aber gewaltige Täuschungs-, Verheimlichungs- und Einschüchterungsmaßnah-

¹⁷⁹ Klaus-Dietmar HENKE, Nicht bis zum Ende hinter Hitler gestanden, in: FAZ, 28. November 2011, 8; vgl. Ian KERSHAW, Das Ende. Kampf bis in den Untergang. NS-Deutschland 1944/45 (München 2011).

men konnten die Kluft zwischen den NS-Eliten und der schlichten Moral des Volkes überdecken. Die totalitäre Diktatur Hitlers zeigte nicht zuletzt, „wie eine moderne, fortschrittliche und kultivierte Gesellschaft so rasch in die Barbarei sinken kann, die in einem ideologischen Krieg, räuberischen Eroberungen von kaum vorstellbarer Brutalität und einem Völkermord gipfelte“. Kein Wunder, dass das tieferreichende Erbe – das moralische Trauma, das er der Nachwelt hinterlassen hat – noch immer in Europa gegenwärtig ist und dass Hitler auch heute noch als verhassteste Gestalt des 20. Jahrhunderts gilt.¹⁸⁰

Es blieb Adolf Hitler als deutschem „Führer und Reichskanzler“ und seinen nationalsozialistischen Reichsministern, Reichsleitern, Reichsprotektoren, Reichskommissaren, Obersten Kommissaren, Reichsstatthaltern, Gauleitern, Höheren SS- und Polizeiführern, Kommandierenden Generälen und Volksgruppenführern vorbehalten, die unterschiedlichen deutsch-österreichisch-slawischen Konfliktlinien aus der österreichisch-ungarischen, tschechoslowakischen und jugoslawischen Vergangenheit ab 1938 bzw. 1941 zu bündeln und mit der NS-Rassenideologie von den „Herrenmenschen“, den „Untermenschen“ und „lebensunwertem Leben“ zu mörderischen Auseinandersetzungen für ganze Volksgruppen und Bevölkerungsgruppen zuzuspitzen. Es besteht kein Zweifel, dass Hitler persönlich die entscheidenden Angriffsbefehle zur Zerschlagung der Tschechoslowakei und Jugoslawiens und deren Eingliederung in das NS-Imperium gegeben hat.¹⁸¹ Somit bestand ab 1938 „nur mehr“ ein deutsch-tschechischer, ab 1941 ein deutsch-serbischer bzw. ein deutsch-slowenischer Gesamtkonflikt fort (ab 1944 auch ein deutsch-slowakischer, ab 1945 ein deutsch-kroatischer), der zumindest auf die totale Unterwerfung und den Nationsverlust, im Falle der Weigerung auch auf die Entfernung des anderen aus seinen alten Siedlungsgebieten oder Völkermord ausgerichtet war. Der totalen Niederlage Hitler-Deutschlands und der Deutschen folgte unmittelbar die totale Vergeltung seitens der tschechoslowakischen und jugoslawischen Führungen und ihrer Helfershelfer. Somit löste sich die Gemeinschaft der Deutschen mit ihren östlichen und südöstlichen Nachbarn „in einem eruptiven, gewalttätigen Zusammenstoß“ auf. Man kann ein Resümee Martin Broszats aus dem Jahre 1961 durchaus erweitern: Die NS-Ostpolitik habe „nicht nur sich selber zugrunde“ gewirtschaftet, „sie verwirtschaftete auch den historischen Rechtsgrund deutscher Stellung im Osten“.¹⁸²

Mit dem Selbstmord Hitlers und der Kapitulation des Dritten Reiches war der „Spuk“ des NS-Regimes beseitigt. Aber die zwölf Jahre der Herrschaft Hitlers hat-

¹⁸⁰ Ian KERSHAW, Soziale Motivation und Führer-Bindung im Staat Hitlers, in: Norbert Frei (Hg.), Martin Broszat, der „Staat Hitlers“ und die Historisierung des Nationalsozialismus (Weimar 2007) 76-84; REDLICH, Hitler, 378f.; Ute FREVERT, Auch Gefühle haben ihre Geschichte, in: NZZ, 26./27. Juli 2008, 31.

¹⁸¹ Vgl. Walther HUBATSCH (Hg.), Hitlers Weisungen für die Kriegführung 1939-1945. Dokumente des Oberkommandos der Wehrmacht (Bonn 21983).

¹⁸² Włodzimierz BORODZIEJ, Martin Broszat und die deutsch-polnischen Geschichtsbeziehungen, in: Frei, Broszat, 36.

ten Europa – und einigen Weltteilen darüber hinaus – ein anderes Gesicht verschafft, und das nicht nur auf der Landkarte. Obwohl den Bildern und Normen des 19. Jahrhunderts verhaftet, war Hitler ein *homo novus* gewesen, der herkömmliche Bindungen zerstörte, Privilegien beseitigte, Autoritäten zerbrach und die Enttäuschten aller Schichten in einer neuartigen, schlagkräftigen national-sozialistischen Massenbewegung zusammenschloss. So zerstörten die NS-Revolution und die von Hitler befohlenen Angriffskriege auch die alten Sozialstrukturen in Deutschland, in Österreich und in der Mehrzahl der europäischen Länder. Hitlers Vermächtnis hinterließ letzten Endes nur Zerstörung: „keinerlei architektonische Zeugnisse, kein Kunstschaffen, keine politischen Strukturen oder wirtschaftlichen Modelle, am wenigsten eine moralische Verfassung – kurz es blieb nichts für die kommenden Generationen.“ Allerdings hatten diese mit den von Hitler und seinem NS-Regime zu verantwortenden Massenverbrechen bis hin zum Völkermord fertig zu werden.¹⁸³

Edvard Beneš

Der Weltkriegsgefreite Hitler hatte zwar niemals ein persönliches Zusammentreffen mit dem akademisch gebildeten Zivilisten Beneš und dem Weltkriegszugführer Tito, freilich betrachtete er beide als politische Feinde und wurde von beiden – aus leicht nachvollziehbaren Gründen – als politischer, ideologischer und militärischer Hauptfeind betrachtet. In seiner Rede im Berliner Sportpalast am 26. September 1938 hatte Hitler einen fanatischen Angriff gegen die Tschechoslowakische Republik und Präsident Beneš gestartet und das Bild zweier Männer skizziert, die sich wie bei einem Duell gegenüberstünden: „Hier stehe ich und dort steht er. Zwischen uns muss entschieden werden.“ – Beneš wich zurück, und die tschechoslowakische Regierung akzeptierte offiziell das Münchener Abkommen. Aber der abgedankte und ins Exil gehende Präsident vergaß diese Demütigung nicht.¹⁸⁴

Der 1884 geborene Edvard Beneš wurde in der Zwischenkriegszeit einer der bekanntesten europäischen Außenpolitiker, ohne als Karrierediplomat ausgebildet zu sein. Da er aus dem Ersten Weltkrieg heraus konsequent eine internationale Orientierung der tschechoslowakischen Außenpolitik verfolgte, interessierte er sich für viele europäische Angelegenheiten, was von manchen Zeitgenossen – nicht zu Unrecht – als Einmischung in die Politik der Großmächte oder gar in innere Angelegenheiten benachbarter Staaten – vor allem Österreichs, Ungarns und Polens – aufgefasst wurde. Mit solcher Haltung baute er sich kaum politische Freundschaften

¹⁸³ FEST, Hitler, 1032-1039; KERSHAW, Hitler II, 9; KROENER, MÜLLER, UMBREIT, Zusammenfassung, 1015; Norbert FREI, Führerbilderwechsel. Hitler und die Deutschen nach 1945, in: Thamer – Ertel, Hitler und die Deutschen, 142-147.

¹⁸⁴ JECH, Němci a Maďari, 648; vgl. Zbyněk ZEMAN, Edvard Beneš. Politický životopis (Praha 2002); Jindřich DEJMEK, Edvard Beneš. Politická biografie českého demokrata. Část první: Revolucionář a diplomat (1884-1935), (Praha 2006); Část druhá: Prezident Republiky a vůdce národního odboje (1935-1948), (Praha 2008); Jiří GRUŠA, Beneš jako Rakušan (Brno 2011).

auf, am ehesten noch unter französischen Diplomaten, unter den Außenministern der Kleinen Entente und am Sitz des Völkerbundes in Genf. Auch innenpolitisch blieb er ziemlich isoliert, stützte sich aber auf eine enge Beziehung zu seinem Mentor, Präsident Tomáš Garrigue Masaryk, und geriet in keine parteipolitischen Abhängigkeiten. Im Unterschied zu seinem Mentor – und auch zu Hitler und Tito – erwarb sich Beneš allerdings kein Charisma, weder 1919 noch 1945. Sein Beitritt zur Partei der National-Sozialisten im Jahre 1923 unterstrich immerhin seine enge geistige Verbindung mit tschechisch-nationalen Traditionen (Hus, Komenský, Palacký) und Zielsetzungen. Auch wenn Beneš die tschechoslowakische Sache propagandistisch mit Demokratie, Humanität und Europa verband, war er „ein Patriot, wenn nicht gar ein Nationalist“. Dennoch stieß er auf heftige Opposition der Agrarpartei und seines erbitterten Gegners Karel Kramář. Beneš hinterließ zwar eine Fülle an veröffentlichten Reden vor der Nationalversammlung und dem Senat sowie Memoiren über die Zeit des Ersten wie des Zweiten Weltkriegs, aber kein Tagebuch oder andere wirklich persönliche Dokumente.¹⁸⁵

Obwohl wie Hitler und Tito aus kleinen Verhältnissen stammend, erhielt Beneš die Möglichkeit, im Prager Stadtteil Königliche Weinberge (Královské Vinohrady) das Gymnasium zu absolvieren und am tschechischen Teil der Carl-Ferdinands-Universität germanische und romanische Philologie zu studieren. Beneš wurde zwar Mitglied des nationalen Turnvereins *Sokol*, wurde aber von der militärischen Musterungskommission für „untauglich“ erklärt – vermutlich auf Grund seiner geringen Körpergröße. Mit einem Stipendium der *Alliance française* konnte er ab 1905 in Paris und Dijon weiterstudieren, wo er auch eine Dissertation verfasste. In dieser an der dortigen Rechtsfakultät verteidigten Arbeit *Le problème autrichien et la question tchèque* glaubte er noch nicht an einen Zerfall Österreichs:

„[...] Die historisch-wirtschaftlichen Bande, welche die Gemeinschaft der österreichischen Völker umschließen, sind viel zu stark, als dass Österreich zerfallen könnte. Die Einführung des allgemeinen Wahlrechts und die Demokratisierung Österreichs, besonders Böhmens, bereiten den Boden für eine nationale Verständigung vor. [...]

Der Staat wird es den Nationalitäten überlassen, ihre eigenen Angelegenheiten so zu verwalten, wie sie es für angemessen erachten. [...] Jede Nationalität wird daher ihre eigene Entwicklung in Übereinstimmung mit ihren Hilfsquellen in die Hand nehmen, und der Staat wird nicht in Versuchung sein, die eine gegen die andere auszuspielen. Ja, die Befriedigung der beiden Nationalitäten in Böhmen ist nur möglich, wenn beiden Autonomie gegeben und die eine von der anderen völlig abgesondert wird. [...]¹⁸⁶

¹⁸⁵ Paul E. ZINNER, *Czechoslovakia: The Diplomacy of Eduard Beneš*, in: Gordon A. Craig and Felix Gilbert (eds.), *The Diplomats 1919-1939* (Princeton 1953, New York 1972) 100-122, hier 100-105; Piotr S. WANDYCZ, *Die Außenpolitik von Edvard Beneš 1918-1938*, in: Victor S. Mamatey & Radomír Luža (Hgg.), *Geschichte der Tschechoslowakischen Republik 1918-1948* (Wien 1980) 232-256, hier 234.

¹⁸⁶ Edvard BENEŠ, *Le problème autrichien et la question tchèque* (Paris 1908) 287, 307; GRUŠA, *Beneš*, 51 ; vgl. Hugo HASSINGER, *Die Tschechoslowakei. Ein geographisches, politisches und wirtschaftliches Handbuch* (Wien – Leipzig – München 1925) 309f.; ZEMAN, *Beneš*, 20-25.

Über London und Berlin nach Prag zurückgekehrt, erwarb Beneš auch das philosophische Doktorat und wurde vorerst Professor an einer tschechischen Handelsakademie in Prag. Bereits 1912 habilitierte er sich mit der Abhandlung *Quelques vérités simples sur la fédéralisation de l'Autriche-Hongrie* für das Fach Soziologie und war bei Kriegsbeginn auch schon Dozent an der Carl-Ferdinands-Universität in Prag. Seine wissenschaftliche Laufbahn brach er aber mit seiner Emigration im September 1915 und dem Einstieg in die anti-österreichische Politik ab. Als Generalsekretär des Tschechoslowakischen Nationalrates in Paris ab Februar 1916 und mit Hilfe seiner perfekten Französisch-Kenntnisse baute Beneš exzellente Beziehungen zur französischen Politik und Diplomatie auf. In Paris veröffentlichte er auch seine polemische Schrift gegen Österreich-Ungarn: *Détruisez l'Autriche-Hongrie! Le martyre des Tchécoslovaques au cours de l'histoire*, von der bald auch eine englische Ausgabe erschien. Als Außenminister in der provisorischen Tschechoslowakischen Regierung ab September 1918 trat Beneš ins Rampenlicht der europäischen Diplomatie und teilte den Alliierten in einer Note vom 14. Oktober 1918 die Konstituierung seiner Regierung im Ausland mit. Als Außenminister des neuen Tschechoslowakischen Staates wurde Beneš am 4. November 1918 als einziger Vertreter der Nachfolgestaaten Österreich-Ungarns zur Plenarversammlung des Obersten Kriegsrates in Paris eingeladen, auf der Bestimmungen für die Waffenstillstände besprochen wurden. Schon im November 1918 erhielt er auch die volle Unterstützung des Quai d'Orsay für seine Forderungen nach ganz Böhmen, Mähren und Österreichisch-Schlesien, später auch die Unterstützung gegenüber Ungarn. Während der Friedensverhandlungen schreckte Beneš nicht davor zurück, halbe Wahrheiten von sich zu geben und etwa die österreichische Volkszählung von 1910 als Fälschung darzustellen, was sich nach der tschechoslowakischen Volkszählung von 1921 als Irrtum herausstellte. Obwohl er Premierminister Lloyd George persönlich missfiel, verstand es Beneš, auch innerhalb der pro-tschechischen Lobby in London – angeführt vom Publizisten Robert William Seton-Watson und vom Journalisten Henry Wickham Steed – starke Unterstützung zu mobilisieren. So gab es im April 1919 weder von Lloyd George noch vom Obersten House (in Vertretung Wilsons) Einspruch gegen die Einbeziehung von über drei Millionen Sudetendeutschen in den neuen tschechoslowakischen Staat – und die österreichischen Proteste blieben ungehört.¹⁸⁷

Nach vier Jahren in der Emigration kehrte Beneš erst am 24. September 1919 nach Prag zurück und blieb nun bis Dezember 1935 tschechoslowakischer Außenminister. Er konnte für sich in Anspruch nehmen, dass er aus Versailles, Saint-Germain und Trianon „die größte Portion mit nach Hause“ genommen hatte (Jiří Gruša) – an Land, Leuten und Wirtschaftskraft, natürlich im Verhältnis zur tschechischen und slowakischen Bevölkerung. Konzipierte Beneš in den ersten Jahren

¹⁸⁷ WANDYDZ, Beneš, 232f.; STEINER, *The Lights*, 53, 83; ZINNER, Beneš, 102f.; DEJMEK, Beneš I, 147-150; ZEMAN, Beneš, 33-51, 65-68; Harold NICOLSON, *Peacemaking 1919* (London 1933) 240, bezeichnete Beneš als „competent, plausible little man“.

der Republik die tschechoslowakische Außenpolitik noch gemeinsam mit dem Präsidenten Masaryk, so ging dessen Einfluss in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre immer mehr zurück und wurde sie in den 1930er Jahren fast ausschließlich von Beneš geprägt. Auf dem Posten des Außenministers hatte er auch keinen Konkurrenten zu fürchten, unabhängig von der jeweiligen Regierungskoalition. So gut Beneš mit Masaryk zusammenarbeitete, so sehr hatte er sich in der Emigration mit dem slowakischen General Milan R. Štefánik zerstritten, der ihn gegenüber einer Freundin als „this first grade Socialist, this paper revolutionary, this distorted diplomat“ bezeichnete. In seiner Obsession gegenüber Štefánik sprach Beneš über „this astronomer who thinks he is a soldier, this peasant who thinks he is an aristocrat, this politician who considers himself a genius, but who, in fact, is nothing but muddled up“.¹⁸⁸ – So sprachen Außenminister und Kriegsminister derselben Exilregierung voneinander.

Im Einvernehmen mit dem Präsidenten Masaryk übernahm Beneš die Aufgabe, mit Hilfe der Außenpolitik den neuen Nationalitätenstaat Tschechoslowakei außen- wie innenpolitisch abzustützen. In der Außenpolitik setzte er daher auf ein enges Verhältnis zu Frankreich, das er durch laufende persönliche und telephonische Kontakte zu führenden Diplomaten am Quai d'Orsay zu stärken versuchte. In Ergänzung zur Achse mit Paris baute er die Kleine Entente mit Bukarest und Belgrad auf, die er durch eine Fülle von politischen Konferenzen – ergänzt durch Fachgespräche über Fragen der Wirtschaft, des Verkehrs, der Rüstung, der Kommunikation etc. – ausbaute. Dieses Bündnissystem sollte gegen den ungarischen Revisionismus und eine allfällige Restauration der Habsburger absichern. Eine dritte außenpolitische Aufgabe galt der Abstützung der innerstaatlichen Minderheitenpolitik, die ständig zwischen den international eingegangenen Minderheitenschutzverpflichtungen und den Nationalisierungsbestrebungen der tschechischen bzw. tschechoslowakischen Parteien in Politik, Wirtschaft und Bürokratie oszillierte. Für die Wahrnehmung aller drei Aufgaben setzte Beneš auf die Zusammenarbeit im Völkerbund, sodass er innerhalb von 20 Jahren zusammengezählt mehr als zwei Jahre auf Versammlungen, Sitzungen und Beratungen in Genf verbracht haben dürfte. Freilich erkannte Beneš frühzeitig zwei wesentliche Mängel im Völkerbundpakt: Er schrieb keine obligatorische friedliche Beilegung von Konflikten fest; und er enthielt kein Verbot von Kriegen und keine Handhabe, sie zu verhindern oder sie unmöglich zu machen.¹⁸⁹

Typisch für den Konversationsstil Beneš' war etwa seine einstündige Unterhaltung mit dem letzten alt-österreichischen Finanzminister, Professor Redlich,

¹⁸⁸ KALVODA, Genesis, 432, 477; Eduard KUBŮ, Ziele und Handicaps der Politik von Edvard Beneš im Völkerbund, in: Hans Lemberg – Michaela Marek – Zdeněk Beneš – Dušan Kováč (Hgg.), Suche nach Sicherheit in stürmischer Zeit (Essen 2009) 45-80, hier 45; Jiří GRUŠA, Kouzla kapitulace. Der Bann der Kapitulation. Les charmes de la capitulation (Brno 2011) 24.

¹⁸⁹ Jindřich DEJMEK, Zahraniční itinerář ministra dr. Edvarda Beneše v letech 1920-1935, in: Moderní dějiny. Sborník k dějinám 19. a 20. století 5 (1997) 279-314; KUBŮ, Beneš, 51f.

am 26. Juli 1921 auf dem Hradschin. Beneš setzte Redlich das Wesen der Kleinen Entente als eine Organisation zur Erhaltung des Friedens in Mittel- und Osteuropa auseinander. Wenn die kommende Generation Erfolge sehen wolle, müssten bei den europäischen Völkern neue Denkweisen großgezogen werden. „Österreich könne und solle Mitglied sein, aber es müsste ehrlich diesen Weg gehen. Kredite und Hilfe, auch Eröffnung freien Verkehrs, wären durchaus zu haben, wenn Österreich durch seine Haltung die nötigen Garantien geben würde. [...] Die Anschlussbewegung sei [hingegen, Erg. Suppan] ein Hindernis für die Gewährung der Kredite. Auch sei der Anschlussgedanke völlig aussichtslos, zumal er nicht im Interesse Deutschlands liege.“¹⁹⁰ – Wir wissen, dass sich Beneš gründlich täuschte.

Masaryk und Beneš bauten die tschechoslowakische Außen- und Sicherheitspolitik auf dem Bündnis der siegreichen Entente, auf der französisch-britischen Zusammenarbeit und auf dem Erhalt des durch die Friedensverträge geschaffenen Versailler Systems. Um dieses abzusichern, bemühte sich Beneš bereits 1922 auf dem Genfer Parkett um eine Nichtangriffserklärung und um einen allgemeinen Garantiepakt. Dieser wurde zwar am 2. Oktober 1924 unterzeichnet, scheiterte aber nach der britischen Ablehnung der Ratifikation. Die Tschechoslowakei reichte zwar als einziger Signatarstaat die Ratifikationsurkunde ein, das Scheitern seines diplomatischen Kindes bedeutete allerdings für Beneš eine große Enttäuschung. Geradezu visionär formulierte Beneš schon am 6. Februar 1924 vor dem Prager Parlament: „Die Kraft des Völkerbundes ist heute nicht so, dass man tatsächlich und mit absoluter Sicherheit seinen entschiedenen Beistand im Augenblick der größten Gefahr für den Staat erwarten könnte.“¹⁹¹

Bereits am 25. Jänner 1924 hatte Beneš das Bündnis mit Frankreich enger knüpfen können: Beide Seiten verpflichteten sich in außenpolitischen Fragen, welche die gemeinsamen Interessen der Vertragspartner bedrohen, sie in Gefahr bringen, die Friedensverträge oder den durch sie etablierten Status quo gefährden könnten, auf gemeinsame Maßnahmen zu ihrem Schutz. Ausdrücklich wurden hierbei eine Restauration der Hohenzollern in Deutschland, eine Restauration der Habsburger in Österreich oder Ungarn und ein „Anschluss“ Österreichs genannt.

¹⁹⁰ REDLICH, Schicksalsjahre II, 569f. Redlich beschreibt Beneš als „kaum mittelgroßen, schlanken Mann mit gar nicht slawischer Gesichtsformation, grauen klugen Augen, der im Gespräch – wir redeten englisch – sehr gewinnt.“

¹⁹¹ Edvard BENEŠ, Problémy nové Evropy a zahraniční politika československá. Projevy a úvahy z r. 1919-1924 (Praha 1924) 274-276; KUBŮ, Beneš, 51; vgl. Radko BŘACH, Československo a Evropa v polovině dvacátých let (Praha – Litomyšl 1996). Beneš' engste Mitarbeiter wurden Václav Girska als Generalsekretär in den 1920er Jahren, der Historiker Kamil Krofta als Gesandter am Vatikan, in Wien und Berlin, als Stellvertreter ab 1927, schließlich als Außenminister 1936-1938, Štefan Osuský als Gesandter in Paris, Vojtěch Mastný als Gesandter in London, Rom und Berlin, Robert Flieder als Gesandter in Wien, Bern, Warschau, Stockholm, Belgrad und Madrid, Ferdinand Veverka als Gesandter in Genf, Jan Masaryk als Gesandter in London und Zdeněk Fierlinger als Gesandter in Wien und Moskau.

Der geheime Briefwechsel über die Kooperation der militärischen Stäbe, der den Bündnisvertrag begleitete, wurde in Genf nicht registriert. Allerdings war dies kein Militärpakt.¹⁹²

Dennoch bemühten sich Masaryk und Beneš um eine Politik der korrekten Beziehungen zur Weimarer Republik, da beiden Politikern die geopolitische Lage ihres Landes und die wirtschaftliche Abhängigkeit vom deutschen Partner durchaus bewusst waren. Immerhin verlief der tschechoslowakische Außenhandel mit Westeuropa und Übersee überwiegend über Elbe und Oder, somit über die Häfen Hamburg und Stettin, bzw. über deutsche Eisenbahnen. Schließlich mussten sie auch mit dem Wiederaufstieg des Deutschen Reiches zu einer Großmacht rechnen. Dennoch war Beneš überrascht, als Berlin im Jänner und Februar 1925 mit dem Vorschlag einer Sicherheitsinitiative an Paris und London herantrat. Es beunruhigte ihn die Gewährleistung der Sicherheit vor einem in Mitteleuropa übermächtigen, sich mit den Westmächten verständigenden und nicht mehr von der Kriegskoalition niedergehaltenen Deutschen Reich. Aber Beneš erhielt am Quai d'Orsay genaue Erläuterungen zum Vorschlag der Reichsregierung hinsichtlich eines Rheinpaktes und zur Gestaltung der Schiedsverträge mit Polen und der Tschechoslowakei. Das Auswärtige Amt erklärte auch, bei den deutschen Ostgrenzen nur im friedlichen Verfahren, auf dem Verhandlungswege, Revisionen anzustreben. Unter den Sudetendeutschen löste jedoch die deutsche Bereitschaft, einen Schiedsvertrag mit der Tschechoslowakei zu schließen, geradezu einen Schock aus. Die Locarno-Verträge vom Oktober 1925 verknüpften traditionelle Großmachtpolitik in einem erneuerten europäischen Konzert mit einem Garantiepakt und der entmilitarisierten Zone am Rhein und waren daher mit der Völkerbundsatzung in Einklang zu bringen. Auch wenn Beneš in Locarno nur eine Nebenrolle spielen konnte, gab er seinem Gesandten Ferdinand Veverka dennoch den Auftrag, im September 1926 für eine sofortige Aufnahme Deutschlands in den Völkerbundrat zu stimmen. Der Gewinn für die mitteleuropäische Sicherheit durch die Aufnahme des Deutschen Reiches erschien Beneš größer als ihre Nachteile, die er besonders im stärkeren Einfluss Deutschlands auf die Minderheitenpolitik erwartete.¹⁹³

¹⁹² KUBŮ, Beneš, 52; vgl. Piotr S. WANDYDZ, *France and her Eastern Allies 1919-1925: French-Czechoslovak-Polish Relations from the Paris Peace Conference to Locarno* (Minneapolis 1962).

¹⁹³ Peter KRÜGER, *Sicherheit durch europäische Ordnung? Die Tschechoslowakei in der deutschen Konzeption internationaler Politik während der Locarno-Ära*, in: Hans Lemberg – Michaela Marek – Zdeněk Beneš – Dušan Kováč (Hgg.), *Suche nach Sicherheit in stürmischer Zeit* (Essen 2009) 81-93; KUBŮ, Beneš, 53-55; ZINNER, Beneš, 114; WANDYDZ, Beneš, 242. Der deutsche Außenminister Stresemann ätzte über die Rolle des polnischen und des tschechoslowakischen Außenministers, dass sie in Locarno „in einem angrenzenden Zimmer zu warten hätten, bis wir sie hineinlassen“, und beleidigte Beneš mit der Bemerkung, dass er nur „die Brotkrumen aufhebe, die von dem Tisch der Großmächte abfielen“. – Gustav STRESEMANN, *Vermächtnis*, 3 Bde. (Berlin 1932) II, 243.

Im *Foreign Office* hatte Beneš nicht nur Freunde. Als er sich 1925 als künftigen Generalsekretär des Völkerbundes ins Spiel bringen wollte, notierte der britische Diplomat Sir Alexander Cadogan: „Wenn der Völkerbund zerstört wird, liegt der Grund in der Ernennung eines ungeeigneten Mannes für den Posten. [...] Dr. Beneš wäre ein ausgezeichnete Kandidat für jeden, der dieses Ergebnis anstrebt.“¹⁹⁴

Gegenüber der Republik Österreich und dem Königreich Ungarn war Außenminister Beneš in dreifacher Hinsicht voreingenommen: Einerseits fürchtete er einen „Anschluss“ Österreichs ans Deutsche Reich, andererseits eine Restauration der Habsburger in Ungarn und Österreich, und drittens arbeitete er gezielt gegen eine Wiederherstellung der Wirtschaftseinheit des Donaumaumes (etwa in Form einer Zollunion) unter Führung Wiens, dessen bisherige Vorrangstellung er jedenfalls brechen wollte. In einem Interview aus dem Jahre 1920 deklarierte er ohne Umschweife:

„The Czechs had fought not for political freedom – for this they had enjoyed to a certain extent even before the war [sic! Anm. Suppan] – but for their economic independence, and therefore the scheme for a confederation of the Danubian States, or even of a ‚Customs Union‘, is out of the question for the Czechoslovak Republic. A political union with Austria and Hungary would mean that these countries would gain influence in our internal affairs: Austria by way of the Germans living in our State, Hungary through the Magyars in Slovakia. The unfavourable economic conditions of Austria and Hungary form an obstacle to an economic union, and the consequence of any such alliance would be that the wealth of Czechoslovakia would again pour into Austria and Hungary. It is true they must be helped, but by the whole of Europe. Besides, the Austrian problem resolves itself into the problem of Vienna. It is possible that the population of the city will be reduced to one million within ten years. A depopulation of Vienna planned economically [sic! A. S.] would help to solve the Austrian problem. Hungary, being an agrarian State, will survive. We must indeed work with Austria and Hungary, but instead of political and economic alliances of long duration, the solution seems to lie in a system of short-term contracts for certain different kinds of deliveries, and arrangements by which the independence and special interests of each of the three States concerned would be maintained.“¹⁹⁵

Am 20. Mai 1919 hatte Beneš in Paris angekündigt, „dass die tschechoslowakische Regierung beabsichtigt, als Grundlage der Nationalitätenrechte die

¹⁹⁴ DOUGLAS, „Ordnungsgemäße Überführung“, 43.

¹⁹⁵ HERTZ, *Economic Problem*, 64-66. Die sozialistische Tageszeitung *Delnické Listy* schloss sich der Argumentation Beneš' in Bezug auf Wien an: „There are still many people in Vienna, especially in commercial circles, who cannot forget the hope that Vienna will in the end regain her former economic position. Consequently they will make every possible effort to save from ruin this centre of profiteers, agents and wire-pullers, supporters of debauchery, pseudo-art and pseudo-literature. Dr. Benesh, with inexorable logic, has dispelled the artificial combinations of these people, and has even gone so far as to predict a still greater downfall for the Danubian metropolis. Vienna lives at other peoples' expense. The parasites [sic!] of former Austria still reside there. [...] Their Vienna, however, is doomed to ruin, an no one can blame Czechoslovakia for being unwilling to contribute to her preservation. The upright and serious part of the population of Vienna are quite alive to the fact that only a productive and working city has a chance of future prosperity.“

Prinzipien der Verfassung der Schweizer Republik anzunehmen“. Dies sollte inhaltlich bedeuten: verhältnismäßige Vertretung der Nationalitäten im Parlament; freier Gebrauch anderer Sprachen im Schulwesen, in der Verwaltung und bei Gericht; Deutsch als zweite gleichberechtigte Landessprache. Doch die Tschechoslowakei wurde ein Nationalstaat der „Tschechoslowaken“, und der Minderheitenschutzvertrag vom 10. September 1919 fasste die Minderheiten nicht als Kollektivsubjekte auf. Immerhin setzte die tschechoslowakische Verfassung vom 29. Februar 1920 die völlige Gleichheit aller bürgerlichen und politischen Rechte ohne Unterschied der Rasse, der Sprache und der Religion fest, und die Artikel 131 und 132 garantierten in Städten und Kreisen mit proportional höherer anderssprachiger Besiedlung die Möglichkeit des Unterrichts in der Muttersprache wie auch einen gerechten Anteil am Staats- und Kommunalbudget und weiteren öffentlichen Fonds zur Finanzierung von Bildungs-, Religions- und karitativen Institutionen der Minderheit.¹⁹⁶

Als ab 1920 Petitionen aus der deutschen, rusinischen und ungarischen Minderheit in Genf einzutreffen begannen – bis 1931 sollten es dann 22 deutsche, 22 rusinische und 8 ungarische werden – und die Minderheitensektion des Ratssekretariats in Genf bei etwas mehr als der Hälfte die Zulässigkeit anerkannte, wollte Beneš die Kompetenzen des Völkerbundes hinsichtlich einer weiteren Behandlung auf ein Minimum reduziert wissen: Die Fragen der Minderheiten sollten ausschließlich als innenpolitische Angelegenheiten eines jeden Staates gesehen werden. Sollte aber die Völkerbundversammlung den einzelnen Staaten irgendwelche neue Minderheitenverpflichtungen auferlegen, „muss sie sie unbedingt allen auferlegen“.¹⁹⁷ – An diese „unbedingte“ Gleichheit dachte Beneš allerdings weder in wirtschafts- noch in rüstungspolitischen Fragen.

Wirtschaftliche Fragen waren für Beneš immer mit politischen Problemen verbunden. Das galt für die Reparationsfrage, für Fragen der Bodenreform, für Zollfragen und für die Weltwirtschaftskrise. Auch auf der Weltwirtschaftskonferenz 1927 erwies sich die Tschechoslowakei als ziemlich unflexibel. In seinem vertraulichen Bericht an Beneš, kritisierte der tschechoslowakische Delegierte im Wirtschaftskomitee des Völkerbundes, Dr. Čeněk Ibl, dass die Tschechoslowakei mit ihrem Zollprotektionismus, ihrem Umgang mit Ausländern und mit ausländischen Gesellschaften, sei es bei der Erteilung von Konzessionen oder ihrer Ansiedlung, und insbesondere in Bezug auf Direktoren von Gesellschaften und höheren Kategorien von Angestellten, nach Ansicht des Sekretariats und der überwie-

¹⁹⁶ Jaroslav KUČERA, Minderheit im Nationalstaat. Die Sprachenfrage in den tschechisch-deutschen Beziehungen 1918-1938 (München 1999) 65-72.

¹⁹⁷ Christoph GÜTERMANN, Das Minderheitenschutzverfahren des Völkerbundes (Berlin 1979) 57; Martin SCHEUERMANN, Minderheitenschutz kontra Konfliktverhütung? Die Minderheitenpolitik des Völkerbundes in den zwanziger Jahren (Marburg 2000) 422-428; Bohumila FERENČUHOVÁ, Der Schutz der nationalen Minderheiten im Völkerbund und die tschechoslowakische Politik (1919-1926), in: Hans Lemberg – Michaela Marek – Zdeněk Beneš – Dušan Kováč (Hgg.), Suche nach Sicherheit in stürmischer Zeit (Essen 2009) 113-147; KUBŮ, Beneš, 64-69; vgl. SUPPAN, Jugoslawien, 765-778.

genden Mehrheit der in Genf vertretenen Länder zu denjenigen gehöre, die eine liberale Entwicklung, wie sie die Weltwirtschaftskonferenz empfahl, bremsten.¹⁹⁸

Trotz der erfolgreichen – freilich wenig vorausschauenden – Absage an das deutsch-österreichische Zollunionsprojekt Anfang September 1931 kehrte Beneš „mit argem Pessimismus erfüllt aus Genf zurück“, denn wir stünden „mit beiden Füßen in der europäischen Revolution“. Dennoch fiel seine teils politische, teils soziologische Einschätzung der innenpolitischen Lage in der Tschechoslowakei relativ optimistisch aus, „denn hier seien die Klassengegensätze nicht so krass. Es sei sicherlich ein Verdienst der durch 13 Jahre konsequent durchgeführten Politik des Präsidenten und des Außenministers, die, obzwar links orientiert, sich im konservativen Sinn betätigt haben, was ihre Gegner nie begreifen wollten. Das Heranziehen der Sozialdemokraten zur Verantwortung war ein Gebot der Klugheit, das jetzt seine Früchte trägt. Im Uebrigen seien in der Tschechoslowakei die Verhältnisse auch insoferne anders, als hier nahezu Jedermann durch den Umsturz eigentlich profitierte und Jedermann, ob klein oder gross, bestrebt sei, sich diesen Profit zu erhalten.“¹⁹⁹

Bereits seit 1927 war Beneš in Genf in Vorbereitungsarbeiten für eine Abrüstungskonferenz engagiert. Hierbei waren ihm die Schwierigkeiten um eine allseitige Rüstungsbegrenzung durchaus bewusst, denn die tschechoslowakischen Streitkräfte zählten zum 8. September 1931 noch immer über 150.000 Mann, und das deklarierte Verteidigungsbudget machte zwei Milliarden Kčs aus. Im Vergleich zur Tschechoslowakei zählte das deutsche Heer nur 100.000 Mann, das britische (ohne Kolonialeinheiten) 115.000 Mann. Allerdings hatte Frankreich eine Armee von 402.000 Soldaten (ebenfalls ohne Kolonialeinheiten), Polen hatte 330.000 Mann unter Waffen, Rumänien 240.000 Mann und Jugoslawien 185.000. Die Armeen der Kleinen Entente zählten zusammen also nahezu 600.000 Mann, auf dem Papier eine imposante Streitmacht. Das Prager Ministerium für nationale Verteidigung warnte allerdings am 6. November 1931 das Außenministerium, dass sich die Ausgaben für die Ausrüstung eines tschechoslowakischen Soldaten gegenüber allen Nachbarn „in absoluter Inferiorität“ befänden – eine eindeutige Übertreibung, da die tschechoslowakischen Rüstungsausgaben pro Einwohner höher als in Deutschland, Österreich, Jugoslawien, Rumänien und Polen waren.²⁰⁰

Als am 2. Februar 1932 die allgemeine Abrüstungskonferenz in Genf eröffnet wurde, forderte das Deutsche Reich die Gleichberechtigung in der Rüstung, damit eine grundsätzliche Revision des Versailler Vertrages. Eine geheime Studie des Generalstabs der tschechoslowakischen Armee wies jedoch darauf hin, dass

¹⁹⁸ KUBŮ, Beneš, 69-72.

¹⁹⁹ Bericht Ges. Marek an VK Schober, Prag, 1. Oktober 1931, in: ADÖ 8/1172. Vgl. Arnold SUP-PAN und Elisabeth VYSLONZIL (Hgg.), Edvard Beneš und die tschechoslowakische Außenpolitik 1918-1948 (Frankfurt am Main 2002).

²⁰⁰ KUBŮ, Beneš, 56-58.

Deutschland die militärischen Beschränkungen von Versailles bereits bei weitem überschreite, da die Organisation der Reichswehr, die Stärke des Offizierskorps, der Aufbau der Reserven, die Ausbildung und Bewaffnung, die Dislokation, der Aufbau einer Luftwaffe und die Höhe des Militärbudgets bereits einer Angriffsarmee entspreche. Beneš reagierte alarmiert und beschwor das Plenum, wenigstens irgendeine Konvention zur Begrenzung der Rüstung zu beschließen. Für die Tschechoslowakei erklärte er die Bereitschaft zur Verkürzung des Militärdienstes und zur Reduktion der Budgetausgaben für die Armee. Doch die Konferenz debattierte über die Unterscheidung zwischen Angriffs- und Verteidigungswaffen. Nach seiner Rückkehr aus Genf versammelte Beneš in Anwesenheit des Verteidigungsministers die Mitglieder des Generalstabs und sagte eine politische Krise und die Gefahr eines Krieges voraus: „Ich gebe Ihnen vier Jahre. Die Krise kommt wahrscheinlich in den Jahren 1936 oder 1937. Die Republik muss bis dahin militärisch voll vorbereitet sein.“²⁰¹ – Beinahe könnte man meinen, Beneš habe die vertraulichen Ansprachen Hitlers im Februar 1933 vor Deutschlands Militärs und Industriekapitänen gehört.

Beneš war wie Hitler und Tito als Kind der Habsburgermonarchie römisch-katholisch getauft worden, allerdings nicht wie Hitler und Tito nach dem Ersten Weltkrieg aus der römisch-katholischen Kirche ausgetreten – Tito im Verlauf der Oktoberrevolution, Hitler als „Führer“ der NSDAP. Beneš war sich der Bedeutung des Heiligen Stuhles für die internationale Politik bewusst und richtete – auf Anregung des Geschichtsprofessors und Diplomaten Kamil Krofta – eine Koordinationsstelle für kirchenpolitische Fragen ein, die er mit dem Professor für Kanonisches Recht an der Juridischen Fakultät der Karls-Universität, Antonín Hobza, besetzte.²⁰² Beneš bemühte sich nach der Kirchenaustrittsbewegung in den Anfangsjahren der Tschechoslowakei um ein korrekteres Verhältnis zum Vatikan, was er auch dem österreichischen Gesandten Ferdinand Marek vor dem VIII. Sokolkongress in Prag 1926 – in dessen Rahmen eine Hus-Feier vorgesehen war – zusicherte. Andererseits, so Beneš, „müsse jedoch die Regierung vom Vatikan und den Katholiken verlangen, dass sie die Gefühle, die das nationale Tschechentum für den nationalen Heros Hus habe, begreifen. Die Regierung könne sich in dieser Richtung nicht unterwerfen,

²⁰¹ Edvard BENEŠ, Paměti. Od Mnichova k nové válce a k novému vítězství (Praha 1947) 37-39; KUBŮ, Beneš, 60-62. Als Anthony Eden am 4. April 1935 Außenminister Beneš in Prag besuchte, erzählte er vor allem von seiner kurz vorher stattgefundenen Konversation mit Hitler in Berlin. Hitler habe darauf bestanden, dass Deutschland in der Frage der Rüstung „as an equal“ behandelt werde, auch hinsichtlich der Luftwaffe; hinsichtlich der Kriegsmarine aber gebe er sich mit einem Drittel der britischen zufrieden. Deutschland sehe sich im Augenblick von vielen Divisionen eingekreist – auch von 17 tschechoslowakischen Divisionen, was die tschechoslowakischen Gesprächspartner auf 12 Divisionen korrigierten. – J. Butler Wright, Legation of the USA, Prague, April 9, 1935, to the Secretary of State, NA, Department of State, 862.20/948. Das Dokument verdanke ich Frau Dr. Brigitte Schagerl, Wien.

²⁰² Emilia HRABOVEC, Der Heilige Stuhl und die Slowakei 1918-1922 im Kontext internationaler Beziehungen (Frankfurt/Main etc. 2002) 256.

es könne einer selbständigen Nation nicht verwehrt werden, einen Nationalhelden zu feiern.“ Als jedoch Marek scherzend fragte, „was denn die čsl. Regierung dazu sagen würde, wenn die Kirche einmal den Hus-Prozess revidieren und Hus gewissermaßen rehabilitieren würde“, antwortete Beneš:

„Das wäre [...] allerdings das Ärgste, was der Vatikan der Čechoslovakei antun könnte, denn in diesem Momente wären die katholischen Parteien die einzig herrschenden in der Čechoslovakei und die ganze Nation würde hinter dem Katholizismus stehen. Die radikalen Parteien [gemeint waren wohl die National-Sozialisten, Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationaldemokraten, Anm. Suppan] würden sich gewiss gegen derartige Versuche des Vatikans schon im Selbsthaltungstrieb mit Händen und Füßen wehren.“²⁰³

Beneš war niemals Innen- und Parteipolitiker, sondern immer Außenpolitiker gewesen. Er hatte in der Zeit seiner ersten Emigration die „quid pro quo basis of the policy of the West“ gelernt und „the Allies' lack of interest in the affairs of Central Europe“ verstanden. Beneš entwickelte sich in der Zwischenkriegszeit zu einem der wenigen wirklichen Spezialisten für die internationale Politik in Mitteleuropa. Diese war ihm nicht nur Beruf, sondern vor allem Berufung und einziges Hobby, dem er auch seine gesamte Freizeit widmete. Er spielte auf theoretischer Ebene systematisch alle möglichen außenpolitischen Situationen und Konstellationen durch. Die zentrale Fragestellung lautete dabei stets, welche Lösung in dieser oder jener außenpolitischen Situation möglich sei. Das Ergebnis dieser zum Teil auch erschöpfenden Arbeitsweise war, dass er glaubte, bereits im Voraus auf alle möglichen außenpolitischen Konstellationen vorbereitet zu sein und eine Lösung parat zu haben. Beneš' Arbeitsweise könnte man einerseits mit den Planungen eines Generalstabschefs vergleichen, andererseits mit der Denkweise eines Schach-Großmeisters, der vor jedem neuen Spielzug alle Alternativen überlegt. Diese intellektuelle Herangehensweise an die internationale Politik half ihm oft – vor allem in den Gremien des Völkerbundes, in denen er sich als Meister der Verhandlungen und der Kompromisse hinter den Kulissen erwies –, auf neue Herausforderungen rascher zu reagieren und schneller eine Lösung vorschlagen zu können. Die ständigen Planspiele konnten Beneš aber auch darin behindern, auf überraschende Schachzüge anderer außenpolitischer Akteure mit entsprechend neuen Ideen zu reagieren. So wurde er vom Locarno-Pakt überrascht, der letztlich nur die französische und belgische Ostgrenze sowie die deutsche Westgrenze garantierte. Und trotz großer Anstrengungen gelang es Beneš nicht, ein „Ost-Locar-

²⁰³ Die Sokolgemeinde hatte ursprünglich nur die Gesandten Frankreichs, Großbritanniens, Jugoslawiens, Polens etc. eingeladen, sodass erst auf Intervention von Beneš eine Loge für alle Missionschefs bereitgestellt wurde. Dennoch blieb Marek dem Sokolkongress ebenso fern wie der deutsche, italienische und der ungarische Gesandte. – Bericht Ges. Marek an BK Ramek (Vertraulich), 5. Juli 1926, in: ÖStA, AdR, NPA, Liasse Tschechoslowakei 15, GZ 13.346-13/26, Kt. 775. Vgl. Jan HAVRÁNEK, Die Austritte der Tschechen aus der Katholischen Kirche nach dem Ersten Weltkrieg – ihre Ursachen und Folgen, in: Horst Haselsteiner, Emilia Hrabovec und Arnold Suppan (Hgg.), Zeiten Wende Zeiten. Festgabe für Richard Georg Plaschka zum 75. Geburtstag (Frankfurt am Main 2000) 41-56.

no“ zu gestalten. Beneš wurde auch vom Plan einer deutsch-österreichischen Zollunion im März 1931 völlig überrascht und reagierte entsprechend feindselig – mit wenig Rücksicht auf die tschechoslowakischen Wirtschaftsinteressen und ohne die künftig schwer gestörten Beziehungen zu Berlin und Wien zu bedenken.²⁰⁴

Eine der entscheidendsten Schwächen des Außenpolitikers Beneš war zweifellos seine Unfähigkeit, gute Beziehungen zu den Nachbarstaaten herzustellen – weder zu Deutschland noch zu Polen, noch zu Ungarn, noch zu Österreich; lediglich zu Rumänien. Dabei war Beneš immer wieder daran interessiert, dem Gesprächspartner in Prag oder im Ausland in einer großen *tour d'horizon* zu zeigen, wie gut er sich in der europäischen Politik auskannte. Trotz vieler mündlicher und schriftlicher Zusicherungen gelang es ihm aber nicht, vertrauensvolle Kontakte zu irgendeinem deutschen, italienischen, polnischen, russischen, ungarischen oder österreichischen Politiker oder Diplomaten aufzubauen. Das war nicht weiter verwunderlich, wenn man in den Akten nachliest, wie belehrend und großspurig Beneš gegenüber seinen Kollegen auftreten konnte, wenn er sich der französischen Rückendeckung sicher war. Als einzige Ausnahme unter den ausländischen Diplomaten in Prag kann – abgesehen von den französischen Vertretern – der österreichische Gesandte Marek gelten, dem freilich die immer wieder durchbrechenden feindseligen Haltungen Beneš' gegenüber den Nachbarn durchaus bekannt waren. Nicht einmal die Beziehungen des tschechoslowakischen Außenministers zu seinen Kollegen in Jugoslawien und Rumänien können als wirklich vertrauensvoll eingestuft werden. Lediglich zum Quai d'Orsay hatte er einen „heißen Draht“, den er durch viele Telephonate und Besuche pflegte. Beneš arbeitete – wenn er nicht gerade mit dem Zug nach Paris, Genf, London, Wien, Belgrad, Bukarest oder Warschau unterwegs war (seine Reise nach Berlin im Mai 1928 galt nur als Privatreise; Budapest besuchte er kein einziges Mal!) – Tag und Nacht an Memoranden zu so gut wie allen Themen der mitteleuropäischen Politik. In den Jahren 1918-1920 hatte Beneš mit seinen Memoranden großen Erfolg, 1938 wurden sie von Großbritannien und Frankreich zur Seite geschoben, 1943 ließ sie Molotov unbeantwortet ablegen.²⁰⁵

Für seinen Sekretär Jaromír Smutný war Beneš „ein brillanter Meister der Taktik und Strategie, der größte Machiavelli unserer Zeit ..., [aber] er ist unfähig, die Begeisterung der Massen zu wecken [...]. Die Menschen verlassen ihn überzeugt, fühlen aber nicht mit ihm; sie sind voller Zuversicht, aber ohne Zuneigung.“ Die Haltung der sudetendeutschen Bevölkerung gegenüber Beneš war daher bestenfalls reserviert, überwiegend misstrauisch. Vor allem lehnte sie das durchaus effiziente Public-Relations-Netzwerk des Außenministers ab, das den Westeuropäern und Amerikanern stets ein geschöntes Bild über die angeblich beispielhafte demokratische und liberale Haltung der tschechoslowakischen Politik vermitteln sollte. Daher wurde er auch 1935 von keinem einzigen

²⁰⁴ KALVODA, Genesis, 454; KUBŮ, Beneš, 73f.

²⁰⁵ Vgl. Klaus KOCH, Österreich im Zentrum der Mitteleuropapläne, in: ADÖ 8, 11-33; ZINNER, Beneš, 108f.

sudetendeutschen Abgeordneten zum Präsidenten gewählt. Im Übrigen sind sich Beneš und Henlein offensichtlich kein einziges Mal begegnet.²⁰⁶

Der Exil-Präsident Beneš vermittelte noch im Dezember 1943 gegenüber Außenminister Molotov ein ziemlich einseitiges Bild über das frühere tschechisch-österreichische Verhältnis, wobei er geflissentlich übersah, dass mehr als ein Drittel des Reichtums der böhmischen Länder aus Betrieben im sudetendeutschen Raum stammte:

„Under Austria-Hungary, we [the Czechs] were supporting financially most of the Austrian lands. The Austrians themselves and Vienna particular lived very well. They were exploiting the other lands, and the Czech ones especially. The Czechs lands were keeping up the others. When we broke up Austria-Hungary, they had to start working. Before the war [World War I], they had been living up high, and we had been down below; after the war, we went up and they went down; that's why they were yelling that they couldn't live.“²⁰⁷

Der Machtantritt Hitlers war im politischen Denken Beneš' anfänglich durch die medial hysterisch aufgebauschte Hirtenberger Waffenschmuggelaffäre zwischen Italien, Österreich und Ungarn sowie durch Mussolinis Initiative zum Vier-Mächte-Abkommen verdrängt gewesen. Tatsächlich erklärte Beneš am 11. März 1933 dem britischen Premierminister James Ramsay MacDonald, dass „der Standpunkt und das Vorgehen Italiens weitaus wichtiger und gefährlicher [seien] als Deutschlands [...]. Italien spielt heute die Rolle desjenigen, der wissentlich das Feuer anfacht, das von Deutschland ausgeht, und der Deutschland als Instrument benutzt [...]. Das ist eine schreckliche Politik.“ – Tatsächlich schätzte man im Prager Außenministerium die Lage Anfang Februar 1933 so ein, „dass Hitler eine moderate Politik betreiben oder aber bald wieder abtreten wird“.²⁰⁸

Seit der Ankündigung des deutsch-österreichischen Zollunion-Planes im März 1931 wurde bei Beneš die Angst vor einem „Anschluss“ übermächtig. Jede offizielle Kontaktnahme zwischen Berlin und Wien beunruhigte die tschechoslowakische Diplomatie. Dies galt natürlich auch für Mussolinis Vorschlag im März 1933, ein Viermächteabkommen zwischen Großbritannien, Frankreich, Italien und Deutschland zu schließen. Ein nächster Schlag gegen die Prager Außenpolitik war die Nichtangriffserklärung zwischen Deutschland und Polen im Jänner 1934, hatten doch Masaryk und Beneš noch gegenüber Stresemann 1927 eine rasche deutsche Erledigung des Problems von Danzig gewünscht. Versuche der tschechoslowakischen Außenpolitik, eine wirtschaftliche oder gar politische Annähe-

²⁰⁶ DOUGLAS, „Ordnungsgemäße Überführung“, 26; ROTHKIRCHEN, *The Jews*, 161; vgl. Andrea ORZOFF, *Battle for the Castle: The Myth of Czechoslovakia in Europe, 1914-1948* (Oxford 2009). Bei seiner Wahl zum Präsidenten am 18. Dezember 1935 erhielt Beneš von 450 möglichen Stimmen immerhin 340. – ZEMAN, *Beneš*, 167f.

²⁰⁷ Minute by Smutný of the second conversation between Beneš and Molotov, Moscow, 16 December 1943, in: MASTNÝ, *The Beneš-Stalin-Molotov Conversations*, 391.

²⁰⁸ Jindřich DEJMEK, *Das Deutsche Reich in der tschechoslowakischen Außenpolitik der 1930er Jahre (bis zum Münchener Abkommen)*, in: Lemberg – Marek – Beneš – Kováč, *Suche nach Sicherheit*, 149-187, hier 158f.

zung an Österreich oder Ungarn herbeizuführen, wurden durch den Abschluss der Römischen Protokolle im März 1934 beendet.²⁰⁹

Mit dem Attentat von Marseille im Oktober 1934 hatte Beneš zwei außenpolitische Partner verloren, die auch durch das Bündnis mit Moskau im Mai 1935 nicht ersetzt werden konnten. Allerdings wollte Beneš „nicht einseitig an Russland gebunden werden“. Nachdem Ungarn, Polen, Jugoslawien und Österreich vertragliche Annäherungen an NS-Deutschland gefunden hatten, versuchte auch Präsident Beneš im Winter 1936/37 in geheimen Gesprächen mit zwei deutschen Abgesandten einen Ausgleich mit Hitler, der jedoch nicht zustande kam, da Hitler kein besonderes Interesse am Abschluss eines echten Nichtangriffspaktes zeigte und Beneš nicht über die Sudetendeutschen sprechen wollte. Folgeschwerer war das schrittweise Abrücken Großbritanniens und Frankreichs von der Tschechoslowakei und der zunehmende Druck aus London und Paris, der sudetendeutschen Minderheit entgegenzukommen, die bereits geheime Kontakte zu Berlin aufgenommen hatte. Britische und französische Politiker und Diplomaten nahmen ab Herbst 1937 sogar eine „a priori hostile disposition“ gegenüber Beneš ein. Für ihn war es schwer zu verstehen, dass dieselben Mächte, die im November 1918 und auf der Friedenskonferenz 1919 die Taufpaten der neuen Tschechoslowakei gewesen waren, nun Grenzänderungen verlangten. Hingegen verhielt sich Beneš im März 1938, in den Tagen des „Anschlusses“ Österreichs, völlig passiv, was einer halben Kapitulation gleichkam, hatte er doch die „Anschluss“-Idee seit 1918 bei jeder sich nur bietenden Gelegenheit bekämpft.²¹⁰

Schon gegen Ende des Jahres 1936 war in Berlin, Rom, Budapest und Warschau die Überzeugung aufgekommen, dass die Tage der Tschechoslowakischen Republik gezählt seien. Das Bündnis der Kleinen Entente war wertlos geworden, der neue französische Außenminister Yvon Delbos lehnte es ab, der Tschechoslowakei schriftliche Garantien zu geben; Rumänien lehnte es ab, der Roten Armee ein Durchzugsrecht in die Karpaten-Ukraine einzuräumen. Unter der Kriegsdrohung Hitlers stellte schließlich das Münchener Abkommen den völligen Zusammenbruch der Außenpolitik von Edvard Beneš dar, das letztlich zur Auflösung der Tschechoslowakei führte. Noch schlimmer war die Erfahrung, zur Münchener Konferenz gar nicht als Teilnehmer geladen worden zu sein: „Beneš now had to suffer the humiliating experience of having his country's destiny decided without benefit of consultation with him.“²¹¹

²⁰⁹ WANDYCYZ, Beneš, 243-246; vgl. Alexandr ORT, Postoj Československa k politice kolektivní bezpečnosti v letech 1933-1935, in: Vladimír Soják (Hg.), O československé zahraniční politice v letech 1918-1939 (Praha 1956) 205-261.

²¹⁰ WANDYCYZ, Beneš, 243, 247-250; Gerhard L. WEINBERG, Secret Hitler-Beneš Negotiations in 1936-1937, in: Journal of Central European Affairs 19 (1960) 368f.

²¹¹ ZINNER, Beneš, 111, 121f.; WANDYCYZ, Beneš, 250f.; DEJMEK, Beneš II, 156-182; vgl. Piotr S. WANDYCYZ, The Twilight of French Eastern Alliances, 1926-1936. French-Czechoslovak-Polish Relations from Locarno to the Remilitarization of the Rhineland (Princeton N. J. 1988).

Der tschechische Philosoph Jan Patočka erhob im Zusammenhang mit „München“ schwere Vorwürfe gegen Beneš und seine Politik im schicksalhaften Sommer 1938. Und Ferdinand Seibt schloss sich an:

„Ohne eine allseits akzeptierte Beurteilung der Fähigkeiten und Unfähigkeiten, der Versäumnisse und der verunglückten Konzeptionen jenes fleißigen und zweifellos von seiner Aufgabe erfüllten, aber als politischer Denker offensichtlich nur mediokren Edvard Beneš wird man auch die Debatte über den Mythos München nicht schließen können.“²¹²

Piotr Wandycz versuchte einige Antworten zu den Ursachen des Misserfolgs Beneš', denen unter Hinzufügung einiger Nuancen weitgehend zugestimmt werden kann:

- Obwohl Deutschland und Österreich fast 50 Prozent der tschechoslowakischen Exporte aufnahmen, bemühte sich Beneš bis 1931 zu wenig, dieser engen wirtschaftlichen Zusammenarbeit eine entsprechende politische folgen zu lassen.
- Das traditionelle Schachspiel in der Außenpolitik Beneš' konnte gegenüber den „revolutionären Methoden“ in der Außenpolitik Hitlers nicht funktionieren.
- Obwohl Beneš die tschechoslowakische Armee mit moderner Ausstattung für einen Krieg ausrüsten ließ, versuchte seine Außenpolitik mit allen Mitteln, den Frieden aufrechtzuerhalten. Dies entsprach in keiner Weise der Kriegszielpolitik Hitlers.
- Das System der kollektiven Sicherheit innerhalb des Völkerbundes, an dem Beneš beständig mitgebaut hatte, wurde mit dem Einmarsch Japans in die Mandschurei, dem Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund und dem Angriff Italiens auf Äthiopien brüchig.
- Die Organisation der Kleinen Entente hielt in der Weltwirtschaftskrise nicht mehr den Exportnotwendigkeiten Jugoslawiens und Rumäniens nach Deutschland stand, d. h., die politische Zusammenarbeit stimmte nicht mehr mit der wirtschaftlichen Zusammenarbeit überein.
- Schließlich unterschätzte Beneš Polen als Faktor der internationalen Beziehungen.²¹³

Beneš hatte mit dem Münchener Abkommen ein völliges Scheitern seiner Politik erlebt, weshalb er dieses Abkommen in den folgenden Jahren auch so exterminatorisch bekämpfte. Spätestens nach dem Einmarsch Hitlers in Prag war ihm bewusst geworden, dass eine Wiederherstellung der Tschechoslowakei in den Vor-Münchener Grenzen nur nach einem Krieg und der Niederlage Hitler-Deutschlands möglich wäre. Die ersten Monate seines Exils verbrachte Beneš in London – als offiziell unbeachtete, in Wirklichkeit jedoch misstrauisch beobachtete Privatperson. Als ihm die University of Chicago eine Gastprofessur für Soziologie anbot, trat er am 2. Februar 1939 die Schiffsreise in die USA an und begann am 25. März mit Vorlesungen über europäische Demokratie. Nachdem Hitler in Prag einmarschiert war, betrachtete er

²¹² SEIBT, Mythos München, XXI. Vgl. Edvard BENEŠ, *The Fall and Rise of a Nation: Czechoslovakia 1938-1941*, ed. by Milan Hauner (Boulder – New York 2004).

²¹³ WANDYCZ, Beneš, 252f.

es als seine persönliche Pflicht und Schuld, unverzüglich wieder politisch tätig zu werden und den Kampf um die Aufhebung des Münchener Abkommens und für die Wiederherstellung der Tschechoslowakei in ihren historischen Grenzen aufzunehmen. Daher trug er stets eine Karte der Tschechoslowakei von 1919 in der Tasche, auf der auch diejenigen Gebiete eingezeichnet waren, die durch das Münchener Abkommen verloren gegangen waren. Wir wissen nicht, ob er sie auch dem Präsidenten Roosevelt zeigte, als er ihn am 28. Mai 1939 auf Vermittlung des Herausgebers der einflussreichen Zeitschrift *Foreign Affairs* privat besuchen durfte. Aber der Präsident soll Beneš versichert haben, dass für ihn München nicht existiere.²¹⁴

Am 12. Juli 1939 kehrte Beneš nach Großbritannien zurück und ließ sich in der Londoner Vorstadt Putney nieder, die von Familienhäusern der britischen Mittelklasse dominiert war. Hier wartete er ungeduldig auf den Beginn des Krieges, da er genau wusste, dass nur dann Aussicht bestand, München rückgängig zu machen. Daher sandte Beneš bereits wenige Stunden nach der Kriegserklärung Großbritanniens und Frankreichs an das Deutsche Reich am 3. September 1939 gleichlautende Briefe an Chamberlain, Daladier und den polnischen Ministerpräsidenten Sławoj Składkowski mit der Mitteilung, dass sich die Tschechoslowakei mit der deutschen Wehrmacht im Kriegszustand befinde. Tatsächlich nahmen zwei tschechoslowakische Regimenter im Juni 1940 an den Rückzugskämpfen in Frankreich teil. Schließlich kämpften drei Staffeln an tschechoslowakischen Jäger- und Bomberbesatzungen in der Luftschlacht um England mit.²¹⁵

Bereits im November 1939 hatte Beneš Lord Halifax die Bildung eines Tschechoslowakischen Nationalausschusses (*Národní výbor československý*) mitgeteilt, und im Juli 1940 setzte Beneš per „Dekret“ im Londoner Exil eine tschechoslowakische Exilregierung unter Führung von Msgr. Šrámek ein, der František Němec, Hubert Ripka, Ladislav Feierabend, Ján Bečko und Eduard Outrata, die beiden slowakischen Diplomaten Juraj Slávik und Štefan Osuský, sowie die beiden Generale Sergej Ingr und Rudolf Viest angehörten. Seit dieser Zeit begann Beneš als Präsident im Exil mit „Dekreten“ als Notmaßnahmen zu regieren, deren es zwischen 1940 und 1945 insgesamt 143 werden sollten. Zwar gab es einflussreiche Gruppen des politischen und militärischen Exils und auch der tschechischen Widerstandsbewegungen, aber sie zogen sich auf beratende und unterstützende Funktionen zurück. Allerdings waren die Vorstellungen des tschechoslowakischen Militärs und der Widerstandsbewegungen zur Lösung des sudetendeutschen Problems äußerst radikal: Die Tschechoslowakei müsse die Vor-Münchener-Grenzen zurückgewinnen und die Sudetendeutschen vollständig aussiedeln.²¹⁶

²¹⁴ Vlastimil MORAVEC, *Špion, jemuž nevěřili* (Toronto 1977) 229f.; DOUGLAS, „Ordnungsgemäße Überführung“, 32.

²¹⁵ Toman BROD, *Osudný omyl Edvarda Beneše 1939-1948. Československá cesta do sovjetského područí* (Praha 2002) 15-20; Eduard ČEJKA, *Československý obboj na západě 1939-1945* (Praha 1997).

²¹⁶ Vgl. BRANDES, *Weg zur Vertreibung*, 55-101; Odsun 2, 82-84, 812.

Immerhin gelang es Beneš als tschechoslowakischem Exil-Präsidenten zwischen 1940 und 1945 erstaunlich schnell, den politischen und militärischen Widerstand im Exil und in der Heimat zusammenzufassen. Am 18. Juli 1941 erreichte Beneš auch die formelle Anerkennung der tschechoslowakischen Exilregierung seitens Großbritanniens und der Sowjetunion, die USA folgte formell erst im Oktober 1942. Nach dem von Beneš persönlich bereits Ende September 1941 angeordneten Attentat auf den Stellvertretenden Reichsprotektor Reinhard Heydrich und den erwarteten NS-Vergeltungsaktionen – vor allem die Zerstörung von Lidice stärkte die Position Beneš' gegenüber den Alliierten – wurde der tschechoslowakischen Exilregierung große internationale Aufmerksamkeit zuteil, und Großbritannien sowie Frankreich erklärten schon im Juli 1942 das Münchener Abkommen für obsolet. Beneš hatte erstmals gegen Hitler die Oberhand gewonnen. In weiterer Folge setzte er bei den Alliierten auch die Zustimmung zur totalen Trennung zwischen Tschechen und Deutschen durch.²¹⁷

Nachdem Botschafter Nichols mit dem Präsidenten Beneš bereits nahezu drei Jahre eng zusammengearbeitet hatte, versuchte er in seinem Bericht an Außenminister Eden ein Charakterbild Beneš' zu zeichnen:

„[...] He certainly works harder than any member of his staff, and I am inclined to think that he is the hardest worker that I ever met. He has an orderly mind and considerable skill in assembling and marshalling his arguments in discussion. He speaks English, French, German, Russian and Czech with equal volubility, but is the master of none of these languages, not even, I am told, his own. His great experience of Central Europe and of international politics gives him an ascendancy over his compatriots which is accepted without question and sets him in a position above and apart from them. As President, he continues to direct the policy of his country, though, constitutionally speaking, this should be the task of the Prime Minister and his Government. He is certainly more farsighted than most of his Ministers and in many ways his mind is more reasonable one than theirs. He pays much lip-service to the principles of loyalty and frankness, and, indeed, I believe these are his intentions, but a certain native cunning, from which an element of suspicion is not absent, sometimes renders his policy less frank than he would wish it to appear. [...]

That Dr. Beneš has certain faults of character no one would deny, but they have, I believe, often been exaggerated. He is sometimes accused of being self-important, crooked and vain. As to his crookedness, I do not believe that he is ever consciously a crook. He is perhaps, however, something of a self-deceiver by reason of wishful thinking, and he is apt to twist, I think unconsciously, the report of a conversation in the direction which suits his interests best. The fact that he is not completely at home in all the languages he speaks accentuates this tendency, but I doubt if he ever wishes deliberately to mislead and hoodwink his interlocutor, for I doubt if he would consider this to be in his own best interests. Moreover, his general standards of conduct are certainly high. As to his self-importance and vanity, this is perhaps more comprehensible, if not excusable, in the representative of a small than of a great State, and, if either of these charges is to be admitted in the case of Dr. Beneš, it must be remembered that these faults are to

²¹⁷ Odsun 2, 221f.; vgl. Vojtech MASTNY, *The Czechs under Nazi Rule, 1939-1942* (New York 1971); DOUGLAS, „Ordnungsgemäße Überführung“, 39; vgl. Jaroslav ANDREJS, *Smrt boha smrti* (1997); Charles WHITTING, *Heydrich – Henchman of Death* (1999); Helmuth G. HASSIS, *Tod in Prag* (2002).

be attributed not to the personal but to the representative character of the man. If he sometimes wishes to *se faire valoir*, it is for the sake of Czechoslovakia and not for the greater glory of Dr. Beneš himself.²¹⁸

Langfristig als eindeutigen Misserfolg muss man jedoch Beneš' Reise nach Moskau im Dezember 1943 einstufen. Bereits Ende August 1943 hatte er dem sowjetischen Gesandten bei den Exilregierungen in London, Aleksandr E. Bogomolov, den Entwurf eines Bündnisvertrages nach dem Vorbild des britisch-sowjetischen Vertrages vom Mai 1942 übergeben. Die sowjetische Seite antwortete nicht vor Anfang Oktober, und dann mit einigen durchaus hegemonialen Ergänzungen, aus denen die Machtungleichheit beider Länder herauszulesen war. Sogar Beneš' Kabinettschef Jaromír Smutný bemerkte sarkastisch, dass „Leute mit makelloser bürgerlicher Vergangenheit nun die Kommunisten hofierten, sich mit ihnen zusammensetzten und als Gleiche unter Gleichen debattierten“. Der Ständige Unterstaatssekretär im Foreign Office, Alexander Cadogan, warnte Churchill, dass die Moskaureise „Beneš' schon jetzt übertriebene Vorstellung von der eigenen Bedeutung und politischen Weisheit noch verstärken werde, und das werde ihn in Zukunft zu einem sehr schwierigen Partner machen“.²¹⁹

Bereits am 12. Dezember 1943, einen Tag nach Beneš' Ankunft in Moskau, unterzeichneten Molotov und Gesandter Fierlinger im Außenministerium einen Vertrag über die sowjetisch-tschechoslowakische Freundschaft, gegenseitige Hilfe und Zusammenarbeit nach dem Krieg – den ersten Vertrag einer kleinen alliierten Nation mit der UdSSR. Die Ratifikation erfolgte bereits zehn Tage später. Gleich am ersten Abend, am 11. Dezember, hatte Stalin nach dem Staatsdinner im Kreml einen Film vorführen lassen, der den tschechischen Gästen zeigte, wie gut die Rote Armee bereits im Jahre 1938 auf einen Krieg vorbereitet war. Nach den Papieren seines Kabinettschefs Smutný ließ sich Beneš offensichtlich auch vom glanzvollen Empfang beeindrucken, der ihm mit einer Galavorstellung im Bolšoj-Theater am nächsten Abend bereitet wurde. Als ihn Stalin in der Pause direkt fragte, mit welchem polnischen Politiker er über ein Abkommen verhandeln könne, rückte Beneš von seinen zuvor in London gegebenen Zusicherungen ab, eine Konföderation mit Polen anzustreben, und hielt sich nicht zurück, den aggressiven Rat zu geben: „But in order to make coexistence with Poland possible, the present feudal and aristocratic cast must be dumped (the Russians show agreement).“²²⁰

²¹⁸ Amb. Nichols to the Foreign Secretary (Confidential), 14th June 1944, HIA, Lockhart papers, box 8-2.

²¹⁹ Essay von Smutný, 4. Oktober 1943; Cadogan an PM Churchill, 25. Oktober 1943, in: Vojtech MASTNY, Moskaus Weg zum Kalten Krieg. Von der Kriegsallianz zur sowjetischen Vormachtstellung in Osteuropa (München – Wien 1980) 163-166.

²²⁰ Minute by Smutný of a conversation of Beneš and Fierlinger with Stalin, Molotov, Vorošilov and Kornejčuk in the Moscow theatre, 12 December 1943, in: MASTNY, The Beneš-Stalin-Molotov Conversations, 376-380.

Am 14. Dezember 1943 versuchte Beneš in einer ersten Verhandlungsrunde mit Molotov eine ganze *tour d'horizon*. Gleich einleitend versprach er Molotov ausdrücklich „loyale Zusammenarbeit und aufeinander abgestimmtes Handeln bei allen künftigen Vorhaben“. Nach einer längeren Diskussion über die deutsche Frage – die später noch abgehandelt wird – verlangte Beneš, den „Feudalismus“ in Ungarn auszurotten und die Ungarn zu bestrafen. – Molotov begann aber in der zweiten Verhandlungsrunde am 16. Dezember ziemlich hartnäckig nach dem tschechischen Widerstand zu fragen. Der Präsident flüchtete in ausweichende Antworten:

„We know that at the beginning we were not able to fight; we want to do it at least at the end – before the end – so that all our people would have a sense of participation in the war closely side by side with Russia. We therefore ask you to help us with armaments, because a revolution, a partisan war, will break out in our country at the end.

Molotov (rather sarcastically): Between whom?

Beneš: Against the Germans. [...]

Molotov: [...] What is the situation in your country now?

Beneš: At present, an open uprising would mean nothing but an unnecessary slaughter; however, we must do everything to get our people ready.

Molotov: What kind of resistance do your people wage against the Germans at the present time; do they conduct acts of sabotage or something like that?

Beneš: In our country, acts of sabotage have always been taking place and still are. [...] But in our country, we must use different methods than, say, the Poles. What we rather do is the so-called scientific sabotage which harms the Germans incessantly and permanently. We have been struggling with them for three hundred years [Eine unglaubliche Fehlinformation von Beneš, die von Molotov sicher nicht ernst genommen wurde. Anm. Suppan].

Molotov: All right, but what I mean is, what effective subversive activities do your people engage in? The Poles have underground organizations, conduct one act of sabotage after another, blow up bridges and trains.

Beneš: In our country, the geographical conditions are different. We are the farthest away from the fronts; our people have been urging the bombing of factories but nothing happened. We have urged the British to bomb and we have urged you, too. So far nothing has happened. But sabotage is going on.

Molotov: But nobody knows that, whereas the Poles – even after the diplomatic break – have transmitted to us lists of terrorist actions carried out by their organizations.²²¹

Beneš half kein weiteres Herumreden, er musste schließlich erklären, weshalb in den böhmischen Ländern weder großangelegte Sabotageaktionen noch ein Partisanenkrieg möglich seien. Damit bestätigte er aber indirekt den „Erfolg“ der Besatzungspolitik des Deutschen Staatsministers und Höheren SS- und Polizeiführers Karl Hermann Frank.

²²¹ Minute by Smutný of the second conversation between Beneš and Molotov, Moscow, 16 December 1943, in: MASTNY, *The Beneš-Stalin-Molotov Conversations*, 388f.

Die offensichtliche Anbiederung Beneš' gelang nicht. Beneš hatte mit Molotov und Stalin weniger diskutiert als vielmehr Monologe gehalten, was ihm mit Recht als Geschwätzigkeit ausgelegt wurde. Die Mischung von einstudierter Informalität und eifriger Unterwürfigkeit konnte bei den sowjetischen Führern nur herablassendes Wohlwollen hervorrufen. Die sowjetischen Reaktionen verraten einerseits ein gewisses Aushorchen Beneš' über die Politik der USA und Großbritanniens in der Frage der „zweiten Front“, dann einige sarkastische Kommentare zu verschiedenen Darlegungen Beneš' und insgesamt mehr Verachtung als Respekt für die politische Begabung dieses „bürgerlichen Radikalen“. Obwohl Beneš drei Memoranden übergab – über die Neuorientierung des tschechoslowakischen Außenhandels von West nach Ost; über die geplante Vertreibung der deutschen Minderheit; und über die sowjetische Hilfe bei der Ausrüstung einer 50.000 Mann starken Untergrundarmee in der Tschechoslowakei noch vor Kriegsende –, blieben alle drei unbeantwortet. Auch ein Protokoll, das Smutný sofort nach den Konversationen am 14., 16. und 18. Dezember zusammenstellte (mit Ergänzungen von Beneš, da Smutný am 18. nicht anwesend war), wurde vom Kreml nicht bestätigt. – Fünf Jahre später klagte Beneš: „Stalin hat mich zynisch belogen [...] seine Versicherungen, die er mir gegeben hat [...] waren eine absichtliche Täuschung“. Doch in Wahrheit war es viel eher eine Selbsttäuschung.²²²

Am 24. Februar 1945 kam es auf Churchills Landsitz Chequers zur letzten Zusammenkunft zwischen dem Premierminister und Beneš; auch Philipp Nichols und Jan Masaryk waren zugegen. Churchill warnte Beneš, dass die Sowjetunion den alten Kontinent bis zum Atlantik dominieren wolle, aber Beneš glaubte nicht, dass die Rote Armee in der Tschechoslowakei bleiben werde. Churchill bemühte einen Tiervergleich: „Der kleine [böhmische, Erg. Suppan] Löwe schreitet zwar zwischen dem riesenhaften russischen Bären und dem mächtigen amerikanischen Elefanten, aber es könnte sich zeigen, dass gerade der Löwe den Weg nicht kennt.“²²³

Am 28. Oktober 1945 kam Beneš in seiner Rede vor der Provisorischen Nationalversammlung auf die Rede Hitlers am 26. September 1938 zurück und bestätigte:

„Ja, es war ein Kampf zwischen zwei unversöhnlichen Welten: der demokratischen Tschechoslowakischen Republik und dem nazistischen Dritten Reich. [...] Sieben schwere, ja sehr schwere Jahre sind vergangen. Es kam unsere Niederlage von München und die schreckliche Enttäuschung, die wir seitens der westlichen Demokratien erfuhren; das trugvolle Einschleichen Hitlers in die Prager Burg und Ribbentrops historisch verlogene Erklärung über die rechtliche Unterordnung der tschechischen Länder unter das Dritte Reich; unsagbares moralisches Leid, wilde, bestialische deutsche Verfolgungen und die mehrjährige leidvolle nationale Erniedrigung; unser verbissener und systematischer, hier mutiger und dort verzweifelter innerer Widerstand und unser zweiter, anfangs äußerst schwieriger Widerstand vom Ausland her sowie der militärische und politische Kampf. Sieben Jahre eines fürchterlichen, für uns fast endlosen Krieges, der großen deutschen Siege und des deutschen aufgeblasenen und kulturlosen Triumphes, begleitet von den

²²² MASTNY, Moskaus Weg, 170-173; Edvard TÁBORSKÝ, Beneš and Stalin – Moscow 1943 and 1945, in: *Journal of Central European Affairs* 13 (1953/54) 162.

²²³ ZEMAN, Beneš, 326f.

unglaublichen deutschen Kriegsgräueln, die in ihrer Unmenschlichkeit in der Geschichte kaum Vergleichbares haben und die auf immer eine schwere, nicht wiedergutzumachende Schmach und Verurteilung der deutschen Nation bleiben werden. Und am Ende die abschreckenden und verdienten militärischen Niederlagen der deutschen Armee und der schreckliche Zusammenbruch des politischen Gebildes, das man Nazismus und Drittes Reich nannte, das die Welt tausend Jahre regieren wollte und das unserem Staat ein unbarmherziges Ende beschieden hatte, wobei es für unser Volk ein armseliges Vegetieren unter der Knute des Herrenvolkes vorbereitete!

Heute stehen wir, die Tschechoslowakei, wieder in unserer vollen moralischen Stärke hier, im freien, mit großer und ruhmreicher Geschichte geweihten Prag, blicken hinüber auf das zerschlagene Berlin und München und auf das gestürzte Dritte Reich, mit erhobenem Kopf, mit reinem Schild und Gewissen; im Bewusstsein eines großen historischen Sieges und im Bewusstsein des Sieges unserer großen demokratischen nationalen Tradition; [...] In dieser Stunde rufen auch wir unserer Nation und den anderen Nationen zu: Ja, dort stand Hitler und sein Drittes Reich mit all dem, was sie bedeuteten, und hier stehen wir. Und zwischen uns wurde entschieden: durch einen Kampf auf Leben und Tod; mit dem Sieg der ehrlichen Menschen über das niederträchtige Übel; durch das Gericht der Welt, der Geschichte und der Vorsehung. (Die Abgeordneten erheben sich von ihren Sitzen, – lang andauernder stürmischer Beifall.)²²⁴

Die Berufung auf die Vorsehung hätte von Hitler stammen können.

Der Schriftsteller Jiří Gruša, zwischen 1998 und 2004 Botschafter der Tschechischen Republik in Wien und zwischen 2005 und 2009 Direktor der dortigen Diplomatischen Akademie, veröffentlichte 2010 das Psychogramm „Beneš als Österreicher“ (*Beneš jako Rakušan*):

„Denn in Beneš' Psyche ist Austria eine Art Hassliebe. Zuerst hatte er eine geniale Vision, wie dieses Konglomerat zu retten gewesen wäre (siehe seine Dijoner Dissertation). Als sie scheiterte, überkam ihn die Lust, Österreich zu vernichten. Die Tschechoslowakei war aber Österreich in kleinem Maßstab. Er wollte sie ‚entösterreichisieren‘ und war erstaunt, dass sie mitsamt Österreich verschwindet. Und als er das Gefühl hatte, dass er das Rezept für ihre Rettung fand, bekam er die Moskauer Lektion. Und er staunte, als Österreich den Marshallplan annahm, den er wollte, wenn er gedurft hätte. Der Moskauer Protektor verhielt sich sowjetisch ‚reichsmäßig‘ und der Prager Präsident ‚kapitulationsmäßig‘, wie es es sich in Prag gehört. Er wusste, was er tut. [...]“²²⁵

Josip Broz Tito

Als „Revolutionär, Politiker, Heerführer, Staatsmann“ charakterisierte Ivan Jelić den langjährigen Präsidenten der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien und Vorsitzenden des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens – Josip Broz Tito. Tito bestimmte nicht nur die Geschichte Jugoslawiens zwischen 1945 und 1980, sondern entwickelte sich sogar zu einer international bedeutsamen politischen Persönlichkeit.

²²⁴ JECH, Němci a Maďari, 648f.

²²⁵ GRUŠA, Kapitulation, 26. Noch härter fiel Grušas moralische Kritik an Beneš vor dem Hintergrund der vier Grundtugenden der westlichen Kultur: *sapientia* (Weisheit), *fortitudo* (Tapferkeit), *justitia* (Gerechtigkeit) und *temperantia* (Mäßigkeit) aus. „Eduard Beneš kannte sie sicher, er interpretierte sie aber auf seine eigene Art und Weise: Weisheit hielt er für Pfiffigkeit, Tapferkeit für Nachgiebigkeit, Gerechtigkeit für Vergeltung und Mäßigkeit für Kälte.“ – GRUŠA, Kapitulation, 31.

Der siegreiche Führer des Partisanenkrieges wurde als Rebelle, der Hitler und Stalin widerstand (und überlebte), bezeichnet, als Vater des Selbstverwaltungssozialismus, als Architekt der Blockfreien-Bewegung, als großer Staatsmann, auch als letzter Habsburger, „helmsman and pharaoh“. Für andere blieb er allerdings ein „staunch Bolshevik“, ein Kriegsverbrecher, ein Massenmörder, ein kommunistischer Diktator, ein Verräter des Kroarentums und ein Hassler des Serbentums. Erstaunlicherweise erreichte von allen jugoslawischen Politikern des 20. Jahrhunderts nur Tito den Status als Ikone – nicht König Aleksandar I. oder der langjährige Ministerpräsident Nikola Pašić, nicht der kroatische Bauernführer Stjepan Radić oder der Erzbischof von Zagreb, Alojzije Kardinal Stepinac, nicht der langjährige slowenische Spitzenpolitiker Anton Korošec oder der Laibacher Bischof Gregorij Rožman. Tito erwarb sich schon als Oberbefehlshaber im Volksbefreiungskrieg ein gewisses Charisma, das er nach dem Bruch mit Stalin systematisch ausbaute – mit großen Reden in Paradeuniform, mit harten Entscheidungen in der Innen- und Außenpolitik, nicht zuletzt als Staatsgast im Kreml, im Buckingham Palace und im Weißen Haus.²²⁶

Josip Broz war um acht Jahre jünger als Beneš und um drei Jahre jünger als Hitler und wurde am 7. Mai 1892 als Sohn des kroatischen Dorfschmiedes Franjo Broz und seiner slowenischen Ehegattin Marija Javoršek in Kumrovec in der Zagorje nordwestlich von Zagreb geboren, wo noch das kajkavische Kroatisch gesprochen wurde. Sein erster Lebensweg hatte ihn über eine Schlosserlehre in Sisak als Metallarbeiter in Betriebe nach Laibach, Triest, Stein, Jungbunzlau in Böhmen, Pilsen (Škoda), München, Mannheim (Benz) und Wien, schließlich zur Automobilfabrik Austro-Daimler in Wiener Neustadt geführt, wo er als Einfahrer Beschäftigung fand.²²⁷ Von dort musste er Anfang 1913 zur k.u. Honvéd einrücken, wurde zum 25. Honvéd-Infanterieregiment nach Zagreb verlegt, schon Ende 1913 auf eine Unteroffiziersschule geschickt und noch vor Kriegsbeginn zum Zugführer befördert. Bereits in dieser Zeit hatte er neben Kroatisch gut Slowenisch und Deutsch gelernt,

²²⁶ Ivan JELIĆ, Josip Broz Tito, in: Igor Karaman (Hg.), Enciklopedija hrvatske povijesti i kulture (Zagreb 1980) 658-672; Mitja VELIKONJA, Titostalgija – Študija nostalgije po Josipu Brozu. Titostalgija – A Study of Nostalgia for Josip Broz (Ljubljana 2008) 14, 23; vgl. Phyllis AUTY, Tito: A Biography (New York 1970); Vladimir DEDIJER, Novi prilozi za biografiju Druga Tita, 3 Bde. (Zagreb – Rijeka 1981); Richard WEST, Tito and the Rise and Fall of Yugoslavia (London 1994); Stevan PAVLOWITCH, Tito – Yugoslavia's Great Dictator (London 2006) 8, 67. In einer 2003 durchgeführten Umfrage nach dem bedeutendsten Kroaten des Millenniums gaben 26,4 % Tito an, 20,7 % den Elektrophysiker Nikola Tesla, 8 % den Mathematiker und Naturphilosophen Ruđer Bošković, 6,6 % den Schriftsteller Miroslav Krleža und 4,4 % den 1999 verstorbenen Präsidenten Franjo Tuđman. In einer vergleichbaren Umfrage der Laibacher Zeitung *Delo* aus dem Jahre 1999, welche Persönlichkeit im ablaufenden Millennium in der slowenischen Geschichte die bedeutendste Rolle gespielt habe, rangierte Tito nach dem Dichter France Prešeren, dem Reformator Primož Trubar und dem Bischof Anton Martin Slomšek an vierter Stelle. Aber auch in der Bundesrepublik Jugoslawien wurde Tito 1998 zum bedeutendsten jugoslawischen Politiker des 20. Jahrhunderts gewählt, namentlich in der Vojvodina und in Montenegro. – VELIKONJA, Titostalgija, 90f.

²²⁷ Die Firma Austro-Daimler, in der vor dem Ersten Weltkrieg u. a. der Konstrukteur Ferdinand Porsche arbeitete, gehörte zu dieser Zeit bereits Karel Freiherrn von Škoda.

bildete sich mit Büchern und Zeitschriften weiter, war seit 1910 gewerkschaftlich organisiert und war der Sozialdemokratischen Partei Kroatiens und Slawoniens beigetreten. Stevan Pavlowitch meint allerdings: „in spite of his [Broz'] alleged Social-Democratic sympathies, political activity did not yet play an important part in his life“. Bei Kriegsbeginn nach Syrmien verlegt, wurde Broz wegen Antikriegspropaganda für kurze Zeit in der alten Festung Peterwardein (Petrovaradin) interniert. Nachdem sein Regiment im Jänner 1915 von der Drina an die Karpatenfront verlegt worden war, geriet Broz bei einem Angriff tscherkessischer Kavallerie am 25. März 1915 schwer verwundet in russische Kriegsgefangenschaft.²²⁸

Etwa ein Jahr lang wurde Broz in einem Krankenhaus der Stadt Svijažka im Gubernium Kazan' gesund gepflegt, von wo er zuerst in ein Kriegsgefangenenlager bei der Stadt Alatir am Fluss Sura verbracht wurde, dann in das Lager Ardatov. Nachdem er es abgelehnt hatte, sich dem Serbischen Freiwilligenkorps anzuschließen, arbeitete er in einem Eisenwerk in Kungur im Ural. Während der Kriegsgefangenschaft lernte er Russisch, kam in Kontakt mit russischen Revolutionären und lernte Bolševiki und ihr Programm kennen. Zur Zeit der Februarrevolution saß er wegen Widerstands gegen die zarische Staatsgewalt im Gefängnis, wurde befreit und fuhr im Juni 1917 nach Petrograd, wo er in den Putilov-Werken arbeiten wollte. Im Juli beteiligte er sich an den von den Bolševiki organisierten Massendemonstrationen, wurde auf einem Fluchtversuch in Finnland verhaftet und für drei Wochen in der Peter-und-Paul-Festung in Petrograd eingesperrt. Auf dem Transport ins Lager Kungur entfloh er, erfuhr von der Oktoberrevolution und trat in Omsk in die internationale Abteilung der Roten Garde ein, die die Transsibirische Eisenbahnlinie bei Omsk bewachen sollte. Dort wurde er auch Mitglied der Jugoslawischen Sektion der Kommunistischen Partei und heiratete Pelageja Belousova, mit der er im Oktober 1920 über Petrograd, Narva, Stettin und Wien nach Kumrovec zurückkehrte.²²⁹

Kein Zweifel, in Russland hatte Josip Broz nicht nur die revolutionär-radikale Denk- und Handlungsweise der Bolševiki und die Anwendung des Marxismus-Leninismus in der Umgestaltung der Gesellschaft kennengelernt, sondern auch die totalitäre Durchsetzung der Macht der Volkskommissare und der *sovetj* in einem mehrjährigen Bürgerkrieg. Und Broz hörte auch von Lenins Konzept des „demokratischen Zentralismus“, von der „Diktatur des Proletariats“ und von der

²²⁸ Zeev MILO, Im Satellitenstaat Kroatien. Eine Odyssee des Überlebens 1941-1945 (Konstanz 2002) 141. Noch am 23. März 1915 stellte Titos Bataillonskommandant einen Belohnungsantrag, da Zugsführer „Josef Broz“ in der Nacht vom 17. auf den 18. März als Kommandant einer Patrouille eine russische Feldwache von 11 Mann gefangen genommen hatte. Tito freute sich sehr, als ihm 1967 bei einem Staatsbesuch in Österreich – das er seit 1937 nicht mehr betreten hatte – Bundespräsident Franz Jonas das aus dem Kriegsarchiv ausgehobene Original des Belohnungsantrages für eine Auszeichnung mit der Silbernen Tapferkeitsmedaille zweiter Klasse übergab. – ÖStA, KA, Belohnungsakten, MBA 426.596, Kt. 222, Josef Broz HIR 25; Salzburger Volkszeitung, 11. Februar 1967.

²²⁹ JELIĆ, Tito, 658; Gottfried PRUNKL und Axel RÜHLE, Josip Tito in Selbstzeugnissen und Bilddokumenten (Reinbek bei Hamburg 1973) 7-16.

neuen Geheimpolizei *Čeka*, die die zarische *Ochrana* abgelöst hatte. Der „Rote Terror“ sollte alle aktiven „Feinde des Volkes“ – Aristokraten, Kapitalisten, Priester, unabhängige Gewerkschafter, freie Bauern und nicht-leninistische Marxisten und Sozialisten – eliminieren. Andererseits wurden die sich während des Bürgerkrieges von Sowjetrußland abspaltenden „Provinzen“ Ukraine, Weißrußland, Transkaukasien und Turkestan in die neue Sowjetunion wieder zwangsintegriert. Dass Lenin sein Terrorregime aus wirtschaftlichen Gründen ab 1922 abschwächen musste, bekam Broz nicht mehr mit.²³⁰

Im Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen hatten sich mittlerweile die sozialdemokratischen Parteien zur „Sozialistischen Arbeiterpartei Jugoslawiens (Kommunisten)“ (*Socijalistička radnička partija Jugoslavije (Komunisti)*) zusammengeschlossen, die der Dritten Internationalen beitrug. Bereits im Juni 1920 aber spaltete sich die SRPJ in einen reformistischen und einen revolutionären Flügel, der sich „Kommunistische Partei Jugoslawiens“ (*Komunistička partija Jugoslavije*) – kurz KPJ – nannte und die Schaffung einer Sowjetrepublik Jugoslawien forderte. Immerhin gewann sie die Gemeindewahlen in Zagreb, Slavonski Brod, Karlovac, Split, Zemun, Podgorica (nach 1945 Titograd), Beograd, Niš, Kragujevac, Skopje, Prilep sowie Đakovica, erreichte bei den Wahlen zur Verfassungsgebenden Nationalversammlung am 28. November 1920 mit 198.463 Stimmen (= 12,4 %) 59 Abgeordnete und wurde drittstärkste Fraktion in der *Skupština*. Broz war sofort nach seiner Rückkehr, noch vor den Wahlen, der KPJ und der kommunistischen Gewerkschaft beigetreten und hatte sich aktiv am Wahlkampf in Zagreb beteiligt. Als Mitglied der Dritten Internationalen vertrat die KPJ programmatisch die Auflösung der bürgerlichen Gesellschaft, die proletarische Revolution und die Diktatur des Proletariats, darüber hinaus einen nationalen Unitarismus. Nach weiteren Streikaktionen verbot jedoch der Ministerrat am 29. Dezember 1920 jede weitere kommunistische Agitation (*Obznana*), und nach Attentaten auf Innenminister Drašković und den Regenten Aleksandar beschloss die *Skupština* am 2. August 1921 ein „Gesetz zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und der Ordnung des Staates“, das die KPJ zur terroristischen Organisation und ihre Mandate für nichtig erklärte, auch die kommunistischen Gewerkschaften verbot und jede kommunistische oder anarchistische Organisation und Propaganda unter schwere Strafe stellte. Von nun an war die KPJ in die Illegalität verwiesen und agierte häufig von Österreich aus.²³¹

Josip Broz arbeitete seit Jänner 1921 in einem kroatischen Dorf als Mühlenmechaniker in einer Dampfmühle mittlerer Größe, die einer jüdischen Familie gehörte, wirkte daneben im KP-Bezirkskomitee von Bjelovar mit, ging im Herbst 1925 als

²³⁰ Orlando FIGES, *A People's Tragedy: The Russian Revolution, 1891-1924* (London 1996); Andreas KAPPELER, *Russland als Vielvölkerreich. Entstehung, Geschichte, Zerfall* (München 1993) 300-302; Jörg BABEROWSKI – Anselm DOERING-MANTEUFFEL, *Ordnung durch Terror. Gewaltexzesse und Vernichtung im nationalsozialistischen und im stalinistischen Imperium* (Bonn 2006) 38-43; DAVIES, *Europe at War*, 45-48.

²³¹ PETRANOVIĆ, *Istorija Jugoslavije*, 57-75; PRUNKL – RÜHLE, *Tito*, 18-21; SUPPAN, *Jugoslawien*, 379-387.

Werftarbeiter nach Kraljevica an die Adria, wurde dort nach einem Streik entlassen, wechselte Anfang 1927 im Auftrag seiner Metallarbeiterunion nach Smederevska Palanka in Serbien, wo er in der Waggonfabrik zum Vertrauensmann gewählt wurde. Nach seiner Rückkehr nach Zagreb wurde er im Juli 1927 als Gewerkschaftssekretär verhaftet und im Festungsgefängnis von Ogulin eingesperrt. Ende Februar 1928 wurde Broz zum Politischen Sekretär des Stadtkomitees der KPJ in Zagreb gewählt und trat auch für das Provinzialkomitee der Arbeitergewerkschaften auf. Nach den Attentaten auf kroatische Abgeordnete im Belgrader Parlament und dem Tod des kroatischen Bauernführers Stjepan Radić reagierte auch die KPJ mit Streiks und Massendemonstrationen gegen das Belgrader Regime. Broz wurde am 4. August 1928 verhaftet und im November 1928 wegen Verbreitung kommunistischer Literatur, Zugehörigkeit zur verbotenen KPJ und illegalen Waffenbesitzes zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. Seine Erklärungen vor Gericht erreichten auch die Komintern in Moskau und wurden positiv bewertet. Im Zuchthaus von Lepoglava, einem ehemaligen Paulinerkloster im Norden der Zagorje, lernte er im Jänner 1930 den in Wien und Paris ausgebildeten Maler Moša Pijade, einen Spehardim aus Belgrad, kennen, der vor seiner Verhaftung die ersten drei Nummern des *Komunist* gedruckt hatte, im Zuchthaus das „Kapital“ von Karl Marx zu übersetzen begann und der nach seiner Entlassung im Jahre 1940 einer der engsten Berater Titos werden sollte. Broz nützte die Möglichkeit im Gefängnis, Bücher zu entleihen, und vertiefte seine Kenntnisse über die kommunistische Bewegung. Als Broz im März 1934 endgültig aus dem Gefängnis entlassen wurde, waren seine Frau und ihr 1924 geborener Sohn Žarko bereits von der Roten Hilfe in die Sowjetunion gebracht worden, wo die Ehe gegen Ende der 1930er Jahre geschieden wurde.²³²

Nun ging Josip Broz in die Illegalität, zeigte großes konspiratives Organisationstalent, wurde Mitglied des Provinzialkomitees der durch Verhaftungen stark reduzierten KPJ, kam im Juni 1934 nach Wien und wurde hier bereits im Sommer 1934 unter dem Decknamen „Tito“ sowohl in das Zentralkomitee als auch in das Politbüro kooptiert. Nach dem tödlichen Attentat makedonischer und kroatischer Terroristen auf König Aleksandar in Marseille am 9. Oktober 1934 wurde Tito nach Moskau geschickt, wo er im Februar 1935 eintraf, um in der Komintern mitzuarbeiten. Obwohl er bald auch die ärmlichen Dörfer und die erbärmlichen Kolchosen zu sehen bekam, die keinem Vergleich zur Lage der kroatischen Bauern standhalten konnten, schwärmte er vom „Land der Werktätigen“ und dem gewaltigen industriellen Aufschwung. Die gerade zu Ende gegangene, durch Stalins Zwangskollektivierung und Vernichtung der „Kulaken“ verursachte Hungerkatastrophe mit mindestens drei Millionen Toten dürfte ihm ebenso wie vielen anderen Mitarbeitern der Komintern – und nicht wenigen westlichen Intellektuellen – entgangen sein. Tito wurde zum Referenten der Jugoslawien-Abteilung im Balkan-Sekretariat der Komintern bestellt, dessen Leiter der deutsche Kommunist Wilhelm Pieck war, der freilich vom Balkan wenig Ahnung hatte. Nun lernte Tito

²³² PRUNKL – RÜHLE, Tito, 22-38, 139; PAVLOWITCH, Tito, 19.

unter dem neuen Decknamen „Walter“ die Mitglieder des Exekutivkomitees der Komintern wie Georgij Dimitrov, Palmiro Togliatti, Otto Kuusinen und Dmitrij S. Manuilskij kennen und wohnte wie fast alle ausländischen Kominternfunktionäre im Hotel „Lux“. Der österreichische Intellektuelle Ernst Fischer schilderte „Walter“ später als „nachdenklich, zurückhaltend, still, von vielen Büchern umgeben“ und als intensiven Leser philosophischer, ökonomischer und militärwissenschaftlicher Werke.²³³

Auch Tito war mit den 1934 von Stalin eingeleiteten „Säuberungen“ innerhalb der kommunistischen Kader konfrontiert. Wie Tito diese Massenmorde überlebte, bleibt nach wie vor ein Rätsel, da die übrigen Mitglieder des KPJ-Zentralkomitees liquidiert wurden.²³⁴ Tito nützte die Zeit für intensives Selbststudium, pendelte in erster Linie zwischen seinem Hotelzimmer und den Büros der Komintern und hielt sich nach eigener Aussage bei Diskussionen mit anderen Genossen zurück, da ja der NKVD alle Gespräche abhörte. Andererseits, Tito „had always been able to adapt to his surroundings, and this he did again – from his romantic expectations to the stark realities of Moscow, from his previously assumed persona of a prosperous engineer to that of a quiet and industrious Party worker“.²³⁵

Tito nahm als Sekretär der jugoslawischen Delegation am VII. Weltkongress der Komintern teil, bei dessen Eröffnung er erstmals Stalin sah. Mit Protektion und Konspiration entging er der Verhaftungswelle zwischen Oktober 1935 und März 1936, wurde von der Komintern zum Organisationssekretär der KPJ bestimmt und fuhr im Oktober 1936 mit dem Auftrag der Umsetzung der Volksfronttaktik und der Rekrutierung von Freiwilligen für die Internationalen Brigaden im Spanischen Bürgerkrieg über Wien nach Jugoslawien zurück. Dort traf er völlig orientierungslose Altfunktionäre an, auf deren Mitarbeit er nun weitgehend verzichtete. Mit jungen Intellektuellen wie dem Slowenen Edvard Kardelj und dem Montenegriner Milovan Đilas begann Tito eine neue Partei aufzubauen, gründete eine KP Sloweniens und eine KP Kroatiens und mit dem Studenten Ivo Lola Ribar eine effektive Jugendorganisation. Als der KPJ-Chef Milan Gorkić²³⁶ im Sommer 1937 in Moskau als britischer Spion angeklagt und bald darauf beseitigt wurde, übernahm Tito in

²³³ DAVIES, *Europe at War*, 48-50; PRUNKL – RÜHLE, *Tito*, 40-46; Ernst FISCHER, *Erinnerung und Bekenntnis* (Wien 1972); vgl. Simon SEBAG-MONTEFIORE, *Stalin: The Court of the Red Tsar* (London 2003).

²³⁴ Daher bezeichnete der Belgrader Journalist Pero Simić, der auch Dokumente in Stalins Archiv in Moskau ausgegraben hatte, Tito als „manipulator“, „liar“ and „traitor“, „guilty of ordering the murders of his close collaborators and even friends“. – Pero SIMIĆ, *Tito: A Phenomenon of the Century* (Belgrade and Zagreb 2009); zitiert nach: Slavenka DRAKULIĆ, *Tito Between Legend & Thriller*, in: *iwmpost*, No. 102, September-December 2009, 7.

²³⁵ PAVLOWITCH, *Tito*, 21; John V. A. FINE, *Strongmen can be beneficial: The exceptional case of Josip Broz Tito*, in: Bernd J. Fischer (ed.), *Balkan strongmen. Dictators and Authoritarian Rulers of Southeast Europe* (West Lafayette 2007) 269-317, hier 271.

²³⁶ Sein richtiger Name lautete: Josip Čižinski, vgl. BANAC, *Dimitrov*, 34f. Neben Gorkić dürften etwa 800 jugoslawische Kommunisten den Stalin'schen Säuberungen zum Opfer gefallen sein. – PAVLOWITCH, *Tito*, 24.

Paris – wohin das ZK im Dezember 1936 aus Wien übersiedelt war – die Geschäfte des Generalsekretärs und lehnte eine neuerliche „Einladung“ nach Moskau ab. So entging er Stalins „Großem Terror“ in den Jahren 1937 und 1938. Noch von Paris aus verfasste er unmittelbar nach dem „Anschluss“ Österreichs – unter Assistenz seiner zweiten, aus Marburg (Maribor) stammenden Frau Herta Haas²³⁷ – einen patriotischen Aufruf an die Völker Jugoslawiens. Ohne die Komintern zu konsultieren, bildete er im Mai 1938 eine provisorische Parteileitung mit den Arbeitern Aleksandar Ranković, Miha Marinko und Franc Leskošek sowie den Intellektuellen Kardelj, Đilas und Ivan Milutinović. Erst im August 1938 fuhr Tito erneut nach Moskau, um das Plazet für seine Lösungen zu erhalten. Aber erst nach längerem Drängen – auch mit dem Hinweis auf die bevorstehenden Parlamentswahlen in Jugoslawien – empfing ihn Dimitrov und erteilte ihm, sicher im Einvernehmen mit Stalin, das Mandat als Generalsekretär der KPJ, womit Titos Umbesetzungen nachträglich sanktioniert wurden. Tito setzte bei Dimitrov auch durch, dass sich die KPJ nur aus jenen Mitteln erhalten sollte, die sie direkt im Lande von den werktätigen Massen einheben könnte. Im März 1939, also erst nach dem Sturz der Regierung Stojadinović, kehrte Tito über Leningrad und Paris nach Jugoslawien zurück; dem nationalsozialistischen Deutschland wich er aus gutem Grund aus.²³⁸

Tito versuchte nun das Profil seiner Partei so weit zu modernisieren, dass sie in der Industriearbeiterschaft, unter den Studenten und in der linken Intelligenz Einfluss gewann. Gleichzeitig war ihm bewusst, dass er auch die Bauernfrage einbeziehen müsse, um eine strategische Partnerschaft zwischen den Arbeitern und den Kleinbauern zu erreichen. Immerhin waren viele Arbeiter gleichzeitig Kleinbauern geblieben. In der nationalen Frage steuerte er ein föderatives System mit völliger Gleichberechtigung der slawischen Völker Jugoslawiens an. In der Außenpolitik warnte er vor weiteren Aggressionen und Expansionen der „faschistischen Mächte“ und forderte eine noch engere Zusammenarbeit in der Komintern. Auf der fünften Landeskonferenz in Zagreb, im Oktober 1940, festigte Tito seine Führungsrolle und verlangte die Weiterentwicklung der KPJ zu einer Partei der Revolution. Die KPJ war mittlerweile auf etwa 12.000 Mitglieder angewachsen; nur 3000 von ihnen sollten den Krieg überleben.²³⁹

²³⁷ Herta Haas war die Tochter eines deutschen Rechtsanwaltes in Marburg (Maribor), studierte in Zagreb, schloss sich dort der geheimen kommunistischen Studentenorganisation an, lernte Tito kennen und heiratete ihn. Nachdem sie von der deutschen Besatzungsmacht gefangen genommen, ihre Identität allerdings nicht entdeckt worden war, wurde sie im März 1943 gegen gefangen genommene Wehrmachtsoffiziere „ausgetauscht“. Noch während des Krieges gebar sie ihren Sohn Mišo. Tito ließ sich dennoch scheiden und heiratete zunächst die Serbin Davorjanka Paunović, nach deren baldigem Tod die Serbin Jovanka Budisavljević. Herta Haas lebte nach 1945 fern der Öffentlichkeit und starb erst im März 2010 in Belgrad. – Walter NEUNER, Marschall Titos Ex-Ehefrau gestorben, in: *Der Untersteirer*, 43/3 (2010) 11.

²³⁸ PRUNKL – RÜHLE, Tito, 47-59; JELIĆ, Tito, 660f.; vgl. NAIMARK, Stalin, 103-123.

²³⁹ JELIĆ, Tito, 661f.; ENVER REDŽIĆ, *Bosnia and Herzegovina in the Second World War* (London 2001) 201; FINE, Tito, 272.

Bereits 1940 trat Tito als noch illegaler jugoslawischer KP-Chef in Erscheinung, ab Juli 1941 als politischer und militärischer Partisanenführer. Die KPJ anerkannte die Aufteilung Jugoslawiens unter den vier Besatzungsmächten nicht, auch nicht die Deklaration des „Unabhängigen Staates Kroatien“, und Tito übersiedelte Anfang Mai von Zagreb nach Belgrad. Nach Beginn des deutschen Angriffs gegen die Sowjetunion kam aus Moskau die Weisung, mit bewaffneten Angriffen auf die Okkupatoren zu beginnen. Der bewaffnete Widerstand sollte ein Befreiungskampf und keine Revolution werden. Schon auf der ZK-Sitzung am 4. Juli 1941 in der Villa des Direktors der führenden Belgrader Tageszeitung *Politika*, Vladislav Ribnikar, präzisierte Tito die Parteilinie für den bewaffneten Kampf, sprach aber noch nicht von Aufstand und Partisaneneinheiten. Dennoch gab er dem nach Montenegro entsandten Đilas den Rat mit: „Aber lass einen jeden erschießen, selbst wenn er ein Mitglied der Gebietsführung ist, der Wankelmüt oder Disziplinlosigkeit zeigt...“ Vorerst konnte sich Tito aber weder gegen die königstreue Widerstandsbewegung der *Četnici* durchsetzen noch gegen die deutsche Besatzungsmacht, die seine „Republik von Užice“ (*Užička republika*) zerschlug und ihn mit seinem Stab und weniger als 2000 Partisanen aus Serbien in den Sandžak, nach Bosnien-Herzegowina und Montenegro vertrieb. In dieser kritischen Phase im Winter 1941/42 wollte Tito sogar seine Funktion als Kommandierender zurücklegen. Andererseits kritisierte er Đilas für die Einleitung des Aufstandes in Montenegro und löste ihn bereits Anfang November 1941 durch Milutinović ab:

„Die Einleitung eines Aufstands war an sich nicht unrichtig; der Fehler lag darin, dass ihr den Aufstand nicht politisch von unten vorbereitet habt. Es war ein Fehler, dass ihr den Partisanenkampf getrennt vom Volksaufstand betrachtet, anstatt den Partisanenkampf als ein Hineinwachsen in den allgemeinen Volksaufstand aufzufassen [...]. Es war ein Fehler, den Volksbefreiungskampf als Antifaschistische Revolution zu bezeichnen.“²⁴⁰

Bereits im Winter 1941/42 vermochte sich Tito mit seinen noch mehrheitlich serbischen Partisanen im Grenzbereich zwischen italienischer, kroatischer und deutscher Herrschaft festzusetzen, vorerst im südbosnischen Foča. Nach intensiven Gesprächen mit Đilas veröffentlichte er im Organ des ZK, *Proleter*, den Artikel „Die Kommunistische Partei und die Verbündeten der Okkupanten“, in dem er den Kampf gegen die Besatzungsmächte als die wichtigste, ja als die entscheidende Aufgabe herausstellte. In einem offenen Brief an die Organisationen und Mitglieder der KP von Montenegro war dies so formuliert:

„Im Gegensatz zu der auf die Auslösung eines Bürger- und Klassenkrieges gerichteten Provokation der Besatzer und ihrer Lakaien unternimmt die KP Jugoslawiens jede nur mögliche Anstrengung, um alle patriotischen Kräfte in einer Einheitsfront der Volksbefreiung zu versammeln. [...] Eine wesentliche Voraussetzung für den Erfolg dieses Kampfes besteht in der

²⁴⁰ Milovan ĐILAS, *Der Krieg der Partisanen. Memoiren 1941-1945* (Wien – München – Zürich – Innsbruck 1978) 11, 15, 74, 102f.; Pero MORAČA, *Der Bund der Kommunisten Jugoslawiens* (Belgrad 1966) 42.

energischen Liquidierung jeder Nachlässigkeit bei der Festigung der Führungsrolle der KP im Volksbefreiungskampf.“²⁴¹

Dass der am 26. November 1941 formierte „Oberste Stab“ (*Vrhovni štab*) am 1. November 1942 den Befehl über die Schaffung des Volksbefreiungsheeres und der Partisanenabteilungen Jugoslawiens (*Narodnooslobodilačka vojska i partizanski odredi Jugoslavije*) als ständiger Streitmacht herausgab, zeigte die organisatorischen und propagandistischen Fähigkeiten Titos. „Tito ‚produzierte‘ – so Đilas – keine Ideen, sondern machte sich vorhandene Ideen mit Leichtigkeit und Gewandtheit zu eigen – wenn er sie nicht verwarf.“ Zu den persönlichen Stärken Titos gehörte auch seine erlernte Haltung, dass er sowohl den kroatischen als auch den serbischen Nationalisten fernstand, daher auch gute Kontakte zu slowenischen und jüdischen Genossen aufbauen konnte. Zweifellos hatten ihn auch seine Vorkriegsjahre in Österreich-Ungarn und seine Kriegs- und Revolutionsjahre in Russland geprägt. Vermutlich hatte er im russischen Bürgerkrieg aber auch die Unnachgiebigkeit gegenüber abtrünnigen Gruppen erlernt, das „Prinzip“ der Abrechnung. Jede oppositionelle Tätigkeit ließ er daher mit aller Härte als „Konterrevolution“ bekämpfen. Tito verstand aber auch, dass er den Partisanenkrieg nicht mit Arbeitern, Studenten und Schülern durchhalten werde, und erkannte rasch die Bedeutung der Dörfer als Hauptquelle des Nachschubs an Menschen und Nahrung für das Partisanenheer. Als Đilas während einer italienischen „Strafexpedition“ auf die Tendenz vieler Bauern hinwies, zu den Aktivisten der „Fünften Kolonne“ zu gehören, bemerkte Tito knapp: „Der Bauer geht mit demjenigen, der stärker ist [...]. Um seine Rekrutierungsbasis unter den Bauern möglichst breit zu halten, vermied Tito die ethnische Kriegsführung der *Ustaše* und *Četnici*.“²⁴²

Während die *Ustaše* und die *Četnici*, Wehrmacht, SS und italienische Armee in den wechselseitigen Kämpfen immer grausamere Methoden anwandten, die jenseits jedes Kriegsrechtes standen, knüpften die Partisanen an terroristische Vorgangsweisen unter Stalin an:

„The burning of ‚enemy‘ villages and the confiscation of ‚enemy‘ property were commonplace during the Left Error. Partisan units were given quotas of ‚fifth columnists‘ to be shot. [...] Partisan newspapers printed the names of executed ‚kulaks‘, occasionally ending with the menacing phrase ‚to be continued‘. [...] Churches were desecrated and such anti-Western jingles as ‚Partisans, prepare your machine guns to greet the king and Englishman‘ were quite popular.“²⁴³

²⁴¹ ĐILAS, Partisanen, 191; vgl. Zbornik dokumenata i podataka o narodno-oslobodilačkom ratu jugoslovenskih naroda III/3 (Beograd 1950) 45-49. Bereits im Herbst 1941 ließ Hitler für die Gefangennahme oder die Tötung Titos 100.000 Reichsmark aussetzen.

²⁴² ĐILAS, Partisanen, 127, 264; FINE, Tito, 276; Milovan ĐILAS, Druženje s Titom (Beograd 1990) 101. Die Mitglieder des Obersten Stabes ernannte Tito im Namen des ZK aus den Reihen der bedeutendsten Führer des Aufstandes, die zumeist auch Parteifunktionäre waren. Dazu gehörten bis Ende 1942 Edvard Kardelj, Aleksandar Ranković, Ivan Milutinović, Milovan Đilas, Ivo Lola Ribar, Moša Pijade, Sreten Žujović, Vlado Popović und Svetozar Vukmanović. – Enciklopedija Jugoslavije 8 (Zagreb 1971) 543f.

²⁴³ Ivo BANAC, With Stalin against Tito. Cominformist Splits in Yugoslav Communism (New York 1988) 82.

Nachdem Tito zur Feier des 25. Jahrestages der Oktoberrevolution den Befehl gegeben hatte, Bihać zu erobern, ließ er eine Versammlung von 54 Delegierten aller am Volksbefreiungskrieg beteiligten Gruppen und Organisationen aus Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Montenegro und Serbien einberufen, die sich am 26. November 1942 als „Antifaschistischer Rat der Volksbefreiung Jugoslawiens“ (*Antifašističko veće/vijeće narodnog oslobođenja Jugoslavije* – AVNOJ) konstituierte. Tito attackierte in seiner Rede „unsere einheimischen Verräter – *Ustaše*, *Četnici* und andere“ – und erklärte die internationalen Umstände, die es nicht zuließen, bereits jetzt eine Regierung einzusetzen. Die Versammlung wählte daher nur ein Exekutivkomitee, das gemeinsam mit dem Oberkommando, den Partisaneneinheiten und den Volksbefreiungsausschüssen den weiteren Kampf unterstützen und das Hinterland organisieren sollte. So versuchte Tito auch die Bedenken Moskaus zu umgehen. Andererseits ließ er einen Aufruf veröffentlichen, der durchaus noch das Privateigentum schützte und Privatinitiativen in der Wirtschaft zuließ. Damit wollte Tito seine Rekrutierungsbasis auf nicht-kommunistische Bevölkerungsgruppen erweitern.²⁴⁴

Im Dezember 1942 präziserte Tito seine Ideen zum nationalen Befreiungskrieg:

„Our struggle for national liberation would not be so resolute and so successful if the nations of Yugoslavia did not see in it, apart from the victory over Fascism, also a victory over former regimes, a victory over those who have oppressed and strive toward further oppression of the nations of Yugoslavia. The words National Liberation War would be a mere phrase and even a deception if they did not have, besides a general Yugoslav significance, also a national significance for each nation individually, i.e. if, in addition to the liberation of Yugoslavia, they did not also mean the liberation of Croats, Slovenes, Serbs, Macedonians, Albanians, Muslims and others – if the National Liberation War did not embrace true freedom, equality, and brotherhood for all nations of Yugoslavia. Herein lies the essence of the National Liberation War.“²⁴⁵

Mit diesen Überlegungen unterstützte Tito einerseits die existierenden Nationalitäten und vermied Ansätze zu einer jugoslawischen Überethnizität, andererseits entwickelte er den neuen Slogan „Brüderlichkeit und Einheit“ (*bratstvo i jedinstvo*). Im Übrigen wirkte Tito nicht nur als Parteichef, sondern auch als Oberbefehlshaber im Feld und kontrollierte die „befreiten Territorien“ zwischen der deutschen und italienischen Besatzungszone.

Als Tito ziemlich genau ein Jahr später eine zweite Sitzung des AVNOJ nach Jajce in Zentralbosnien einberufen ließ, hatte sich das militärische Blatt sowohl im Mittelmeerraum als auch in Italien gewendet, und die Partisanen waren mit den Waffen von 15 italienischen Divisionen stärkste Kraft unter den Widerstandsbewegungen in Jugoslawien geworden. In seiner Eröffnungsansprache am 29. November 1943 erklärte Tito den aus allen Landesteilen – auch von der „Befreiungsfront“ (*Osvobodilna fronta*) in Slowenien – zusammengeströmten Delegierten die Notwendigkeit der Konstituierung des AVNOJ als oberstes gesetzgebendes Organ

²⁴⁴ DJILAS, Partisanen, 271-274.

²⁴⁵ FINE, Tito, 277.

und damit als höchster Repräsentant des Volkes und des Staates sowie der Bildung einer provisorischen Regierung als Exekutivorgan, die alle Aufgaben „einer wahren Volksregierung“ wahrnehmen müsse. Die Versammlung nahm das Vorschläge Titos einstimmig an, und der AVNOJ wählte aus seiner Mitte ein „Nationalkomitee der Befreiung Jugoslawiens“ (*Nacionalni komitet oslobođenja Jugoslavije*) mit Tito als Vorsitzendem; auf Vorschlag der slowenischen Delegation erhielt Tito auch den Titel eines Marschalls Jugoslawiens, was für Tito persönlich von Bedeutung war. Der jugoslawischen Exilregierung in London aber wurde untersagt, weiterhin die Völker Jugoslawiens nach außen zu vertreten, und König Peter II. wurde verboten, bis zu einem Volksentscheid ins Land zurückzukehren.²⁴⁶

Der slowenische AVNOJ-Delegierte Josip Vidmar schilderte mit einer gewissen Bewunderung Titos Auftreten in Jajce:

„Sein Gesicht war bleich, rasiert, sein Haar blond, an den Schläfen ergraut, die Stirn hoch, die Augen tief liegend, hellblau, ein wenig verschleiert und müde, die Nase ausdrucksvoll gekrümmt, der Ausdruck des Mundes unendlich kompliziert, das Kinn stark, der gesamte Gesichtsausdruck energisch und fesselnd: etwas Napoleonisches lag in ihm, und es konnte auch das Gesicht eines Künstlers sein. Sein Verhalten war reserviert und ruhig, aber seine Bewegungen rasch und nervös. [...] mir war bereits klar, dass in diesem Mann eine Energie, ein Zauber und eine männliche Kraft vereinigt waren, die nur wertvollen Naturen gegeben sind. Ich fühlte etwas Mitreißendes und Begeisterndes. Etwas Festes, Reales und gleichzeitig Erhabenes.“²⁴⁷

Schon während des Krieges wurde Tito von seinen Mitstreitern als *Stari*, von seinem Leibwächter als „Genosse Stari“ angesprochen, obwohl er 1942 erst 50 Jahre alt geworden war. Sogar der ältere Moša Pijade verehrte Tito, Aleksandar Ranković war Titos engster Mitarbeiter und Edvard Kardelj sein juristischer Berater. Zu dem um 19 Jahre jüngeren Đilas entwickelte Tito eine besonders enge Bindung, geradezu ein Vater-Sohn-Verhältnis. Bei der unmittelbaren Befehlsausgabe konnte Tito hingegen – nach dem späteren Urteil von Đilas – nervös sein und zuweilen „sogar einen Hang zu überstürzten Entscheidungen“ entwickeln:

„So zuversichtlich und verlässlich er bei der Bestimmung der entscheidenden strategischen Linie war, die eigentlich eher politischen als militärischen Charakter hatte, so rasch ließ er sich als operativer Kommandant von den Veränderungen der Lage – die in der Schlacht unvermeidbar sind – hinreißen und änderte deshalb häufig die Befehle. Seiner Natur nach aufbrausend, mit einem ausnehmend stark entwickelten Gefühl für die Gefahr und von scharfer, flinker Intelligenz, verfügte er in der Schlacht nicht über die nötige Ruhe und verlegte allzu oft auch größere Einheiten aus Gründen seiner persönlichen Sicherheit und der Sicherheit des Stabes. [...] Doch die Kommandanten durchschauten alsbald diese Schwächen und fanden Mittel und Wege, um die Befehle den jeweiligen Gegebenheiten anzupassen oder mit neugeschaffenen Tatsachen Tito meist stillschweigend zu einer Korrektur seiner Entscheidungen zu bewegen. Da Tito aber auch als Befehlshaber nicht kleinlich war und auch die Initiative seiner Kommandanten nicht behinderte, gelangte man ohne ernstere Differenzen zur Übereinstimmung.“²⁴⁸

²⁴⁶ Tito i Revolucija, 144f.; REDŽIĆ, Bosnia, 221.

²⁴⁷ Vilko VINTERHALTER, Tito. Der Weg des Josip Broz (Wien – Frankfurt – Zürich 1969) 241.

²⁴⁸ ĐILAS, Partisanen, 233, 235, 291.

Mit Glück, aber auch präziser Aufklärung gelang es Tito und seinem Stab, scharfer Verfolgung seitens deutscher Jagdkommandos – vor allem der donauschwäbischen 7. SS-Gebirgsdivision „Prinz Eugen“ – während der Vierten („Unternehmen Weiß“) und Fünften Offensive („Unternehmen Schwarz“) im Winter und Frühjahr 1943 zu entgehen. So entstand in der Schlacht an der Neretva und in der Schlacht an der Sutjeska – die später auch verfilmt wurden – sein legendärer Ruf als politischer und militärischer Führer, der seine Guerilla-Einheiten aus schier aussichtslosen Lagen rettet. Ab Mai 1943 erhielt er britische, bald darauf amerikanische und ab Februar 1944 schließlich auch sowjetische Unterstützung. Nach der Beschlagnahme der italienischen Waffen im September 1943 in Montenegro und Dalmatien konnte Tito auch seine politische Macht konsolidieren und durch Verankerung des „Antifaschistischen Rates der Volksbefreiung Jugoslawiens“ Ende November 1943 in Jajce schrittweise die revolutionäre Machtübernahme vorbereiten. Nun begannen Stalin wie Churchill und Roosevelt von der jugoslawischen Exilregierung in London abzurücken und Tito als Verhandlungspartner zu akzeptieren. Auch der neue jugoslawische Ministerpräsident Šubašić musste am 16. Juni 1944 in einem Abkommen mit Tito auf der Adriainsel Lissa (Vis) akzeptieren, dass die Truppen der Volksbefreiungsarmee die einzigen legitimen Streitkräfte Jugoslawiens seien.²⁴⁹

Nachdem eine Delegation unter Leitung des gut russisch sprechenden Đilas das politische Terrain in Moskau erkundet und dieser auch zweimal persönlich mit Stalin gesprochen hatte, flog Tito am 21. September 1944 von Vis aus – ohne die britischen Offiziere zu informieren – über Bari und Craiova in Rumänien nach Moskau. Die Rote Armee hatte eben Ende August die Moldau und die Walachei besetzt, war über die Donau nach Bulgarien vorgestoßen und stand somit an der Ostgrenze Serbiens. Im Moskauer Kreml kam es zum ersten persönlichen Zusammentreffen zwischen Stalin und Tito, über das es kaum zuverlässige Quellen gibt. Zweifellos benötigte Tito die sowjetische Hilfe für die Befreiung Belgrads und war daher ziemlich rasch damit einverstanden, dass die Rote Armee für einen begrenzten Zeitraum Zugang zum jugoslawischen Territorium erhalte. Außerdem sagte Stalin die Lieferung militärischen Geräts an die Partisanen zu, einschließlich von 80-100 Panzern. Im Anschluss an dieses Treffen mit Stalin klärte Tito weitere Details mit Marschall Tolbuchin, dem Oberbefehlshaber der Dritten Ukrainischen Front. Stalin lud Tito auch in seine Datscha ein, wo – wie häufiger vorkommend – kräftig dem Alkohol zugesprochen wurde. Immerhin beherrschte sich der häufig rastlose, unruhige und immer zu Ausbrüchen neigende Stalin gegenüber Tito, ließ diesen aber eine eher kühle Atmosphäre spüren.²⁵⁰

Die Rote Armee führte die „Belgrader Operation“ generalstabsmäßig durch, warf die Wehrmacht nach Kroatien und Ungarn zurück und zog bald selbst in diese

²⁴⁹ Walter R. ROBERTS, *Tito, Mihailović and the Allies* (New Brunswick – New Jersey 1973) 178f.; PAVLOWITCH, *Tito*, 45.

²⁵⁰ Milovan DJILAS, *Gespräche mit Stalin* (Gütersloh 1962) 75, 99; DJILAS, *Partisanen*, 479, 523; BANAC, *Stalin*, 14; VINTERHALTER, *Tito*, 276f.; SEBAG-MONTEFIORE, *Am Hof*, 203-205, 498.

Richtung weiter. Nach der Kapitulation der deutschen Verteidiger vor der Roten Armee konnten Titos Partisanen in das befreite Belgrad einziehen; Tito selbst war am 15. Oktober nach Werschetz (Vršac) zurückgekehrt und kam am 25. Oktober nach Belgrad. Erst nach diesem erfolgreichen Vorstoß der Roten Armee waren die Partisanendivisionen in der Lage, sich in direkter Front gegenüber den deutschen Truppen aufzustellen. Mit der Zurückdrängung der Wehrmacht nach Kroatien und Slowenien erhielt Tito mit seiner Jugoslawischen Armee und der politischen wie militärischen Geheimpolizei weitgehend freie Hand für die Nachkriegsgestaltung in Jugoslawien – auch für die Beseitigung aller politischen Gegner, einschließlich der deutschen Minderheiten.²⁵¹

Anfang April 1945 – Tito hatte mittlerweile in Belgrad den Beli dvor, eines der Königsschlösser, bezogen²⁵² – reiste Tito mit einer größeren Delegation von Ministern nach Moskau. Nach Unterzeichnung eines Freundschaftsabkommens lud Stalin zu einem Abendessen im Kreml, einige Tage später auch zu einem Abendessen in seiner Datscha. Offensichtlich unter Alkoholeinfluss warf Stalin Đilas vor, dass er Vergewaltigungen und Diebstähle der Roten Armee angeklagt habe und versuchte dies zu erklären:

„Jetzt stellen Sie sich einen Mann vor, der von Stalingrad bis Belgrad gekämpft hat – über Tausende Kilometer durch das eigene verwüstete Land, vorbei an Leichen seiner Kameraden und seiner liebsten Angehörigen. Wie kann ein solcher Mann normal reagieren? [...] Sie haben sich die Rote Armee als eine ideale Armee vorgestellt; sie ist es nicht und kann es auch gar nicht sein, selbst wenn sie nicht eine Anzahl von Kriminellen enthielte – [...] Also die Rote Armee ist nicht ideal. Wichtig ist, dass sie die Deutschen schlägt – und sie schlägt sie gut; das andere ist Nebensache.“²⁵³

Von Hitler selbst ist keine politische oder militärische Einschätzung Titos bekannt, hingegen vom Reichsführer-SS Heinrich Himmler, der am 21. September 1944 – damals bereits zweimächtigster Mann im Deutschen Reich – vor den Wehrkreisbefehlshabern und Schulkommandeuren durchaus anerkennend erklärte:

„Ich möchte ein weiteres Beispiel der Standhaftigkeit anführen, der [recte: den] Marschall Tito. Ich muss wirklich sagen, er ist ein alter Kommunist, dieser Herr Josip Broz, ein Mann, der konsequent ist. Leider Gottes ist er unser Gegner. Der hat seinen Marschalltitel eigentlich richtig verdient. Wenn wir ihn erwischen, werden wir ihn sofort umlegen. Dessen können Sie sicher sein. Er ist unser Feind, aber ich wollte, wir hätten in Deutschland einige Dutzend Titos, Männer

²⁵¹ Branko PETRANOVIĆ, *Istorija Jugoslavije 1918-1988*, II (Beograd 1988) 301, 325; vgl. Jozo TOMASEVICH, *War and Revolution in Yugoslavia, 1941-1945. Occupation and Collaboration* (Stanford 2001).

²⁵² Die alten und neuen jugoslawischen Beamten sprachen daher bald vom „Schloss“, wenn sie Tito und sein Sekretariat meinten; später wurde diese Bezeichnung durch „Marschallat“ ersetzt. – Milovan ĐILAS, *Jahre der Macht. Das Kräftespiel hinter dem Eisernen Vorhang. Memoiren 1945-1966* (München 1983) 30.

²⁵³ ĐILAS, *Partisanen*, 556-558. Stalin gab auch sarkastische Kommentare über die Jugoslawische Volksbefreiungsarmee ab; Tito ließ sich aber nicht provozieren.

die führen und die ein solch starkes Herz und so gute Nerven haben, dass sie, ewig eingeschlossen, niemals nachgeben. Der Mann hatte doch nichts, gar nichts. Er stand zwischen den Russen, Engländern und Amerikanern und hatte die Nerven, praktisch die Engländer und Amerikaner gottvoll hereinzulegen, gottvoll zu beschießen. Er ist ein Mann von Moskau. Er ließ sich von dort die Waffen liefern. Er war ewig eingeschlossen. Immer wieder fand der Mann einen Ausweg, er hat niemals kapituliert. Wie der uns auf die Nerven fällt im serbisch-kroatischen Raum, das wissen wir selbst am besten, und das nur deshalb, weil er konsequent kämpft. Er hat die Frechheit, ein Bataillon eine Brigade zu nennen. Wir fallen sofort darauf rein: Brigade? Um Gottes willen. Das militärische Gehirn registriert sofort einen Verband von 6000 bis 8000 Mann. Tausend Strolche, die zusammengefangen wurden, sind plötzlich eine Brigade. Divisionen und Korps werden von uns auseinander gehauen. Immer wieder holt sich der Mann die zusammen. Sie können sicher sein, das gelang ihm nur, weil er ein kompromissloser standhafter Soldat, ein standhafter Kommandeur ist.²⁵⁴

Tito blieb zum Kriegsende und auch noch einige Jahre danach ein kompromissloser politischer und militärischer Führer, der die Regeln des Kriegsrechtes ignorierte. Er ließ nicht nur führende *Ustaše*, *Četnici* und Deutsche nach Schaulprozessen hinrichten, sondern er ließ auch Massenmorde – ohne vorherige Prozesse – an Zehntausenden *Ustaše*, *Domobranci*, *Četnici*, *Domobranci*, Muslimen, Deutschen und Magyaren zu, ohne dass bis heute genaue Statistiken möglich sind. Hinsichtlich seiner territorialen Forderungen in Richtung Triest und Südkärnten konnte er sich jedoch gegenüber den Westmächten nicht durchsetzen, da ihn dabei Stalin nur begrenzt unterstützte.²⁵⁵

Unterstützung erhoffte sich Tito unmittelbar nach 1945 von der Tschechoslowakei, die ja den Weltkrieg mit wesentlich geringeren Zerstörungen überstanden hatte. Allerdings hatte es während des Krieges in London Kontakte der tschechoslowakischen zur jugoslawischen Exilregierung gegeben, während die tschechoslowakischen Kommunisten in Moskau mit den jugoslawischen Kommunisten so gut wie gar nicht kommuniziert hatten. Dennoch besuchte Marschall Tito zwischen dem 20. und dem 24. März 1946 die Tschechoslowakei, um teilweise an die guten Wirtschafts- und Kulturbeziehungen aus der Zwischenkriegszeit anzuknüpfen. Über den Verlauf der direkten Gespräche zwischen Beneš und Tito, die sich nun zum ersten (und letzten) Mal trafen, ist wenig überliefert. Immerhin wurde schon am 10. Mai 1946 in Belgrad ein Vertrag über Freundschaft, gegenseitige Hilfe und friedliche Zusammenarbeit unterzeichnet. Der Kominform-Konflikt 1948 beendete freilich diese Kooperation sehr abrupt.²⁵⁶

²⁵⁴ Heinrich HIMMLER. Geheimreden 1933 bis 1945 und andere Ansprachen, hg. von Bradley F. Smith und Agnes F. Peterson mit einer Einführung von Joachim C. Fest (Frankfurt am Main – Berlin – Wien 1974) 242.

²⁵⁵ FINE, Tito, 282f. Nach dem Bruch mit Stalin ließ Tito rund 16.000 jugoslawische Sympathisanten und Agenten Stalins – auch Verdächtige – auf der Adriainsel Goli Otok und im Lager Sveti Grgur internieren, was etwa 3000 Opfer nicht überlebten. – Marie-Janine CALIC, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert (München 2010) 189-192.

²⁵⁶ I. U., Čehoslovačko-jugoslavenski odnosi. Period 1945-80 [Die tschechoslowakisch-jugoslawischen Beziehungen. Die Periode 1945-80], in: Enciklopedija Jugoslavije, sv. 3 (Zagreb 1984) 234.

Bald nach dem Zweiten Weltkrieg entstand durch Partisanenfilme, Partisanenlieder, Partisanen-Comics und Denkmäler – das bekannteste wurde die Skulptur von Antun Augustinčić – ein beispielloser Tito-Kult. Tito wurde der Held aller jugoslawischen Helden, und nach dem Bruch mit Stalin 1948 ließ er ein eigenes Sozialismusmodell entwickeln, das bald als „Titoismus“ bezeichnet wurde. Der machtbewusste und die Menschenrechte mit Füßen tretende Revolutionär Tito mutierte seit den 1950er Jahren immer mehr zum Staatsmann, trat als „Schöpfer des neuen Jugoslawien“ und als „Sieger über Hitler und Stalin“ auf und lenkte „über 35 Jahre lang [...] mit Autorität, unerschöpflicher Energie und politischem Instinkt die Geschicke des zweiten Jugoslawien“. Tatsächlich verstand er es, sein im Zweiten Weltkrieg erworbenes Charisma – immerhin lebte er vom Juli 1941 bis in den Juni 1944 als Partisanenführer in Dutzenden Notunterkünften und stand mit seinen Partisanen viele gefährliche Kämpfe und beschwerliche Märsche durch – in vielen kritischen innen- und außenpolitischen Situationen gekonnt einzusetzen. So ließ er nicht nur den unangenehm gewordenen (montenegrinischen) Kritiker Milovan Đilas seiner Funktionen entheben, sondern auch den mächtigen (serbischen) Innenminister Aleksandar Ranković stürzen und beendete im Herbst 1971 ziemlich drastisch den „Kroatischen Frühling“. Wenn in den 1970er Jahren auch nicht alle Republiken und ihre kommunistischen Führungen in gleicher Weise Titos Weg gingen, so stand zweifellos die Jugoslawische Volksarmee (und ihr Geheimdienst) bis zuletzt hinter ihrem Marschall.²⁵⁷

Fred Luchsinger, ein legendärer NZZ-Chefredaktor, besuchte Mitte Mai 1953 Marschall Tito in seinem Belgrader Schloss Dedinje, das sich Prinzregent Paul als anmutiges Lustschlösschen mitten in einem riesigen Park von lichtem Buchen- und Birkenwald hatte errichten lassen. Das Schloss wurde von einem breiten Gürtel weißer Kasernen gesichert, in denen die „Titogardisten“ untergebracht waren, die um ihre Mütze ein rotes Band trugen. Tito, ein „tadellos in einem grüngrauen Sportanzug gekleideter Herr von gedrungener Gestalt“, empfing den Schweizer Journalisten mit einem „feinen, silberbeschlagenen Zigarettenhalter in Form eines gebogenen Pfeifchens zwischen den weißen Zähnen“ und zwei prachtvollen Hunden, einem deutschen Schäfer und einem Wolfshund (der legendäre dritte, der ihn zur Partisanenzeit begleitet hatte, sei vor kurzem gestorben, bemerkte er sachlich). Im Empfangsraum befanden sich Modelle von Panzerwagen, Schiffen, Lokomotiven und eines zweimotorigen Bombers – technische Spielzeuge des ehemaligen Allroundmechanikers. Das Interview ging zwar von einem vorher eingereichten

²⁵⁷ Holm SUNDHAUSSEN, Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten. Konstruktion, Dekonstruktion und Neukonstruktion von „Erinnerungen“ und „Mythen“, in: Monika Flacke (Hg.), *Mythen der Nationen. 1945 – Arena der Erinnerungen. Eine Ausstellung des Deutschen Historischen Museums* (Berlin 2005) I, 373-426, hier 382-385. Zum Tito-Kult in Jugoslawien gehörte auch, dass in jeder Stadt die Hauptstraße oder der Hauptplatz nach Tito und dass in jeder Republik bzw. autonomen Region eine Stadt nach ihm benannt wurde: Titograd in Montenegro, Titova Korenica in Kroatien, Titova Mitrovica im Kosovo, Titov Drvar in Bosnien, Titovo Užice in Serbien, Titovo Velenje in Slowenien, Titov Veles in Makedonien und Titov Vrbas in der Vojvodina. – GOLDSTEIN, Croatia, 171.

Fragebogen aus, und aus dem Gewerkschaftspräsidium war eine Dolmetscherin aufgeboten, Tito sprach aber „fließend deutsch, mit slawischem Akzent und hie und da leicht gebrochen, aber doch so, dass er seine Gedanken ohne Schwierigkeiten ausdrücken“ konnte. Für die Unvollkommenheiten entschuldigte er sich damit, dass er in letzter Zeit viel auf Englisch lese und ihm die beiden Sprachen durcheinandergerieten. Tito wich keiner der angeschnittenen Fragen aus, etwa der nach der Deutung der Wandlungen im Kreml nach Stalins Tod oder der Frage über die jugoslawische Agrarreform. Tito ließ auch keinen Zweifel darüber aufkommen, „dass er der Mann ist, bei dem die Fäden zusammenlaufen“, leitete seine Politik zwar aus der Ideologie ab, sprach aber als realistischer Politiker, manchmal mit einer Spur Selbstironie:

„[...] ‚Erwarten Sie das nicht von uns‘, meint er lächelnd, als ihm die unvermeidliche Frage nach der Wiederherstellung der politischen Freiheit vorgelegt wird. Es folgt eine eindringliche, wenn auch höflich und mit Toleranz vorgetragene Belehrung über das Wesen der sozialistischen Revolution, leicht gewürzt mit unausgesprochener Verachtung für die ‚schwachen‘ demokratischen Vielparteienstaaten des westeuropäischen Kontinents. Uns schien aber, als habe sich der Ton geändert und die Eindringlichkeit verstärkt, als Tito beim Versuch, dem Ungläubigen sein Einparteiensystem zu rechtfertigen, plötzlich alle Ideologie auf sich beruhen lässt und von den Realitäten des jugoslawischen Föderativstaates zu sprechen beginnt, dessen auseinanderstrebende Kräfte seiner Meinung nach den eisernen Ring verlangen, wenn der Staat nicht zerfallen soll. Auf einmal spricht nicht mehr der Sozialist, sondern der ehemalige Partisanenführer, der Patriot und Staatschef, auf dem die Verantwortung ruht dafür, dass das Auseinanderstrebende beisammen bleibe. ‚Man muss uns historisch sehen, dann erst werden wir verständlich‘, mahnt er – ein für einen marxistischen Revolutionär erstaunlicher, für den jugoslawischen Kommunisten dieser Tage aber charakteristischer Appell.“²⁵⁸

Nach Einschätzung Luchsingers habe sich Tito bei diesem Appell in einer Weise zu erkennen gegeben, die auch seinem physiognomischen Eindruck entsprochen habe: „nicht als ein ideologisch verbissener Intellektueller noch als ein verschlagener Umstürzler, der er zwar einmal war, sondern als ein Balkanherrscher, der an der Macht Geschmack gefunden hat und sie zu handhaben weiß und der durch die Verantwortung und den Willen, sich die einmal errungene Position zu erhalten, vielleicht eher auf konservative als auf revolutionäre Gedankenbahnen gewiesen wird“.

Titos internationales Renommee ging weit über die internationale Bedeutung Jugoslawiens hinaus und verschaffte ihm über die Bewegung der Blockfreien auf der Ebene der Vereinten Nationen einen Platz gleich hinter den ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrates. So empfing Tito nicht nur Staatsgäste aus der halben Welt in Belgrad und auf der Adriainsel Brioni – wie Indira Gandhi und Queen Elizabeth, Fidel Castro und Schah Reza Pahlevi, Willy Brandt und Leonid Brežnev –, sondern war ab 1955 auch ein gerne gesehener Gast in Moskau und Washington, in Kairo, New Delhi und Djakarta, in London und Peking, in Da-

²⁵⁸ Fred LUCHSINGER, Besuch bei Tito, in: NZZ, 16. Mai 1953, Blatt 2. Den Hinweis auf diesen Artikel verdanke ich dem langjährigen NZZ-Redaktor Prof. Dr. Andreas Oplatka.

maskus und Havanna, in Prag und in Bukarest, nicht zuletzt auch in Bonn, Wien und Rom. Bei seinem Staatsbegräbnis im Mai 1980 in Belgrad trafen sich nicht nur 206 ausländische Delegationen aus 123 Staaten, sondern alle führenden Präsidenten und Regierungschefs – unter ihnen der KPdSU-Generalsekretär Leonid Brežnev und der US-Vizepräsident Walter Mondale –, und das am Beginn der letzten Phase des Kalten Krieges.²⁵⁹

²⁵⁹ VELIKONJA, *Titostalgia*, 15. Allein die US-Delegation umfasste 25 Personen, unter ihnen die Mutter des US-Präsidenten Jimmy Carter. Diese Information verdanke ich Herrn Univ.Prof. Dr. Dušan Nećak, Philosophische Fakultät der Universität Ljubljana.